

VIERTELJAHRSSHEFTE FÜR Zeitgeschichte

HERAUSGEGEBEN VON
KARL DIETRICH BRACHER HANS-PETER SCHWARZ
HORST MÖLLER

AUS DEM INHALT

HANS WOLLER
Churchill und Mussolini

HOLGER AFFLERBACH
„Mit wehender Fahne untergehen“.
Kapitulationsverweigerungen in der deutschen Marine

PETER E. FÄSSLER
Westarbeiter in der DDR (1949–1961)

HEINRICH AUGUST WINKLER
Hans Rothfels – ein Lobredner Hitlers?

CHRISTOPH BUCHHEIM
Die Wirtschaftsentwicklung im Dritten Reich

DOKUMENTATION
NS-Zwangsarbeiter im Deutschen Reich
(Mark Spoerer)

VIERTELJAHRSSHEFTE FÜR Zeitgeschichte

Im Auftrag des Instituts für Zeitgeschichte München herausgegeben von
KARL DIETRICH BRACHER HANS-PETER SCHWARZ
HORST MÖLLER

in Verbindung mit
Rudolf v. Albertini, Dietrich Geyer, Hans Mommsen,
Arnulf Baring und Gerhard A. Ritter

Redaktion:
Manfred Kittel, Udo Wengst, Jürgen Zarusky
Chefredakteur: Hans Wöller
Stellvertreter: Christian Hartmann
Assistenz: Renate Bihl

Institut für Zeitgeschichte, Leonrodstr. 46 b, 80636 München, Tel. 12 68 80, Fax 123 17 27,
E-mail: vfz@ifz-muenchen.de

49. Jahrgang

Heft 4

Oktober 2001

INHALTSVERZEICHNIS

AUFSÄTZE

- Hans Wöller* Churchill und Mussolini. Offene Konfrontation
und geheime Kooperation? 563
- Holger Afflerbach* „Mit wehender Fahne untergehen“. Kapitulations-
verweigerungen in der deutschen Marine 595
- Peter E. Fäßler* „Diversanten“ oder „Aktivisten“? Westarbeiter in
der DDR (1949–1961) 613

DISKUSSION

- Heinrich August
Winkler* Hans Rothfels – ein Lobredner Hitlers? Quellen-
kritische Bemerkungen zu Ingo Haars Buch
„Historiker im Nationalsozialismus“ 643
- Christoph Buchheim* Die Wirtschaftsentwicklung im Dritten Reich –
mehr Desaster als Wunder. Eine Erwiderung auf
Werner Abelshauser 653

DOKUMENTATION

Mark Spoerer NS-Zwangsarbeiter im Deutschen Reich. Eine Statistik vom 30. September 1944 nach Arbeitsamtsbezirken 665

NOTIZEN

Berichtigung zum „Inventar der Befehle des Obersten Chefs der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland 1945–1949“ (*Jan Foitzik*) 685

Forschungsprojekt „Wehrmacht in der nationalsozialistischen Diktatur“ (*Christian Hartmann*) 691

ABSTRACTS 693

MITARBEITER DIESES HEFTES 695

Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte im Internet:

<http://www.vierteljahrshefte.de>

Redaktion: <http://www.ifz-muenchen.de>

GESCHÄFTLICHE MITTEILUNGEN

© 2001 Oldenbourg Wissenschaftsverlag GmbH, München

Die Lieferung geschieht auf Kosten und Gefahr des Empfängers. Kostenlose Nachlieferung in Verlust geratener Sendungen erfolgt nicht. Das Abonnement verlängert sich jeweils um ein Jahr, wenn es nicht spätestens zwei Monate vor Ablauf des Kalenderjahres gekündigt wird.

Werbeanzeigen und Werbebeilagen besorgt der Verlag. Verantwortlich: Ulrike Staudinger.

Hinweis gemäß § 26 Absatz 1, Bundesdatenschutzgesetz: Die Bezieher der „Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte“ sind in einer Adreßdatei gespeichert, die mit Hilfe der automatisierten Datenverarbeitung geführt wird.

Gemäß unserer Verpflichtung nach § 8 Abs.3 PresseG i. V. m. Art.2 Abs.1 c DVO zum BayPresseG geben wir die Inhaber und Beteiligungsverhältnisse am Verlag wie folgt an:

Oldenbourg Wissenschaftsverlag GmbH, Rosenheimer Str. 145, 81671 München. Alleiniger Gesellschafter des Verlages ist die R. Oldenbourg Verlag GmbH unter der gleichen Anschrift. Alleiniger Gesellschafter der R. Oldenbourg Verlag GmbH ist die R. Oldenbourg GmbH & Co. KG, ebenfalls unter der gleichen Anschrift.

Verlag und Anzeigenverwaltung: Oldenbourg Wissenschaftsverlag GmbH, Rosenheimer Straße 145, 81671 München. Für den Inhalt verantwortlich: Horst Möller; für den Anzeigenteil: Ulrike Staudinger. Erscheinungsweise: Vierteljährlich. Jahresabonnement: Inland DM 110,- (DM 94,- + DM 16,- Versandspesen); Ausland DM 116,- (DM 94,- + DM 22,- Versandspesen). Studentenabonnement (nur Inland) DM 87,- (DM 71,- + DM 16,- Versandspesen); Einzelheft DM 32,- zzgl. Versandspesen. Die Preise enthalten bei Lieferung in EU-Staaten die Mehrwertsteuer, für das übrige Ausland sind sie Bruttopreise. Ermittlung der gebundenen Ladenpreise für Österreich und die Schweiz: Österreich: DM-Preis $\times 7,3 =$ öS-Preis (ab 0,5 aufgerundet, bis 0,4 abgerundet auf volle Schillinge). Schweiz: DM-Preis $\times 0,86 =$ sFr-Preis (aufgerundet auf volle Franken). Bezieher der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte sind berechtigt, die der Zeitschrift angeschlossene Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte (2 Bände im Jahr) im Abonnement zum Vorzugspreis von DM 65,- zuzüglich Versandkosten zu beziehen.

Die in dieser Zeitschrift veröffentlichten Beiträge sind urheberrechtlich geschützt. Fotokopien für den persönlichen und sonstigen eigenen Gebrauch dürfen nur von einzelnen Beiträgen oder Teilen daraus als Einzelkopien hergestellt werden. Jede darüber hinausgehende Vervielfältigung bedarf der Genehmigung des Verlages und verpflichtet zur Gebührenzahlung.

Satz und Druck: Appl, Senefelderstraße 3–11, 86650 Wemding

Ein Teil dieser Auflage enthält folgende Beilagen:

Oldenbourg Wissenschaftsverlag: Justiz in der SBZ/DDR (IfZ)

Oldenbourg Wissenschaftsverlag: Deutschland und Frankreich (IfZ)

HANS WOLLER

CHURCHILL UND MUSSOLINI

Offene Konfrontation und geheime Kooperation?

I.

Das 20. Jahrhundert mit seinen Brüchen und Umschwüngen kennt nicht viele Politiker, von denen sich sagen ließe, ohne sie wäre die Geschichte ganz anders verlaufen. Benito Mussolini und Winston S. Churchill gehören mit Sicherheit dazu. Der eine hat mit dem Faschismus eine der großen verhängnisvollen Ideologien des Jahrhunderts gestiftet und vor allem Adolf Hitler den Weg zum außenpolitischen Erfolg geebnet, während der andere als britischer Premierminister dem deutschen Diktator entgegengetreten ist und ihm den 1940 zum Greifen nahen Triumph in Europa verwehrt hat. Hat es Chancen für eine Kooperation zwischen den beiden Repräsentanten von Demokratie und Totalitarismus gegeben, die Hitlers Aktionsradius stark eingeschränkt hätte? So kurios, wie diese Frage auf den ersten Blick erscheinen mag, ist sie durchaus nicht. In Italien tauchen nämlich seit 1945 immer wieder Meldungen darüber auf, daß zwischen Mussolini und Churchill eine Art Männerfreundschaft bestanden habe, die ihren Niederschlag auch in einem geheimen Briefwechsel gefunden haben soll. Mussolini und Churchill, so heißt es, hätten sich bereits in den zwanziger Jahren füreinander begeistert, in den dreißiger Jahren einen intensiven Gedankenaustausch gepflogen und 1939/40 aufs engste kooperiert, als es gegolten habe, Hitler im Zaum zu halten. Einige Autoren behaupten sogar, Churchill habe Mussolini im Frühjahr 1940 zum Kriegseintritt gedrängt, damit Briten und Franzosen im Fall ihrer für wahrscheinlich gehaltenen Niederlage nicht nur mit Hitler, sondern auch mit dem „Duce“ konfrontiert gewesen wären, der die territorialen Ansprüche seines „Achsen“-Partners auf ein für die geschlagene Seite erträgliches Maß reduzieren sollte¹.

¹ Aus der Flut der Veröffentlichungen, die einander in vielen Punkten stark widersprechen, seien nur einige wenige genannt: Asvero Gravello, *Mussolini aneddotico*, Rom 1953; Giorgio Cavalleri, *Il custode del carteggio*, Casale Monferrato 1997; ders., *Ombre sul lago. Dal carteggio Churchill – Mussolini all’oro del PCI*, Casale Monferrato 1995; Fabio Andriola, *Mussolini – Churchill. Carteggio segreto*, Casale Monferrato 1996; Arrigo Petacco, *Dear Benito, Caro Winston. Verità e misteri del carteggio Churchill – Mussolini*, Mailand 1985; Dino Campini, *Mussolini – Churchill. I carteggi*, Mailand 1952. Bei den Stichwortgebern für einige dieser Publikationen handelt es sich mitunter um höchst dubiose Figuren, die Geld oder im Mittelpunkt des Interesses stehen wollten. Gelegentlich tauchten auch Teile des angeblichen Briefwechsels auf, die jedoch rasch als Fäl-

Die meisten dieser Meldungen gehen auf Mussolini selbst zurück, der 1944/45 jedem, der es hören wollte, von seinen freundschaftlichen Beziehungen zu Churchill erzählte und weiszumachen versuchte, er sei im Besitz brisanter Dokumente, die Auskunft über die wahren Motive für Italiens Kriegseintritt und seine vielfältigen Bemühungen zur Beendigung des Krieges gäben². Ein Beweis für die Existenz dieser Dokumente, sprich: des Briefwechsels, ist aber bisher nicht erbracht worden. Churchill hat stets bestritten, daß es eine geheime Korrespondenz gegeben habe³, und in britischen und italienischen Archiven hat man vergeblich danach gesucht⁴.

Dennoch kam die Debatte nicht zur Ruhe. Am Leben gehalten wurde sie vor allem von Autoren aus dem Umfeld des Neofaschismus, denen es um die Rehabilitierung Mussolinis und des Faschismus ging – mit dem gar nicht verborgenen Hintergedanken, die alte neofaschistische Partei Italiens, das Movimento Sociale Italiano (MSI), und ihre angeblich geläuterte Nachfolgerin, die Alleanza Nazionale (AN), von der Last der Vergangenheit zu befreien und endlich salonfähig zu machen. Wessen Ahnherr mit Churchill paktiert hatte, zum Wohle Italiens und Europas, kann in der Gegenwart nicht mehr unter Quarantäne gestellt werden.

Viel Boden war mit diesem durchsichtigen Manöver nicht gutzumachen. Die erdrückende Mehrheit der italienischen Öffentlichkeit blieb skeptisch und wurde darin von der Geschichtswissenschaft bestärkt, die den Dingen freilich nie auf den Grund gegangen ist⁵. Das änderte sich 1995, als sich der renommierteste Faschismus-Forscher Italiens, Renzo De Felice, zu Wort meldete. „Die Amerikaner wollten Mussolini lebend“, behauptete De Felice in einem langen Interview, das dann auch als Buch erschien. „Schon damals [1943] dachten sie an etwas, was dann im Nürnberger Prozeß Wirklichkeit wurde, und sie hatten vor, auch den Duce vor Gericht zu bringen, ohne sich Sorgen darüber zu machen, was er hätte aussagen können. [...] Anders

schungen erkannt wurden. Ob auch ein Brief Mussolinis an Churchill vom 24. 4. 1945 gefälscht ist, läßt sich nicht mit Sicherheit sagen; klar ist aber, daß er keinen Hinweis auf einen vorangegangenen Briefwechsel enthält und Churchill nie erreichte. Vgl. Richard Lamb, *Mussolini e gli inglesi*, Mailand 1998, S. 474 f. Bei den Recherchen haben Alessandra Ferretti und Katrin Vater sehr geholfen; dafür sei ihnen herzlich gedankt.

² Vgl. Vincenzo Costa, *L'ultimo federale. Memorie della guerra civile 1943–1945*, Bologna 1997; Ricciotti Lazzero, *Il Sacco d'Italia. Razzie e stragi tedesche nella Repubblica di Salò*, Mailand 1994; Nino d'Arma, *Churchill e Mussolini*, Rom 1962; Filippo Anfuso, *Rom – Berlin in diplomatischem Spiegel*, Essen/München/Hamburg 1951; Angelo Tarchi, *Teste dure*, Mailand 1967; Rachele Mussolini, *Mussolini privato*, Mailand 1979; Edvige Mussolini, *Mio fratello Benito*, Rom 1957; Georg Zachariae, *Mussolini si confessa*, Mailand 1966 (neue Ausgabe); Vittorio Mussolini, *Mussolini e gli uomini nel suo tempo*, Rom 1977.

³ Vgl. die entsprechenden Unterlagen in: Churchill College Cambridge, CHAR 2/55 und CHAR 1/86, und Alberto Santoni, *Dodici documenti per un falso?*, in: *Storia illustrata*, Nr. 331, Juni 1985.

⁴ Vgl. *La Stampa*, 29. 11. 1997; Lamb, *Mussolini e gli inglesi*, S. 476; *Il Messaggero*, 15. 3. 2000.

⁵ Eine Ausnahme bildet Paolo Pombeni, *Churchill and Italy, 1922–40*, in: R. A. C. Parker (Hrsg.), *Winston Churchill. Studies in Statesmanship*, London/Washington 1995, S. 65–82. Nüchtern urteilen auch Sergio Romano im *Corriere della Sera* vom 13. 8. 2000 und immer wieder Indro Montanelli – zuletzt im *Corriere della Sera*, 9. 3. 2001. Skeptisch ist auch Gaetano Contini, *La Valigia di Mussolini. I documenti segreti dell'ultima fuga del duce*, Mailand 1982.

die Engländer [. . .], die Mussolini in Nürnberg mitnichten sehen wollten. Er hätte ihnen große Unannehmlichkeiten bereiten können. In der berühmten [. . .] Tasche, die er bei der Gefangennahme bei sich trug, hatte er nicht zufällig eine wohldurchdachte Auswahl seines Briefwechsels mit Winston Churchill zusammengestellt.“⁶

Im letzten, posthum erschienenen Band seiner Mussolini-Biographie vermochte De Felice diese Behauptung zwar nicht zu belegen⁷, und auch in seinem Nachlaß fanden sich keine Unterlagen, die sie gestützt hätten⁸. Seine Intervention hatte dennoch weitreichende Folgen. Sie löste eine neuerliche heftige Debatte in den Gazetten aus, und sie verlieh der politisch-motivierten Spekulation über einen Briefwechsel zwischen Churchill und Mussolini ein solches Maß an Seriosität und Wahrscheinlichkeit, daß selbst viele derjenigen zu zweifeln begannen, die bis dahin dezidiert anderer Meinung gewesen waren. Ihr Kreis wurde größer und größer, als 1997 der bis dahin gänzlich unbekannte Luigi Carissimi-Priori – so hieß es jedenfalls – sein Schweigen brach, das er seit 1945/46 gewahrt hatte⁹. Carissimi-Priori bestätigte De Felices Thesen, und er fand dafür nicht nur wegen seiner untadeligen Vergangenheit als linker Widerstandskämpfer Gehör, sondern auch deshalb, weil er mit vielen Einzelheiten über den Briefwechsel aufwartete, den er in Kopie selbst in Händen gehalten haben wollte. Der Briefwechsel, behauptete er, bestehe aus 62 handschriftlichen Briefen, die alle aus der Zeit vor dem Kriegseintritt Italiens am 10. Juni 1940 datieren. Ihr wichtigster Inhalt habe sich auf ein Tauschgeschäft bezogen: Churchill bat Mussolini, im Zweiten Weltkrieg neutral zu bleiben, und bot ihm dafür großzügige Kompensation an, unter anderem Nizza und Teile Südostfrankreichs, Korsika, Nordtunesien, Dalmatien, Istrien, die Inseln des Dodekanes und Kolonien in Afrika. Das Original des Briefwechsels sei wahrscheinlich den Briten übergeben, vielleicht sogar von Churchill selbst für teures Geld gekauft und dann verbrannt worden, als er im September 1945 in Como Urlaub machte; zuvor seien aber zwei Kopien angefertigt worden; eine sei bei der kommunistischen Partei gelandet, die andere dem damaligen Ministerpräsidenten Alcide De Gasperi anvertraut worden¹⁰.

Die Rechte triumphierte und ließ nichts unversucht, so viel Stimmungskapital wie möglich aus der Nachricht zu schlagen. Mussolini schien nun tatsächlich in die Nähe der Jahrhundertgestalt Churchill gerückt, obwohl Carissimi-Priori den „Duce“ keineswegs schonte. „Es war Mussolini, und er allein, der den Kriegseintritt Italiens wollte. Die Verantwortung für das kriegerische Abenteuer lastet ausschließlich auf dem Duce des Faschismus.“¹¹ Aber darauf kam es nicht an. Was zählte, war,

⁶ Renzo De Felice, *Rosso e Nero*, hrsg. von Pasquale Chessa, Mailand 1995, S. 144.

⁷ Vgl. Renzo De Felice, *Mussolini l'alleato*, Teil II: *La guerra civile 1943–1945*, Turin 1997.

⁸ Vgl. Lamb, *Mussolini e gli inglesi*, S. 475 f.

⁹ Vgl. Roberto Festorazzi, *Churchill – Mussolini. Le carte segrete. La straordinaria vicenda dell'uomo che ha salvato l'epistolario più scottante del ventesimo secolo*, Rom 1998; ders., *Tutti i segreti del carteggio fantasma. Con una testimonianza di Luigi Carissimi-Priori sul carteggio Churchill – Mussolini*, in: *Nuova Storia Contemporanea*, Nr. 1, Januar – Februar 2000, S. 115–124.

¹⁰ Vgl. ebenda, S. 120–124.

¹¹ Ebenda, S. 123.

daß ein Exponent der Resistenza die Existenz des Briefwechsels bestätigte und auch noch die alten Rivalen der Rechten, die Kommunisten und – über De Gasperi – die Christdemokraten, in die delikate Affäre hineinzog. Gennaro Malgieri, ein Abgeordneter der Alleanza Nazionale, brachte die Sache im Februar 2000 schließlich sogar vor das Parlament und zwang so die Regierung, eine intensive Recherche nach dem Briefwechsel einzuleiten, an dessen Existenz auch sie jetzt zu glauben schien¹².

Die Untersuchung der Regierung führte zu dem gleichen Ergebnis, das bereits bei früheren Nachforschungen erzielt worden war: In den staatlichen Archiven fand sich keine Spur des Briefwechsels, wie Ministerpräsident Giuliano Amato Ende Juli 2000 mitteilen ließ¹³, und auch das Istituto Gramsci, wo die Unterlagen der kommunistischen Partei verwahrt werden, meldete Fehlanzeige¹⁴. Wenn die Suche ergebnislos bleibt, so hatte ein deutscher Beobachter bereits im April prophezeit und Recht behalten, „wird munter weiterspekuliert. Legenden sind zäh, sie wollen nicht sterben.“¹⁵

Man muß sich mit dieser unbefriedigenden Lage aber nicht abfinden und der Legendenbildung weiter freien Lauf lassen. Wenn Schlüsseldokumente – aus welchen Gründen auch immer – fehlen oder wenn sie aus dem schlichten Grund nicht zu finden sind, weil sie nie existiert haben, dann verlieren Historiker nicht ihr Recht. Sie können das Umfeld sondieren und dabei vor allem nach der Plausibilität einer Behauptung fragen, deren Richtigkeit nicht unmittelbar belegt oder widerlegt werden kann. Genau das wird im vorliegenden Aufsatz getan; die Hauptfragen dabei lauten: In welchem Verhältnis standen sie zueinander, der britische Premierminister und der italienische Diktator, die nicht nur die Geschichte ihrer Länder prägten, sondern auch im Gesicht des Jahrhunderts¹⁶ tiefe Spuren hinterlassen haben? Welchen Veränderungen war dieses Verhältnis in den zwanziger und insbesondere in den dreißiger Jahren unterworfen, als Hitler auf der politischen Bühne erschien und Europa seinen Willen aufzuzwingen begann? Wie gestaltete sich die Beziehung schließlich im Frühjahr 1940, als Frankreich geschlagen war und Hitler in Churchill nur noch einen Gegner zu haben schien? Wo stand Mussolini damals wirklich?

II.

Die Voraussetzungen für eine freundschaftliche Kooperation waren alles andere als günstig. Churchill urteilte über das liberale Italien mit der gleichen Arroganz und Geringschätzung wie viele seiner Standesgenossen, die in imperialen Dimensionen

¹² Vgl. *Il Messaggero*, 15. 3. 2000.

¹³ Vgl. *Corriere della Sera*, 29. 7. 2000.

¹⁴ Vgl. ebenda, 22. 2. 2000. Auch Giulio Andreotti, nach 1945 enger Mitarbeiter von De Gasperi, schloß aus, daß De Gasperi einen Briefwechsel Churchill – Mussolini erhalten habe.

¹⁵ *Badische Zeitung*, 18. 4. 2000.

¹⁶ Vgl. Hans-Peter Schwarz, *Das Gesicht des Jahrhunderts. Monster, Retter und Mediokritäten*, Berlin 1998, S. 276–292 und 370–386.

dachten und Italien nur von weit oben herab wahrnahmen. Italien war für ihn ein angenehmes Urlaubsland, das er gerne besuchte; selbst die Flitterwochen verbrachte er hier. Der politischen Führung in Rom aber vermochte Churchill wenig Gutes abzugewinnen. Er hielt sie für unfähig, vor allem aber für notorisch unzuverlässig. Italien, soll er 1915 zu Margot Asquith gesagt haben, sei die „Hure Europas“¹⁷. Mussolinis Machtergreifung im Oktober 1922 scheint diese tief sitzenden Ressentiments zunächst nicht tangiert zu haben. Churchills erste Äußerung über den „Duce“ war eindeutig: „Was für ein Schwein dieser Mussolini ist“, schrieb er im September 1923 an seine Frau¹⁸, als er hörte, daß italienische Truppen die griechische Insel Korfu unter Beschuß genommen und besetzt hatten, obwohl der Völkerbund bereits alle Anstalten machte, den Streit zwischen Rom und Athen zu schlichten.

Bald danach bahnte sich aber ein Sinneswandel an¹⁹, dessen Ursache vor allem in dem aggressiven Antibolschewismus lag, der Churchill ebenso besaß wie Mussolini. In Italien, so sah es Churchill, hatte nach dem Krieg die Gefahr einer kommunistischen Machtergreifung bestanden, und Mussolini hatte diese Gefahr gebannt. Er stand also auf der richtigen Seite und brachte es überdies fertig, einem chaotischen, seit langem zerrütteten Staat eine Art von Form zu geben. Die Politik der eisernen Faust, die Mussolini dabei praktizierte, imponierte Churchill, während es ihn wenig bekümmerte, daß der „Duce“ sich mehr und mehr als verbrecherischer Despot entpuppte und ein demokratisches Grundrecht nach dem anderen außer Kraft setzte; Italien war für die Demokratie in seinen Augen ohnehin nicht reif, die rauhe Behandlung, die Mussolini seinem Land angedeihen ließ, also nur angemessen. Selbst während der Matteotti-Krise im Sommer/Herbst 1924, als alle Welt erkennen konnte, wie tief Mussolini in den feigen Mord an seinem politischen Widersacher verstrickt war, zeigte sich der gerade in Florenz weilende Churchill positiv beeindruckt „von der Disziplin der Faschisten und auch von der Härte und Strenge, mit denen die königliche Regierung die Ordnung wiederhergestellt hatte“, wie er dem italienischen Botschafter in London später sagte²⁰.

Mussolini erwiderte die Wertschätzung, die Churchill ihm entgegenbrachte. Er hatte bereits früher Gefallen an ihm und seiner glühenden Abneigung gegen alles Bolschewistische gefunden und deshalb auch Auszüge aus Reden Churchills in seiner Zeitung, dem *Popolo d'Italia*, publiziert²¹. Anfang 1926 wollte er Churchill sogar einen bedeutenden Orden verleihen, weil er in ihm als britischen Schatzkanzler den Hauptverantwortlichen für die überaus günstige Regelung erblickte, die zwischen Rom und London bei der Rückzahlung der italienischen Kriegsschulden getroffen

¹⁷ Zit. nach Pombeni, *Churchill and Italy*, S. 66.

¹⁸ Churchill an seine Frau, 5. 9. 1923, in: Martin Gilbert (Hrsg.), *Winston S. Churchill, Vol. V, Companion, Part 1, Documents: The Exchequer Years 1922–1929*, London 1979, S. 60.

¹⁹ Vgl. italienischer Finanzminister, Alberto De Stefani, an Mussolini, 7. 1. 1925, in: *I Documenti Diplomatici Italiani* (künftig: DDI), Settima Serie: 1922–1935, Vol. III, S. 406.

²⁰ Italienischer Botschafter in London, Pietro Tomasi Della Torretta, an Mussolini, 6. 12. 1925, in: *Ebenda*, Vol. IV, S. 140.

²¹ Vgl. d'Arma, *Churchill e Mussolini*, S. 76.

worden war. Daraus wurde aber nichts, weil es britischen Ministern „unmöglich“ sei, „ausländische Auszeichnungen“ anzunehmen, wie es in London hieß²². Churchill selbst hätte sich gerne dekorieren lassen²³; später schrieb er allerdings, er habe sich der Ordensverleihung absichtlich entzogen²⁴.

Vieles spricht dafür, daß die spätere Äußerung Churchills in die Irre führt. Wäre ihm nämlich tatsächlich daran gelegen gewesen, sich vom italienischen Diktator zu distanzieren, dann hätte er gerade 1926/27 seine Worte besser gewogen. Aus ihm sprach zwar nicht die gleiche Begeisterung für den „Duce“ wie aus seiner Frau, die im März 1926 Italien besuchte und dabei auch Mussolini kennenlernte. „Er ist höchst eindrucksvoll – ganz einfach und natürlich, voll Würde, hat ein bezauberndes Lächeln und die schönsten braungoldenen durchdringenden Augen [. . .]. Er hat mir freundliche Grüße an Dich aufgetragen und gesagt, daß er Dich gerne kennenlernen möchte. Er ist sicher eine große Persönlichkeit“, schrieb Clementine an ihren Mann²⁵. Aber auch dieser gewann ein immer günstigeres Bild von Italien und Mussolini. Auf Clemmies Brief vom 20. März antwortete er noch mit viel Ironie: „Du hast sicher recht, wenn Du ihn für ein Wunder hältst. Aber wie der alte Birrell sagt: ‚Es ist besser, über eine Epochenfigur zu lesen als unter ihrer Herrschaft zu leben‘“²⁶, und auch in einem privaten Schreiben vom Januar 1927 war noch eine gehörige Portion Herablassung im Spiel, die nun aber schon durch viel Respekt für den „Zuchtmeister“ Italiens ausbalanciert wurde. „Dieses Land“, so faßte er am 4. Januar seine ersten Eindrücke von einer neuerlichen Italienreise zusammen, imponiert einem „zunächst durch die hier herrschende Disziplin, die Ordnung und die lächelnden Gesichter. Eine zufriedene, unter strenger Aufsicht stehende Schulklasse – kein Schwatzen mit den Banknachbarn.“²⁷

Die anfängliche Skepsis Mussolini gegenüber war mittlerweile also einer zumindest milden Form von „Duce“-Bewunderung gewichen, die neue Nahrung fand, als die beiden Politiker am 15. Januar 1927 in Rom zusammentrafen und lange unter vier Augen miteinander sprachen. Worum es dabei ging, ist nicht bekannt. Es drang aber durch, daß eine fast schon herzliche Atmosphäre geherrscht habe, die wohl kaum allein aus den störungsfreien Beziehungen resultierte, die zwischen Großbritannien und Italien seit langem bestanden. Der konservative Aristokrat und der revolutionäre Prolet verstanden sich, sie empfanden sogar Sympathie füreinander, die nicht nur auf dem Boden des gemeinsamen Antibolschewismus gedieh; auch das in

²² Italienischer Botschafter in London, Pietro Tomasi Della Torretta, an Mussolini, 24. 2. 1926, in: DDI, Settima Serie: 1922–1935, Vol. IV, S. 181. Vgl. auch Lamb, *Mussolini e gli inglesi*, S. 125.

²³ Vgl. ebenda.

²⁴ Vgl. John Lukacs, *Churchill und Hitler. Der Zweikampf*. 10. Mai–31. Juli 1940, Stuttgart 1992, S. 102.

²⁵ Clementine Churchill an ihren Mann, 20. 3. 1926, in: Gilbert (Hrsg.), *Churchill*, Vol. V, *Companion*, Part 1, S. 675; vgl. auch einen Brief von Clementine Churchill an ihren Mann vom 25. 3. 1926, in: Ebenda, S. 677.

²⁶ Zit. nach Martin Gilbert, *Winston S. Churchill*, Vol. V: *The Prophet of Truth 1922–1939*, Boston 1977, S. 70.

²⁷ Churchill an seine Frau, 6. 1. 1927, in: Gilbert (Hrsg.), *Churchill*, Vol. V, *Companion*, Part 1, S. 908.

beiden nistende kriegerische Temperament und das freilich nie eingestandene hochmütige Bewußtsein, einer besonderen, mit den allgemein gültigen Maßstäben nicht faßbaren politischen „razza“ anzugehören, taten ihre Wirkung. Diesen Eindruck gewinnt man auch aus dem groß aufgemachten Artikel, den der *Popolo d'Italia* der Audienz widmete²⁸, und insbesondere aus der Erklärung, die Churchill am 19. Januar vor zahlreichen Pressevertretern verlas. „Wie so viele andere konnte auch ich nicht umhin, davon bezaubert zu sein, wie ruhig und einfach er sich gab und welche gelassene, unaufgeregte Haltung er trotz der vielen Belastungen und Gefahren an den Tag legte. Außerdem konnte jeder sehen, daß er an nichts anderes denkt als an das dauerhafte Wohl, wie er es versteht, des italienischen Volkes und daß kein geringeres Interesse die mindeste Bedeutung für ihn hat“, hieß es darin²⁹. Auf das korporative System, das von vielen als die größte schöpferische Leistung des „Duce“ betrachtet wurde, ging Churchill nicht näher ein; nur so viel sagte er: „... angesichts eines solchen mit größter Bereitwilligkeit angenommenen Systems wäre die Behauptung absurd, die italienische Regierung stehe nicht auf einer breiten Basis oder könne sich nicht auf die aktive Zustimmung der großen Masse stützen.“³⁰ Wenn er, Churchill, ein Italiener gewesen wäre, dann hätte er „in ihrem triumphalen Kampf gegen die bestialisches Gelüste und Begierden des Leninismus sicherlich von Anfang an und von ganzem Herzen auf ihrer Seite“ gestanden. „In England aber sind wir mit dieser Gefahr noch nicht in der gleich tödlichen Gestalt konfrontiert. Wir haben unsere eigene Art, mit Problemen umzugehen.“ Italien habe gezeigt, so Churchill zum Schluß, „daß es bei der Bekämpfung der subversiven Kräfte einen Weg gibt, der die Masse des Volkes zum Eintreten für die Ehre und die Interessen des Staates gewinnt. Italien hat gezeigt, daß die Masse der Völker, richtig geführt, die Ehre und die Stabilität zivilisierter Gesellschaft schätzt und verteidigen will.“³¹

Unerwähnt blieb in der Presseerklärung, daß Churchill und Mussolini auch über Journalismus gesprochen und eine geschäftliche Kooperation vereinbart hatten. Ab dem 12. Februar 1927 veröffentlichte der *Popolo d'Italia* insgesamt 17 Artikel Churchills über den Ersten Weltkrieg³². Aber auch ohne den Hinweis auf das Geschäft und das Geld, das dabei sicher im Spiel war, mußte Churchill viel Kritik einstecken. „Wir haben schon immer den Verdacht gehabt, daß Mr. Winston Churchill im Grun-

²⁸ Vgl. *Il Popolo d'Italia*, 18. 1. 1927. Zu dem Treffen vgl. auch William Manchester, *Winston Churchill. Der Traum vom Ruhm 1874–1932*, München 1989, S. 1014 f.; Renzo De Felice, *Mussolini il duce*, Bd. 1: *Gli anni del consenso 1929–1936*, Turin 1974, S. 330; Mussolini, *Mussolini e gli uomini del suo tempo*, S. 76–78; britischer Botschafter in Rom, Ronald Graham, an Austen Chamberlain, 21. 1. 1927, in: Gilbert (Hrsg.), *Churchill, Vol. V, Companion, Part 1*, S. 916 f.; zur Vorbereitung des Besuchs in Rom vgl. Churchill an Roger Keyes, 15. 11. 1926, in: *Churchill College Cambridge, CHAR 1/188/58–60*, und Ronald Graham an Churchill, 2. 12. 1926, in: *Ebenda, CHAR 1/188/71*.

²⁹ Zit. nach Pombeni, *Churchill and Italy*, S. 72.

³⁰ *Ebenda*, S. 72.

³¹ *Ebenda*, S. 73.

³² Die Artikel erschienen zwischen dem 12. Februar und dem 1. Mai 1927; alle waren auf der ersten Seite plaziert.

de seines Herzens ein Faschist ist. Jetzt hat er es offen zugegeben“, empörte sich die Zeitung *New Leader*, und auch in anderen Presseorganen geißelte man die öffentlichen Erklärungen Churchills³³. Selbst in Paris, wo er wenige Tage nach seinem Treffen mit Mussolini mit führenden Politikern konferierte, erntete er wohl nur Unverständnis und manche Stichelei, und im Unterhaus begrüßte man ihn bei seinem ersten Auftritt nach seinem Italienaufenthalt mit Mussolini-Rufen³⁴.

Churchill ließ sich das eine Lehre sein. So unbedacht und unbekümmert wie 1927 sprach er über Mussolini und den Faschismus nur noch ganz selten; er traf den „Duce“ auch kein zweites Mal, und er nahm ihn nicht einmal in sein 1937 abgeschlossenes Buch „Große Zeitgenossen“ auf³⁵, während ein Hitler und ein Trotzki durchaus ihren Platz darin hatten. Dennoch blieb der schon seit längerem bestehende Verdacht, Churchill sei ein mehr oder weniger verkappter Faschist, unausgeräumt. Seine innenpolitischen Gegner, die nun endlich etwas in der Hand hatten, schlachteten das Treffen in Rom weidlich aus und fügten so Churchills Ansehen schweren Schaden zu. Mit dem Faschismusvorwurf wurde er selbst nach 1945 noch konfrontiert, mitunter sogar in der seriösen Geschichtsschreibung. Sebastian Haffner etwa, der 1967 eine beeindruckende kleine Churchill-Biographie vorlegte, meinte: „Es ist keine Übertreibung und keine ungerechte Unterstellung: Der Sache nach war der Churchill der zwanziger Jahre ein Faschist; nur seine Nationalität verhinderte, daß er es auch dem Namen nach wurde.“³⁶

Viel konnte Haffner nicht ins Feld führen für seine These; allein schon die naheliegende Beobachtung, daß auch ein Oswald Mosley trotz unbestreitbarer britischer Nationalität Faschist geworden ist, hätte ihn vorsichtiger urteilen lassen sollen. Ganz kann man Haffner und andere Autoren, die in ihren Urteilen über Churchill ähnlich weit gingen, aber auch nicht ins Unrecht setzen. Denn trotz aller Vorsicht und Zurückhaltung, die Churchill sich nach 1927 auferlegte, gab es auch in der Folgezeit gelegentlich Äußerungen, die Zweifel an seiner demokratischen Integrität weckten und als Ausdruck einer gewissen Affinität zum Faschismus interpretiert werden konnten. Damals, Ende der zwanziger/Anfang der dreißiger Jahre, herrschte auch in Großbritannien Krisenstimmung, und auch hier stellten sich viele die Frage, ob das parlamentarische System noch zeitgemäß und in der Lage war, die Misere in Wirtschaft und Gesellschaft zu beenden und die überall lauende „rote Gefahr“ zu bannen. Manche wie Mosley, den viele schon als den kommenden Premierminister gehandelt hatten, verloren in dieser Lage den Kopf und wechselten ins Lager der Fa-

³³ Zit. nach Manchester, Churchill, 1874–1932, S. 1015.

³⁴ Vgl. Gilbert, Churchill, 1922–1939, S. 228, und Robert Rhodes James, Churchill. A Study in Failure 1900–1939, London 1970, S. 258.

³⁵ Vgl. Winston S. Churchill, Große Zeitgenossen, Amsterdam 1938.

³⁶ Sebastian Haffner, Winston Churchill, Reinbek bei Hamburg 1967, S. 85; ders., Winston S. Churchill: vom Krieger aus Leidenschaft zum Friedenspolitiker, in: Ders., Im Schatten der Geschichte. Historisch-politische Variationen aus zwanzig Jahren, Stuttgart 1985, S. 266. Im Wahlkampf 1922 war Churchill als Führer der faschistischen Partei Englands bezeichnet worden. Vgl. Manchester, Churchill, 1874–1932, S. 923.

schisten³⁷. Churchill dachte nicht daran, einen ähnlichen Weg zu beschreiten; kleineren Anfechtungen war aber auch er ausgesetzt.

Im Juni 1930 beispielsweise bezweifelte er in einer Rede an der Universität Oxford, „ob auf das Erwachsenenstimmrecht gegründete Institutionen tatsächlich die richtige Entscheidung in den verwickelten Problemen der modernen Wirtschaft und Finanzen finden können“. Um den in seinen Augen offenkundigen Schwächen des alten Systems abzuhelfen, schlug er die Schaffung eines „wirtschaftlichen Unterparlaments“ vor, das sich „in furchtloser Unabhängigkeit von der öffentlichen Meinung“ der drängenden Probleme annehmen sollte. Es sollte aus hundert Abgeordneten des Unterhauses und „Personen von hoher technischer und ökonomischer Qualifikation“³⁸ bestehen und erinnerte nicht zuletzt deshalb an eine autoritäre Einrichtung „nach dem Mussolini-Modell“³⁹, weil Churchill kein Wort über die Kompetenzabgrenzung zwischen Parlament und Subparlament, über die Modalitäten der Auswahl der Experten und die genauen Befugnisse der neuen Kammer sagte.

Ähnliche Gedanken äußerte er im März 1931 an der Universität Edinburgh⁴⁰ und im Januar 1934 im *Evening Standard*⁴¹, wobei sich die Akzente allerdings verschoben. Im *Evening Standard* kritisierte er vor allem das allgemeine Wahlrecht. Die „verantwortlichen Kräfte im Lande“ würden damit in naher Zukunft an den Rand gedrängt und durch eine „Mehrheit unerfahrener und blindwütender Männer“ ersetzt. Einen Ausweg sah er jetzt in der Einführung eines Systems „pluralen Stimmrechts“, wobei nicht näher bezeichnete Gruppen von Privilegierten über mehr Stimmen verfügen sollten als Frauen und Angehörige der Arbeiterklasse⁴².

Mussolini und der Faschismus fanden in diesen Äußerungen keine Erwähnung. Man wird nicht einmal sagen können, daß sie bei Churchills Gedankenspiel über eine Novellierung des Parlamentarismus Pate gestanden hätten. Der „Duce“ und seine Diktatur schienen weit entrückt und tauchten in Churchills Reden nur höchst selten, und wenn, dann in einem ganz präzisen Zusammenhang auf: wenn die alten antibolschewistischen Leidenschaften aufbrachen. So erklärte Churchill etwa im Februar 1933 vor der Antikommunistischen Union in London: „Der von Mussolini, dem größten lebenden Gesetzesschöpfer, verkörperte Genius Roms hat vielen Nationen gezeigt, wie man sich der Gefahr des Sozialismus widersetzen kann [. . .]. Mussolini hat einen Orientierungspunkt errichtet, von dem sich die Länder ohne Zögern leiten lassen sollten, die in der unmittelbaren Auseinandersetzung mit dem Sozialismus stehen.“⁴³ Er fügte allerdings hinzu, was vielfach unterschlagen wird: Der Faschismus

³⁷ Vgl. Hans Woller, *Rom, 28. Oktober 1922: Die faschistische Herausforderung*, München 1999, S. 87–89.

³⁸ Zit. nach Clive Ponting, *Churchill*, London u. a. 1994, S. 351.

³⁹ Ebenda.

⁴⁰ Vgl. ebenda.

⁴¹ Vgl. *Evening Standard*, 24. 1. 1934.

⁴² Ebenda und Ponting, *Churchill*, S. 352.

⁴³ Zit. nach De Felice, *Mussolini il duce. Gli anni del consenso 1929–1936*, S. 553; vgl. auch Rosaria Quartararo, *Roma tra Londra e Berlino. La politica estera fascista dal 1930 al 1940*, Rom 1980, S. 16.

„ist kein Wegweiser, der uns hier leiten könnte; ich bin nämlich fest davon überzeugt, daß unsere langerprobte Demokratie fähig sein wird, ein parlamentarisches Regierungssystem zu erhalten, welche Modifikationen auch immer von den beiden Extremen der Willkürherrschaft vielleicht zu übernehmen sein werden“⁴⁴. Churchill, das belegt diese Äußerung und manche andere⁴⁵, schätzte Mussolini also immer noch – als Person wie auch als politischen Führer, der sein Land vor dem Kommunismus gerettet hatte und ihm danach „eine Geltung in Europa“ verschaffte, wie „es sie nie zuvor besessen hatte“⁴⁶ –, aber er war nie in der Gefahr, selbst Faschist zu werden, oder im Falle einer Übernahme der Regierung (von der er jedoch nach seinem Ausscheiden aus dem Kabinett 1929 und insbesondere nach seiner selbstbewirkten Isolierung in der konservativen Partei 1930 weit entfernt war) „faschistische Maßnahmen zu ergreifen“, wie der spätere Außenminister Samuel Hoare und Stafford Cripps, ein führender Vertreter der Labour Party, 1933 befürchteten⁴⁷. Für eine autoritäre Straffung des britischen Parlamentarismus wäre er aber wohl schon zu haben gewesen – zumindest Anfang der dreißiger Jahre, während später, zumal in der immer grimmiger werdenden Konfrontation mit den Diktatoren, von solchen Dispositionen nichts mehr zu spüren war.

Churchills im Grunde positive Einstellung gegenüber Mussolini wurde in der 1935 heraufziehenden Abessinienkrise auf eine harte Probe gestellt. Bis dahin, so Churchill, habe „keine einzige Wolke einen Schatten auf das große Plateau der englisch-italienischen Freundschaft“ geworfen⁴⁸. Jetzt verdüsterte sich die Szenerie, weil das faschistische Italien einen expansionistischen Sonderweg einzuschlagen begann – was in Paris und London um so größere Besorgnis auslöste, da gleichzeitig auch Hitler sich anschickte, die Versailler Friedensordnung umzustürzen. Niemand wußte so recht, wie man dem eklatanten Verstoß gegen die Satzung des Völkerbundes, zu dem Mussolini entschlossen schien, begegnen sollte. Klar war nur eines: Sah man untätig zu, wie Italien mit Abessinien ein anderes, überdies militärisch fast mittelloses Mitglied des Völkerbundes überfiel, dann war der Völkerbund politisch-moralisch erledigt und somit auch als Waffe unbrauchbar, die zur Eindämmung Hitlers – der Hauptgefahr für den Frieden in Europa – eingesetzt werden konnte. Stellte man sich dem „Duce“ aber in den Weg, so mußten die guten Beziehungen der Westmächte zu Italien leiden, die eben erst im Anti-Hitler-Pakt von Stresa erneuert worden waren; vielleicht trieb man Mussolini damit sogar in ein Bündnis mit Hitler, was vor allem für die Zukunft Österreichs fatale Folgen gehabt hätte, war der „Duce“

⁴⁴ Zit. nach Pombeni, *Churchill and Italy*, S. 76; vgl. auch Gilbert, *Churchill, 1922–1939*, S. 457.

⁴⁵ Vgl. *Sunday Chronicle*, 26. 5. 1935.

⁴⁶ Winston S. Churchill, *Der Zweite Weltkrieg. Mit einem Epilog über die Nachkriegsjahre*, Bern/München/Wien 1998, S. 784.

⁴⁷ Die Bemerkung von Cripps wird erwähnt in Hugh Dalton, *The Fateful Years. Memoirs 1931–1945*, London 1957, S. 41 f. Vgl. auch Samuel Hoare an Lord Willingdon, 6. 4. 1933, in: Poiring, *Churchill*, S. 350.

⁴⁸ Winston S. Churchill, *In den Gewässern des Mittelmeers*, 13. 11. 1936, in: Ders., *Schritt für Schritt 1936–1939*, Amsterdam 1940, S. 83.

bis dahin doch derjenige gewesen, der Hitlers Ambitionen in seiner alten Heimat am energischsten entgegengetreten war⁴⁹.

Churchill war ebenfalls ratlos. David Lloyd George und Samuel Hoare meinten zwar, er befürworte eine „einseitige Aktion Großbritanniens“⁵⁰, selbst wenn dies Krieg mit Italien bedeutet hätte. Doch dieser Gedanke entsprang wohl nur einer Augenblickslaune, die bald anderen Überlegungen wich – ohne daß dieser Sinneswandel aber durch irgendwelche Rücksichten auf seinen „Freund“ Mussolini bewirkt worden wäre, zu dem Churchill auch lange schon keinen direkten Kontakt mehr hatte. Churchills Gedanken kreisten um anderes: War sein Land überhaupt stark genug, um einen kriegerischen Konflikt mit Italien riskieren zu können, das in den zurückliegenden Jahren viel Geld in die Aufrüstung gesteckt hatte und vor allem zu Wasser und in der Luft über modernstes Kriegsgerät gebot? Er zweifelte daran und war auch höchst skeptisch, ob man Mussolini wegen Abessinien reizen und vielleicht dauerhaft verstimmen sollte. Später tarnte er seine kaltherzige Indifferenz mit schönen Worten⁵¹. 1935 aber hielt er Abessinien für ein „wildes Land der Tyrannei, Sklaverei und der Stammeskriege“⁵², das besonderen Einsatz nicht lohnte. Selbst sein – um das mindeste zu sagen – wohlwollender Biograph William Manchester mußte einräumen, daß Abessinien „kein moralisches Problem“ für Churchill war. „Wie die meisten Angehörigen seiner Generation betrachtete er die Schwarzen als eine minderwertige Rasse.“⁵³

Keineswegs unbedenklich erschien Churchill schließlich die politische Legitimation für eine Verurteilung Italiens oder gar für weitere Schritte gegen den „Duce“, hatte Großbritannien mit dem Abschluß des Flottenvertrages mit dem Deutschen Reich (18. Juni 1935) sich doch eben selbst eines schweren Vergehens gegen Versailles, Stresa und die Regeln des Völkerbundes schuldig gemacht, die erst am 17. April 1935 in einer Protestnote des Völkerbundes gegen die Wiedereinführung der Wehrpflicht im Deutschen Reich feierlich beschworen worden waren⁵⁴. „Mit dem Kurs, den wir eingeschlagen haben“, so Churchill am 11. Juli 1935 im Unterhaus, „haben wir uns in eine Lage gebracht, in der es für uns sehr schwierig ist, Italien allzu strenge Vorhaltungen zu machen, wollen wir uns nicht der vielleicht scharfen Antwort aussetzen, daß wir, sofern unsere speziellen oder besonderen Interessen im Spiele sind, wenig

⁴⁹ Vgl. Woller, Rom, 28. Oktober 1922, S. 172–182; Jens Petersen, Hitler – Mussolini. Die Entstehung der Achse Berlin – Rom 1933–1936, Tübingen 1973; US-Botschafter in Paris, Straus, an Secretary of State, 6. 4. 1935, in: Foreign Relations of the United States (künftig: FRUS), 1935, Vol. II, S. 322.

⁵⁰ Aufzeichnung über ein Gespräch zwischen Hoare, Eden und Churchill, 21. 8. 1935, in: Martin Gilbert (Hrsg.), Winston S. Churchill. Vol. V, Companion, Part 2, Documents: The Wilderness Years 1929–1935, London 1981, S. 1239f. Vgl. dazu auch Samuel Hoare, Nine Troubled Years, London 1954.

⁵¹ Vgl. Churchill, Der Zweite Weltkrieg, S. 92.

⁵² William Manchester, Winston Churchill. Allein gegen Hitler 1932–1940, München 1990, S. 223.

⁵³ Ebenda.

⁵⁴ Vgl. Ian Kershaw, Hitler 1889–1936, Stuttgart 1998, S. 698; US-Delegierter bei der General Disarmament Conference, Wilson, an Secretary of State, 17. 6. 1935, in: FRUS, 1935, Vol. II, S. 336.

zu jener Verurteilung wegen Vertragsbruch neigen, die vorzunehmen wir den Völkerbund gerade gedrängt haben.“⁵⁵

Blieb das Problem Völkerbund, der jetzt auch Churchill als Instrument der Bändigung Hitlers sehr am Herzen lag. In den Jahren zuvor war die Genfer Institution nicht hoch im Preis bei ihm gestanden. Mitte der dreißiger Jahre aber sah er ein, daß Frankreich und Großbritannien nur im kollektiven Verbund in der Lage sein würden, Hitler zu bremsen; niemals durfte man es deshalb zulassen, daß der Völkerbund Schaden nahm. Das hätte er aber getan, wenn Mussolinis bevorstehender Amoklauf gegen die Genfer Regeln nicht geahndet worden wäre. Nicht sehr viel anders hätte es sich aber verhalten, wenn Großbritannien darauf bestanden hätte, daß der Völkerbund sich gegen den „Duce“ stellte – dann drohte nämlich nicht nur der Austritt Italiens, sondern mit der britisch-französischen Allianz auch der Bruch des Korsetts des Völkerbunds, weil Paris einen ganz anderen Kurs verfolgte als London. Churchill wußte zwar wahrscheinlich nicht, daß der französische Außenminister Pierre Laval im Januar 1935 dem „Duce“ praktisch freie Hand in Abessinien gelassen hatte. Auch ihm war aber nicht verborgen geblieben, daß Frankreich im Begriffe stand, den alten Streit mit Italien um Tunis und andere afrikanische Fragen beizulegen, und dabei bereit war, einen hohen Preis zu zahlen, wenn Italien nur nicht verprellt würde und das Lager wechselte⁵⁶.

Vor diesem Hintergrund riet Churchill zu größter Zurückhaltung. „Wir müssen unsere Pflicht tun“, sagte er am 11. Juli 1935, „aber wir müssen sie nur gemeinsam mit anderen Nationen tun, in Übereinstimmung mit den Obligationen, die auch andere anerkennen. Wir sind nicht stark genug, [...] Gesetzgeber und Sprecher der Welt zu sein.“⁵⁷ Die britische Regierung hatte sich aber ganz anders verhalten und, Churchills Urteil nach, alles falsch gemacht, was es falsch zu machen gab. Vor allem vermifste er eine einheitliche Linie. „Mir scheint“, so sein beißender Kommentar, „im Kabinett gibt es vier oder fünf unterschiedliche politische Tendenzen; bald gewinnt die eine und bald die andere die Oberhand, wie gerade die Wechselfälle der Stunde oder die Tagesereignisse uns diese oder jene Überlegung vor Augen rücken.“⁵⁸

Daran war viel Wahres: London hatte tatsächlich großes Verständnis für den italienischen Standpunkt gezeigt, aber zugleich den Versuch gemacht, Mussolini von seinem Vorhaben abzubringen. Erst als der „Duce“ im Mai/Juni 1935 selbst die weitgehendsten Zugeständnisse ausgeschlagen hatte, war man etwas deutlicher geworden. Namentlich Anthony Eden hatte ihm bei seinem Besuch in Rom im Juni 1935 zu verstehen gegeben, daß England im Falle eines italienischen Angriffs auf Abessinien sei-

⁵⁵ Parliamentary Debates, Official Report, Fifth Series – Vol. 304, House of Commons, Tenth Volume of Session 1934–35, 8. 7.–2. 8. 1935, S. 545.

⁵⁶ Vgl. De Felice, *Mussolini il duce. Gli anni del consenso 1929–1936*, S. 518–533; Nicola Tranfaglia, *La prima guerra mondiale e il fascismo*, Turin 1995, S. 582 f.

⁵⁷ Parliamentary Debates, Official Report, Fifth Series – Vol. 304, House of Commons, Tenth Volume of Session 1934–35, 8. 7.–2. 8. 1935, S. 545.

⁵⁸ Ebenda, S. 548.

ne Genfer Verpflichtungen erfüllen werde. Außenminister Samuel Hoare ging am 11. September sogar noch einen Schritt weiter und kündigte kollektiven Widerstand gegen alle willkürlichen Angriffsakte an⁵⁹. Der „Duce“, so glaubte Churchill, habe darin – nach dem langen verwirrenden Hin und Her kein Wunder – nur einen Bluff erkennen können. „Mussolini“, hob Churchill am 20. September im Kreise von Vertrauten hervor und holte dabei etwas weiter aus, „ist völlig irreführt worden.“ Er habe beobachten können, wie Großbritannien eine Schwäche nach der anderen gezeigt und etwa in den Kolonien die Herrschaft gelockert habe. Die britische Regierung habe sich auch nie zuvor so stark im Völkerbund engagiert wie im Falle Italiens. Man hätte Mussolini, der davon überrascht worden sei, Monate vorher die Absichten Londons klar machen sollen. Das „arme kleine Italien“, so Churchill weiter, das eben erst unter großem Kraftaufwand den Status einer „dürftigen Art von Großmacht“ erreicht habe, sehe sich nun einer Opposition gegenüber, „gegen die es nicht die geringste Aussicht hat“⁶⁰.

Steckte hinter soviel Verständnis ein geheimes Einverständnis? Nichts spricht dafür, aber alles dagegen, daß Churchill sich gleichsam zum Sprachrohr Mussolinis gemacht hätte, um dessen Interessen zu verteidigen. Er kritisierte ja nur und zog sich sofort zurück, wenn mehr von ihm erwartet wurde. Das zeigte sich besonders deutlich, als er Ende August 1935 aus Kreisen der konservativen Partei gedrängt wurde, nach Rom zu fahren und Mussolini zum Einlenken zu bewegen⁶¹. Welch eine Gelegenheit, die alten Beziehungen zu erneuern und – in welchem Sinne auch immer – politisches Kapital daraus zu schlagen, das er selbst – der isolierte, ja fast schon geächtete „Hinterbänkler“ – so bitter nötig hatte, um wieder in die erste Reihe seiner Partei und vielleicht sogar ins Kabinett zu gelangen! Doch Churchill lehnte ab und begründete es so: „Ich würde mir in Italien nur eine öffentliche Abfuhr holen und mir hier nur Beschimpfungen wegen meiner aufdringlichen Geschäftigkeit einhandeln.“⁶²

Das läßt nur einen Schluß zu: Churchill war mit der Appeasement-Politik der Regierung zwar nicht einverstanden, besaß aber auch keine Alternative dazu. Angesichts der verzwickten Lage war er mit seinem Latein ebenso rasch am Ende wie Hoare und Eden. Auch er hätte die beiden konkurrierenden Großziele – Wahrung der Autorität des Völkerbunds und Schonung des „Duce“, ohne ihm alles durchge-

⁵⁹ Vgl. Anthony Eden [Earl of Avon], *Angesichts der Diktatoren. Memoiren 1923–1938*, Köln/Berlin 1964, S. 264–274; vgl. auch Aufzeichnung über eine Unterredung zwischen Mussolini und dem britischen Botschafter in Rom, Eric Drummond, 21. 5. 1935, in: DDI, Ottava Serie: 1935–1939, Vol. I, S. 271–274; Aufzeichnung über eine Unterredung zwischen Eden und Mussolini, 24. 6. 1935, in: Ebenda, S. 457–459; Hermann Graml, *Europa zwischen den Kriegen*, München 1969, S. 323.

⁶⁰ Auszug aus dem Tagebuch von Colin Thornton-Kemsley, 20. 9. 1935, in: Gilbert (Hrsg.), *Churchill*, Vol. V, *Companion*, Part 2, S. 1264; vgl. auch Pombeni, *Churchill and Italy*, S. 77.

⁶¹ Vgl. Frederick Guest an Churchill, 27. 8. 1935, in: *Churchill College Cambridge*, CHAR 2/236/174–175. Vgl. auch Lamb, *Mussolini e gli inglesi*, S. 477.

⁶² Churchill an die Frau von Guest, 30. 8. 1935, in: Ebenda, CHAR 2/236/180.

hen zu lassen – nicht auf einen Nenner gebracht. Wenn es dafür noch eines Beweises bedurft hätte, dann lieferte ihn Churchill in den Gesprächen mit dem italienischen Botschafter in London, Dino Grandi, in denen die gleiche Mischung aus verzagter Drohung und augenzwinkerndem Verständnis vorherrschte, die den Kurs der Regierung charakterisierte. Alle britischen Parteien stünden hinter dem Völkerbund. Der drohende Konflikt in Abessinien habe auch die britische Öffentlichkeit aufgewühlt, teilte Churchill dem Botschafter mit. Sollte Italien tatsächlich abessinische Städte bombardieren, sei „ein nahezu unermesslicher Temperaturanstieg“ zu erwarten. Er empfahl deshalb die rasche Einberufung einer Drei-Mächte-Konferenz, auf der Frankreich, Großbritannien und Italien den Versuch machen sollten, sich zu einigen; von Abessinien, das in der Krise ja keine ganz geringe Rolle spielte, war keine Rede. Einigungschancen sah Churchill durchaus. Denn: „Schließlich hatten England und Frankreich die Ansprüche Italiens auf Vorrang im abessinischen Raum und die gebieterische Notwendigkeit innerer Reformen in Abessinien vorbehaltlos anerkannt.“⁶³ Solche Erklärungen hatte Mussolini schon häufig gehört, ohne daß sie ihn auch nur im mindesten beeindruckt hätten. Er sah darin nur ein Zeichen von Schwäche.

III.

Am 3. Oktober 1935 drangen italienische Truppen in Abessinien ein. Überraschen konnte das niemanden, Verwunderung rief aber die prompte Reaktion des Völkerbundes hervor, der Italien als Aggressor verurteilte und mit Sanktionen belegte, die schon am 18. Oktober 1935 in Kraft traten. Die britische Regierung war letztlich zur Gefangenen ihrer eigenen Politik geworden und mußte nun den öffentlichen Erwartungen genügen, die sie etwa mit der Rede Hoares in Genf geweckt hatte. Selbst Frankreich befürwortete die Sanktionen. Die Franzosen „wandten sich [zwar] wie Würmer am Angelhaken“, wie Eden bemerkte⁶⁴, konnten sich aber der Dynamik im Völkerbund und dem Druck der britischen Regierung nicht entziehen.

Churchill atmete auf, weil er nicht damit gerechnet hatte, daß Paris die Entscheidung für Sanktionen mittragen würde⁶⁵. Der Verbund mit Frankreich, das Kernstück aller Überlegungen zur Eindämmung Hitlers, war also gerettet. Nicht weniger erleichtert war Churchill, als sich abzuzeichnen begann, daß Mussolini die Bestrafung durch den Völkerbund weder mit Austritt, noch mit Krieg beantwortete. Der Konflikt mit Italien, so schien es, ließ sich begrenzen und dann im Völkerbund regeln, ohne daß Mussolini sich zu einer Allianz mit Hitler entschloß. Churchill fand deshalb auch nichts dabei, den „Duce“ dafür zu loben, daß er sich den Sanktionen unter-

⁶³ Churchill hatte am 28. 9. 1935 mit Grandi gesprochen und berichtete dann Robert Vansittart über das Gespräch. In: Gilbert (Hrsg.), Churchill, Vol. V, Companion, Part 2, S. 1271 f.

⁶⁴ Eden, Memoiren 1923–1938, S. 329.

⁶⁵ Vgl. Aufzeichnung über ein Gespräch zwischen Hoare, Eden und Churchill, 21. 8. 1935, in: Gilbert (Hrsg.), Churchill, Vol. V, Companion, Part 2, S. 1239 f.

warf und sein Volk bewog, sie ohne Murren zu tragen. Das sei, so Churchill, „ein Zeichen seines überlegenen Geistes [. . .]. Wir erleben nicht nur die Geltendmachung des europäischen Völkerrechts, sondern dessen Anerkennung durch den betroffenen Staat und durch die historische Gestalt an der Spitze dieses Staates.“⁶⁶

Mussolini war etwas störrisch und allzusehr auf die Interessen Italiens bedacht, in den Augen Churchills aber letztlich doch ein vernünftiger Mann, der den Streit mit den Mächten des Völkerbundes nicht zu weit treiben wollte und wußte, wie gefährlich die Nähe zu Hitler war. Um ihn zur Umkehr zu veranlassen, genügte es, die Sanktionen ins Werk zu setzen und über längere Zeit aufrechtzuerhalten; wenn sie wirklich fühlbar würden, so Churchill, gäbe Italien schon nach⁶⁷. Von seiner Kritik an der eigenen Regierung, die er noch drei Monate zuvor mit Hohn und Spott überzogen hatte, war nichts mehr zu spüren. Jetzt lag Churchill ganz auf ihrer Linie und pries sie emphatisch dafür, daß sie in Genf auf energische Maßnahmen gedrungen und damit auch dem Völkerbund einen kräftigen Revitalisierungsimpuls verliehen hatte⁶⁸. Letztlich, so hoffte Churchill, würde der gestärkte Völkerbund nicht nur Mussolini sanft in die Knie zwingen, sondern auch Hitler von riskanten Schritten abhalten⁶⁹.

Im Frühjahr 1936 erwies sich diese Hoffnung als pure Illusion: Hitler war am 7. März in das durch den Versailler Vertrag entmilitarisierte Rheinland einmarschiert, und Mussolini stand in Abessinien vor dem Sieg, ohne daß der Völkerbund die Kraft zu energischen Gegenmaßnahmen gefunden hätte. Churchill wurde nun noch unruhiger. Was mußte getan, was durfte nicht unterlassen werden, um Hitler zu stoppen, so lauteten die Fragen, die ihn nicht mehr losließen. Mussolini spielte in diesen Überlegungen eine zentrale Rolle. Die Sanktionen des Völkerbunds, so erkannte der sonst meist umfassend informierte Churchill erst jetzt, waren nie ganz ernst gemeint, sie waren „zahnlos“ gewesen⁷⁰. Deshalb sollte man sie so rasch wie möglich aufheben und den „Duce“ dann vor die Frage stellen: „Was wollen Sie sein, Freund oder

⁶⁶ Parliamentary Debates, Official Report, Fifth Series – Vol. 305, House of Commons, Eleventh Volume of Session 1934–35, 22. 10.–25. 10. 1935, S. 363 (24. 10. 1935). Vgl. dazu auch Alberto Pirelli, *Taccuini 1922/1943*, hrsg. von Donato Barbone, Bologna 1984, S. 170f.

⁶⁷ Parliamentary Debates, Official Report, Fifth Series – Vol. 305, House of Commons, Eleventh Volume of Session 1934–35, 22. 10.–25. 10. 1935, S. 366–368 (24. 10. 1935).

⁶⁸ Ebenda, S. 367 (24. 10. 1935).

⁶⁹ Vgl. dazu Lebenserinnerungen des Fürsten Ernst Rüdiger Starhemberg von ihm selbst verfaßt im Winter 1938/39 in Saint Gervais in Frankreich, in: *Archiv des Instituts für Zeitgeschichte*, F 124, und Ivone Kirkpatrick, *Mussolini*, Berlin 1965, S. 296; *Grandi an Mussolini*, 2. 11. 1935, in: *DDI, Ottava Serie: 1935–1939*, Vol. II, S. 314; zu Churchills Politik in der Abessinienkrise vgl. auch Donald Cameron Watt, *Churchill and Appeasement*, in: Robert Blake/Wm. Roger Louis (Hrsg.), *Churchill*, Oxford 1993, S. 199–211.

⁷⁰ Churchill, *Warum die Sanktionen versagten*, 26. 6. 1936, in: Ders., *Schritt für Schritt*, S. 45. Vgl. auch Churchill, *Wo halten wir?*, 17. 4. 1936, in: Ebenda, S. 19–23; *Grandi an Mussolini*, 1. 5. 1936, in: *DDI, Ottava Serie: 1935–1939*, Vol. III, S. 864 f.; *Grandi an Ciano*, 13. 6. 1936, in: Ebenda, Vol. IV, S. 305 f.; *Grandi an Ciano*, 16. 6. 1936, in: Ebenda, S. 335; John Barnes/David Nicholson, *The Empire at Bay. The Leo Amery Diaries 1929–1945*, London u. a. 1988, S. 415.

Feind?⁷¹ Wenn er ein Freund sein wollte, mußte er sich den Geboten des Völkerbunds fügen und seine Position in Abessinien „regeln“; was immer damit gemeint sein mochte, einen Abzug aus Ostafrika oder die Respektierung der Souveränitätsrechte des abessinischen Kaisers wollte Churchill dem „Duce“ gewiß nicht zumuten⁷².

Sollte Mussolini tatsächlich einlenken, so mußte daraus eine beträchtliche Stärkung des Völkerbunds resultieren. Dieser sollte dann, so meinte Churchill im Mai 1936, keine Mühe haben, „dem Hitler-Problem auf seiner derzeitigen Basis zu begegnen“, zumal er durch weitere regionale Sicherheitssysteme wie etwa einen Mittelmeerpakt ergänzt werden konnte, die alle einem Ziel dienten: „der stärksten und engsten Einkreisung des Nazitums“. Selbst die Sowjetunion wollte Churchill für diesen Plan gewinnen⁷³. Ging Mussolini aber nicht darauf ein, dann rechnete Churchill mit der Herausbildung einer deutsch-italienischen Allianz und mit dem Schlimmsten. Hitler würde in diesem Fall einen Eroberungskrieg im Osten und im Süden starten, den Japan mit einem Angriff auf die Sowjetunion im Fernen Osten flankieren würde. Demgegenüber würden Frankreich und Großbritannien eine „hochgerüstete Neutralität“ im Norden bewahren, und die Mittelmeermächte „würden Mussolini auf allen Seiten vollständig umfaßt halten, so daß auch er neutral bleiben müßte“⁷⁴.

Pläne dieser vagen Art hatten damals Konjunktur. Sie zerschellten aber alle an der Schwäche und Ignoranz der Regierungen in London und Paris, die nicht einmal auf die Besetzung des Rheinlands eine angemessene Antwort fanden. Auch Churchill landete deshalb mit seinen Hoffnungen immer wieder bei Mussolini, der seine abessinische Beute jetzt ja hatte und nun – nüchternem Kalkül folgend – wieder zur Front von Stresa zurückkehren konnte, die auch ihm den besten Schutz vor deutscher Aggression bot. Anzeichen für einen solchen Sinneswandel gab es tatsächlich. Mussolini machte im Mai/Juni 1936 mehrmals Bemerkungen, die so gedeutet werden konnten, als sei ihm an einer Rückkehr zu harmonischen Beziehungen gelegen. Voraussetzung dafür sei die Beendigung der Sanktionen⁷⁵ und – als das geschehen war – eine flexiblere Haltung der britischen Regierung in der Frage der de-jure-Anerkennung der italienischen Position in Abessinien⁷⁶. Dino Grandi, der italienische Botschafter in London und ein Schauspieler der Sonderklasse, flehte seine britischen Gesprächspartner gelegentlich sogar an, die sich bietende Chance für eine Wiederannäherung nur ja nicht ungenutzt verstreichen zu lassen; Italien werde sonst unweigerlich in die Arme Hitlers getrieben⁷⁷.

⁷¹ Churchill an Violet Bonham Carter, 25. 5. 1936, in: Martin Gilbert (Hrsg.), Winston S. Churchill. Vol. V, Companion, Part 3, Documents: The Coming of War 1936–1939, London 1982, S. 171.

⁷² Vgl. ebenda, S. 172.

⁷³ Ebenda.

⁷⁴ Ebenda, S. 173.

⁷⁵ Vgl. Mussolini an Grandi, 2. 5. 1936, in: DDI, Ottava Serie: 1935–1939, Vol. III, S. 873; Lamb, Mussolini e gli inglesi, S. 237 ff.

⁷⁶ Vgl. Eden, Memoiren 1923–1938, S. 549–552 und 645.

⁷⁷ Vgl. Grandi an Ciano, 13. 6. 1936, in: DDI, Ottava Serie: 1935–1939, Vol. IV, S. 305 f.; Lamb, Mussolini e gli inglesi, S. 237.

Churchill ließ sich von diesen Avancen ebenso täuschen wie Premierminister Stanley Baldwin, dessen Nachfolger Neville Chamberlain und die überwältigende Mehrheit der britischen Regierung. Sie waren taub gegenüber den Schilderungen barbarischer Grausamkeit, die aus Abessinien herüberdrangen, und erkannten nicht, daß Mussolini nicht daran dachte, sich mit Großbritannien zu arrangieren und wieder in die zweite Reihe der europäischen Politik zurückzukehren. Er wollte Großbritannien aus dem Mittelmeer verdrängen, das dort seit langem eine dominante Position behauptete und Italien zu wenig Spielraum ließ. Nie war, so meinte Mussolini, die Gelegenheit, dieses Ziel zu erreichen, günstiger als jetzt: Großbritannien war schlecht gerüstet, ebenso wie Frankreich vollauf damit beschäftigt, Hitler in Schach zu halten, und – nicht zu vergessen – längst über die Blüte seiner Jahre hinaus; hinter der Fassade imperialer Herrlichkeit war man satt, behäbig und vor innerem Hader beschlußunfähig, wie die halbherzige Sanktionspolitik erneut bewiesen hatte, die Mussolini deshalb auch nicht nur ärgerte, sondern in seiner Ansicht bestätigte, daß das britische Empire dem Untergang geweiht sei⁷⁸.

Das war der Ausgangspunkt für den zähen Machtpoker zwischen Rom und London, der bis zum Kriegseintritt Italiens im Juni 1940 währte und stets den gleichen Regeln gehorchte: Mussolini arbeitete mit gezinkten Karten und gewann, versprach aber Besserung, wenn man ihm den Gewinn beließ und vielleicht noch eine kleine Zugabe gewährte – und die britische Regierung spielte mit und gab Mal für Mal nach, weil man den Mitspieler am eigenen Tisch halten und nicht an eine andere Partie verlieren wollte. So war es – um nur einige Beispiele zu nennen – nach der massiven Intervention Italiens im Spanischen Bürgerkrieg, nach der Ausrufung der „Achse“ Rom – Berlin, nach dem Austritt Italiens aus dem Völkerbund, nach der Annexion Albanien und sogar noch im Frühjahr 1940, als alle Welt schon mit Italiens Kriegseintritt rechnete. Dino Grandi hatte bereits 1937 die Grundsätze der italienischen Großbritannien-Politik auf klassische Weise formuliert: „Italien und Deutschland sind verlobt, aber noch nicht verheiratet. Es hängt von euch [den Engländern] ab, ob es zur Hochzeit kommt oder nicht.“⁷⁹

Churchill sah diesem Machtpoker aufmerksam zu. Er hatte kein Amt in der Regierung und konnte sich deshalb im Unterhaus und in der Presse freier äußern als ein Baldwin oder ein Chamberlain, die Außenpolitik betrieben und den anerkannten Kodex diplomatischer Etikette respektieren mußten. Churchill nutzte diese Freiheit auf eine Art und Weise, die zeigte, daß er Mussolinis falsches Spiel allmählich durchschaute. Er räsionierte und kritisierte, er polterte und drohte, fand dann aber doch immer wieder zu den versöhnlichen Tönen zurück, die auch für die offizielle Außenpolitik charakteristisch waren. Wissen und Einsicht blieben schwächer als die hart-

⁷⁸ Vgl. Galeazzo Ciano, *Diario 1937–1943*, hrsg. von Renzo De Felice, Mailand 1990, S. 238 (Eintrag vom 11. 1. 1939), S. 271 (Eintrag vom 23. 3. 1939); Churchill, *Der Zweite Weltkrieg*, S. 94; Manchester, Churchill, 1932–1940, S. 556.

⁷⁹ Grandi an Ciano, 7. 4. 1937, in: DDI, Ottava Serie: 1935–1939, Vol. VI, S. 528; vgl. auch Grandi an Ciano, 6. 11. 1936, in: Ebenda, Vol. V, S. 416f.

näckige Hoffnung, daß der „Duce“ nach törichtem Umwegen am Ende doch zur Vernunft kommen würde.

Für Churchills Schwanken ließen sich viele Beispiele anführen. Zwei mögen genügen, weil die Choreographie sich kaum änderte. 1937/38 wurde Mussolini immer kecker: Er baute die militärischen Stellungen rund um das Mittelmeer aus; vor allem die Insel Pantelleria ließ er in eine Festung verwandeln, von der aus man den Schiffsverkehr von West nach Ost kontrollieren und die britischen Verbindungen zum Suez-Kanal und nach Indien stören konnte. Außerdem verstärkte er über Radio Bari die antibritische Propaganda in Nordafrika und im Nahen Osten, wo bei Aufständischen auch häufig Geld und Waffen aus Italien gefunden wurden. Und schließlich intensivierte der „Duce“ auch noch sein Engagement im Spanischen Bürgerkrieg, so daß nicht nur Churchill glaubte, Franco habe dem faschistischen Diktator für dessen Hilfeleistungen Militärstützpunkte auf den Balearen in Aussicht gestellt⁸⁰.

All das berührte vitale britische Interessen. Churchill kam immer wieder darauf zu sprechen. Anfang Dezember 1937 beispielsweise hielt er in einem Gespräch mit Edmund Ironside einen Krieg mit Italien für unausweichlich, vielleicht sogar für wünschenswert. Churchill war der Meinung, schrieb Ironside in seinem Tagebuch, „daß wir mit Mussolini vor 1940 fertig sein sollten, daß dies unbedingt geboten sei. Die Deutschen würden nicht vor 1940 eingreifen.“⁸¹ Vor diesem Hintergrund war es nicht überraschend, daß Churchill keineswegs betrübt war, als Italien am 11. Dezember 1937 den Völkerbund verließ. Im Gegenteil, er höhnte nur. „Ich vermag nicht zu sehen, warum der Völkerbund durch den Austritt eines Landes geschwächt werden sollte, das, um es so höflich wie mir möglich zu sagen, gegen jede Verpflichtung verstoßen hat, die es eingegangen war, und dessen Sprecher sich aus der Verspottung und Beleidigung eines jeglichen Prinzips, auf dem der Bund aufgebaut ist, einen Spaß gemacht haben. Der einzige kleine Dienst, den Herr Mussolini dem Bund noch erweisen konnte, war, ihn zu verlassen.“⁸²

Ähnlich abfällig äußerte sich Churchill bei vielen anderen Gelegenheiten, und er konnte auch der Politik der dezidierten Annäherung an Italien nichts abgewinnen, die Chamberlain nach dem Rücktritt von Außenminister Eden im Februar 1938 ins Werk setzte. Die Zeit sei dafür noch nicht reif, außerdem bezweifelte er, daß Mussolini sich an „irgendeine Übereinkunft“ halten würde⁸³. Churchill stand deshalb auch den „*accordi di Pasqua*“, den Osterverträgen vom 16. April 1938, skeptisch gegenüber, in denen sich London verpflichtete, der Annexion Abessiniens den offiziellen Segen zu erteilen, wenn Italien mit dem Rückzug seiner Freiwilligenverbände aus

⁸⁰ Vgl. italienischer Geschäftsträger in London, Leonardo Vitetti, an Ciano, 8. 8. 1936, in: DDI, Ottava Serie: 1935–1939, Vol. IV, S. 775; Churchill an Lord Linlithgow, 3. 11. 1937, in: Gilbert (Hrsg.), Churchill, Vol. V, Companion, Part 3, S. 828.

⁸¹ Tagebuch von Edmund Ironside, 6. 12. 1937, in: Gilbert (Hrsg.), Churchill, Vol. V, Companion, Part 3, S. 855.

⁸² Parliamentary Debates, Fifth Series – Vol. 330, House of Commons, Official Report, Third Volume of Session 1937–38, 6. 12.–23. 12. 1937, S. 1837 (21. 12. 1937).

⁸³ Eden, Memoiren 1923–1938, S. 630.

Spanien begann⁸⁴. Die Verträge, schrieb er am 12. Mai 1938, stellten „einen uneingeschränkten Triumph des italienischen Diktators dar. Obgleich er an der Spitze eines Landes steht, das unvergleichlich schwächer ist als Großbritannien und das Britische Weltreich, hat er uns gegenüber jeden strittigen Punkt durchgesetzt.“⁸⁵

Im selben Artikel war aber auch das Selbstdementi zu lesen, in dem Churchill alles, was er zuvor an Mussolini kritisiert hatte, dann doch wieder in ein milderes Licht rückte; sogar seine Zweifel an dessen Vertragstreue unterdrückte er. Den Ausschlag dafür gab wieder einmal Hitler, der im März 1938 Österreich an sich gerissen und damit in den Augen Churchills „das Gleichgewicht und die Beziehungen der europäischen Mächte gründlich verändert“ hatte⁸⁶. Spätestens jetzt, so sagte Churchill sich, mußte Mussolini erkennen, was die Stunde geschlagen hatte. „Die Italiener sehen sich an einer gebirgigen Grenze, die jedoch eine Länge von fast zweihundert Meilen hat, der furchtbarsten Militärmacht Europas gegenüber. Berge sind heimtückische Schranken, und die Militärgeschichte liefert zahllose Beispiele dafür, wie leicht sie durchbrochen werden können.“⁸⁷

Die versöhnlichen Töne gewannen auch nach Mussolinis Überfall auf Albanien im April 1939 letztlich wieder die Oberhand. Churchill raste, als er von dieser dreisten Tat hörte. Der Geheimdienst habe nicht geschlafen, seit Tagen sei bekannt gewesen, daß eine Invasion Albanien bevorstand. Dennoch sei die britische Flotte untätig geblieben, obwohl eine Demonstration navaler Stärke in der Adria den Überfall vielleicht verhindert hätte⁸⁸. „Was jetzt auf dem Spiel steht, das ist nicht weniger als der ganze Balkan“, schrieb er am 9. April 1939 an Premierminister Chamberlain⁸⁹. Um den Schaden so gering wie möglich zu halten, schlug er die sofortige Besetzung Korfus durch britische Truppen vor, dem in seinen Augen eine italienische Invasion drohte⁹⁰.

Chamberlain hielt solche Vorschläge für gefährlich, und auch Churchill ließ sie gleich wieder fallen. Als er am 13. April im Unterhaus das Wort ergriff und am selben Tag einen Presseartikel veröffentlichte, war von der Aggressivität, die einige Tage zuvor seine Gedanken beherrscht hatte, nicht mehr viel zu spüren. Churchill rekapitulierte zwar noch einmal das Sündenregister Mussolinis im zurückliegenden Jahr, und er fand auch klare Worte der Verurteilung für die skrupellose Außenpolitik des „Duce“⁹¹, während er die totalitäre Wende in der italienischen Innenpolitik,

⁸⁴ Vgl. Churchill, *Der Zweite Weltkrieg*, S. 147; Christopher Hibbert, *Mussolini*, Frankfurt am Main/Bonn 1963, S. 98; Churchill, *Großbritannien und Italien*, 12. 5. 1938, in: Ders., *Schritt für Schritt*, S. 267.

⁸⁵ Ebenda.

⁸⁶ Ebenda, S. 268.

⁸⁷ Ebenda, S. 269.

⁸⁸ Vgl. *Parliamentary Debates, Fifth Series – Vol. 346, House of Commons, Official Report, Sixth Volume of Session 1938–39*, 13. 4.–5. 5. 1939, S. 31–33 (13. 4. 1939).

⁸⁹ In: Gilbert (Hrsg.), *Churchill, Vol. V, Companion, Part 3*, S. 1438.

⁹⁰ Vgl. ebenda. Vgl. auch Manchester, *Churchill, 1932–1940*, S. 554, und Martin Gilbert, *Churchill. A Life*, London u. a. 1991, S. 612.

⁹¹ Vgl. Churchill, *Mussolinis Alternative*, 13. 4. 1939, in: Ders., *Schritt für Schritt*, S. 390.

die sich vor allem an den Rassengesetzen vom Herbst 1938 ablesen ließ, mit keiner Silbe erwähnte; der ideologische Gegensatz zwischen Demokratie und Gewaltherrschaft, den er im Falle Hitlers so stark betonte, fiel hier offenkundig überhaupt nicht ins Gewicht. Doch dann schwenkte Churchill erneut auf den Kurs der Regierung ein, die er zuvor wieder und wieder wegen ihrer Schwäche gegenüber den Diktatoren attackiert hatte. Chamberlain sei nicht zu tadeln für seine Weigerung, die Osterverträge von 1938 zu kündigen. Gefragt seien jetzt Pragmatismus und ein kühler Kopf. Deutschland habe mit Italien in puncto Bündnistreue und Verlässlichkeit nicht die besten Erfahrungen gemacht und könne auch jetzt nicht sicher sein, wo Mussolini wirklich stehe. Nichts käme Hitler deshalb gelegener als der Ausbruch eines Krieges zwischen Italien und den Westmächten, bevor er selbst in Zentral- und Nordeuropa losschlage. „Wenn es im Interesse der Nazis liegt, daß dies geschehe, so scheint es mir nicht in unserem Interesse zu liegen, ihnen ihre Aufgabe zu erleichtern.“⁹²

Churchill erinnerte in diesem Zusammenhang auch an eine Maxime des Herzogs von Marlborough aus dem achtzehnten Jahrhundert: „Interessen lügen nie“, die schließlich auch Italien beherzigen werde, weil man dort wisse, wie verwundbar das Land sei und wie sehr es unter der konzertierten Wucht der britisch-französischen Schläge selbst im Fall eines Sieges der „Achse“ zu leiden haben würde. Danach wäre zwar reichlich Beute zu machen, aber Deutschland wäre „der Tiger und Italien der untergeordnete Nachläufer, der ihn auf der Jagd begleitet hätte“. Selbst wenn sich „die strahlendsten Hoffnungen [...] erfüllen, wäre Italien de facto, wenn auch nicht dem Namen nach, eine Kolonie der Nazimacht“⁹³. Im umgekehrten Fall sähe die Lage nicht besser aus, Italien hätte dann nicht nur „gelitten und den Hauptstoß am Anfang aufgefangen“, sondern stünde außerdem auf der „geschlagenen Seite“. Die „fleißige, sympathische italienische Bevölkerung“ schreckten diese Aussichten, meinte Churchill, und auch Mussolini habe noch keine endgültige Entscheidung getroffen. Er, Churchill, hege deshalb die Hoffnung, daß die „Achse Berlin – Rom nicht auf heiligeren Grundlagen“ stehe als der englisch-italienische Osterpakt⁹⁴.

Churchill setzte also auch im Frühjahr 1939 noch darauf, daß Mussolinis Gerissenheit an dessen Klugheit eine Grenze finden würde – allerdings nicht mehr in demselben Maße wie noch wenige Monate zuvor. Dafür trat in seinen Artikeln und Reden jetzt ein anderes Motiv immer stärker hervor: die Hoffnung auf den Selbstbehauptungswillen der italienischen Gesellschaft, den er unter Aufbietung aller seiner rheto-

⁹² Parliamentary Debates, Fifth Series – Vol. 346, House of Commons, Official Report, Sixth Volume of Session 1938–39, 13. 4.–5. 5. 1939, S. 29–31, Zitat S. 30 (13. 4. 1939); der Text der Rede findet sich auch in: Winston S. Churchill, Reden, Bd. 1: 1938–1940. Ins Gefecht, Zürich 1946, S. 143–154. Vgl. auch Donatella Bolech Cecchi, Non bruciare i ponti con Roma. Le relazioni fra l'Italia, la Gran Bretagna e la Francia dall'accordo di Monaco allo scoppio della seconda guerra mondiale, Mailand 1986, S. 281.

⁹³ Churchill, Mussolinis Alternative, 13. 4. 1939, in: Ders., Schritt für Schritt, S. 391f.

⁹⁴ Ebenda, S. 392, 394.

rischen und schriftstellerischen Talente, sei es schmeichelnd, sei es zürnend oder drohend, bis zur Rebellion gegen den „Duce“ anstacheln wollte⁹⁵.

Daß Churchill erneut umdachte und am 13. April 1939 plötzlich wieder moderate Töne gegenüber Italien anschlug, hatte vermutlich damit zu tun, daß Chamberlain zuvor erklärt hatte, Briten und Franzosen würden nicht nur die Unabhängigkeit Polens garantieren, sondern von Stund an auch diejenige Rumäniens und Griechenlands⁹⁶. Nach diesem Signal britisch-französischer Entschlossenheit, auf das Churchill schon lange gewartet hatte, hätte in seinen Augen auch für Mussolini Klarheit herrschen müssen: Er brauchte keine Strafaktion wegen Albanien zu befürchten, konnte sein geraubtes Imperium konsolidieren, durfte aber nicht noch einmal seine Hand auf ein anderes Land legen, ohne Großbritannien und Frankreich auf den Plan zu rufen. Mussolini aber ignorierte dieses Signal und rückte im Frühjahr und Sommer 1939 immer näher an Hitler heran, ja er lieferte sich ihm mit dem am 22. Mai geschlossenen „Stahlpakt“ fast schon aus⁹⁷; seine Gewißheit, daß die beiden Westmächte innerlich zerfressen und zu keinem militärischen Kraftakt mehr fähig seien, hatte durch die Garantieerklärungen keinen Stoß erhalten. Churchill schien daraufhin zu resignieren. Als er am 27. Juli 1939 im Daily Mirror das italienisch-deutsche Abkommen über die Aussiedlung der deutschen Bevölkerung in Südtirol⁹⁸ kommentierte, wandte er sich nur noch an das italienische Volk und hielt ihm mit eindringlichen Worten vor Augen, was Krieg bedeutete: „Ein Krieg, in dem die Niederlage Ruin bringt und der Sieg permanente Unterordnung.“ Verantwortlich dafür sei allein Mussolini, „in dem selbst jene, denen sein System mißfällt, einen großen Italiener und einen großen Patrioten zu sehen geglaubt haben“⁹⁹. Hinter dem Plural steckte der Singular, und hinter dem gewundenen Satz die bittere Einsicht, daß vor allem er, Churchill, sich getäuscht hatte.

IV.

Im September 1939 begann der Zweite Weltkrieg – und Churchill, der als Erster Lord der Admiralität nun wieder der Regierung angehörte, führte von diesem Zeitpunkt an tatsächlich eine geheime Korrespondenz, von der nur ganz wenige wußten. Die Briefe und Telegramme liefen über die Botschaften, sie waren aber nicht an Mussolini gerichtet, sondern an den amerikanischen Präsidenten Franklin D. Roosevelt, von dem Churchill sich großen Rückhalt im Krieg versprach¹⁰⁰. Mus-

⁹⁵ Vgl. dazu auch Churchill, Mussolinis Sorgen, 30. 1. 1939, in: Ebenda, S. 365, und Churchills Artikel: Hitler sells the Pass!, in: Daily Mirror, 27. 7. 1939.

⁹⁶ Vgl. David N. Dilks, British reactions to Italian Empire-Building, 1936–1939, in: E. Serra/C. Seton-Watson (Hrsg.), Italia e Inghilterra nell'Età dell'Imperialismo, Mailand 1990, S. 190.

⁹⁷ Vgl. Hermann Graml, Europas Weg in den Krieg. Hitler und die Mächte 1939, München 1990, S. 217–222.

⁹⁸ Vgl. Churchill, Hitler sells the Pass!, in: Daily Mirror, 27. 7. 1939.

⁹⁹ Ebenda.

¹⁰⁰ Vgl. Lukacs, Churchill und Hitler, S. 108.

solini behielt er auch weiterhin genau im Blick; der „Duce“ war ja vor der letzten Konsequenz doch zurückgeschreckt und hatte sich nicht an die Seite Hitlers gestellt, obwohl er aufgrund der Bestimmungen des Stahlpakts eigentlich dazu verpflichtet gewesen wäre. Gab es doch noch Hoffnung? Drohte doch kein Amoklauf Mussolinis?

In der britischen Regierung dachte man im Herbst und Winter 1939/40 permanent darüber nach, wie die Beziehungen zu Italien verbessert werden könnten. Eine Chance dafür sah man im Abschluß eines Militärabkommens, das auf eine Sperrung des Mittelmeers für alle U-Boote hinauslaufen sollte, die nicht unter französischer, britischer oder italienischer Flagge fahren; diese drei Mächte sollten das Abkommen auch garantieren. Churchill beteiligte sich intensiv an diesen Planspielen, obwohl er zuvor fast ganz sicher gewesen war, daß Mussolini seine Wahl bereits getroffen hatte; ein Funken Hoffnung glomm offenbar immer noch in ihm. Am 18. Oktober 1939 verfaßte Churchill sogar ein Memorandum über „Mögliche ‚Détente‘ mit Italien im Mittelmeerraum“, in dem es hieß: „Schon das bloße Zusammenwirken italienischer Schiffe mit den unseren wäre von größtem Wert.“ Selbst wenn Italien sich am Ende nicht zur Kooperation entschließen könnte, allein Verhandlungen wären bereits von größter Bedeutung. „Sie würden unseren Wunsch zeigen, Italien in unser System zu ziehen.“¹⁰¹ Aussichtsreicher als diese Initiative, die rasch unterging, war der Plan zur Intensivierung der Handelsbeziehungen, der fast bis zur Unterschriftsreife gedieh. Der Kern dieses Planes bestand darin, daß Italien Kohlen erhalten, während Großbritannien Waffen bekommen sollte¹⁰². Diesem Projekt stand Churchill, so scheint es, eher skeptisch gegenüber, weil er fürchtete, Hitler-Deutschland könnte davon profitieren¹⁰³. Doch nicht er war es, der es im Februar 1940 schließlich platzen ließ, sondern Mussolini¹⁰⁴, woraufhin Großbritannien alle Kohlelieferungen auf dem Seeweg unterband.

Nicht nur diese Episode zeigt, daß Mussolini an einer Verständigung mit Frankreich und Großbritannien nicht mehr interessiert war. Er litt darunter, daß nun schon seit Monaten die Waffen sprachen und andere Geschichte schrieben, während er – der seit zwanzig Jahren Krieg gepredigt hatte – untätig im Palazzo Venezia sit-

¹⁰¹ In: Martin Gilbert (Hrsg.), *The Churchill War Papers*, Bd. 1: *At the Admiralty*. September 1939–May 1940, London 1993, S. 258; Ende März 1940 versicherte Churchill im Rundfunk, daß Großbritannien alles tun werde, um in guten Beziehungen zu Italien zu bleiben. Vgl. italienischer Botschafter in London, Giuseppe Bastianini, an Ciano, 31. 3. 1940, in: DDI, Nona Serie: 1939–1943, Vol. III, S. 573.

¹⁰² Vgl. Rosaria Quartararo, *Inghilterra e Italia. Dal Patto di Pasqua a Monaco. Con un'appendice sul ‚canale segreto‘ italo-inglese*, in: *Storia contemporanea*, VII, Nr. 4, 1976, S. 696; Gordon Waterfield, *Professional Diplomat. Sir Percy Loraine of Kirkherle Bt. 1880–1961*, London 1973, S. 255–260; Llewellyn Woodward, *British Foreign Policy in the Second World War*, Bd. 1, London 1970, S. 147–152; William Phillips, *Ventures in Diplomacy*, London 1955, S. 159; US-Botschafter in Paris, William C. Bullitt, an Secretary of State, 30. 12. 1939, in: FRUS, 1939, Vol. I, S. 538f.

¹⁰³ Vgl. Quartararo, *Roma tra Londra e Berlino*, S. 540; dies., *Inghilterra e Italia*, S. 696.

¹⁰⁴ Vgl. Waterfield, *Professional Diplomat*, S. 260; Gilbert (Hrsg.), *The Churchill War Papers*, Bd. 1, S. 781; Ciano, *Diario*, S. 372, 379, 394, 404.

zen und ausländische Botschafter empfangen mußte, weil die Streitkräfte nicht einsatzbereit waren. Eine große Nation wie Italien konnte nicht länger neutral bleiben und zusehen, wie die Grenzen Europas neu gezogen wurden. Alles in ihm drängte zur Aktion – je schneller, desto besser und auch wider alle Vernunft. Daß er dabei auf der Seite Hitlers stehen würde, konnten nur solche Beobachter bezweifeln, die weder die Psyche und die territorialen Ambitionen des „Duce“ kannten, noch einzuschätzen wußten, wie groß der territoriale Ehrgeiz war, den auch die italienische Gesellschaft hatte: Mussolini hatte Hitler sein Wort gegeben und wollte nicht als Verräter in die Annalen eingehen wie einer seiner Vorgänger Antonio Salandra, der 1915 die Seite gewechselt hatte. Dieses häufig unterschätzte Motiv, das faschistische im Gegensatz zum liberalen Italien als zuverlässigen Verbündeten zu präsentieren, war ebenso stark wie der Beutetrieb, der in Mussolini wühlte und schon lange nicht mehr mit irgendeinem Küstenstreifen in Afrika gestillt werden konnte, wie viele Briten und Franzosen noch immer dachten. Mussolini und das zu großen imperialistischen Abenteuern aufgelegte faschistische Italien wollten mehr: Teile Jugoslawiens und Frankreichs etwa, ferner ungehinderten Zugang zum Atlantik und, nicht zu vergessen, freie Hand am Suezkanal – und das war nur im Bündnis mit Hitler zu erreichen, der stark genug war, die Westmächte so zu schwächen, daß Italien sich ohne tödliches Risiko nehmen konnte, was man ihm nicht freiwillig gab.

Anfang 1940 ging es mithin nicht mehr um die Frage, ob und auf welcher Seite Italien in den Krieg eingreifen sollte, sondern nur noch um die Bestimmung des richtigen Zeitpunkts. „In letzter Zeit“, schrieb Galeazzo Ciano am 8. März in sein Tagebuch, „hat sich seine [Mussolinis] Feindschaft gegen die Alliierten noch verstärkt. Der Gedanke an Krieg beherrscht ihn und wird ihn noch mehr beherrschen, wenn die Offensive an der Westfront begonnen hat.“¹⁰⁵ Wie recht der italienische Außenminister damit hatte, zeigte sich am 10. Mai 1940 sofort, als die deutschen Panzer nach Westen zu rollen begannen. Mussolini war nun nicht mehr zu halten. Anfangs sah es noch so aus, als wollte er in Jugoslawien aktiv werden, das er schon seit Jahren im Visier hatte¹⁰⁶. Doch dann besann er sich eines Besseren: Jugoslawien würde ihm ja ohnehin wie eine reife Frucht in den Schoß fallen, wenn die eigentlichen Gegner Frankreich und Großbritannien bezwungen waren. „Wir haben keine Zeit mehr zu verlieren“, sagte er am 13. Mai zu Ciano. „Noch in diesem Monat erkläre ich den Krieg. Ich werde Frankreich und England vom Wasser und von der Luft aus angreifen.“¹⁰⁷ Und einen Tag später vertraute er dem deutschen Botschafter Hans Georg

¹⁰⁵ Ebenda, S. 404. Vgl. auch Myron C. Taylor an Roosevelt, 26. 4. 1940, in: FRUS, 1940, Vol. II, S. 690f. Taylor berichtete hier von einer geheimen Rede Mussolinis, in der dieser seine weitreichenden Eroberungspläne skizzierte.

¹⁰⁶ Vgl. Ciano, *Diario*, S. 377, 389, 417, 428f. Am 21. 1. 1940 schrieb Ciano: „Unsere eventuelle Strategie [gegenüber Jugoslawien] muß folgendermaßen sein: Aufstand, Besetzung von Zagreb, Ankunft von Pavelic, Einladung an Italien, einzugreifen, Bildung des Königreichs Kroatien, Anbieten der Krone an den König von Italien.“ (S. 389)

¹⁰⁷ Ebenda, S. 430.

von Mackensen an: „Es ist nun keine Frage von Monaten mehr. Es ist eine Frage von Wochen und vielleicht von Tagen.“¹⁰⁸

Daß vier Tage zuvor Winston Churchill das Amt des britischen Premier- und Verteidigungsministers übernommen hatte, interessierte den nur noch mit Krieg beschäftigten Mussolini nicht. „Die Ersetzung Chamberlains durch Churchill wird hier mit absoluter Gleichgültigkeit aufgenommen. Vom Duce mit Ironie“, notierte Ciano¹⁰⁹. Churchill war in Mussolinis Augen vielleicht besser als seine Vorgänger, wie diese aber an ein verbrauchtes politisches System gekettet, das der Dynamik der Diktaturen nicht gewachsen war. Mussolini konnte sich in dieser Ansicht bestätigt fühlen, weil Churchill zunächst tatsächlich nichts tat, was einen Kurswechsel in der britischen Italienpolitik signalisiert hätte. Auch der neue Premierminister hielt es angesichts des ungestümen Vormarsches der deutschen Wehrmacht in Frankreich für ein Gebot politischer Klugheit, der italienischen Führung so weit wie möglich entgegenzukommen, wenn sie damit veranlaßt werden konnte, ihre neutrale Haltung zu wahren. Am 16. Mai 1940 schrieb er dem „Duce“ sogar einen Brief, den einzigen, wenn nicht alle Anzeichen trügen: „Ist es zu spät“, fragte Churchill, „ein drohendes Blutbad zwischen dem englischen und dem italienischen Volke zu verhindern? Unsere Völker können einander ohne Zweifel schweren Schaden zufügen, einander grausam zerfleischen und das Mittelmeer mit ihrem Zwist verfinstern. Wenn Sie es so beschließen, dann muß es so sein; aber ich erkläre, daß ich nie der Feind von Italiens Größe gewesen bin, noch je im Herzen der Gegner des italienischen Staatschefs. [...] Durch alle Zeiten [...] hallt der Ruf, daß die Erben lateinischer und christlicher Kultur nicht gegeneinander zu tödlichem Streit antreten dürfen. Hören Sie auf ihn, ich bitte Sie in allen Ehren und in Achtung darum, bevor das furchtbare Zeichen gegeben wird. Von uns wird es niemals gegeben werden.“¹¹⁰

Mussolini ließ sich davon nicht beeindruckt, und er ignorierte auch die Kompromißvorschläge, die ihm der amerikanische, der britische und der französische Botschafter unterbreiteten und die alle auf eines hinausliefen: Mussolini sollte seine Forderungen stellen, und die Westalliierten würden sich die denkbar größte Mühe geben, sie zu erfüllen, wenn Italien dem Krieg fernbliebe¹¹¹. Mussolini hatte seine Entscheidung aber schon getroffen, und er ließ Churchill darüber auch nicht im unklaren, als er ihm am 18. Mai antwortete: „Wenn Ihre Regierung Deutschland den Krieg erklärt hat, um die Ehre ihrer Unterschrift zu wahren, so werden Sie begreifen, daß der glei-

¹⁰⁸ Ebenda.

¹⁰⁹ Ebenda, S. 429.

¹¹⁰ Churchill an Mussolini, 16. 5. 1940, in: DDI, Nona Serie: 1939–1943, Vol. IV, S. 365 f. Die deutsche Version findet sich in: Churchill, *Der Zweite Weltkrieg*, S. 324.

¹¹¹ Vgl. André François-Poncet, Botschafter in Rom 1938–1940, Berlin/Mainz 1962, S. 138–159; Phillips, *Ventures in Diplomacy*, S. 162, berichtete am 31. Mai 1940 an Roosevelt: „The regime here seems to be mad territorially. Mussolini undoubtedly has the Caesar complex of adding to the Empire by hook or by crook, and he has not the slightest consideration for anyone in reaching this end.“ Vgl. auch Ciano, *Diario*, S. 434, und Woodward, *British Foreign Policy in the Second World War*, Bd. 1, S. 147–154, 205–237.

che Sinn für Ehre und Achtung vor den im italienisch-deutschen Vertrag eingegangenen Verpflichtungen die italienische Politik heute und morgen angesichts aller denkbaren Ereignisse leitet.“¹¹²

„Die Antwort war scharf. Sie hatte zum mindesten den Vorzug der Aufrichtigkeit“, kommentierte Churchill, der sich nun endgültig keine Illusionen mehr über Mussolini machte¹¹³. Gleichwohl hörte das Ringen um Italien und den verstockten „Duce“ nicht auf. Die treibende Kraft war dabei die französische Regierung, die sich in einer verzweifelter Lage befand, weil ihre Streitkräfte den deutschen Truppen nur noch wenig entgegenzusetzen hatten; ein italienischer Angriff im Süden hätte ihnen, so glaubte man in Paris, den Todesstoß versetzt. Die französische Regierung war deshalb bereit, über alles mit sich reden zu lassen, was Mussolini im Mittelmeerraum und in Afrika zur Arrondierung seines Imperiums forderte. In London, das im März mit Paris vereinbart hatte, daß keiner der beiden Verbündeten allein einen Waffenstillstand oder einen Friedensvertrag schließen dürfe, verfolgte man diese Entwicklung mit zunehmender Sorge. Doch auch hier fanden sich nicht wenige, die dem letzten vergeblichen Versuch, den „Duce“ mit Zugeständnissen umzustimmen, einen weiteren folgen lassen wollten.

Bis dahin, also bis Mitte Mai 1940, gab es kein Anzeichen dafür, daß Mussolini „gekauft“ oder „bestochen“ werden konnte, wie man sich in Paris und London ausdrückte¹¹⁴. Im Gegenteil! Als sich die Situation an der Front vom Schlechten zum Katastrophalen zu wandeln begann und die militärische Niederlage der Westmächte von Tag zu Tag näher rückte, richteten sich trotzdem immer größere Hoffnungen auf ihn. Diese bezogen sich nun aber nicht mehr darauf, Mussolini vielleicht doch noch aus dem Konflikt heraushalten zu können, der ja auch ohne seine Mitwirkung dem Ende entgegenging. Jetzt dachte man ihn sich mehr und mehr in der Rolle des Moderators, der Hitler dazu veranlassen sollte, den geschlagenen Gegnern ein Friedensangebot zu unterbreiten, das sie zwar schwächte, aber nicht ganz ausschaltete. Woraus sich diese Hoffnungen speisten, ist schwer zu erkennen; wahrscheinlich entsprangen sie schierer Verzweiflung und der Selbsttäuschung mancher Politiker und Diplomaten, die sich an ihre Illusionen klammerten und einfach nicht einsehen wollten, daß Mussolini – selbst wenn er für solche Überlegungen empfänglich gewesen wäre – bei Hitler auf Granit gebissen hätte. Es gab keinen Spielraum für einen Moderator und nur einen, der die Regeln bestimmte: Hitler selbst.

¹¹² Mussolini an Churchill, 18. 5. 1940, in: DDI, Nona Serie: 1939–1943, Vol. IV, S. 389f. Die deutsche Version findet sich in: Churchill, *Der Zweite Weltkrieg*, S. 325. Churchill zeigte den Brief Mussolinis dem Ersten Lord der Admiralität, Albert Victor Early Alexander, der – wie John Colville schrieb – „meinte, da Italiens Kriegseintritt nun wohl unvermeidbar sei, was ich bezweifle, sollten wir selbst die Initiative ergreifen und Kreta besetzen. Winston meinte jedoch, wir hätten alle Hände voll zu tun mit anderen Dingen und könnten uns solche Abenteuer nicht erlauben. So kann ein verantwortungsvolles Amt einen Mann verändern, dem die Liebe zur tollkühnen und spektakulären Aktion angeboren ist.“ (John Colville, *Downing Street Tagebücher 1939–1945*, Berlin 1988, S. 104f.)

¹¹³ Churchill, *Der Zweite Weltkrieg*, S. 325.

¹¹⁴ Vgl. Andrew Roberts, „The Holy Fox“. A Biography of Lord Halifax, London 1991, S. 213.

Churchill, so scheint es, war sich dessen, anders als sein Außenminister, durchaus bewußt; Mussolinis Antwort auf seinen Brief hatte ihm endgültig die Augen geöffnet. Lord Halifax dagegen überschätzte Mussolinis Einfluß auf Hitler noch immer, und er mißdeutete auch die vagen Verständigungssignale, die der italienische Botschafter in London, Giuseppe Bastianini – ohne von Rom dazu ermächtigt zu sein – in der zweiten Maihälfte des Jahres 1940 auszusenden begann¹¹⁵. Damit gab es, im Kern, einen Richtungsstreit in der britischen Außenpolitik der rasch geklärt werden mußte, weil der französischen Regierung angesichts des absehbaren militärischen Triumphes der deutschen Wehrmacht im Westen jedes Mittel recht gewesen wäre, um zu einem Friedensschluß zu gelangen, der sie nicht ganz der Willkür Hitlers ausgeliefert hätte, und weil dem bei Dünkirchen eingeschnürten britischen Expeditionskorps die Vernichtung drohte, wenn kein Wunder geschah oder die Politik keinen Ausweg fand. Die Alternative, vor die sich das britische Kriegskabinett gestellt sah, lautete also: die deutschen Friedensbedingungen zu sondieren und dabei auf Mussolini als ehrlichen Makler zu setzen oder in immer bedrängterer Lage weiterzukämpfen.

Die fünf Tage vom 24. bis 28. Mai 1940, in denen in London die Entscheidung darüber getroffen wurde, sind bereits mehrmals beschrieben worden, zuletzt und besonders eindringlich von John Lukacs, der keinen Zweifel daran ließ, daß Churchill in diesen Tagen Hitlers Sieg über die Alliierten verhinderte. „Nie zuvor und nie danach war Adolf Hitler näher dran, den Zweiten Weltkrieg – seinen Krieg – zu gewinnen.“¹¹⁶ Mussolini spielte in dem Entscheidungsdrama im britischen Kriegskabinett eine Hauptrolle, obwohl er mit der Entscheidung auf den Schlachtfeldern nichts zu tun hatte und voraussichtlich auch nichts zu tun haben würde. Worin bestand diese Rolle? Wurde jetzt der heiße Draht zwischen Rom und London etabliert oder reaktiviert, um Frieden zu stiften? Wie verhielt sich Churchill gegenüber dem Vorschlag seines Außenministers, Mussolini – nicht zu dessen Schaden, versteht sich! – als Vermittler einzuschalten? Eigentlich hätte er ihn freudig begrüßen müssen – wenn er schon selbst nicht auf einen solchen Gedanken gekommen war.

Churchill reagierte am 26. Mai zunächst skeptisch, als Halifax im Kriegskabinett von seinen Gesprächen mit Bastianini berichtete und andeutete, daß in Rom der

¹¹⁵ Vgl. italienischer Botschafter in London, Giuseppe Bastianini, an Ciano, 26. 5. 1940, in: DDI, Nona Serie: 1939–1943, Vol. IV, S. 462f.; Bastianini an Ciano, 30. 5. 1940, in: Ebenda, S. 497f. Vgl. auch Woodward, *British Foreign Policy in the Second World War*, Bd. 1, S. 236f.; Lamb, *Mussolini e gli inglesi*, S. 24 und 411f.

¹¹⁶ John Lukacs, *Fünf Tage in London. England und Deutschland im Mai 1940*, Berlin 1999, S. 15; Woodward, *British Foreign Policy in the Second World War*, Bd. 1, S. 198–208; David Reynolds, *Churchill and the British 'Decision' to fight on in 1940: right policy, wrong reasons*, in: Richard Langhorne (Hrsg.), *Diplomacy and Intelligence during the Second World War. Essays in honour of F. H. Hinsley*, Cambridge u. a. 1985, S. 147–167; Martin Gilbert, *Winston S. Churchill*, Vol. VI: *The Finest Hour 1939–1941*, London 1983, S. 410–413; Sheila Lawlor, *Churchill and the politics of war, 1940–1941*, Cambridge/New York/Oakleigh 1994, S. 45–60; Roberts, „The Holy Fox“, S. 213–225; P. M. H. Bell, *A Certain Eventuality. Britain and the Fall of France*, London 1974, S. 38–48; John Charmley, *Churchill: The End of Glory. A political biography*, London/Sydney/Auckland 1993.

Wunsch bestehe, für Frieden in Europa zu sorgen¹¹⁷. Auch die Bitte der französischen Regierung, gemeinsam die Vermittlung Mussolinis zu suchen, lehnte er ab¹¹⁸. Erst als Halifax einen Vorstoß in Rom dezidiert befürwortete, weil er glaubte, „daß Mussolini Hitler nicht als Herren über Europa sehen möchte und daher – falls er das tun könne – Hitler würde überreden wollen, eine vernünftigeren Haltung einzunehmen“¹¹⁹ – erst jetzt lenkte Churchill etwas ein und gab nach einer bohrenden Frage Halifax’ sogar zu erkennen, daß er sich unter bestimmten Bedingungen zu einem Friedensschluß und zu territorialen Zugeständnissen an Mussolini bereit finden würde. Freiheit und Unabhängigkeit für Großbritannien, so lauteten diese Bedingungen, die Hitler nach Ansicht Churchills aber nicht erfüllen werde. „Der Premier war jedem Zugehen auf Musso abgeneigt“, schrieb Chamberlain am 26. Mai in sein Tagebuch. „Es sei unglaublich, daß Hitler irgendwelchen Bedingungen zustimmen würde, die wir annehmen könnten – könnten wir allerdings durch die Aufgabe Malτας & Gibraltars & einiger afrikanischer Kolonien aus der Klemme kommen, würde er sofort zugreifen.“¹²⁰

Im Protokoll der Sitzung werden die territorialen Opfer, die Churchill bringen wollte, nicht konkretisiert, und es ist tatsächlich schwer vorstellbar, daß der Premierminister so weit gegangen ist, wie sein Vorgänger gehört haben will. Klar ist aber, daß Churchill zu Beginn der Beratungen im Kriegskabinet noch schwankte. Ob aus Unsicherheit oder weil er die Präferenzen im Kriegskabinet noch nicht kannte und vor allem Halifax nicht vor den Kopf stoßen wollte, ist allerdings nicht zu entscheiden.

Am 27. Mai klärten sich die Dinge. Es zeigte sich nun, daß Halifax im Kriegskabinet keinen großen Rückhalt hatte, während Churchill mit der Schützenhilfe von Clement Attlee, Arthur Greenwood und Archibald Sinclair rechnen konnte und auch Chamberlain auf seiner Seite hatte. Sie hielten eine Kontaktaufnahme mit Italien nicht nur für aussichtslos, sondern auch für gefährlich: „Wenn herauskäme, daß wir auf Kosten britischen Territoriums um Frieden nachgesucht hätten“, so Greenwood, „hätte das furchtbare Konsequenzen.“ Jede „Schwäche unsererseits“, meinte Sinclair, würde „die Deutschen und Italiener ermutigen, und sie würde dazu führen, die Moral sowohl in diesem Land als auch in den Dominions zu untergraben“¹²¹. So dachte auch Churchill, der noch hinzufügte: „Wir müßten deshalb vermeiden, gemeinsam mit Frankreich in gefährliches Gelände zu geraten. Das ganze Manöver sei doch darauf angelegt, uns so tief in Verhandlungen hineinzuziehen, daß uns eine Umkehr unmöglich gemacht würde.“¹²²

Damit waren die Würfel eigentlich schon gefallen. Das Kriegskabinet beschäftigte sich zwar am 27. Mai noch weiter mit der Meinungsverschiedenheit zwischen Hali-

¹¹⁷ Vgl. Lukacs, Fünf Tage in London, S. 103.

¹¹⁸ Vgl. ebenda, S. 105, und Woodward, British Foreign Policy in the Second World War, Bd. 1, S. 199.

¹¹⁹ Ebenda.

¹²⁰ Zit. nach Lukacs, Fünf Tage in London, S. 111f. Vgl. auch ebenda, S. 106.

¹²¹ Ebenda, S. 135.

¹²² Ebenda, S. 136f.

fax und Churchill. Nun ging es freilich nicht mehr um Mussolini und dessen Rolle in einem Friedensprozeß, sondern um eine von Halifax aufgeworfene, viel weitergehende Frage, von der dieser aber selbst sagte, daß sie „vielleicht akademischer Natur“¹²³ sei: Würde Churchill überhaupt über Friedensbedingungen, die Hitler stellte, mit sich reden lassen? Die Antwort war kein glattes Nein, aber nicht weit davon entfernt. Churchill war damals zwar noch keineswegs entschlossen, unter allen Umständen bis zum bitteren Ende zu kämpfen, obwohl er in der Öffentlichkeit häufig genau diesen Eindruck erweckte; aber über Frieden zu sprechen und sich Bedingungen anzuhören, noch bevor der Kampf um Großbritannien richtig begonnen hatte, kam für ihn nicht in Frage. Wenn Hitler gezeigt worden war, daß Großbritannien nicht aufgab und auch nicht zu besiegen war, in einigen Monaten vielleicht, mochten die Dinge anders liegen; jetzt aber hätten Friedenssondierungen nur die Truppe und die „Home-Front“ irritiert und geschwächt¹²⁴.

So war es auch kein Wunder, daß die britische Regierung am 28. Mai 1940 ein zweites Mal abwinkte, als Paris den Vorschlag, Mussolini um Vermittlung zu bitten, erneuerte. „Käme Signor Mussolini als Vermittler ins Spiel“, betonte Churchill jetzt, „würde er uns das Fell über die Ohren ziehen. Es sei unmöglich vorstellbar, daß Herr Hitler so dumm wäre, uns mit unserem Aufrüstungsprogramm weitermachen zu lassen. Tatsächlich würden uns seine Bedingungen ihm auf Gedeih und Verderb ausliefern. Auch wenn wir den Kampf fortsetzten, ja sogar dann, wenn wir geschlagen würden, bekämen wir keine schlechteren Bedingungen als jene, die uns jetzt geboten würden.“¹²⁵

Die französische Regierung trat am 31. Mai – gegen den Willen des britischen Kriegskabinetts¹²⁶ – tatsächlich an Mussolini heran, bekam aber nicht einmal eine Antwort auf ihr Angebot, das alles übertraf, was Paris bis dahin zu opfern bereit gewesen war¹²⁷. Auch Roosevelt machte am 31. Mai einen letzten Versuch, den „Duce“ zurückzuhalten; er blieb ebenso erfolglos wie die drei vorangegangenen¹²⁸. „Es ist schon anderes nötig, um Mussolini abzuhalten“, hatte Ciano schon am 27. Mai 1940 notiert. „Im Grunde geht es doch nicht darum, daß er dieses oder jenes erreichen

¹²³ Ebenda, S. 138. Vgl. auch Woodward, *British Foreign Policy in the Second World War*, Bd. 1, S. 203.

¹²⁴ Vgl. Roberts, „The Holy Fox“, S. 224.

¹²⁵ Lukacs, *Fünf Tage in London*, S. 162f. Churchill an Paul Reynaud, 28./29. 5. 1940, zit. nach Woodward, *British Foreign Policy in the Second World War*, Bd. 1, S. 206–208. Vgl. auch *The Diaries of Sir Alexander Cadogan. O. M. 1938–1945*, hrsg. von David Dilks, London 1971, S. 290.

¹²⁶ Vgl. Woodward, *British Foreign Policy in the Second World War*, Bd. 1, S. 208, 239f.; Ciano, *Diario*, S. 437.

¹²⁷ Vgl. ebenda sowie italienischer Botschafter in Paris, Raffaele Guariglia, an Ciano, 3. 6. 1940, in: DDI, Nona Serie: 1939–1943, Vol. IV, S. 549f., und Guariglia an Ciano, 5. 6. 1940, in: Ebenda, S. 573.

¹²⁸ Vgl. Secretary of State an US-Botschafter in Rom, William Phillips, 29. 4. 1940, in: FRUS, 1940, Vol. II, S. 691f.; Phillips, *Ventures in Diplomacy*, S. 156; Roosevelt an Mussolini, 14. 5. 1940, in: FRUS, 1940, Vol. II, S. 704f.; Roosevelt an Mussolini, 26. 5. 1940, in: Ebenda, S. 709f.; US-Botschafter in Rom, William Phillips, an Secretary of State, 1. 6. 1940, in: Ebenda, S. 715.

will: er will Krieg. Selbst wenn er auf friedlichem Wege das doppelte dessen erhalten könnte, was er fordert, würde er ablehnen.“¹²⁹ Zwei Tage später übernahm Mussolini das Oberkommando der italienischen Streitkräfte. Er habe den „Duce“ selten so glücklich gesehen, meinte Ciano. „Er hat sich seinen eigentlichen Traum erfüllt: der militärische Führer seines Landes im Krieg zu werden.“¹³⁰ Am 10. Juni gab er tatsächlich den Marschbefehl.

V.

Man kann es so deutlich sagen: Es gab vor Italiens Kriegseintritt keine geheimen Kontakte und keine geheimen Absprachen. Churchill und Mussolini waren mittlerweile Feinde und so fest in ihren Lagern verankert, daß für Übereinkünfte kein Raum mehr bestand. Zuvor hatte Mussolini zahlreiche Chancen gehabt, der Geschichte einen anderen Verlauf zu geben und dabei für sich und sein Land große Vorteile zu erlangen. Was hätte er nicht alles haben können! Im Mai 1940 überboten sich die Westmächte mit immer weitergehenden Vorschlägen für eine neue Ordnung im Mittelmeerraum und in Afrika, deren einziger Profiteur Italien gewesen wäre. Mussolini wies alle zurück; er wollte mehr als Briten und Franzosen ihm geben konnten und sein Imperium im übrigen auch nicht mehr durch Länderschacher erringen, sondern im Krieg zusammenschmieden. „Um ein Volk groß zu machen, muß man es in den Kampf führen, selbst wenn dafür Tritte in den Hintern nötig sind“, sagte er im April 1940 zu Ciano¹³¹.

Churchill, der lange geglaubt hatte, daß mit dem „Duce“ letztlich doch vernünftig zu reden sein würde, hatte sich Mitte Mai 1940 selbst eingeschaltet, um Italien vom Kriegseintritt abzuhalten. Nach dem Scheitern dieser Initiative war ihm endgültig klar, daß Mussolini andere Pläne hatte und davon durch nichts abzubringen war. Er strich ihn – wenn man so will – aus seiner Rechnung und konnte das mit um so besseren Gründen tun, als sich bereits Ende Mai zeigte, daß es sich nicht mehr lohnte, den „Duce“ zu umwerben: Die französischen Streitkräfte waren besiegt, ob Italien nun eingriff oder nicht, und Hitler brauchte keinen Moderator oder Ratgeber in einem Friedensprozeß; er hatte Mussolini bis dahin nicht gefragt und wußte auch jetzt von alleine, was er wollte. Der „Duce“ hatte hoch gespielt, aber eigentlich schon verloren, als er sich am 10. Juni 1940 definitiv auf die Seite Hitlers stellte. Als die Dinge noch im Fluß gewesen waren, war sein Gewicht am größten gewesen. Alle Seiten hatten sich um ihn bemüht und mit Prämien gewinkt. Jetzt, da Frankreich kurz vor der Kapitulation und Hitlers militärische Dominanz in Europa vor aller Augen

¹²⁹ Ciano, Diario, S. 434.

¹³⁰ Ebenda, S. 435. Vgl. dazu auch Jens Petersen, Die Stunde der Entscheidung. Das faschistische Italien zwischen Mittelmeerimperium und neutralistischem Niedergang, in: Helmut Altrichter/Josef Becker (Hrsg.), Kriegsausbruch 1939. Beteiligte, Betroffene, Neutrale, München 1989, S. 131–152.

¹³¹ Ciano, Diario, S. 418 (Eintrag vom 11. 4. 1940).

stand, war Mussolini nur noch der schwache zweite Mann im Schatten Hitlers, der die britischen Positionen allenfalls noch in Nord- und Ostafrika bedrohen konnte – aber auch das nicht sehr lange. Churchill hatte ihm dieses Schicksal schon 1939 prophezeit: Bei einem Sieg der „Achse“ sei Deutschland der „Tiger“, Italien aber nur der „untergeordnete Nachläufer“ – der „Schakal“ und Mussolini der „abgerissene Lakai“¹³², wie Churchill jetzt bald bemerkte.

Mussolini war für Churchill erledigt. In seinen Memoiren widmete er dem „Duce“ zwar noch einige freundliche Passagen; dieser wäre, so Churchill, von den Alliierten auch dann noch „willkommen geheißen“ worden, als über den Kriegsausgang kein Zweifel mehr bestehen konnte¹³³. Churchill führte damit seine Leser – wie so oft – in die Irre und täuschte vielleicht auch sich selbst darüber hinweg, in welchem Maße sogar er, der großmütige Sieger, von den Furien des Hasses auf seine Kriegsgegner beherrscht gewesen war. In den zeitgenössischen Dokumenten finden sich nämlich keine Belege für die Behauptung, die Alliierten hätten Mussolini mit offenen Armen empfangen, aber viele Indizien, die auf das Gegenteil schließen lassen. Gerade Churchill nahm kein Blatt vor den Mund. Er nannte Mussolini einen „Halunken“¹³⁴, einen „laienhaften Nachahmer der antiken Römer“¹³⁵ und einen „verdammten Verbrecher“¹³⁶, den er sogar noch mehr haßte als Hitler, wie der portugiesische Diktator Salazar zu wissen glaubte¹³⁷.

Churchill bemühte sich nach 1940 zwar immer wieder darum, einen Keil in die „Achse“ zu treiben und Italien zur Abkehr von Hitler zu bewegen. Die „unconditional surrender“-Formel war dafür in seinen Augen gänzlich ungeeignet. Wäre es allein nach ihm gegangen, dann hätten die Alliierten sie im Falle Italiens ignoriert und Italien einen „weichen Frieden“ in Aussicht gestellt. In diesen und anderen Planspielen spielte Mussolini aber keine Rolle. Churchill hätte, wenn ihm vom eigenen Kabinett und von Roosevelt freie Hand gegeben worden wäre, vielleicht mit einem Grandi

¹³² Antonio Spinosa, *Mussolini. Il Fascino di un Dittatore*, Mailand 1989, S. 405. Vgl. auch Ciano, *Diario*, S. 525; Guy Eden, *Churchill in High Office*, in: Charles Eade (Hrsg.), *Churchill by his Contemporaries*, London u. a. 1953, S. 116. Die Bezeichnung Schakal stammt aus einer Rundfunkrede Churchills vom 22. 6. 1941; zit. nach Jean Améry, *Winston S. Churchill. Ein Jahrhundert Zeitgeschichte*, Luzern/Frankfurt am Main 1965, S. 133. Ende 1941 nannte Churchill Mussolini vor dem amerikanischen Senat und Repräsentantenhaus einen Prahler und Lakai. Vgl. Winston S. Churchill, *Reden 1940–1941. Der unerbittliche Kampf*, Zürich 1947, S. 485.

¹³³ Churchill, *Der Zweite Weltkrieg*, S. 784.

¹³⁴ Ray Moseley, *Zwischen Hitler und Mussolini. Das Doppelleben des Grafen Ciano*, Berlin 1998, S. 212.

¹³⁵ Colville, *Downing Street Tagebücher*, S. 293. Am 15. 12. 1940 nannte Churchill Mussolini auch einen „Schuft“. Ebenda, S. 229.

¹³⁶ Richard Collier, *Mussolini. Aufstieg und Fall des Duce*, München 1971, S. 472.

¹³⁷ Vgl. italienischer Botschafter in Lissabon, Renato Prunas, an Außenminister Raffaele Guariglia, 27. 7. 1943, in: DDI, Nona Serie: 1939–1943, Vol. X, S. 721; Frederick W. Deakin, *Die brutale Freundschaft. Hitler, Mussolini und der Untergang des italienischen Faschismus*, Köln/Berlin 1964, S. 213; italienischer Botschafter in Ankara, Ottavio De Peppo, an Ciano, 2. 2. 1943, in: DDI, Nona Serie: 1939–1943, Vol. IX, S. 573; De Peppo an Ciano, 6. 2. 1943, in: Ebenda, S. 594.

verhandelt, niemals aber mit Mussolini, weshalb auch dessen mehr als halbherzige Versuche, einen Separatfrieden mit den Alliierten zu schließen, stets ohne Resonanz blieben¹³⁸.

Sogar das persönliche Schicksal Mussolinis ließ Churchill kalt. Als er sich im Juli 1941 mit Archibald Sinclair über die Frage unterhielt, was mit den führenden Männern des Feindes nach dem Krieg geschehen sollte, meinte er, „mit Kriegsende sollte alles Blutvergießen ein Ende haben, obwohl er persönlich es gern sehen würde, wenn man Mussolini [. . .] wie Vercingetorix auf gute alte römische Art strangulierte. Hitler und die Nazis würde er gern auf eine einsame Insel verbannen, dafür allerdings nicht St. Helena entweihen.“¹³⁹ Zwei Jahre später hatte diese Frage schon größere Aktualität. Jetzt, da Mussolini gestürzt war, warf Roosevelt sie auf. Er denke, schrieb er am 25. Juli 1943 an Churchill, „daß der Oberteufel [Mussolini] zusammen mit seinen hauptsächlichen Spießgesellen ausgeliefert werden sollte“¹⁴⁰. Churchill stimmte dem vorbehaltlos zu; die Alliierten sollten alles tun, um „diese Verbrecher“ in ihre Gewalt zu bringen. Was dann mit ihnen geschehen sollte, wollte er den Verhandlungen zwischen den Westalliierten und der Sowjetunion überlassen. „Man kann für sofortige Exekution ohne Verfahren – ausgenommen zu Identifizierungszwecken – sein. Andere ziehen es vielleicht vor, daß sie bis zum Ende des Krieges in Europa in Gewahrsam gehalten werden und über ihr Geschick dann zusammen mit den übrigen Kriegsverbrechern entschieden wird.“ Er persönlich sei „in dieser Frage ziemlich indifferent“¹⁴¹.

Auch das entsprach nicht ganz der Wahrheit. Churchill wäre es am liebsten gewesen, die Frage der Hauptkriegsverbrecher hätte sich von selbst erledigt, durch Selbstmord der Delinquenten oder durch das Werk von Attentätern. Die zweitbeste Lösung war in seinen wie in den Augen seiner Regierung die Hinrichtung der Haupttäter aufgrund eines politischen Beschlusses der Verbündeten der Anti-Hitler-Koalition, während ordentliche Verfahren vor nationalen oder internationalen Gerichten ihm am wenigsten behagten. Ganz festgelegt aber war Churchill nicht, und so fügte er sich denn der amerikanischen und sowjetischen Führung, die der internationalen

¹³⁸ Vgl. Lamb, *Mussolini e gli inglesi*, S. 25, 434–436, 445–454, 478f.; Churchill an Roosevelt, 15. 4. 1943, in: Francis L. Loewenheim/Harold D. Langley/Manfred Jonas (Hrsg.), *Roosevelt and Churchill. Their Secret Wartime Correspondence*, London 1975, S. 327; Antonio Varsori, *Italy, Britain and the problem of a separate peace during the second world war: 1940–1943*, in: *The Journal of Italian History* 1 (1978), Nr. 3, S. 455–491; ders., *Bestrafung oder Aussöhnung? Italien und Großbritannien 1943–1948*, in: Hans Woller (Hrsg.), *Italien und die Großmächte 1943–1949*, München 1988, S. 131–137; Elena Aga Rossi, *Una nazione allo sbando. L'armistizio italiano del settembre 1943*, Bologna 1993.

¹³⁹ Colville, *Downing Street Tagebücher*, S. 293.

¹⁴⁰ Roosevelt an Churchill, 25. 7. 1943, in: Loewenheim/Langley/Jonas (Hrsg.), *Roosevelt and Churchill. Their Secret Wartime Correspondence*, S. 356.

¹⁴¹ Churchill an Roosevelt, 26. 7. 1943, in: Warren F. Kimball (Hrsg.), *Churchill & Roosevelt. The Complete Correspondence*, Bd. II; *Alliance Forged: November 1942–February 1944*, Princeton 1984, S. 350f. Vgl. auch Martin Gilbert, *Winston S. Churchill*, Vol. VII: *Road to Victory 1941–1945*, London 1986, S. 1325.

Justiz ihren Lauf lassen wollten, so wie er und seine Regierung sich schon 1944 dem Wunsch der italienischen Regierung gebeugt hatten, einen eigenen Gerichtshof zur Aburteilung der Regimeprominenz ins Leben zu rufen, vor dessen Schranken sich auch ein Mussolini hätte verantworten müssen, wenn man seiner habhaft geworden wäre¹⁴². Churchill rührte also keinen Finger, um Mussolini das Leben zu retten. Er trachtete ihm aber auch nicht danach, um peinlichen Enthüllungen vorzubeugen¹⁴³. Er ließ – so oder so – das Schicksal sich vollenden, das bereits seit Juni 1940 vorgezeichnet war. Alles andere sind wilde Spekulationen, die man wegen ihrer unstatthaf-ten Apologie ebenso ignorieren kann wie Luftblasen, die vom „Schlammgrund mancher Teiche“ aufsteigen und „an der Oberfläche zerplatzen“¹⁴⁴.

¹⁴² Vgl. Telford Taylor, *Die Nürnberger Prozesse. Hintergründe, Analysen und Erkenntnisse aus heutiger Sicht*, München 1994; Lothar Kettenacker, *Die Behandlung der Kriegsverbrecher als anglo-amerikanisches Rechtsproblem*, in: Gerd R. Ueberschär (Hrsg.), *Der Nationalsozialismus vor Gericht. Die alliierten Prozesse gegen Kriegsverbrecher und Soldaten 1943–1952*, Frankfurt am Main 1999, S. 17–31; Hans Woller, *Die Abrechnung mit dem Faschismus in Italien 1943 bis 1948*, München 1996, S. 138 f.

¹⁴³ Churchills Leibwächter schrieb, Churchill habe die Nachricht vom Tod Mussolinis freudig aufgenommen. „Ah, das Biest ist tot!“, soll er ausgerufen haben. W. H. Thompson, *Churchill und sein Schatten. Im Dienste des englischen Kriegspremiers*, Frankfurt am Main 1952, S. 222. Vgl. dazu auch Collier, *Mussolini*, S. 472.

¹⁴⁴ Die Formulierung stammt aus der Erzählung von Giorgio Bassani, *Die Brille mit dem Goldrand*, München/Zürich 1997, S. 19.

HOLGER AFFLERBACH

„MIT WEHENDER FAHNE UNTERGEHEN“

Kapitulationsverweigerungen in der deutschen Marine

I.

Im Jahre 1878 schrieb Alfred Lord Tennyson sein Gedicht: „The Revenge. A Ballad of the Fleet“. Darin schilderte er, wie der elisabethanische Seeheld Sir Richard Grenville (1541–1591) mit seinem Schiff *Revenge* im September 1591 bei den Azoren einer riesigen spanischen Übermacht fünfzehn Stunden lang standhielt. Die Kampfschilderung gipfelt in folgendem Appell des Kapitäns an seine Männer:

„We have fought such a fight
for a day and a night
As may never be fought again!
We have won great glory, my men!
And a day less or more
At sea or ashore,
We die – does it matter when?
Sink me the ship, master Gunner – sink her, split her in twain!
Fall into the hands of god, not into the hands of Spain!“

Statt aufzugeben, wollte der Kapitän mit seinem Schiff untergehen – die Besatzung verweigerte dies unter Hinweis darauf, daß die Männer Frauen und Kinder hätten und es deshalb vorzögen, zu überleben, um später wieder gegen die Spanier kämpfen zu können. Grenville konnte sich nicht durchsetzen; tödlich verwundet, starb er kurz nach seiner Gefangennahme.

In diesem Gedicht, das zur Standardlektüre viktorianischer Schulkinder gehörte, schildert Tennyson eine militärische wie kulturgeschichtliche Besonderheit, die im folgenden in ihrer Entstehung und ihren Auswirkungen untersucht werden soll: Den Wunsch, den Untergang und damit den Tod der Kapitulation vorzuziehen; einen Vorgang in den europäischen Marinen, der hier als „Kapitulationsverweigerung“ bezeichnet wird und der in den Weltkriegen des 20. Jahrhunderts Zehntausenden von Seeleuten das Leben gekostet hat.

Das Thema ist ein kleiner Ausschnitt aus der großen Frage nach der Natur des Krieges; der Frage, *warum* der Soldat kämpft, *wie* er kämpft, *wann* er *warum* aufhört

VfZ 49 (2001)
© Oldenbourg 2001

zu kämpfen oder warum er dieses *nicht* tut¹. Der Moment, in dem normalerweise der Kampf aufgegeben wird, scheint noch am besten durch ein Konsensmodell erklärbar zu sein; Soldaten setzen ihr Leben für eine Sache ein, die dem Konsensus ihrer soldatischen Gruppe und/oder ihrer Gesellschaft entspricht, aber nur, solange dies Erfolg verspricht; kann Weiterkämpfen nichts mehr zu diesem Ziel beitragen, hört der Kampf schlagartig auf – bei den einzelnen Soldaten, indem sie in Gefangenschaft gehen, bei militärischen Einheiten, Großeinheiten, Festungen, Schiffen oder Oberkommanden, indem man kapituliert.

Daß es einen Punkt gibt, an dem der Kampf aufgegeben wird, um das nackte Leben zu retten, erscheint heute selbstverständlich. Hingegen wird das Gegenteil, den Tod der Kapitulation vorzuziehen, meist als ein vor allem den Japanern im Zweiten Weltkrieg vorbehaltener Fanatismus angesehen, wobei insbesondere auf die Kamikaze-Flieger verwiesen wird. Bezeichnenderweise war der alliierte Codename für das raketengetriebene Kamikaze-Flugzeug Oka (Kirschblüte) – Baka = Idiot². Es erschien den amerikanischen Soldaten idiotisch, sich freiwillig in ein solches Flugzeug zu setzen. Bei allem widerwilligen Respekt vor einem zu allem entschlossenen Gegner empfanden Amerikaner wie Europäer die Kapitulationsverweigerung der Japaner – auf Okinawa gingen von ungefähr 120 000 Japanern nur 106 in Gefangenschaft, der Rest suchte den Tod im Kampf oder beging Selbstmord³ – als Zeichen einer gänzlich fremden Kultur, die von Todesverachtung, Geringschätzung des Lebens und des Individuums geprägt war.

In europäischen Heeren war es demgegenüber seit dem Altertum Sitte, einen aussichtslosen Kampf einzustellen, obwohl in Antike und Mittelalter die Kapitulation

¹ Vgl. John Keegan, *Die Kultur des Krieges*, Berlin 1995 (stellt die Frage, ob der Krieg ein Teil unserer Kultur ist; polemisiert gegen Clausewitz, dem diese Dimension entgangen sei); Wolf Schneider, *Das Buch vom Soldaten. Geschichte und Porträt einer umstrittenen Gestalt*, Düsseldorf/Wien 1964; am Beispiel des Schützengrabenkrieges 1914–1918 das exzellente Buch von Tony Ashworth, *Trench Warfare 1914–1918. The Live and Let Live System*, London 1986; Benjamin Ziemann, *Front und Heimat: ländliche Kriegserfahrungen im südlichen Bayern 1914–1923*, Essen 1997; Detlef Vogel/Wolfram Wette (Hrsg.), *Andere Helme – andere Menschen? Heimateinfahrung und Frontalltag im Zweiten Weltkrieg. Ein internationaler Vergleich*, Essen 1995 (Auswertung von Feldpostbriefen auf die Frage nach dem Warum; besonders interessant der Beitrag über japanische Feldpostbriefe); Omer Bartov, *The Eastern Front, 1941–45: German troops and the barbarisation of warfare*, London 1985 (über die Rolle der Ideologie beim inneren Zusammenhalt der Wehrmacht); Thomas Rohkrämer, *Der Militarismus der „kleinen Leute“: die Kriegervereine im Deutschen Kaiserreich 1871–1914*, München 1990, dort auf S. 83–146 eine Untersuchung der Kriegserfahrung 1870/71; soziologische Herangehensweise bei Samuel Stouffer, *The American Soldier*, 4 Bde., Princeton 1949; Thomas Kühne, *Zwischen Männerbund und Volksgemeinschaft: Hitlers Soldaten und der Mythos der Kameradschaft*, in: *Archiv für Sozialgeschichte* 38 (1998), S. 165–189, untersucht die Rolle der „Kameradschaft“ beim inneren Zusammenhalt der Wehrmacht.

² Vgl. Ivan Morris, *The nobility of failure. Tragic Heroes in the History of Japan*, Tokyo 1982, S. 276–334. Morris hebt auch hervor, daß die ursprünglich militärisch begründeten Kamikazeeflüge hinterher zum militärisch sinnentleerten Ritual geworden seien (S. 311 ff.). Zum Zweifel der Kamikaze-Piloten an der Sinnhaftigkeit ihres Tuns vgl. ebenda, S. 318.

³ Zahlen nach Edwin P. Hoyt, *The Kamikazes*, London 1985, S. 283.

oft mit grausamer Willkür des Siegers, mit Verstümmelungen und Blendung, mit Sklaverei oder Geiselhafte verbunden war⁴. Natürlich gab es immer wieder Gegenbeispiele, die in eine andere Richtung wiesen – oder im Zuge patriotischer Legendenbildung, unter Außerachtlassung der wirklichen militärischen Begleitumstände, hinterher umgedeutet wurden, wie etwa das Ausharren des Leonidas und seiner Spartaner an den Thermopylen im Jahre 480 v. Chr. oder der Untergang eines kleinen Teils der napoleonischen Garde bei Waterloo⁵. Bisweilen glaubten Feldherren eine Niederlage nicht überleben zu dürfen und begingen Selbstmord; Varus, Samschow und Model sollen hier stellvertretend für viele andere genannt werden. Doch ebenso wie die allermeisten Feldherren waren auch die Soldaten der geschlagenen Armeen nicht bereit, den Tod der Kapitulation vorzuziehen. Ab einem bestimmten Punkt wurde Widerstand als militärisch sinnlos angesehen und dann eingestellt. Clausewitz, der Theoretiker des „absoluten Krieges“, brachte dies auf folgende Formel: „Wie hoch auch der Wert des Mutes und der Standhaftigkeit im Kriege angeschlagen werden muß, so gibt es doch einen Punkt, über den hinaus das Verharren nur eine verzweiflungsvolle Torheit genannt und also von keiner Kritik gebilligt werden kann.“⁶ Dieser Punkt ist in enger Beziehung zum eigentlichen Kampfziel, der Vernichtung der gegnerischen Streitmacht, zu sehen. Clausewitz verstand darunter folgendes: „Die Streitmacht muß vernichtet, d. h. in einen solchen Zustand versetzt werden, daß sie den Kampf nicht mehr fortsetzen kann. Wir erklären hierbei, daß wir in der Folge bei dem Ausdruck ‚Vernichtung der feindlichen Streitkraft‘ nur dies verstehen werden.“⁷ Vernichtung bedeutet also nicht die physische Vernichtung des unterlegenen Heeres, sondern zielte auf einen Zustand, in dem der Unterlegene dem Sieger keinen entscheidenden Schaden mehr zufügen kann. Ab diesem Punkt ist weiterer Widerstand militärisch sinnlos und nichts anderes als ein rituell verbrämter Selbstmord.

Der französische Philosoph Montaigne hatte sogar gefordert, Kommandanten, die sinnlosen Widerstand leisteten und dadurch Menschenleben opferten, vor Gericht zu stellen⁸. Und auch der Ehrbegriff des Offiziers⁹ verlangte zu keiner Zeit, in aussichts-

⁴ Vgl. John Keegan, *Das Anlitz des Krieges. Die Schlachten von Azincourt 1415, Waterloo 1815 und an der Somme 1916*, Frankfurt a. M. 1991, S. 124–129.

⁵ Zu Leonidas vgl. Herodot, *Historia*, VII 203–238; Bewertung in: RE, Band 24, Stichwort: Leonidas (Sp. 2015–2018 [Lenschau]). Zu dem legendären Untergang der napoleonischen Garde („Die Garde stirbt, aber die Garde ergibt sich nicht!“) vgl. Friedrich Sieburg, *Napoleon. Die letzten hundert Tage*, Stuttgart 1956, S. 370f. Hier wird die Szene so geschildert, daß einer von etwa 100 Garde-Grenadieren Napoleons auf die Aufforderung, sich in der hoffnungslosen Lage zu ergeben, nicht etwa „La Garde meurt . . .“, sondern simpel nur „Merde!“ gebrüllt – und übrigens das auf diese Weigerung folgende Gemetzel sogar noch als Verwundeter überlebt haben soll.

⁶ Carl von Clausewitz, *Vom Kriege*, I. Teil, Viertes Buch, Frankfurt a. M. u. a. 1980, S. 234.

⁷ Carl von Clausewitz, *Vom Kriege*, I. Teil, Erstes Buch, Frankfurt a. M. u. a. 1980, S. 38.

⁸ Vgl. Michel de Montaigne, *Man wird bestraft, wenn man sich darauf versteift, eine Festung sinnlos zu verteidigen*, in: Ders., *Essais. Erste moderne Gesamtübersetzung von Hans Stilett*, Frankfurt a. M. 1998, S. 38–41.

⁹ Vgl. Karl Demeter, *Das deutsche Offizierkorps in Gesellschaft und Staat 1650–1945*, Frankfurt

loser Lage weiterzukämpfen. Es reichte, Mut und Einsatzwillen gezeigt zu haben; war dies geschehen, konnte sich auch ein untadeliger Soldat ohne Verlust an Ansehen ergeben. Die Kapitulation galt als ein schmerzhafter und bitterer, aber nicht als ein unehrenhafter Schritt. In der europäischen Kriegsgeschichte hat sich, trotz vieler Einzelfälle trotziger Todesverachtung, immer die übermächtige Tendenz behauptet, daß es berechtigt sei, einen aussichtslosen Kampf einzustellen, um Menschenleben zu retten.

Bei der Marine hingegen, genauer: bei den Überwasserstreitkräften der Marine, ist im Zeitalter der Weltkriege eine gegenläufige Tendenz zu beobachten: Nämlich, daß in vielen Fällen der Kapitän des im Kampf unterlegenen Schiffs die Kapitulation verweigerte und deshalb mit der Besatzung unterging. Leonidas E. Hill nannte dies 1988 einen Ehrbegriff, der sich „von einem vollkommen antiquierten Kodex ableitete und auch einen sinn- und nutzlosen Gang in den Tod einschloß“¹⁰. Diese maritime Kapitulationsverweigerung ist, ohne daß sie so genannt wurde, bei der Schilderung einzelner Vorfälle natürlich erwähnt worden, jedoch fehlt bislang eine zusammenhängende Analyse und vor allem ein Erklärungsansatz, der die historische Entwicklung angemessen berücksichtigt. Hier setzt der vorliegende Aufsatz an.

II.

Der Tatbestand der maritimen Kapitulationsverweigerung läßt sich am besten in dem Ausdruck „mit wehender Flagge untergehen“ fassen. Mit dem Streichen der Flagge wird die Kapitulation signalisiert; in diesem Augenblick ist der Sieger Herr auch über das besiegte Schiff und für die Rettung der Besatzung verantwortlich.

Die Vorstellung, lieber zu sinken als die Flagge einzuholen, entwickelte sich wahrscheinlich aus einem an sich rationalen militärischen Grund: Es sollte verhindert werden, daß ein Schiff in die Hand des Siegers fiel und somit die feindliche Flotte eine Verstärkung erfuhr. Die Kapitulationsverweigerung hing aber darüber hinaus auch wesentlich mit dem Ehrbegriff der Kommandanten und mit dem Kult der Flagge zusammen, der sich schon in der frühen Neuzeit beobachten läßt und der damals Teil des rigiden aristokratischen Ehrenkodexes war¹¹, dessen bizarre Auswir-

a. M. 1965, S. 116–153. Interessante Ausführungen zur Wandlung des Ehrbegriffs bei Offizieren in der Neuzeit bei Keegan, *Antlitz*, S. 221–225.

¹⁰ Leonidas E. Hill, *Signal zur Konterrevolution? Der Plan zum letzten Vorstoß der deutschen Hochseeflotte am 30. Oktober 1918*, in: *VfZ* 36 (1988), S. 113–129, hier S. 116.

¹¹ Alfred T. Mahan, *The influence of sea power upon history 1660–1783*, London 1892, S. 60, schrieb der Flagge, die ursprünglich nur als Erkennungszeichen gedient habe (vgl. Julian S. Corbett, *Fighting Instructions, 1530–1816*, London 1905, S. 16; Audley's Fleet Order, ca. 1530), eine symbolische Bedeutung von großer Tragweite zu. Die Flagge sei zwar an sich ein leeres Symbol. („This empty honor of the flag, a claim insignificant except as the outward manifestation of the purpose of a government . . .“) Sie gewinne aber eine große Bedeutung, wenn sie zum Anspruch eines Staates auf Seeherrschaft werde – genauer gesagt: Des englischen Staates, der diesen An-

kungen auf einem anderen Feld Ute Frevert in ihrem brillanten Buch über das Duell beschrieben hat¹². Bei Artillerieduellen zwischen Schiffen spielten die Ehrenfrage, die Fahne und ihr Einholen eine wichtige Rolle. Allerdings endeten die meisten Seeschlachten in der Zeit der Segelschiffe im Enterkampf und mit der Eroberung des Schiffes durch den siegreichen Feind, der dann die eroberte Fahne selbst einholen konnte. Untergänge mit wehender Fahne waren nur in Ausnahmefällen – wie etwa dem Untergang des französischen Linienschiffes *Vengeur du Peuple* am 1. Juni 1794¹³ – zu beobachten. Gerade in der britischen Marine, die häufig als Vorbild diente, wurde zwar viel von rücksichtslosem Angriffsgeist, aber ebenso viel von Klugheit und nüchterner Beurteilung der Kräfteverhältnisse gehalten¹⁴. In den wenigen Fällen, in denen die Briten in der Segelschiffsära Gefechte verloren, wurde nach hartem Kampf die Flagge gestrichen¹⁵. Andererseits läßt es sich aber auch erkennen, daß das Einholen der Flagge in der britischen Marine als Schande angesehen wurde. Dafür mögen die Worte des sterbenden Nelson als Beleg dienen. Schwerverwundet in der Schlacht von Trafalgar unter Deck gebracht, fragte er den Kommandanten seines Flaggschiffes *Victory*: „Ich hoffe, Hardy, keins unserer Schiffe hat die

spruch dann auch durchsetzte. Mahan greift auf eine Schilderung Richelieus zurück, um einen vielsagenden Bezug zwischen Flaggenmythos und dem Anspruch auf Seeherrschaft zu verdeutlichen: „Der Herzog von Sully [der französische Botschafter in London] schiffte sich in Calais auf einem französischen Schiff ein, das die französische Flagge trug. Im Kanal wurde es von einem englischen Schiff erwartet. Der Kommandant des Letzteren befahl dem französischen Schiff, seine Flagge einzuholen. Der Herzog nahm an, sein Rang würde ihn vor einem solchen Insult schützen und lehnte dies kühn ab. Aber diese Zurückweisung wurde von drei Kanonenschüssen gefolgt, die, indem sie sein Schiff durchbohrten, gewissermaßen auch das Herz aller guten Franzosen durchbohrten. Macht zwang ihn, zu akzeptieren, was das Recht verbat; und auf alle seine Beschwerden, die er erhob, konnte er von dem englischen Kapitän keine bessere Antwort erhalten als diese: „Daß so wie seine Pflicht ihn nötige, den Rang des Botschafters zu ehren, verpflichtete es ihn auch, die gebührende Ehre der Flagge seines Herrn als Herrscher über die See zu erzwingen.“ (S. 59) Mahan bezeichnet den Vorfall aus dem 17. Jahrhundert zu Recht als „one of its most arrogant expressions“ des englischen Anspruchs auf alleinige Seeherrschaft (S. 59), der in dem Lied „Rule, Britannia, Britannia rule the waves“ seinen bekanntesten Ausdruck gefunden habe.

¹² Vgl. Ute Frevert, Ehrenmänner. Das Duell in der bürgerlichen Gesellschaft, München 1991.

¹³ Vgl. Dictionnaire de La Conversation et de la Lecture, Stichwort „Vengeur“; Elmar B. Potter/Chester W. Nimitz, Seemacht. Eine Seekriegsgeschichte von der Antike bis zur Gegenwart, München 1982, S. 97.

¹⁴ Davon können die Schriften des bedeutenden Marineschriftstellers Sir Julian Corbett Zeugnis ablegen. Siehe beispielsweise Julian S. Corbett, Die Seekriegsführung Groß-Britanniens, Berlin 1939, S. 140: „Unsere Marine lebt [. . .] in der Überzeugung, daß die Seeschlacht im Krieg den Ausschlag gibt und daß die Schlacht der beiderseitig etwa gleichen Kräfte bis zum letzten Hauch durchgeschlagen werden muß. [. . .] Obwohl wir ergebene Anhänger des Schlachtgedankens sind, müssen wir doch zugeben, daß es manchmal weder möglich noch weise ist, nach ihm zu handeln. [. . .] Wenn wir schwach sind, nehmen wir sie nur auf uns, wenn wir dazu gezwungen werden.“

¹⁵ Im englisch-amerikanischen Seekrieg von 1779 hatte die britische Fregatte *Serapis* vor einem sogar unterlegenen amerikanischen Gegner die Flagge gestrichen, ihr Kommandant ging in Gefangenschaft. Vgl. Potter/Nimitz, Seemacht, S. 79.

Flagge gestrichen?“ Er erhielt zur Antwort: „Nein, mein Lord, das wird nie geschehen.“¹⁶

In der Segelschiffära war der Untergang mit wehender Fahne trotz spektakulärer Einzelfälle eher eine „Idealvorstellung“ als eine Realität; ein Mythos, der vielleicht bis zu den Seekriegen der frühen Neuzeit zurückverfolgt werden könnte¹⁷. Allerdings erfuhr dieser Mythos in den Seekriegen der napoleonischen Ära eine beträchtliche Verstärkung. Denn die Engländer erbeuteten zwischen 1806–1815 1244 Handelsschiffe; parallel dazu sank in Frankreich die Zahl einsatzfähiger Schiffe von 1500 im Jahre 1802 auf 179 im Jahre 1812¹⁸. Es ist leicht erklärlich, daß aus diesen Fakten nach Kriegsende die Schlußfolgerung gezogen wurde, daß ein Schiff keinesfalls in die Hand des Gegners fallen dürfe. Daß Kapitulation und Übergabe von Schiffen an den Feind unbedingt vermieden werden mußten, wurde freilich nicht nur in der Royal Navy, sondern auch in den jüngeren europäischen Marinen gefordert. Dies galt insbesondere für die deutsche Flotte, die nach bescheidenen Anfängen ab den 1890er Jahren zur zweitstärksten der Welt wurde. Woher sollte die deutsche Marine, mangels eigener Traditionen, ihre Vorbilder nehmen, wenn nicht aus der Royal Navy, von dem beneideten und bewunderten England, mit dem man jetzt gleichauf ziehen wollte, und aus den abschreckenden Erfahrungen der Franzosen und Spanier?

Auf jeden Fall sollte das Ansehen der noch jungen deutschen Marine nicht durch schmähliches Flaggestreichen gemindert werden; lieber sollte ein Schiff, das einem überlegenen Feind nicht ausweichen konnte, mit wehender Flagge ruhmreich untergehen. Daß dies der erklärte Wille der vorgesetzten Stellen war, ergibt sich aus einer Anweisung für den Kriegsfall, die Kaiser Wilhelm I. am 17. März 1885 für die Kommandanten der Auslandsschiffe erlassen hatte. Hierin wurden diese Kommandanten unter anderem dazu verpflichtet, „die ihnen anvertrauten Schiffe und Besatzungen so zu verwenden [. . .], wie es die Ehre der Flagge und das Interesse des Deutschen Reiches erheischen. [. . .] Je schwieriger seine Lage wird, je aussichtsloser sie erscheint, um so fester soll der Kommandant sich allein an die Gebote der militärischen Ehre halten. [. . .] Unnachsichtlich werde Ich aber gegen denjenigen Kommandanten einschreiten, der die Ehre der Flagge bloßstellt. [. . .] *Ich hoffe, daß selbst im Unglück ein ehrenvoller Untergang Meine Schiffe davor bewahren wird, die Flagge streichen zu müssen*¹⁹. Scheint dies aber dennoch dem Kommandanten unvermeidlich, so soll er gehalten sein, das Kommando sofort an jeden an Bord befindlichen Seeoffizier ab-

¹⁶ Ebenda, S. 140.

¹⁷ Hier wäre vor allem an das Verhalten der spanischen Silberflotte zu denken, die von einem holländischen Geschwader unter Piet Hein 1628 erobert werden konnte. Das maritime Prestige der Spanier erlitt dadurch schweren Schaden. So sagte ein russischer Fähnrich während der Schlacht von Tsushima: „Warum haben wir unsere Schiffe nicht versenkt? Wir haben uns ergeben wie die Spanier. Weiterleben hat keinen Sinn.“ In: Richard Plaschka, *Matrosen, Offiziere, Rebellen. Krisenkonfrontationen zur See 1900–1918*, Band 1, Wien 1984, S. 276.

¹⁸ Vgl. René Maine, *Von Lepanto bis Trafalgar*, Oldenburg 1979, S. 316.

¹⁹ Hervorhebung durch den Autor.

zutreten, der etwa dagegen Einspruch erhebt und den Kampf fortzusetzen gewillt ist.“²⁰

Aus dieser Anweisung, die bis zum Ersten Weltkrieg ihre Gültigkeit behalten sollte und von ähnlichen Bestimmungen ergänzt wurde²¹, läßt sich vor allem die Angst herauslesen, ein Kommandant könnte ein Schiff übergeben; vor allem fürchtete man einen Prestigeverlust für die deutsche Marine. Der Erlaß ist geradezu ein Kapitulationsverhinderungsinstrument, denn zumindest theoretisch konnte ein einziger draufgängerischer Leutnant das Kommando an sich reißen und einen aussichtslosen Kampf weiterführen, den der Kommandant einstellen wollte. Übrigens galten in den Marinen der anderen Nationen ähnlich drastische Bestimmungen, mit denen die Herrscher und Oberkommanden zu verhindern suchten, daß ein verzagender Kommandant dem Feind sein Schiff übergebe.

Ordres wie diese machten halbwegs Sinn, solange der Enterkampf als hauptsächliche Form des Seegefechtes anzusehen war. Noch in den deutschen Einigungskriegen war dies der Fall, obwohl es bereits Dampfantrieb und Panzerung gab²². Doch wurden diese Befehle auch durch die revolutionären Änderungen, die sich später in der Technik des Schiffbaus und damit auch des Seekrieges anbahnten, nicht obsolet, obwohl das Zeitalter der Segelschiffsflotten seit dem amerikanischen Bürgerkrieg und seit der Schlacht von Lissa 1866 endgültig vorbei war. Statt des Enterkampfs von Holzschiffen, die sich meist durch Treffer in die Takelage bewegungsunfähig geschossen hatten und die relativ schwer zu versenken waren, kam es jetzt zu Artillerieduellen zwischen gepanzerten Schiffen auf ständig wachsende Entfernungen, die schließlich im Ersten Weltkrieg über 20 km betrug; diese Entwicklung ließ sich spätestens seit den neunziger Jahren des 19. Jahrhunderts nicht mehr übersehen.

Damit stellte sich auch die Frage der Kapitulation neu. Bei den modernen Kampfbedingungen hatte die sehr zahlreich gewordene Besatzung kaum noch eine Chance, aus einem sinkenden Schiff herauszukommen, wenn der Kampf nicht oder zu spät aufgegeben wurde. Durch Wassereinbrüche drohten ganze Abschnitte im Schiffsinnen von den Ausgängen abgeschnitten zu werden. Die Rettungsmittel – also Boote und Flöße – waren im Gefecht das erste, was durch Treffer und vor allem durch Splitterwirkung zerstört wurde; manchmal wurden die Boote vor dem Gefecht, zur Verminderung der Brandgefahr, sogar ganz oder teilweise über Bord geworfen. Das lud dem Kommandanten eines Kriegsschiffes die Verantwortung auf, im Kampf nicht nur an die weiterwehende Fahne, sondern auch, im Falle der Niederlage, an die rechtzeitige Rettung seiner Besatzung zu denken. Dennoch wurde der vorwiegend von der Royal Navy geprägte Ehrenkodex der Marineoffiziere beibehalten, was ein

²⁰ Marine-Archiv (Hrsg.), *Der Krieg zur See 1914–1918. Kreuzerkrieg*, Band 1, bearbeitet von Erich Raeder, Berlin 1922, S. 33–36.

²¹ Vgl. Hans-Otto Rieve, *Admiral Nebogatov – Schuld oder Schicksal*, in: *Marine-Rundschau*, 1964, Heft 1, S. 1–11. Auf S. 4–7 findet sich dort eine kurze Sammlung deutscher und russischer Marinevorschriften zum Thema Übergabe/Kapitulation.

²² Vgl. Franz Uhle-Wettler, *Alfred von Tirpitz in seiner Zeit*, Hamburg 1998, S. 27 und 33 f.

bis dahin ungeahntes Ausmaß unverantwortlichen Umgangs mit dem Leben der ihnen unterstellten Matrosen zur Folge hatte.

Der Hinweis auf den unverantwortlichen Umgang mit dem Leben von Untergebenen könnte als Urteil eines Historikers verstanden werden, der, weit von den Ereignissen und der damaligen Denkweise entfernt, die Vergangenheit mit Maßstäben der Gegenwart mißt. Daß aber einige Offiziere auch früher so dachten, zeigt die kampflose Übergabe der Nachhut der russischen Flotte in der Seeschlacht von Tsushima. Das Gros der russischen Flotte war von den Japanern am 27. Mai 1905 versenkt worden. Am nächsten Morgen wurde die Nachhut gestellt. Der Kampf wäre aussichtslos gewesen; die zahlenmäßig weit überlegenen japanischen Schiffe waren schneller und besser bewaffnet; sie hätten aufgrund ihrer höheren Geschwindigkeit die Gefechtsentfernung bestimmen, außerhalb der Reichweite der russischen Geschütze bleiben und in aller Ruhe mit ihrer überlegenen Artillerie ohne wesentliches Risiko die russischen Schiffe versenken können. Um mit Clausewitz zu sprechen: Das Geschwader war „vernichtet“, noch bevor der erste Schuß gefallen war. Der Kommandeur des Geschwaders, Konteradmiral Nikolaj Ivanovic Nebogatov, war zuerst unschlüssig, tat dann aber das einzig richtige: Er kapitulierte. Nach dem Reglement um ihre Ansicht gebeten, hatten sich einzelne Offiziere scharf gegen die Kapitulation ausgesprochen, die überwältigende Mehrheit aber hatte dem Schritt Nebogatovs nachdrücklich zugestimmt. Nebogatov ließ die Mannschaft antreten und erläuterte die Kapitulation mit folgenden Worten: „Ich bin ein alter [. . .] Mann, dessen Leben keinen besonderen Wert mehr hat. Es ist ohnehin verwirkt; ich werde für diese Tat erschossen werden. Ihr aber seid junge Leute in der Blüte des Lebens und daher berufen, dereinst den Ruhm der russischen Marine wiederherzustellen. Die Verantwortung für die Übergabe nehme ich ganz allein auf mich.“²³

Nach der Kriegsgefangenschaft – der Admiral wurde übrigens von den Japanern mit allen Ehren behandelt – wurden Nebogatov und 77 beteiligte Offiziere im Dezember 1906 vor ein Kriegsgericht gestellt. Nebogatov, der mit der Todesstrafe rechnen mußte, erläuterte vor Gericht seinen Entschluß, zu kapitulieren, mit folgenden Worten: „Ich bin kein weichherziger Mensch und hätte Tausende von Leben geopfert, wenn es Rußland Nutzen gebracht hätte. [. . .] Auch alle meine Untergebenen waren bereit, ihr Leben zu opfern. [. . .] Ich aber hatte kein Recht, unter den Umständen, in denen wir uns damals [. . .] befanden, 2000 junge Menschen nutzlos hinzuopfern. Das Gesetz gestattet, das Leben zu schonen, wenn alle Mittel zu einem Widerstand erschöpft sind. [. . .] Darum entschloß ich mich zur Kapitulation.“²⁴

²³ Sinngemäß übereinstimmend, in den Details leicht abweichende Versionen bei Plaschka, *Matrosen*, Band 1, S. 275 (Zitat); Potter/Nimitz, *Seemacht*, S. 275.

²⁴ Plaschka, *Matrosen*, Band 1, S. 273. Bei Denis und Peggy Warner, *The Tide at Sunrise. A History of the Russo-Japanese War, 1904–1905*, London 1974, S. 518, sind Nebogatovs Ausführungen so wiedergegeben: „I am not by any means a soft-hearted man and I assure you that I would not have hesitated to have sacrificed 50 000 men if it could have been of the least use, but in this case why should I sacrifice the lives of young men? It would only have been suicide. If I had said:

Gegen diese Ansicht war, vom militärischen Standpunkt aus, nichts einzuwenden, denn hier sprach nicht das humanitäre Gefühl, sondern ein zweckrationales Kalkül. Während des Prozesses wurde auch deutlich, daß eine Evakuierung der Mannschaften mit Booten eineinhalb bis zwei Stunden gedauert hätte, weswegen auch die Selbstversenkung nicht in Frage gekommen war²⁵. Und doch empfanden viele Marineoffiziere die Kapitulation als ehrlosen Akt, und das, obwohl später sogar ein beteiligter japanischer Offizier, Kapitän Masayuki Akijama, Nebogatov ausdrücklich in Schutz nahm, seine Kapitulation als berechtigt bezeichnete und sagte, weiterer russischer Widerstand wäre so sinnlos gewesen, „wie das Meer mit einem Besen zu kehren“²⁶. Trotzdem wurde Nebogatov zusammen mit drei Kommandanten zum Tode durch Erschießen verurteilt, das Urteil durch kaiserlichen Gnadenerlaß aber wegen früherer Verdienste in zehn Jahre Festungshaft abgeändert.

III.

Dieses zweckrationale militärische Handeln und der schonende Umgang mit der Besatzung machten aber nicht Schule – im Gegenteil. Deutsche Marinekreise äußerten sich zum Verhalten Nebogatovs scharf ablehnend. Ein Prozeßbeobachter konnte zwar keine rationalen Argumente aufbieten, zitierte aber, um seine Ablehnung zum Ausdruck zu bringen, Schillers Vers „Denn über das Leben geht noch die Ehre“²⁷. In späteren Seekriegsgeschichten wurde Nebogatovs Kapitulation als „ein in der Seekriegsgeschichte seltener Fall völligen moralischen Versagens“ gebrandmarkt²⁸, und im Ersten Weltkrieg zeigte sich, daß es infolge der Anweisung der vorgesetzten Stellen, keinesfalls die Flagge zu streichen, und der äußeren und inneren Akzeptanz dieser Regelung durch das Marineoffizierskorps für Überwasserstreitkräfte ausgeschlos-

„Ivan, drown yourself!‘ ‚Petrov, shoot yourself!‘ ‚Nicolai, blow your brains out!‘ They would have done so, but what right had I to sacrifice their lives to no purpose?“

²⁵ Vgl. Generalmajor a. D. C. von Zepelin, Die Kapitulation des „Bjädowy“ und der Schiffe Nebogatovs vor dem Kriegsgericht, 2. Der Prozeß Nebogatow, in: Marine-Rundschau, Februar 1907, S. 186–196, hier S. 189.

²⁶ Warner, Tide at sunrise, S. 519.

²⁷ Zepelin, Kapitulation, Zitat S. 196. Vgl. dazu den Kommentar Admiral Sir J. O. Hopkins, Comments on Tsushima, in: Fred T. Jane, Fighting Ships, London 1906, S. 419, der urteilte: „Rear Admiral Nebogatoff's narrative of the battle of Tsushima throws a new sidelight on that action [...] from his point of view the final bloodless surrender was actuated by the noble motive of not uselessly sacrificing life by a prolonged and unprofitable struggle which could only have ended in useless bloodshedding, and his moral courage in so acting will doubtless be borne out by the verdict of posterity.“ Ob es einen signifikanten Unterschied in der britischen und der deutschen Beurteilung des Verhaltens Nebogatovs gibt, könnte nur eine breitangelegte Analyse der Pressekommentare des gesamten Spektrums aufzuzeigen suchen. Das Verhalten der Seeoffiziere beider Nationen in den Weltkriegen spricht aber dagegen.

²⁸ Alexander Meurer, Seekriegsgeschichte in Umrissen. Seemacht und Seekriege vornehmlich vom 16. Jahrhundert ab, 1. Auflage Leipzig 1925 (4. Auflage 1943), S. 403. Meurer war Vizeadmiral a. D.

sen war, zu kapitulieren. Der britische Admiral Doveton Sturdee stellte im Dezember 1914 fest: „In früherer Zeit ergaben sich die Schiffe, heutzutage ziehen sie es vor, unterzugehen.“²⁹

Dieses Diktum galt für die britische und deutsche Marine gleichermaßen. Hier gibt es zahlreiche Beispiele, von denen nur wenige, besonders prägnante herausgestellt werden sollen. So weigerte sich in der Seeschlacht bei Coronel (1. November 1914) der Kapitän des schwer angeschlagenen und mit Schlagseite im Wasser liegenden englischen Kreuzers *Monmouth*, vor dem deutschen Kreuzer *Nürnberg* aufzugeben; sein Schiff wurde mit der gesamten Besatzung von 540 Mann bei schwerer See versenkt. Wenig später, am 8. Dezember 1914, stieß das von Admiral Maximilian Graf Spee befehligte deutsche Ostasiengeschwader bei einem Handstreich auf die Falklandinseln auf weit überlegene britische Schiffe. Die Situation war aussichtslos: Es war ca. 9.00 Uhr morgens, die Sicht hervorragend, der Gegner war schneller und artilleristisch drückend überlegen. Das Geschwader des Grafen Spee war, wieder nach der Definition von Clausewitz, „vernichtet“, bevor es auch nur einen Schuß abgegeben hatte; es bestand keine realistische Chance, den Feind noch schädigen zu können³⁰. Graf Spee war in derselben Situation, in der sich Nebogatov in der Seeschlacht von Tsushima befunden hatte. Chancen, zu entkommen, hatte allenfalls das modernste und schnellste Schiff des Geschwaders, der kleine Kreuzer *Dresden*. Trotzdem ließ sich Graf Spee lieber zusammenschießen, als zu kapitulieren; nur die *Dresden* konnte dank ihrer überlegenen Geschwindigkeit entkommen. Über 2000 deutsche Seeleute starben auf den von Treffern zersiebten, sinkenden und brennenden Schiffen einen grausigen und sinnlosen Tod; dem standen lediglich 3 britische Verluste gegenüber. Der einzige rationale Grund, der in diesen Widerstand hineininterpretiert werden könnte, nämlich daß die langsamen Schiffe den Rückzug des schnelleren deckten, findet in der Realität keine Stütze: Die *Dresden* hätte sich auch ohne die Aufopferung der anderen Schiffe absetzen können. Graf Spee selbst hatte die Chancen der anderen Einheiten, zu entkommen, sehr skeptisch beurteilt; sein letzter Befehl an seine kleinen Kreuzer lautete: „Versuchen zu entkommen.“ Drei Worte, die Bände sprechen. Vollkommen zu Recht nannte der englische Admiral, Sturdee, die Schlacht ein „Scheibenschießen“³¹, und ein englischer Augenzeuge berichtet, die wenigen deutschen Überlebenden hätten sich an den Kampf „wie an eine Art Alptraum“ erinnert³².

Bei der Aufarbeitung des Desasters in Deutschland weigerte man sich, das grausige Geschehen als solches zu erkennen. Man betrachtete die unbestreitbaren Tatsachen nur unter einem Aspekt: der Kapitulationsverweigerung und dem trotzigen Untergang mit wehender Flagge. Es wurde zur Manie des Admiralstabs und der von ihm

²⁹ Sturdee in der argentinischen Zeitung „La Nacion“ vom 21. 12. 1914, in: Bundesarchiv-Militärarchiv Freiburg (künftig: BA-MA), RM 38/162.

³⁰ Vgl. Holger Afflerbach, „Der letzte Mann“, in: DIE ZEIT Nr. 51, 17. 12. 1993.

³¹ Plaschka, *Matrosen*, Band 1, S. 328, erwähnt, daß Sturdee die Deutschen als „taktisch“ in der Rolle von „Artilleriescheiben“ bezeichnet hat.

³² Brief des Midshipman John Esmonde von „HMS Invincible“, abgedruckt in den „Daily News“ vom 28. 1. 1915, in: BA-MA, RM 38/v.

beauftragten Marinehistoriker, so auch des späteren Großadmirals Erich Raeder, nachzuweisen, daß auf allen deutschen Schiffen die Flagge bis zum Untergang geweht habe und nirgendwo, auch nicht in der aussichtslosesten Lage, niedergeholt worden sei. Doch welcher Sinn lag darin? Auf einem gefechtsunfähigen, sinkenden, brennenden Schiff und bei Wassertemperaturen, bei denen es praktisch unmöglich war, sich schwimmend zu retten? Warum holten die deutschen Schiffe nicht beizeiten die Flagge ein und retteten damit die Besatzungen? Diese Frage legten der englische Admiral, Sturdee, und viele englische Offiziere dem ranghöchsten überlebenden deutschen Offizier, Fregattenkapitän Pochhammer, vor; diesem fiel aber nur die dürftige Antwort ein, „wir täten das eben nicht“³³. Auch in der patriotisch gestimmten Heimat ignorierte man die Frage, ob der Untergang mit wehender Fahne sinnvoll war oder ob nicht eine rechtzeitige Kapitulation vielen Menschen das Leben gerettet hätte. Lieber berauschte man sich an Einzelbeispielen des Heroismus während der Schlacht.

In diesem Zusammenhang ist die Entstehung des wohl berühmtesten deutschen Marinebildes – „Der letzte Mann“ von Hans Bohrdt – zu sehen, das eine – nicht authentische – Szene zeigt: Ein Signalgast soll sich, mit der Kriegsflagge in der Hand, auf den Kiel der sinkenden *Leipzig* gestellt haben und dann mit ihr untergegangen sein³⁴. Die Pose des Matrosen erinnert sehr an Eugène Delacroix' „Die Freiheit führt das Volk an“ von 1830. Kaiser Wilhelm II. war übrigens begeistert von dem Bild, obwohl Bohrdt seinem Wunsch, einen segnenden Engel in die obere Bildhälfte zu malen, nicht nachgekommen war. Die Botschaft des Gemäldes ist dennoch klar: Man weigert sich, die Niederlage und damit die englische Herrschaft über die Meere zu akzeptieren. Der „letzte Mann“ steht so als Symbol und Mythos für trotzigem Durchhalte- und Siegeswillen, der stärker ist als der Wunsch zu leben.

Anders verlief der Untergang des kleinen Kreuzers *Emden*, der in einem Gefecht bei den Kokosinseln dem überlegenen australischen Kreuzer *Sydney* unterlag. Der wegen seiner ritterlichen Kreuzerkriegführung sogar in den Feindstaaten populäre Kommandant des Schiffes, Kapitän Karl v. Müller, setzte, nachdem der Ausgang des ungleichen Kampfes nicht mehr zweifelhaft sein konnte, sein Schiff auf ein Riff und strich die Flagge; so konnte er, der Vorschrift folgend, das Schiff garantiert unbrauchbar machen und trotzdem die Besatzung retten. Hätte v. Müller auf offener See die Flagge gestrichen und sein Schiff übergeben? Diese Frage muß offenbleiben. Klar ist aber, daß sich in beiden Weltkriegen die – meist natürlich nicht vorhandene – Möglichkeit, sein Schiff auf ein Riff zu setzen, als einzige wirkliche Alternative zum

³³ Bericht FK Pochhammers vom 12. 9. 1918, in: BA-MA, RM 92/2499: „Ich bemerkte hierzu: Es war schon verschiedentlich gesagt worden, wir führten hier ganz neue Sitten ein, warum wir denn die Schiffe nicht übergeben hätten, als wir niedergekämpft waren. Es ist ja auch, wie ich glaube, in früheren Seekriegen die Übergabe eines Schiffes in solchem Falle nicht als Schande betrachtet worden. Unser Verhalten begründeten wir eben damit, wir täten das eben nicht.“

³⁴ Vgl. Bodo Meyer-Friese, *Marinemalerei in Deutschland im 19. Jahrhundert*, Oldenburg/Hamburg/München 1981, S. 48–51; Lars Ulrich Scholl, Hans Bohrdt, *Marinemaler des Kaisers*, Hamburg 1995, S. 34–37; zum Hergang der Schlacht, speziell was die Authentizität der von Bohrdt gemalten Szene angeht, vgl. Afflerbach, *Der letzte Mann*.

Untergang mit wehender Fahne für den im Artillerieduell Unterlegenen herauskristallisierte.

Gegen Ende des Ersten Weltkrieges zeichnete sich angesichts der drohenden Niederlage eine unheimliche Steigerung der selbstmörderischen Ehrtradition der hohen Marineoffiziere ab. Es wurde, passend zu den neuen Tendenzen im Seekampf, sogar ein neuer Begriff geprägt: Die Mannschaften sprachen von der „Todesfahrt“, zu der die gesamte deutsche Hochseeflotte auslaufen sollte. Da die Flotte bis dahin nur sehr zurückhaltend eingesetzt worden war, mußte sich den Mannschaften der Verdacht aufdrängen, daß hier ein heroischer Endkampf in Szene gesetzt werden sollte. Admiral Adolf v. Trotha, der Stabschef der Hochseeflotte, hielt in seinen am 6. Oktober 1918 verfaßten „Überlegungen in ernster Stunde“ einen „Todeskampf“ für angebracht, um „einem schmachvollen Frieden“ zu entgehen³⁵. Und zwei Tage später schrieb er: „Der Einsatz, um mit Ehren unterzugehen, lohnt doch auch noch, denn eine schwere Wunde würden wir England schon noch beibringen.“³⁶

Seit der Weimarer Zeit wurde darüber diskutiert, was die Seekriegsleitung mit dem geplanten Flottenvorstoß in letzter Minute beabsichtigte: Eine Kriegswende herbeizuführen, die Friedenspolitik der Reichsleitung zu unterlaufen, die Flotte aus Resorterwägungen zum Schlagen zu bringen oder aber, ob sie sich vom Argument des ehrenvollen Untergangs mit wehender Fahne leiten ließ³⁷? Die unterschiedlichen Deutungen können natürlich schwer auf einen Nenner gebracht werden, da letztlich jeder der an den Planungen beteiligten Marineoffiziere andere Prioritäten setzte. Vielleicht planten sie, so urteilte jüngst Gerhard Groß, keine „Todesfahrt“ im eigentlichen Sinne³⁸. Aus der Perspektive der Mannschaften stellten sich die Dinge jedenfalls anders dar. Ohnehin unzufrieden wegen der schlechten Lebensbedingungen an Bord, hatten die Besatzungen nicht die geringste Neigung, „als ‚Opfer des Ehrgeizes der Offiziere‘ in den Tod geführt“ zu werden³⁹. Dieser Verdacht wurde durch Äußerungen wie die des Kommandanten der *Thüringen* geschürt; dieser meinte, es gehe darum, „mit wehender Flagge“ unterzugehen⁴⁰. Auch andere Offiziere sprachen davon, ein „Untergang in Ehren“ sei einer „schmählichen Kapitulation“ vorzuziehen⁴¹. Die Besatzungen verweigerten sich; sie waren zum Verteidigungseinsatz bereit und

³⁵ Deutschland im Ersten Weltkrieg, Band 3: November 1917 bis November 1918, hrsg. vom Institut für Geschichte unter der Leitung von Fritz Klein, Berlin [Ost] 1969, S. 502.

³⁶ Ebenda.

³⁷ Vgl. Wilhelm Deist, Die Politik der Seekriegsleitung und die Rebellion der Flotte Ende Oktober 1918, in: VfZ 14 (1966), S. 341–368; Hill, Signal; Gerhard P. Groß, Eine Frage der Ehre? Die Marineführung und der letzte Flottenvorstoß 1918, in: Jörg Duppler/Gerhard P. Groß (Hrsg.), Kriegsende 1918. Ereignis, Wirkung, Nachwirkung, München 1999, S. 349–365. In den drei Beiträgen wird auch die ältere Literatur breit berücksichtigt.

³⁸ Groß, Eine Frage der Ehre, S. 354.

³⁹ Walter Görlich (Hrsg.), Regierte der Kaiser? Kriegstagebücher, Aufzeichnungen und Briefe des Chefs des Marine-Kabinetts Admiral Georg Alexander von Müller 1914–1918, Göttingen 1959, Eintragung Müllers vom 2. 11. 1918, S. 443.

⁴⁰ Deutschland im Ersten Weltkrieg, Bd. 3, S. 505.

⁴¹ Ebenda, S. 502.

wollten bis Helgoland fahren⁴², aber nicht zur „Todesfahrt“ gegen England. Der Befehlshaber der Flotte, Admiral Hipper, ließ daraufhin das Unternehmen abblasen, was indes die revolutionäre Unruhe bei den Matrosen nicht mehr dämpfen konnte.

Die Verweigerung der Mannschaften war berechtigt. Denn auch wenn die Seekriegsleitung keine „Selbstmordfahrt“ im Wortsinn plante, wäre es angesichts der Regelungen der Marine für den – nicht auszuschließenden – Fall, daß man auf den weit überlegenen Feind gestoßen wäre, auf eine solche hinausgelaufen. Die Vorstellung vom Untergang mit wehender Fahne hätte dann ein Desaster ohnegleichen heraufbeschworen⁴³. Die Meuterei von 1918 zeigt, daß die Besatzungen der Schiffe die Untergangsmoralität ihrer Vorgesetzten nicht teilten und sich, wenn sie eine realistische Alternative sahen, dem Endkampf und der Selbstaufopferung entzogen.

IV.

Nach dem Ersten Weltkrieg konnte sich die Marine an verschiedenen Vorbildern orientieren: an Kapitän v. Müller von der *Emden*, der kämpfte, bis es nicht mehr ging, dann sein Schiff auf ein Riff setzte und die Flagge strich, oder an dem Grafen Spee, der über 2000 Mann opferte, ohne den Feind schädigen zu können, nur um mit „wehender Fahne“ unterzugehen. Tatsächlich war das Verhalten des Grafen Spee in der Zwischenkriegszeit nicht unumstritten. Manche Offiziere wie der spätere Großadmiral Erich Raeder feierten den heroischen Untergang mit wehender Flagge, andere fragten sich hingegen, ob der sinnlose Tod der Besatzung moralisch zu verantworten sei. Für diese Haltung steht Kapitän Hans Langsdorff, der im November 1939 sein Schiff, die *Admiral Graf Spee*, vor dem Rio de la Plata sprengte, weil er sich umstellt glaubte und seiner Besatzung den sinnlosen Endkampf ersparen wollte. In bewußter Erinnerung an das Schicksal des Mannes, nach dem sein Schiff benannt worden war, bekannte er: „Ich werde uns nicht von einer Übermacht in Stücke schießen lassen. Für mich sind tausend junge Männer lebend mehr wert als tausend tote Helden.“⁴⁴

Es ist hier weniger wichtig, daß Langsdorff, was die gegnerische Stärke anging, der englischen Propaganda sowie einem Irrtum seines Artillerieoffiziers aufgesessen war, sondern daß er das Problem der maritimen Kapitulation in seiner vollen Tragweite – das heißt in der faktischen Unmöglichkeit der Kapitulation – erfaßt hatte. Daß aber auch Langsdorff nicht außerhalb der Marinetradition stand, zeigte sich hinterher; er erschoss sich, auf der Kriegsflagge seines Schiffes, in seinem Hotel⁴⁵. In einem Ab-

⁴² Vgl. ebenda, S. 505.

⁴³ Vgl. Groß, *Eine Frage der Ehre*, S. 363, der in seiner Argumentation über die „Todesfahrt“ schreibt: „Eine Todesfahrt war dabei nicht geplant – aber auch nicht ausgeschlossen.“

⁴⁴ Eugen Millington-Drake, *The Drama of Graf Spee and the Battle of the Plate. A Documentary Anthology 1914–1964*, London 1964, S. 312. Nach den Erinnerungen des Maschinenmechanikers Hans Götz.

⁴⁵ Vgl. ebenda, S. 366 ff.

schiedsbrief an die Besatzung schrieb er, daß er durch seinen Tod verhindern wolle, daß irgendein Schatten auf die Ehre der Flagge falle⁴⁶. Er verzichtete auf den „Ruhm“ eines Grafen Spee, mit der Besatzung und wehender Fahne unterzugehen, und einer seiner Offiziere hat festgestellt, daß viele Frauen und Kinder ihm für diesen Entschluß zu danken hatten⁴⁷.

In Deutschland mißfiel dieser Vorgang natürlich sehr, zumal als bekannt wurde, daß die *Graf Spee* gar nicht der erwarteten großen Übermacht gegenübergestanden war. Die von Verantwortungsbewußtsein zeugende, aber in ihrer militärischen Sinnhaftigkeit ex post diskutierbare Tat des Kapitäns Langsdorff war der Marineführung sehr peinlich, zumal Hitler eigentlich einen Durchbruchversuch befürwortet, die Seekriegsleitung hingegen für die Selbstversenkung plädiert hatte. Um klarzustellen, was er in Zukunft von seinen Schiffen erwartete, erließ Großadmiral Raeder am 22. Dezember 1939 folgende Weisung: „Das deutsche Kriegsschiff kämpft unter vollem Einsatz seiner Besatzung bis zur letzten Granate, bis es siegt oder mit wehender Fahne untergeht.“⁴⁸

Schon bis dahin war die Kapitulation während eines Artillerieduells auf See außerordentlich schwierig gewesen; nun war sie unmöglich. Mit dieser nun amtlichen und verbindlichen Selbstmordanweisung war, für den gesamten weiteren Verlauf des Zweiten Weltkriegs, das Schicksal der deutschen Kriegsschiffe vorgezeichnet. Das gilt vor allem für den wohl spektakulärsten Untergang der gesamten deutschen Marinegeschichte – den Untergang der *Bismarck*. Die letzten Stunden des Schlachtschiffes sind ein Paradebeispiel für diese Untergangsmystik und zeugen vom unverantwortlichen, ja verbrecherischen Umgang der Schiffsführung mit dem Leben ihrer Matrosen.

Am Abend des 26. Mai 1941 hatte die *Bismarck* den entscheidenden Torpedotreffer in die Ruderanlage erhalten, der das Schiff manövrierunfähig machte. Noch während die – um Mitternacht ergebnislos eingestellten – Reparaturarbeiten am Ruder liefen, breitete sich auf dem Schiff eine geradezu tödliche Lähmung aus, da die *Bismarck* schon jetzt durch englische Zerstörer angegriffen wurde und bekannt war, daß englische Schlachtschiffe am nächsten Tag die Position der *Bismarck* erreicht haben und das hilflose Schiff zusammenschießen würden. Aus den Beschreibungen der Überlebenden wird deutlich, daß die Stimmung an Bord der in einer Hinrichtungszelle in der Nacht vor der Exekution nicht unähnlich war. Trotzdem erhob sich keine Stimme, die nach der Selbstversenkung oder Übergabe des Schiffes verlangte. Der Admiral, Günther Lütjens, war ebenso wie der Kapitän des Schiffes, Ernst Linde-

⁴⁶ Vgl. ebenda, S. 327.

⁴⁷ Vgl. ebenda, S. 327, nach den Erinnerungen von Kapitän Wattenberg.

⁴⁸ Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg, Band 2: Die Errichtung der Hegemonie auf dem Europäischen Kontinent, hrsg. vom Militärgeschichtlichen Forschungsamt, Stuttgart 1979, S. 174; Burkard Freiherr von Müllenheim-Rechberg, Schlachtschiff *Bismarck*. Ein Überlebender in seiner Zeit, Frankfurt a. M. 1993, S. 278. In Raeders Memoiren Mein Leben, Band 2: Von 1935–1955, Tübingen 1957, S. 183–187, wird zwar die Schlacht am La Plata und die Sprengung des Schiffes erwähnt, aber nicht die zitierte Anweisung vom 22. 12. 1939.

mann, entschlossen, gemäß dem Befehl Raeders den aussichtslosen und militärisch sinnlosen letzten Kampf zu führen – die Chancen, den Gegner mit der noch intakten Artillerie vor dem Untergang noch ernstlich zu schädigen, waren bei der Manövrierunfähigkeit des Schiffes praktisch gleich Null –, und versprach Hitler telegraphisch den Kampf „bis zur letzten Granate“⁴⁹. Bei der im Marineoffizierkorps herrschenden Gesinnung verwundert dies nicht. Doch auch die Besatzung fügte sich in ihr Todesurteil, vom Decksmann bis zum Heizer waren alle entschlossen, auch im Endkampf ihre Pflicht zu tun.

Einer der Gründe für diese Haltung war wohl auch hier die vollständige Alternativlosigkeit. Hätten einzelne Matrosen aufbegehrt, wäre dies Meuterei gewesen und mit Waffengewalt niedergeschlagen worden. Es ist bezeichnend für die Verwurzelung dieser Tradition auch bei den Mannschaften, daß die Frage nach einer rechtzeitigen Selbstversenkung, nach dem Zeugnis der Überlebenden, überhaupt nicht gestellt wurde. Die allgemeine Stimmung war, die *Bismarck* habe nun einmal Pech gehabt und nun gelte es, den letzten Kampf mit Anstand hinter sich zu bringen. Es bleibt als Fazit, daß die Mannschaft den nötigen Korpsgeist entwickelte, um ohne Proteste dem Kommandanten, Kapitän Lindemann, in den Tod zu folgen⁵⁰.

Da die Mannschaft keine realistische Mitsprachemöglichkeit hatte, lag die Verantwortung für den verlustreichen Untergang ganz bei der Schiffsführung. Der Endkampf war schrecklich. Insgesamt wurden auf die *Bismarck* innerhalb von 90 Minuten fast 3000 Granaten abgefeuert⁵¹. Was sollte dieser aussichtslose Kampf mit dem bewegungsunfähigen, wehrlosen Schiff? Burkard Freiherr von Müllenheim-Rechberg, der einzige überlebende Offizier der *Bismarck*, schreibt in seinen Erinnerungen: „Wenn an unser drängendes Gewissen eine Frage übrigbleibt, dann ist es wohl die nach dem Grund, aus dem Lütjens das immer schrecklichere und schließlich aussichtslose Gemetzel im Endkampf nicht durch ein Sich-Ergeben zu beenden versucht hat, beispielsweise durch das Angebot an John Tovey: ‚Feuer einstellen, Bismarck versenkt sich selbst, Sie retten unsere Überlebenden.‘“⁵²

Wie weit entfernt dies von der Denkungsart der beiden Hauptverantwortlichen, Lütjens und Lindemann, war, zeigt ein Vorgang kurz vor dem Untergang des Schiffes. Kapitän Lindemann ging zum Bug seines über das Heck sinkenden Schiffes. „Dann trat Lindemann hinüber auf den immer weiter nach oben heraus und flacher zu liegen kommenden Steuerbord Vorsteven, verharrte dort, nahm die Hand an die weiße Mütze. [. . .] Dann ging das Schiff langsam, langsam mit dem grüßenden Lindemann in die Tiefe. Wer von uns wußte in diesem Moment schon, daß sich hier die dämonisch anmutende Jugendsehnsucht eines Mannes erfüllte, der im Alter von 13 Jahren eine Versessenheit auf die Marine entwickelt und es damals im Kreise seiner Brüder

⁴⁹ Müllenheim-Rechberg, *Bismarck*, S. 199.

⁵⁰ Ebenda, S. 243: „Alles Erlebte, alle Übertieferung beweist, daß die Besatzung bis zum bitteren Ende ihre Pflicht erfüllt hat.“

⁵¹ Vgl. ebenda, S. 275, 412.

⁵² Ebenda, S. 278.

und Freunde wiederholt als seinen ‚höchsten Wunsch‘ geäußert hatte, einmal sein eigenes Schiff zu kommandieren und auf ihm ‚mit wehender Flagge unterzugehen‘?⁵³

Doch Lindemann ging nicht allein mit seinem Schiff unter. Von den 2221 Mann der *Bismarck* überlebten nur 115 Mann die Katastrophe. Die Rettungsarbeiten wurden durch Seegang, Heizöl, Erschöpfung der im kalten Wasser treibenden Mannschaften und schließlich auch durch die Tatsache, daß die englischen Schiffe Angst vor deutschen U-Bootangriffen hatten und deshalb die Rettungsarbeiten abbrachen, außerordentlich erschwert – alles Faktoren, mit denen bereits vorher zu rechnen gewesen war. Demgegenüber hatten die Engländer keine Verluste. Bezeichnenderweise waren die britischen Offiziere, vor allem der die Schlachtschiffe kommandierende Admiral John Tovey, zwar schockiert über das sinnlose Gemetzel, zu dem sie der Fanatismus eines Lütjens und eines Lindemann gezwungen hatte, gleichzeitig aber auch begeistert von der Haltung des Feindes. In Toveys Abschlußbericht heißt es: „Bismarck hat gegen eine riesige Übermacht einen äußerst tapferen Kampf geführt, würdig der vergangenen Tage der kaiserlichen Marine, und sie ist mit wehender Flagge untergegangen.“⁵⁴

Der Untergang mit wehender Flagge nahm mit der *Bismarck* kein Ende. Als das Schlachtschiff *Scharnhorst* Weihnachten 1943 im Nordmeer von insgesamt 11 englischen Schiffen radargesteuert beschossen und torpediert wurde, funkte die Schiffsführung wieder: „Wir kämpfen bis zur letzten Granate.“ Es wurde ein Endkampf, der an die untersten Kreise, an die dunkle Eiswüste in Dantes Inferno erinnert. Das Schiff lag, nach mehreren Torpedotreffern bewegungsunfähig, in der eisigen Finsternis und wurde von unsichtbaren Gegnern beschossen. Trotzdem kämpfte das Schiff, bis die ganze schwere Munition verfeuert war, und ging dann mit wehender Fahne und fast der gesamten Besatzung unter. 1932 Seeleute fanden den Tod, nur 36 Matro-

⁵³ Ebenda, S. 254. Es ist wohl kein Zufall, daß, als Lindemann 13 Jahre alt war, parallel die Prozesse in St. Petersburg gegen Nebogatov liefen und in der internationalen Presse breit über das Verhalten der Russen bei Tsushima berichtet wurde.

⁵⁴ Original des Abschlußberichts Toveys in: John B. Hattendorf u. a. (Hrsg.), *British Naval Documents 1204–1960*, Aldershot 1993, S. 843f. Siehe auch Müllenheim-Rechberg, *Bismarck*, S. 277. Toveys Abschlußbericht gibt übrigens auch eine Antwort auf die Frage, ob nicht ähnliche Kapitulationsverweigerungen wie bei der Marine während des Zweiten Weltkriegs auch bei den Landstreitkräften hatten beobachtet werden können. Stichwort wäre hier beispielsweise der Untergang der 6. Armee in Stalingrad im Februar 1943. In einem Punkt trüfe der Vergleich zu: Die 6. Armee hat nicht kapituliert; statt dessen gingen die Soldaten, jeder für sich, bei Paulus angefangen, in Gefangenschaft. Und auch hier starben infolge des überlangen und hoffnungslosen Aushaltens bei ungünstigen klimatischen Bedingungen über hunderttausend Soldaten einen sinnlosen Tod. Der Mechanismus ist vergleichbar, und wäre Paulus nicht Feldmarschall, sondern Admiral gewesen, hätte er sicher ebenso wie Lütjens auf der *Bismarck* gehandelt. Aber: Stalingrad war ein Teil des nationalsozialistischen Krieges und muß deshalb mit dessen Maßstäben gemessen werden; im Ersten Weltkrieg hatten belagerte Festungen, wie etwa Przemysl, rechtzeitig und unter Schonung der Besatzung kapituliert. Hingegen stammte die Kapitulationsverweigerung der Marine, die Tradition des Untergangs mit wehender Fahne noch aus der kaiserlichen Marine, wie Tovey richtig festgestellt hatte.

sen konnten gerettet werden. Auch diesmal war der englische Admiral begeistert und empfahl das heroische Beispiel des Feindes seinen Offizieren als Vorbild⁵⁵.

Wenn schwere deutsche Einheiten im Kampf untergingen, war das Ende meist schrecklich. Nicht anders war es bei den U-Booten, bei denen im Zweiten Weltkrieg über sechzig Prozent der Besatzungen fielen. Einem U-Boot-Kommandanten, der 1943 in aussichtsloser Lage ein weißes Handtuch schwenkte, um seine Besatzung zu retten, wollte Dönitz nach dessen Rückkehr aus der Gefangenschaft vor Gericht stellen; es gelte der Grundsatz: „Lieber ehrenvoll untergehen als die Flagge streichen.“⁵⁶

Daß in der Marine eine fanatische Untergangsmoral herrschte, die der verbohrt nationalsozialistischen Vorstellung von Sieg oder Untergang am nächsten kam, attestierte am Kriegsende jemand, der es wissen mußte – Adolf Hitler. In den letzten Monaten des Krieges ernannte er Marineoffiziere zu Kommandanten der Atlantikfestungen, weil er und Großadmiral Dönitz glaubten, diese würden, anders als ihre Kameraden vom Heer, wirklich bis zum letzten Schuß kämpfen und niemals kapitulieren⁵⁷. Einen Tag vor seinem Selbstmord, am 29. April 1945, wies Hitler in seinem Testament den Gedanken an Kapitulation von sich und schrieb: „Möge es dereinst zum Ehrbegriff des deutschen Offiziers gehören – so wie dies in unserer Marine schon der Fall ist –, daß die Übergabe einer Landschaft oder einer Stadt unmöglich ist und daß vor allem die Führer hier mit leuchtendem Beispiel voranzugehen haben in treuester Pflichterfüllung bis in den Tod.“⁵⁸ Zu seinem Nachfolger bestimmte er denn auch bezeichnenderweise Großadmiral Dönitz; dieser sollte nach seinem Tod den Kampf fortsetzen – einen Kampf, dessen Sinnlosigkeit er selbst bereits mehrfach seiner Umgebung und durch seinen Selbstmord der ganzen Welt überdeutlich eingestanden hatte. Bekanntermaßen leitete Dönitz dann sofort die Kapitulation ein.

Mit dem Ende des Zweiten Weltkriegs war auch die grundsätzliche Überprüfung aller militärischen Ideale und Ehrvorstellungen angezeigt. Allerdings erwiesen sich – schon generationsbedingt – manche Vorstellungen als zählebig. Bis 1969 existierte in der Deutschen Marine die Marinedienstvorschrift 400/1, in deren Ziffer 1052 es hieß: „Streiche nie die Flagge!“ Es ist daher auch nicht erstaunlich, daß in den fünfziger Jahren eine Korvette nach Graf Spee benannt und dieser im Bundestag von Carlo

⁵⁵ Helmut Schmoeckel, *Menschlichkeit im Seekrieg?* Herford 1987, S. 162: „Meine Herren! Der Kampf gegen die Scharnhorst ist für uns siegreich beendet. Ich hoffe, daß, wenn Sie einmal in die Lage kommen sollten, ein großes Schiff in einem Kampf gegen vielfache Übermacht zu führen, daß Sie dann, meine Herren, Ihr Schiff ebenso tapfer führen, daß Sie in einer solch verzweifelten Lage wie die Scharnhorst ebensolche Manöver fahren wie die deutsche Schiffsführung und sich mit Ihrer Besatzung ebenso tapfer schlagen.“

⁵⁶ Sönke Neitzel, *Der Bedeutungswandel der Kriegsmarine im Zweiten Weltkrieg. Das militärische und politische Gewicht im Vergleich*, in: Rolf-Dieter Müller/Hans-Erich Volkmann (Hrsg.), *Die Wehrmacht. Mythos und Realität*, München 1999, S. 245–266, hier S. 252 f.

⁵⁷ Vgl. Neitzel, *Bedeutungswandel*, S. 253–255.

⁵⁸ Hans-Adolf Jacobsen, 1939–1945. *Der Zweite Weltkrieg in Chronik und Dokumenten*, Darmstadt 1959, Dokument Nr. 130: Hitlers Testament vom 29. 4. 1945, Zitat S. 381. Hervorhebung durch den Autor.

Schmid (SPD) als vorbildlicher Seeoffizier gepriesen wurde⁵⁹. 1967 erhielt ein Raketenzerstörer sogar den Namen Lütjens, und der damalige Staatssekretär Karl Carstens (CDU) fand nichts dabei, Lütjens beim Stapellauf den jungen Matrosen auch noch als Vorbild zu empfehlen⁶⁰. Heute mag das unverständlich erscheinen, aus damaliger Sicht ist es aber leicht erklärbar: Die Befürworter dieser Namenswahl konnten darauf verweisen, Lütjens habe in der Reichskristallnacht gegen die antisemitischen Verbrechen protestiert und damit Zivilcourage bewiesen, und 1941 habe er beim Untergang der *Bismarck* unter Aufopferung seines Lebens seine Pflicht getan, nicht die Flagge gestrichen und dabei nur Vorschriften befolgt, die schließlich auch in der Bundesmarine noch galten. Vor allem aber sollte die Ehrung dieses ranghöchsten, im Einsatz gefallenen deutschen Seeoffiziers des Zweiten Weltkriegs ein Zeichen dafür sein, daß die Wehrmacht nun auch offiziell für die Bundeswehr traditionswürdig geworden war.

Heutzutage wird der Rückbezug auf Lütjens auch in führenden Marinekreisen eher skeptisch beurteilt. Die jetzt geltende Marinedienstvorschrift enthält die ausdrückliche Aufforderung, daß der Kommandant sich „bei Treffereinwirkungen [. . .] der besonderen Verantwortung für die Rettung seiner Besatzung verpflichtet zu fühlen“ habe⁶¹. Allerdings ist schon aufgrund der Weiterentwicklung der Waffentechnik das Artillerieduell zwischen Schiffen mit seinen geschilderten tödlichen Auswirkungen ein Stück Vergangenheit geworden; noch stärker gilt dies durch den Wandel der Mentalitäten für die Vorstellung vom heroischen Untergang mit wehender Flagge.

⁵⁹ Vgl. Friedrich Ruge, Namen für die drei Raketen-Zerstörer, in: *Marine-Rundschau*, 1967, Heft 5, S. 261–263; hier S. 261.

⁶⁰ BA-MA, BM 1 3825, FÜ M VI 02-25-15, Rede Carstens beim Stapellauf der „Lütjens“, 11. 8. 1967.

⁶¹ Diese Regelung findet sich in der Dienstvorschrift der Deutschen Marine „Dienst an Bord“, Verhalten des Kommandanten im Gefecht, Ziffer 2143.

PETER E. FÄSSLER

„DIVERSANTEN“ ODER „AKTIVISTEN“?
WESTARBEITER IN DER DDR (1949–1961)

Als die DDR am 27. Mai 1952 das sogenannte „Neue Grenzregime“¹ mit Stacheldraht, Sperrzonen und intensiver Überwachung an der Demarkationslinie errichtete, vertiefte sich der Graben zwischen beiden Teilen Deutschlands für Tausende von Grenzgängern zu einem unüberwindlichen Hindernis. Seit diesem Maitag blieb es Landwirten in Ost und West verwehrt, ihre auf der anderen Seite liegenden Felder zu bestellen, verloren Pendler im Braunkohlrevier bei Helmstedt ihre Arbeit und mußte beispielsweise das Kraftwerk Harbke ohne seine Westbelegschaft Strom erzeugen. Mit diesen Maßnahmen reagierte die DDR auf den tags zuvor unterzeichneten Deutschlandvertrag und beabsichtigte, ihrerseits einen konsequenten Abschottungskurs gegenüber Westdeutschland aufzunehmen. In der Tat traf man seit Mai 1952 interzonale – genauer: intersektorale – Berufspendler nur noch in Berlin an, wo zwischen West- und Ostberlin, in geringerem Umfang auch zwischen Westberlin und dem Umland, ein grenzüberschreitender Arbeitsmarkt existierte².

Überraschenderweise ist jedoch im „Neuen Deutschland“ vom 8. Dezember 1955 unter der Schlagzeile „Bayrische Arbeiter tragen die Aktivistennadel“ nachzulesen, daß „117 Facharbeiter aus Oberfranken [. . .] seit Januar 1955 allmorgendlich aus ihren Dörfern des fränkischen Waldes den oft beschwerlichen Weg bis zu 18 km zurücklegen, um in den thüringischen Schiefergruben ihr Tagewerk aufzunehmen“³. 14 von ihnen seien für vorbildliche Produktionsleistungen in dem VEB Thüringische Schiefergruben Lehesten als „Aktivisten des Fünfjahrplans“ ausgezeichnet worden. Ermöglicht habe diesen einzigartigen Fall von Grenzpendelei an der innerdeutschen Grenze eine Vereinbarung, die nach langwierigen Verhandlungen zwischen Regierungsvertretern der Bundesrepublik und der DDR getroffen worden sei⁴.

¹ Gesetzblatt der DDR, Nr. 65 (1952), S. 405 f.: „Verordnung über Maßnahmen an der Demarkationslinie zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und den westlichen Besatzungszonen Deutschlands“.

² Vgl. Erika M. Hoernig, *Zwischen den Fronten. Berliner Grenzgänger und Grenzhändler 1948–1961*, Köln/Weimar/Wien 1992.

³ *Neues Deutschland*, Nr. 287 vom 8. 12. 1955, S. 2. Autorin: Ursula Werner. Der Artikel wurde im Ministerium für Außenhandel und Innerdeutschen Handel (MAI) vom Leiter der Hauptabteilung Innerdeutscher Handel, Erich Freund, redigiert. Vgl. Bundesarchiv (künftig: BA) Berlin, DL 2, 1355, Bl. 261–265.

⁴ Ebenda.

VfZ 49 (2001)
© Oldenbourg 2001

Aus dem Artikel geht indes nicht hervor, weshalb die thüringischen Schiefergruben auf bayerische und nicht auf einheimische Facharbeiter zurückgriffen. Ferner fehlt jeglicher Hinweis auf ihre eventuelle frühere Beschäftigung, an welche die Übereinkunft hätte anknüpfen können. Des weiteren bleibt unklar, weshalb ausgerechnet zu Beginn des Jahres 1955 die DDR ihre „Grenzsicherungsmaßnahmen“ vom Mai 1952 punktuell rückgängig machte und es, zumindest auf regionaler Ebene, zu einer Wiederannäherung beider deutscher Staaten kam. Läßt sich das als Indikator einer deutschlandpolitischen Tauwetterperiode der nachstalinistischen Ära interpretieren, als Beleg für die These, nach der die Geschichte der innerdeutschen Grenze gleich einem „Thermometer des Kalten Krieges“⁵ dessen politische Temperaturschwankungen nachzeichnete? Oder war die DDR nicht vielmehr wegen einer kaum zu lösenden volkswirtschaftlichen Zwangslage, gekennzeichnet durch Arbeitskräftemangel, Produktionsdefizite und daraus resultierender Versorgungsprobleme, gezwungen, ihre generelle Abgrenzungspolitik teilweise zu revidieren und eine Zusammenarbeit mit Westdeutschland zu akzeptieren? Offen bleibt weiterhin die deutschlandpolitisch gewichtige Frage nach den Unterzeichnern jener Vereinbarung. Angesichts einer strikten Nichtanerkennungspolitik der Bundesregierung gegenüber der DDR erscheint die Behauptung, Regierungsvertreter beider Staaten hätten die Vereinbarung signiert, *prima vista* als ostdeutsche Wunschvorstellung und mithin nahezu ausgeschlossen.

Bereits dieser knappe, auf der außerordentlich dünnen und problematischen Informationsgrundlage eines Artikels im „Neuen Deutschland“ entwickelte Fragenkatalog verweist darauf, daß eine Fallstudie grenzüberschreitender Arbeitsverhältnisse an der innerdeutschen Demarkationslinie zahlreiche bemerkenswerte Facetten enthält. Eine Erforschung der Thematik scheint um so aufschlußreicher, als es sich bei ihr um eine besondere Form deutsch-deutschen Kontaktes handelte. Der ihm zugrunde liegende Vertrag, die „Vereinbarung über die Beschäftigung von Facharbeitern in thüringischen Schiefergruben (Lehestener Vereinbarung)“ vom 27. Januar 1955, stellte die einzige vertragliche Regelung dieser Art außerhalb des Berliner Abkommens vom 20. September 1951 dar⁶.

Im folgenden werden anhand bislang unerschlossener Quellen die politischen und ökonomischen Hintergründe der Beschäftigung bayerischer Facharbeiter im südthüringischen Schieferbergbau während der Jahre 1945 bis 1961 beleuchtet. Im Mittelpunkt des Erkenntnisinteresses steht dabei die Frage, welche Instanzen in die Entscheidungsabläufe involviert waren, welche spezifischen Zielsetzungen sie verfolgten

⁵ Ernst Schubert, Von der Interzonengrenze zur Zonengrenze. Die Erfahrung der entstehenden Teilung Deutschlands im Raum Duderstadt 1945–1949, in: Bernd Weisbrod (Hrsg.), *Grenzland. Beiträge zur Geschichte der deutsch-deutschen Grenze*, Hannover 1993, S. 70–87, hier S. 71.

⁶ Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der ehemaligen DDR im Bundesarchiv Berlin (künftig: SAPMO), DY 30/IV 2/6.10/199, „Streng vertraulicher“ Vermerk vom 21. 9. 1961 über die „Entwicklung der vertraglichen Beziehung im Handel der DDR mit Westdeutschland und Westberlin“. Ohne Autor; vermutlich handelt es sich hierbei um Ernst Lange, Leiter der Abt. Handel, Versorgung und Außenhandel des ZK der SED.

und bis zu welchem Grade sie diese durchzusetzen vermochten. Dabei ist zu berücksichtigen, daß sowohl die Zielsetzungen der beteiligten Instanzen als auch ihr jeweiliges Durchsetzungsvermögen in Abhängigkeit von variierenden politisch-ökonomischen Rahmenbedingungen erheblichen Schwankungen unterworfen sein konnten.

Der Schwerpunkt der folgenden Untersuchung liegt auf den Machtverhältnissen und Vorgängen innerhalb der DDR, da hier weit mehr Instanzen mit disparaten Interessen beteiligt waren als in der Bundesrepublik. Dort zeigten die Interessen der Regional-, Landes- und Bundesbehörden große Übereinstimmung. Darüber hinaus werden aber auch zwischenstaatliche deutschlandpolitische Aspekte berücksichtigt⁷.

Die Auswirkungen der deutschen Teilung auf das Zonengrenzgebiet sind, bedingt durch ihre Vielfalt, bislang ein von recht unterschiedlichen Disziplinen bearbeitetes Forschungsfeld. Wirtschafts- und Verkehrswissenschaftler sowie Wirtschaftsgeographen untersuchten vornehmlich ökonomische und infrastrukturelle Verwerfungen⁸. Seitens der Geschichtswissenschaft ist dem Thema nach der Wiedervereinigung 1990 verstärkte Aufmerksamkeit gewidmet worden, insbesondere in lokal- und regionalgeschichtlichen Untersuchungen⁹. Der hier zu analysierende Fall grenzüber-

⁷ Weitere interessante Aspekte dieser Fallstudie, beispielsweise ein regional- oder sozialhistorischer Ansatz bzw. ein unternehmensgeschichtlicher Blickwinkel bleiben zugunsten der analytischen Tiefenschärfe ausgeblendet. Lohnenswert wäre es, die Entwicklung des Typus der „entfremdeten Grenzregion“ nach Martinez an diesem Fall nachzuzeichnen. Vgl. O. J. Martinez, *The dynamics of border interaction*, in: Clive H. Schofield (Hrsg.), *World Boundaries Series*, vol. 1: *Global Boundaries*, London/New York 1994, S. 1–15.

⁸ Unter den wirtschaftsgeographischen Studien sind vor allem zu nennen: Gerhard Schmidt-Renner (Hrsg.), *Wirtschaftsterritorium Deutsche Demokratische Republik. Ökonomisch-geographische Einführung und Übersicht*, 2. verb. Aufl., Berlin 1960; Fritz Helbig (Hrsg.), *Der Regierungsbezirk Oberfranken, Oldenburg 1964*, hier insbesondere der Beitrag Werner Buschmann, *Wirtschaft im Coburger Land*, S. 68–71; Gert Ritter/Joseph Hajdu, *Die innerdeutsche Grenze. Analyse ihrer räumlichen Auswirkung und der raumwirksamen Staatstätigkeit in den Grenzgebieten*, Köln 1982; Karl Heinz Braun, *Industrie im peripheren Raum – unter besonderer Berücksichtigung der Grenze zur DDR und ČSSR, Bayreuth 1982*; Frank-Dieter Grimm, *Veränderte Grenzen und Grenzregionen, veränderte Grenzbewertungen in Deutschland und Europa*, in: Ders. (Hrsg.), *Regionen an deutschen Grenzen. Strukturwandel an der ehemaligen innerdeutschen Grenze und an der deutschen Ostgrenze*, Leipzig 1994, S. 1–16; Andreas Kagermeier, *Versorgungsbeziehungen über die ehemalige innerdeutsche Grenze. Dargestellt anhand eines regionalen Fallbeispiels aus Südthüringen/Oberfranken*, in: Ebenda, S. 32–50.

⁹ Als wichtigen Sammelband zu diesem Thema vgl. Weisbrod (Hrsg.), *Grenzland*, mit den Beiträgen Christopher Kopper, *Zonenrandförderung und Verkehrspolitik im bundesdeutschen Grenzgebiet: Das Beispiel Niedersachsen*, S. 95–109; Rainer Potratz, *Zwangsaussiedlung aus dem Grenzgebiet der DDR zur Bundesrepublik Deutschland Mai/Juni 1952*, S. 57–69; Schubert, *Interzonenengrenze*. Weiterhin Willi Kaufmann, *Die Spaltung Deutschlands und Wiedervereinigung von 1945–1990*, Bamberg 1995. Einen weiteren Forschungsschwerpunkt stellen die Zwangsumsiedlungsmaßnahmen der DDR 1952 und 1961 dar. Vgl. dazu Inge Bennewitz/Rainer Potratz, *Zwangsaussiedlungen an der innerdeutschen Grenze. Analysen und Dokumente*, Berlin 1994; Ilona Rothe/Lutz Jödicke (Red.), *„Aktion Ungeziefer“ Juni 1952, Aktion „Kornblume“ Oktober 1961*. Ein Material des regionalen Arbeitskreises Thüringen des Bundes der in der DDR Zwangsaussiedelten, Erfurt 1992. Lesenswert als Zeitzeugenbericht Alois Buckler, *Grenzgänger. Erlebnisse aus den Jahren 1947–1961 an der innerdeutschen Grenze*, Leipzig 1991. Über die politischen

schreitender Arbeitsverhältnisse im Raum Kronach-Saalfeld ist allerdings bislang weder dargestellt noch historisch in einem umfassenderen Kontext interpretiert worden¹⁰. In der vorliegenden Literatur finden sich stattdessen irreführende Angaben, welche die Bedeutung des Vorganges verschleiern¹¹.

1. Die Teilung Deutschlands und ihre Auswirkungen auf den südthüringischen Schieferbergbau um Lehesten und Probstzella (1945–1949)

Die Errichtung der Demarkationslinie zwischen der amerikanischen und der sowjetischen Besatzungszone erfolgte mit dem Rückzug der US-Armee aus Thüringen und Westsachsen in der Nacht vom 1. auf den 2. Juli 1945. Die damit verbundene Grenzschießung traf das Gebiet Oberfranken-Südthüringen besonders hart, bestanden hier doch seit langer Zeit enge ökonomische, politische und konfessionelle Bindungen¹².

Die im Zusammenhang mit vorliegender Fallstudie interessierenden wirtschaftlichen Verflechtungen lassen sich auf mehreren Ebenen nachweisen. Die Infrastruktur, speziell die Hauptverkehrslinien von Straße und Eisenbahn, wies eine Nord-Süd-Orientierung auf, verband das Leipziger Industriegebiet mit Franken und in besonderem Maße das Kronacher Land mit dem Gebiet südlich von Saalfeld¹³. Auf dieser Basis hatten sich komplexe wirtschaftliche Verflechtungen entwickelt¹⁴. Hier sind in erster Linie intensive Warenaustauschbeziehungen über die bayerisch-thüringische

Dimensionen des deutsch-deutschen Auseinanderdriftens vgl. vor allem Stefan Kreuzberger, Abschirmungspolitik gegenüber dem westlichen Deutschland im Jahre 1952, in: Gerhard Wettig (Hrsg.), Die sowjetische Deutschlandpolitik in der Ära Adenauer, Bonn 1997, S. 12–36; Gerhard Wettig, Das Freizügigkeitsproblem im geteilten Deutschland 1945–1986, in: Bericht des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien 31 (1986).

¹⁰ Auch Zeitler erwähnt in seiner lesenswerten Dissertation das Problem zonengrenzüberschreitender Beschäftigung von Schieferfacharbeitern einmal nur knapp. Vgl. Peter Zeitler, Neubeginn in Oberfranken 1945–1949. Die Landkreise Kronach und Kulmbach, Kronach 1997, S. 425. Des weiteren finden sich in der umfangreichen, bislang noch nicht gedruckten Dissertation von Anette Dunkel, Zur industriellen Entwicklung Thüringens im Zeitraum 1945 bis 1952, Jena 1994, einzusehen im Thüringischen Hauptstaatsarchiv Weimar, keinerlei Hinweise zum Thema.

¹¹ Beispielsweise spricht Kaufmann, Spaltung Deutschlands, S. 59, von 60 Schieferbrüchern, die während der Jahre 1948 bis 1952 über die Zonengrenze nach Lehesten pendelten; tatsächlich waren es viermal so viel. Überdies verschweigt er, daß diese Beschäftigungsverhältnisse sowohl vor 1948 als auch nach 1955 existierten. Insbesondere die deutschlandpolitisch bemerkenswerten Vertragswerke, das „Coburger Sonderabkommen“ vom 24. Januar 1950 und die „Lehestener Vereinbarung“ vom 27. Januar 1955, finden bei ihm – wie in der gesamten vorliegenden Forschungsliteratur – keinerlei Erwähnung.

¹² Vgl. Erwin Scheu, Die wirtschaftsgeographische Gliederung Deutschlands, in: Erde und Weltwirtschaft, H. 1, April 1927; Braun, Industrie, S. 48; Kagermeier, Versorgungsbeziehungen, in: Grimm (Hrsg.), Regionen, S. 33.

¹³ Vgl. Braun, Industrie, S. 49.

¹⁴ Zur Situation auf der bayerischen Seite vgl. Zeitler, Neubeginn, S. 424–428.

Grenze hinweg zu nennen. Beispielsweise bezog Bayern Rohstoffe wie Kaolin und Schiefer aus unmittelbarer thüringischer Nachbarschaft und lieferte im Gegenzug vornehmlich Konsum- und Gebrauchsgüter. Besonders eng gestaltete sich die Verflechtung innerhalb der Textilbranche, in der man bei den verschiedenen Fertigungsstufen grenzübergreifend zusammenarbeitete¹⁵.

Neben den gemeinsamen Warenmärkten existierte auch ein grenzübergreifender Arbeitsmarkt. Da die Landwirtschaft Oberfrankens am Existenzminimum produzierte, suchte die Bevölkerung Zusatzverdienste u. a. in den Glas-, Porzellan- und Schieferfabriken Südthüringens. Seit Mitte des 19. Jahrhunderts arbeiteten bayerische Schieferbrücher in den südthüringischen Gruben, die zu einem der wichtigsten regionalen Arbeitgeber aufstiegen¹⁶.

Als Folge der deutschen Teilung seit 1945 war Oberfranken vom mitteldeutschen Industrieraum weitgehend abgeschnitten und verlor verkehrsgünstige Bezugsmöglichkeiten wichtiger Rohstoffe wie Braunkohle, Kaolin und Schiefer. Für diese Güter mußte ein Frachtkostenanstieg um bis zu 147 Prozent hingenommen werden¹⁷. Überdies verschlechterte die infrastrukturelle Randlage die allgemeinen Standortbedingungen der Region¹⁸. All diese Faktoren verursachten eine hohe Arbeitslosenquote, die während der Jahre 1948 bis 1950 von ca. 9 Prozent auf 18 Prozent anstieg¹⁹ und damit deutlich über dem westdeutschen Durchschnitt lag.

Die negativen wirtschaftlichen Folgewirkungen der deutschen Teilung betrafen auch den südthüringischen Schieferbergbau, der über die europaweit größten Tonschieferlagerstätten verfügt²⁰. Zentrum des Thüringer Schieferbergbaus ist die „deutsche Schieferstadt“²¹ Lehesten mit der größten Schiefertagebaugrube Europas. Weitere bedeutende Schiefergruben liegen in den Nachbardörfern Schmiedebach und Röttersdorf sowie etwas nördlich von Lehesten bei Probstzella. Das „blaue Gold“, so die volkstümliche Benennung des Schiefers, verhalf der Region zu einem Wohlstandsniveau, das deutlich über dem Lebensstandard benachbarter Gebiete lag. Der Dach- und Wandschieferbergbau, mit 80 Prozent größter Teilbereich der Schieferpalette, stellte vor dem Krieg einen wichtigen Erwerbszweig der Region dar und bot rund 2300 Personen Arbeit²². Die nordwestlich gelegenen Steinacher Gruben be-

¹⁵ Vgl. Arbeitsgemeinschaft der Grenzlandkammern (Hrsg.), Die Auswirkungen der Ostzongrenze auf die anliegenden Gebiete der Bundesrepublik. Erkenntnisse und Vorschläge, Braunschweig 1951, S. 41 f. Eine vergleichbare Arbeitsteilung innerhalb der Textilbranche läßt sich im bayerischen und sächsischen Vogtland nachweisen.

¹⁶ Vgl. Kaufmann, Spaltung Deutschlands, S. 59; Markus Wolfrum, Schiefer im Frankenwald, in: *Schönere Heimat* 87 (1993) H. 1, S. 9–12, hier S. 11; Zeitler, Neubeginn, S. 15–21.

¹⁷ Vgl. AG Grenzlandkammern (Hrsg.), Auswirkungen der Ostzongrenze, S. 16.

¹⁸ Vgl. ebenda, S. 41 f.

¹⁹ Vgl. ebenda, S. 50.

²⁰ Vgl. L. Munzer, Der alte Schieferbruch zu Lehesten im Thüringer Wald, Saalfeld 1926, S. 31; Wolfrum, Schiefer.

²¹ Schmidt-Renner (Hrsg.), Wirtschaftsterritorium Deutsche Demokratische Republik, S. 91.

²² Thüringisches Hauptstaatsarchiv (künftig: ThHStA) Weimar, Land Thüringen, Ministerium für Wirtschaft und Arbeit, Nr. 252, Bl. 161. Vgl. auch Johannes Müller, Die thüringische Industrie.

herrschten bis zum Jahr 1914 den Weltmarkt bei der Griffelschieferproduktion, ehe portugiesische Konkurrenz verstärkt auf den Markt drängte²³. Trauriger Tiefpunkt in der Geschichte der Thüringischen Schiefergruben um Lehesten war die Einrichtung des Außenlagers „Laura“ im Ortsteil Schmiedebach, eines Ablegers des Konzentrationslagers Buchenwald. Während des Zweiten Weltkrieges arbeiteten in den Stollen des Schieferbergwerkes rund 1200 Häftlinge für die Testversuche der V2-Triebwerke²⁴.

Die Schiefergruben in Lehesten, Schmiedebach, Röttersdorf und Probstzella waren wegen des Verbots grenzüberschreitenden Berufspendlerverkehrs ab Juli 1945 gezwungen, zunächst auf die im benachbarten bayerischen Landkreis Kronach beheimateten Facharbeiter zu verzichten. Mit deren Hilfe hatte man Mitte Juni 1945 die zusammengebrochene Schieferproduktion kurzfristig wieder aufnehmen können, ehe sie nach dem Einmarsch der Roten Armee am 2. Juli 1945 abermals zum Erliegen gekommen war²⁵. Erst im August 1945 lief dann die Produktion dauerhaft an. Den erfahrenen bayerischen Schieferfacharbeitern blieb es mehr als zwölf Monate verwehrt, ihre angestammten Arbeitsplätze wieder einzunehmen. Die Werksleitungen vermißten sie insbesondere beim schweren und technisch anspruchsvollen Schieferabbau unter Tage²⁶. Erst die Direktive Nr. 42 des Alliierten Kontrollrates vom 24. Oktober 1946 schuf die besatzungsrechtliche Grundlage für den kleinen Grenzverkehr einschließlich zongengrenzüberschreitender Arbeitsverhältnisse²⁷. In der Folgezeit stieg die Zahl der in dem VEB Schiefergruben Lehesten²⁸ beschäftigten bayerischen Kumpel beständig an und erreichte im Jahre 1949 einen Höchststand von 301 Personen. Bei einer Gesamtbeschäftigtenzahl in der Thüringer Schieferindustrie von 1423 Personen, davon 1136 Produktionsarbeiter, bedeutete dies einen Anteil von mehr als 20 Prozent²⁹.

Man kann davon ausgehen, daß die zuständigen thüringischen Landesbehörden ebenso wie die Kreis- und Landesleitung der SED mit der Beschäftigung von Westarbeitern einverstanden waren. Andernfalls hätten sie den aufgrund des thüringischen „Gesetzes zur Überführung der Bodenschätze und der Bergbaubetriebe in die Hände

Eine wirtschaftskundliche Dokumentation, zugleich ein Beitrag zur Lehre von Standortfaktoren der Fertigungsindustrie, Jena 1930, S. 36 f.

²³ ThHStA Weimar, Land Thüringen, Ministerium für Wirtschaft und Arbeit, Bd. 939, Bl. 63, Die Lage der Thüringer Schieferindustrie, 3. 7. 1950; BA Berlin, DG 2, 8646, Exposé der Werksleitung Steinach vom 28. 5. 1954, Produktion und Absatz von Schiefergriffel und Schiefertafeln.

²⁴ Als eindrücklichen autobiographischen Bericht eines polnischen Zwangsarbeiters vgl. Ryszard Kessler, Die Hölle im Schieferberg. Erinnerungen an „Laura“, Saalfeld 1998.

²⁵ ThHStA Weimar, Bergbehörde Erfurt, Nr. 1021, Betriebsbericht 1945 der Staatsschieferbrüche Lehesten.

²⁶ Ebenda.

²⁷ Vgl. Amtsblatt des Kontrollrats in Deutschland, Nr. 11 vom 31. 10. 1946, S. 64 f.

²⁸ Seit Mitte 1947 waren die vormaligen privaten Schieferbetriebe um Lehesten als Volkseigene Betriebe in staatlicher Hand.

²⁹ ThHStA Weimar, Bestand Land Thüringen, Ministerium für Wirtschaft und Arbeit, Bd. 939, Bl. 63, Bericht zur Lage der Thüringer Schieferindustrie vom 3. 7. 1950.

des Volkes“ vom 30. Mai 1947 verstaatlichten Schiefergruben³⁰ die notwendige Genehmigung verweigern können. Da aber die betriebswirtschaftliche Situation von Facharbeitskräftemangel geprägt war³¹ und grenzüberschreitende Berufspendler noch nicht als politische Infiltrationsgefahr wahrgenommen wurden, sprach nichts gegen die Weiterführung der traditionellen bayerisch-thüringischen Arbeitsverhältnisse. Aus westdeutscher Sicht bestand in Anbetracht der hohen Arbeitslosenzahlen ebenfalls großes Interesse an Beschäftigungsmöglichkeiten für Schieferfacharbeiter des Landkreises Kronach. Da beiden Seiten diese Art des Grenzverkehrs auch im Sinne einer Stärkung des nationalen Gedankens politisch erwünscht war, gab es während der Jahre 1946 bis 1948 keinerlei Schwierigkeiten.

Ernstlich in Frage gestellt wurde die Beschäftigung der Westarbeiter in den Schiefergruben erstmals durch die Währungsreformen im Juni 1948. Mit der Einführung zweier unterschiedlicher, nicht konvertibler Währungen in den Westzonen und in der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) ergab sich das Problem, wie die bislang in Reichsmark gezahlten Löhne und Sozialversicherungsbeiträge der in der SBZ beschäftigten Westarbeiter künftig zu entrichten seien. Eine ausschließliche Vergütung in DM-Ost ließ sich schon deshalb nicht durchsetzen, weil die bayerischen Kumpel ihre Lebenshaltungskosten in der Bundesrepublik damit nicht hätten bestreiten können. Eine Lohnzahlung in der wenig geschätzten DM-Ost³² hätten also die bayerischen Arbeiter kaum hingekommen. So einigte man sich auf einen handelstechnischen Modus, nach dem der VEB Schiefergruben Lehesten festgelegte Dach- und Wandschieferkontingente an die in Coburg ansässige Handelsfirma Paul Meyer lieferte, welche aus den Verkaufserlösen in den westlichen Besatzungszonen wiederum die Westmarkbeträge für Löhne und Sozialversicherungen erwirtschaften sollte³³.

Die Unterbrechung des innerdeutschen Handels während der Zeit vom Juni 1948 bis Mai 1949, eine Konsequenz der Berlin-Blockade, gefährdete aber diese pragmatische Handhabung des währungstechnischen Problems³⁴. Denn nunmehr konnten prinzipiell auch die interzonalen Schieferlieferungen an die Firma Paul Meyer kurzfristig untersagt werden. Besorgt machte daher am 12. März 1949 die Lehestener Werksleitung den Bürgermeister der oberfränkischen Gemeinde Reichenbach darauf

³⁰ ThHStA Weimar, Bestand Land Thüringen, Ministerium für Wirtschaft und Arbeit, Bd. 908, Bl. 50f. Die Quellen geben aber widersprüchliche Auskünfte zu der Frage, ob alle Schieferbetriebe enteignet und verstaatlicht worden sind. Einigen Angaben zufolge waren 1950 noch ca. 30% der Produktionskapazitäten in Privatbesitz, teilweise sogar in Händen von westdeutschen Eigentümern.

³¹ ThHStA Weimar, Bestand Land Thüringen, Ministerium für Wirtschaft und Arbeit, Bd. 3729, Bl. 226.

³² Vgl. Frank Zschaler, Die vergessene Währungsreform. Vorgeschichte, Durchführung und Ergebnisse der Geldumstellung in der SBZ 1948, in: VfZ 45 (1997), S. 191–223, hier S. 223.

³³ BA Berlin, DL 2, 1355, Bl. 307–309, Schreiben des Bayerischen Staatsministeriums für Wirtschaft an die Landesregierung Thüringen, Hauptabteilung Innerdeutscher Handel, vom 27. 3. 1950.

³⁴ Zur Unterbindung des innerdeutschen Handels während der Berlin-Blockade vgl. Friedrich von Heyl, Der innerdeutsche Handel mit Eisen und Stahl. Deutsch-deutsche Beziehungen im Kalten Krieg, Köln/Weimar/Wien 1997, S. 51.

aufmerksam, daß seitens der Westbehörden an eine Unterbindung der Schieferausfuhr gedacht werde. In diesem Falle müßten allein aus Reichenbach 132 Facharbeiter entlassen werden, weil ihre Finanzierung mit DM-West nicht mehr möglich wäre. Dies bedeute sicherlich einen schweren wirtschaftlichen Rückschlag für das Werk, gewiß aber auch für die Gemeinde Reichenbach, die eine adäquate, ihrer Qualifikation entsprechende Anstellung für die betroffenen Personen nicht gewährleisten könnte. Überdies würde der gesamte Wirtschaftsraum zum beiderseitigen Nachteil dadurch noch mehr belastet. Das Schreiben schließt mit der Bitte um Intervention des Bürgermeisters bei den zuständigen Behörden³⁵. Es ist anzunehmen, daß die lokalen und regionalen Funktionsträger des Landkreises Kronach angesichts hoher Arbeitslosenzahlen und einer strukturell bedingten wirtschaftlichen Benachteiligung ihrer Region alles daran setzten, eine Aufrechterhaltung der Arbeitsmöglichkeiten in den Schiefergruben Thüringens zu erwirken. Tatsächlich gelang es, die monatlichen Schieferlieferungen als Zahlungsäquivalente auch während der Zeit des darniederliegenden Interzonenhandels aufrechtzuerhalten. Daher konnten die bayerischen Arbeiter während der gesamten Dauer der ersten Berlin-Krise als Grenzgänger nach Thüringen pendeln.

2. Das „Coburger Sonderabkommen“ vom 24. Januar 1950

Die interzonalen Wirtschaftskontakte erlangten erst durch das sogenannte Jessup-Malik-Abkommen vom 4. Mai 1949 wieder kalkulierbare politische Rahmenbedingungen. Beide deutsche Staaten stellten nach ihrer Gründung den Interzonenhandel mit dem Frankfurter Abkommen vom 8. Oktober 1949 auf eine neue Rechtsgrundlage³⁶. Die faktische deutsche Zweistaatlichkeit legte es nahe, daß auch andere deutsch-deutsche Kooperationen einer schriftlich fixierten Rechtsgrundlage bedurften. Aus diesem Grunde unterzeichneten am 24. Januar 1950 Vertreter der Landesregierung Thüringen und des Bayerischen Staatsministeriums für Wirtschaft das „Coburger Sonderabkommen“³⁷ in der gleichnamigen oberfränkischen Stadt. Darin wurde die Weiterbeschäftigung von rund 300 westdeutschen Facharbeitern in den Schiefergruben bei Lehesten und Probstzella auf dem Gebiet der DDR erstmals vertraglich fest-

³⁵ Thüringisches Staatsarchiv (künftig: ThStA) Rudolstadt, Bestand Thüringisches Kreisamt Saalfeld (1945–1952), Sondergruppe Thüringische Staatsschieferbrüche, Akte Nr. 7. Das Dokument liegt ohne genaue Angabe des Absenders vor. Aus dem inhaltlichen Kontext und aus dem archivalischen Fundort ergibt sich aber als einzig plausibler Absender die Werksleitung in Lehesten.

³⁶ BA Berlin, DL 2, 464, Bl. 20–46.

³⁷ ThHStA Weimar, Ministerpräsident, HA Innerdeutscher Handel, Außenhandel und Versorgung, Nr. 537, Abschrift des „Coburger Sonderabkommens“. BA Berlin, DL 2, 1355, Bl. 307–309, Schreiben des Bayerischen Staatsministeriums für Wirtschaft an die Landesregierung Thüringen, Hauptabteilung Innerdeutscher Handel vom 27. 3. 1950. Hierin werden die Bestimmungen des „Coburger Sonderabkommens“ bestätigt, aus staatsrechtlichen Gründen jedoch als „Coburger Abmachungen“ benannt.

geschrieben. Ihnen stand derselbe Lohnbetrag wie ihren thüringischen Kollegen zu, jedoch sollte er einschließlich der Lohnnebenkosten in DM-West ausbezahlt werden. Da der Arbeitgeber, der VEB Thüringische Schiefergruben Lehesten, nicht über die nötigen Westmarkbeträge verfügte, verwandte man „in Anlehnung an die bisherige Praxis“ den Verkaufserlös einer monatlichen Lieferung von 250 t Dach- und Wandschiefer in die Bundesrepublik zum jeweils aktuellen Marktpreis hierfür. Diese zweckgebundenen Warenlieferungen wurden nicht auf die Warenlistenkontingente des Frankfurter Abkommens angerechnet und fanden daher keinen Niederschlag in der innerdeutschen Handelsbilanz. Den alleinigen Verkauf des Schiefers in Westdeutschland übernahm auf ausdrücklichen Wunsch der VVB Mineral und Erz³⁸ die in Coburg ansässige Firma Paul Meyer. Der Freistaat Bayern verpflichtete sich, die notwendigen Proforma-Zahlungsgenehmigungen für den Schiefer fristgerecht zu erteilen, das Land Thüringen sicherte die erforderlichen Warenbegleitscheine und die reibungslose Grenzabfertigung zu. Die Schiefertransporte erfolgten vereinbarungsgemäß über die offizielle Grenzkontrollstelle Probstzella-Ludwigstadt, daneben aber auch über den ausschließlich hierfür eingerichteten, inoffiziellen Grenzbahnhof Steinbach am Wald. Für den Fall, daß die vertraglichen Rahmenbedingungen, insbesondere die Zahl der Beschäftigten oder die Marktpreise für Dach- und Wandschiefer, erhebliche Veränderungen erfahren sollten, waren neue Verhandlungen vorgesehen. Die Laufzeit des „Coburger Sonderabkommens“ begrenzten die Verhandlungspartner auf den 31. März 1951³⁹.

Die schriftliche Fixierung einer bis dato gewohnheitsrechtlichen Praxis belegt, daß der Freistaat Bayern und das Land Thüringen den seit 1948 sich grundlegend verändernden deutschlandpolitischen Rahmenbedingungen Rechnung tragen mußten, wollten sie ihre regionalen ökonomischen Interessen wahren. Hatten die Währungsreformen und die Unterbrechung des Interzonenhandels bereits im Sommer 1948 die Gefährdung der grenzüberschreitenden Beschäftigungsverhältnisse deutlich gemacht, so erforderte die Gründung zweier deutscher Staaten 1949 eine rechtlich klare Regelung.

Die Qualifizierung des Vertragswerkes als „Sonderabkommen“ barg indes deutschlandpolitischen Sprengstoff, da ein Abkommen potentiell staatsrechtliche Konnotation besitzt. Bekanntlich versuchte die DDR auf ähnlichen vertragsrechtlichen Wegen immer wieder, den Status eines anerkannten Völkerrechtssubjektes zu erlangen⁴⁰. Daher hatte auch schon der Abschluß des „Frankfurter Abkommens“ ei-

³⁸ In dieser Vereinigung Volkseigener Betriebe waren auch der VEB Schiefergruben Lehesten mit Werken in Lehesten, Schmiedebach und Röttersdorf integriert. Am 1. 4. 1951 wurde die thüringische Schieferindustrie ausgegliedert und bildete die VVB Schiefer, Steinach.

³⁹ BA Berlin, DL 2, 1355, Bl. 307–309, Schreiben des Bayerischen Staatsministeriums für Wirtschaft an die Landesregierung Thüringen, HA innerdeutscher Handel vom 27. 3. 1950. Abschrift; im Text wird als Ende der Vertragslaufzeit der 31. 3. 1954 angegeben. Aus zahlreichen anderen Dokumenten geht jedoch hervor, daß es sich hierbei um einen Tippfehler handelt. Das korrekte Datum muß der 31. 3. 1951 sein.

⁴⁰ Vgl. Ulrich Dietsch, Außenwirtschaftliche Aktivitäten der DDR, Hamburg 1976, S. 79f.

nen Tag nach Gründung der DDR Adenauer erhebliches Kopfzerbrechen bereitet⁴¹. In der Münchner Staatskanzlei dürfte man wohl die Gefahr erkannt haben, daß das in dieser Form unterzeichnete „Coburger Sonderabkommen“ einer De-facto-Anerkennung der DDR Vorschub leisten könnte. Da üblicherweise eine Einigung unterhalb der staatlichen Ebene als „Vereinbarung“ oder noch unspezifischer als „Abmachung“ bezeichnet wird, bestätigte die bayerische Staatsregierung in einem Schreiben vom 27. März 1950 das „Coburger Sonderabkommen“ hinsichtlich des Inhaltes, nannte es nun jedoch „Coburger Abmachungen“⁴². Demgegenüber beharrte die Thüringische Landesregierung, später das Berliner Ministerium für Außenhandel und Innerdeutschen Handel (MAI), auf der offiziellen Sprachregelung und hielt am Terminus „Sonderabkommen“⁴³ fest. Grundsätzlich läßt sich jedoch sagen, daß der Anerkennungsproblematik im Falle des „Coburger Sonderabkommens“ untergeordnete Bedeutung beigemessen werden kann, da es sich um eine Übereinkunft auf Länderebene handelte.

3. Auseinandersetzungen innerhalb der DDR um das „Coburger Sonderabkommen“ (1950–1954)

Das „Coburger Sonderabkommen“ erwies sich zumindest für die Jahre 1950 und 1951 als eine stabile und praktikable Vertragsgrundlage. Die Gesamtzahl der bayerischen Schieferfacharbeiter in Thüringens Schiefergruben pendelte sich bei 225 Personen ein⁴⁴. Je nach Bergwerk stellten sie zwischen 35 Prozent und 50 Prozent der Facharbeiterbelegschaft, in der produktionstechnischen Schlüsselfunktion als Schieferspalter gar bis zu 66 Prozent⁴⁵. Ihr innerbetrieblicher Stellenwert war hoch, da die Endfertigung zu einem maßgeblichen Anteil in ihrem Kompetenzbereich lag⁴⁶. Durch ihre Beteiligung an der betriebsinternen Ausbildung der Lehrlinge sicherten sie überdies die Vermittlung wertvollen technischen Wissens an die nächste Generation⁴⁷.

Aus diesen Gründen waren die Betriebsleitungen an einer Verlängerung des „Coburger Sonderabkommens“ interessiert. Da weder die SED-Führung, die Regierung

⁴¹ Vgl. Die Kabinettsprotokolle der Bundesregierung, hrsg. für das Bundesarchiv von Hans Booms, Bd. 1, 1949, bearb. v. Ulrich Enders und Konrad Reiser, Boppard 1982, S. 105.

⁴² BA Berlin, DL 2, 1355, Bl. 307–309, Schreiben des Bayerischen Staatsministeriums für Wirtschaft an die Landesregierung Thüringen, HA innerdeutscher Handel vom 27. 3. 1950.

⁴³ BA Berlin, DL 2, 1355, Bl. 311, Brief des MAI, HA Innerdeutscher Handel, an die Staatliche Plankommission (SPK) vom 15. 7. 1954.

⁴⁴ Ebenda.

⁴⁵ ThHStA Weimar, Ministerpräsident, HA Innerdeutscher Handel, Außenhandel und Versorgung, Nr. 537, Aktennotiz vom 25. 11. 1950 und Aktenvermerk 13. 4. 1951, Bl. 234.

⁴⁶ Ebenda.

⁴⁷ ThHStA Weimar, Ministerium des Innern, Landesbehörde der Volkspolizei Thüringen, Bd. 175, Bl. 213f., Protokoll einer Besprechung im thüringischen Innenministerium am 7. 1. 1952.

der DDR noch die Thüringer Landesregierung Einwände gegen das „Coburger Sonderabkommen“ erhoben, trafen sich am 27. April 1951 Delegationen Bayerns und Thüringens, um die Bedingungen für ein Fortlaufen des Abkommens auszuhandeln⁴⁸. Als wichtigste Neuerung einigte man sich darauf, daß nur noch der Grundlohn in Westmark gezahlt wurde, hingegen Zusatzlöhne, Prämien, Sonderleistungen und Lohnausgleich im Krankheitsfall in DM-Ost. Diese Vereinbarung galt bis zum 31. Dezember 1951 und sollte sich automatisch um ein Jahr verlängern, falls keine Einsprüche geltend gemacht würden⁴⁹. Etwas überraschend vollzog sich jedoch im Jahre 1951 innerhalb der SED-Führung und der Regierung in Ost-Berlin ein Meinungswandel über das „Coburger Sonderabkommen“, wobei es zu heftigen, wirtschafts- bzw. deutschlandpolitisch motivierten Auseinandersetzungen kam.

Haupteinwand ökonomischer Art war der Umstand, daß die Bezahlung der Bayern erhebliche Westmarkbeträge erforderte. Im Mai 1950 belief sich die Summe der Löhne und Lohnnebenkosten, welche die Staatsschieferbrüche Lehesten und das benachbarte Werk in Röttersdorf für 169 Westarbeiter aufbringen mußten, auf rund 28800 Westmark pro Monat⁵⁰. Hochgerechnet auf die absolute Beschäftigtenzahl von 225 Bundesbürgern galt es, knapp eine halbe Million Westmark pro Jahr zu erwirtschaften. Zwar sicherte die monatliche Lieferung von 250 t Dach- und Wandschiefer an die Bundesrepublik diese Finanzierung, aber dafür mußten immerhin 18 Prozent der Jahresproduktion an hochwertigem Dach- und Wandschiefer aufgebracht werden⁵¹.

Die SED-Parteiführung und die Regierung in Ost-Berlin verfolgten gegen den Willen der Werksleitungen und gegen die teilweise widersprechende thüringische Landesregierung einen harten Kurs zur Minimierung der Westmarkbeträge. Dabei waren grundsätzlich zwei Handlungsstrategien denkbar: Zum einen die vollständige bzw. teilweise Entlohnung der Westarbeiter in DM-Ost, zum anderen ihre sukzessive Substitution durch einheimische Arbeitskräfte. Beide Strategien sollten sich als problematisch erweisen.

Das Sekretariat des Zentralkomitees der SED verfügte am 28. Mai 1951 die sofortige Zahlungseinstellung von Westmark an die bayerischen Kumpel⁵². Die Anordnung des ZK-Sekretariats erwies sich jedoch als wenig durchdacht, denn sie stellte einen nicht zu begründenden Vertragsbruch dar, den die DDR sich angesichts einer akuten Krise in den Wirtschaftsbeziehungen zur Bundesrepublik eigentlich nicht leisten

⁴⁸ ThHStA Weimar, Ministerpräsident, HA Innerdeutscher Handel, Außenhandel und Versorgung, Nr. 537. Seitens Bayern waren vertreten: Wirtschaftsministerium, AOK Coburg, Arbeitsamt Coburg, Landrat Kronach, Regierungspräsident Oberfranken, Zollgrenzkommissariat. Seitens Thüringen waren vertreten: Thüringische Landesregierung, VVB Schiefer, Steinach, sowie die Sozialversicherungskassen.

⁴⁹ BA Berlin, DL 2, 1355, Bl. 303–305.

⁵⁰ ThHStA Weimar, Ministerpräsident, HA Innerdeutscher Handel, Außenhandel und Versorgung, Nr. 538.

⁵¹ Ebenda, Nr. 537, Aktennotiz vom 25. 11. 1950.

⁵² SAPMO, DY/30/JIV 2/3 A/182, Bl. 262.

konnte⁵³. Überdies wären die Bayern vermutlich sofort der Arbeit fern geblieben, was ein weiteres Ziel der Anordnung, die wirtschaftliche Effizienzsteigerung der Schiefergruben⁵⁴, in unerreichbare Ferne gerückt hätte. Interessanterweise wurde die Direktive des ZK-Sekretariats nicht befolgt, letztlich blieb es bei den genannten finanziellen Einschränkungen, die gegenüber der bundesdeutschen Seite in den Verhandlungen vom 27. April 1951 hatten durchgesetzt werden können. Unklar ist, weshalb der Anordnung des ZK-Sekretariats nicht Folge geleistet wurde. Möglicherweise haben diese sowohl die thüringische Landesregierung als auch die VVB Schiefer, Steinach vor Ort unterlaufen. Regionale Eigenmächtigkeiten spielten bekanntlich eine wichtige Rolle im System der frühen DDR, ein Symptom, das die SED-Führung mit der Auflösung der Länder 1952 und der Zentralisierung des Staatsapparates zu beseitigen suchte.

Auch der andere Weg zur Absenkung der Westmarkbeträge, die Reduzierung der Zahl bayerischer Arbeitskräfte und ihre Substitution durch Einheimische, wie von Parteiführung und vom Ministerium für Schwerindustrie geplant⁵⁵, erwies sich als kaum gangbar. Die ersten Versuche dieser Art datieren aus dem Jahre 1949. Damals hatte die Leitung der VVB Minerale und Erz gemeinsam mit der Landesregierung Thüringen beschlossen, in einem ersten Schritt aus Devisengründen sich ca. 50 bayerischer Arbeitskräfte zu entledigen, die Hilfstätigkeiten ausübten und somit arbeits-technisch entbehrlich waren⁵⁶. Doch selbst der Ersatz dieser wenig qualifizierten Arbeitskräfte durch Thüringer aus den umliegenden Arbeitsamtbezirken war außerordentlich schwierig. Der Arbeitsmarkt in den Kreisen Saalfeld und Lobenstein bot aufgrund des Bedarfs des Stahlwerkes Maxhütte in Unterwellenborn und des Zellwollwerkes Schwarza kaum freie Kapazitäten⁵⁷. Erschwerend kam hinzu, daß die körperlich harte und gesundheitsgefährdende Arbeit im Schieferbergwerk abschreckend wirkte. Des weiteren erwies sich die Unterbringung auswärtiger Personen in Lehesten wegen akuten Wohnungsmangels als schwierig⁵⁸.

War das Arbeitskräfteproblem schon 1949 nicht zu lösen, so sollte es sich in den Folgejahren noch erheblich verschärfen. Der zusätzliche Arbeitskräftebedarf der thüringischen Schieferbergwerke wurde für 1950 auf 600 bis 800 Personen veranschlagt, wollte man den zur Jahresmitte aufgelaufenen Produktionsrückstand von 1500 t bis Ende 1950 auf 2000 t begrenzen⁵⁹. Hinzu wären 1951 ca. 225 weitere Arbeiter als Er-

⁵³ Zur Krise im innerdeutschen Handel vgl. Heyl, Innerdeutscher Handel mit Eisen und Stahl, S. 70f.

⁵⁴ SAPMO, DY/30/JIV 2/3 A/182, Bl. 262.

⁵⁵ ThHStA Weimar, Bestand Land Thüringen, Ministerium für Wirtschaft und Arbeit, Bd. 939, Bl. 42, Brief des Thüringischen Wirtschaftsministeriums, Referat Bergbau vom 18. 9. 1951.

⁵⁶ ThHStA Weimar, Bestand Land Thüringen, Ministerium für Wirtschaft und Arbeit, Bd. 3729, Bl. 226, Schreiben der VVB Mineral und Erze, Land Thüringen, an Amt für Arbeit und Sozialfürsorge, Mühlhausen vom 13. 12. 1949.

⁵⁷ Ebenda, Bl. 227, Schreiben des thüringischen Ministeriums für Wirtschaft und Arbeit an Amt für Arbeit und Sozialfürsorge, Sonneberg vom 3. 1. 1950.

⁵⁸ Ebenda, Bl. 229.

⁵⁹ Ebenda.

satz für die bayerischen Kumpel gekommen. Die Vorstellung des ZK-Sekretariats, durch gezielte Arbeitskräftelenkung innerhalb der DDR dem Personalmangel vorzubeugen⁶⁰, ging daher an der Wirklichkeit des regionalen Arbeitsmarktes vorbei.

Es war offenkundig, daß man für die gut ausgebildeten Facharbeiter kurzfristig keine Ersatzkräfte in ausreichender Zahl würde rekrutieren können. Angesichts dieses Umstandes und der zusätzlichen Produktionsplanerhöhung um ca. 15 Prozent auf 20250 t Dach- und Wandschiefer für das Jahr 1951 zeichnete sich für die betroffenen Unternehmen frühzeitig ab, daß die Produktionsplanvorgabe ohne die bayerische Stammebelegschaft nicht zu erreichen war⁶¹. Daher forderte die VVB Schiefer, Steinach vehement den Verbleib dieser Facharbeiter in ihren Werken und bemühte dabei betriebs- wie volkswirtschaftliche, aber auch politisch-ideologische Argumente. Die Beschäftigung bayerischer Facharbeiter böte zwei Vorteile: Zum einen produzierten sie wertvollen Dach- und Wandschiefer, der in der DDR dringend gebraucht werde, zum andern würden sie mit Griffelschieferkontingenten in der Bundesrepublik bezahlt, für den es in der DDR kaum Bedarf gebe, wohl aber im Westen⁶². Des weiteren hob die Unternehmensleitung die fortschrittliche politische Einstellung der Bayern hervor, unter denen sich zahlreiche KPD-Mitglieder befänden. Ihre politische Loyalität gegenüber dem Sozialismus zeige sich auch in der Unterzeichnung der Liste des Weltfriedenskomitees zur Ächtung der Atombombe durch 180 Kumpel aus dem Westen. Überdies drückten sie ihre innere Verbundenheit mit der DDR durch hervorragende Arbeitsleistungen aus. Ihre Arbeitseffizienz lasse sich dadurch belegen, daß von drei produzierten Tonnen Dach- und Wandschiefer nur eine Tonne als Vergütungsäquivalent an die Firma Meyer geliefert werden müsse, zwei Tonnen hingegen für den Auslands- bzw. Binnenmarkt zur Verfügung stünden. Aufgrund ihrer Leistungen befänden sich bereits 20 bis 25 Aktivisten und 50 Bestarbeiter unter den Westarbeitern⁶³.

Zusammenfassend läßt sich die wirtschaftspolitische Konfliktsituation 1951 folgendermaßen skizzieren: Die zentralen Instanzen in Partei und Regierung⁶⁴ forderten eine zügige Entlassung der Westarbeiter aus grundsätzlichen währungspolitischen Erwägungen, wohingegen Landesregierung und Unternehmen mit Blick auf die Produktionsvorgaben und tatsächlichen -ziffern für den Verbleib der Kumpel kämpften. Ein überzeugender Nachweis, daß mit ihrer Beschäftigung höhere Produktionszahlen und damit auch eine Verbesserung der Handelsbilanz gegenüber dem Westen er-

⁶⁰ SAPMO, DY/30/JIV 2/3 A/182, Bl. 262.

⁶¹ ThHStA Weimar, Ministerpräsident, HA Innerdeutscher Handel, Außenhandel und Versorgung, Nr. 537, Aktennotiz vom 25. 11. 1950.

⁶² Ebenda, Brief der VVB Schiefer, Steinach an HA Innerdeutscher Handel vom 19. 1. 1951.

⁶³ ThHStA Weimar, Bestand Land Thüringen, Ministerium für Wirtschaft und Arbeit, Bd. 3729, Bl. 241.

⁶⁴ Insbesondere das Ministerium für Schwerindustrie/Staatssekretariat für Chemie, Steine und Erden sowie das MAI fügten sich den Direktiven aus dem Sekretariat des ZK der SED. Vgl. Ebenda, Bl. 256f.; ThHStA Weimar, Ministerpräsident, HA Innerdeutscher Handel, Außenhandel und Versorgung, Nr. 537.

reicht würden, gelang den regionalen Instanzen aber nicht. Ob Ignoranz oder ideologisch motiviertes Wunschdenken die Parteiführung daran hinderte, der an sich schlüssigen Argumentation zu folgen, oder ob sie nicht doch bereits frühzeitig einen deutschlandpolitischen Spaltungskurs favorisierte, läßt sich derzeit noch nicht eindeutig klären. Fest steht aber, daß sich ein Kompromiß abzeichnete, demzufolge die beschäftigungspolitischen Weichen dahingehend gestellt werden sollten, daß ein Stamm thüringischer Facharbeiter ausgebildet und so der Anteil von Westarbeitern bis Mitte der fünfziger Jahre sukzessive auf null gedrückt werden konnte⁶⁵. Als Zwischenziel strebte man bis spätestens 30. Juni 1952 deren Reduktion auf 80 unentbehrliche Spezialisten an⁶⁶. Auf diese Weise erreichte das thüringische Wirtschaftsministerium wenigstens, daß es am 15. November 1951 auf Antrag der VVB Schiefer, Steinach die Genehmigung zur Weiterbeschäftigung von 224 Schieferfacharbeitern bis 31. März 1952 ausstellen konnte⁶⁷.

Neben der Wirtschaftspolitik tangierte das „Coburger Sonderabkommen“ in zunehmendem Maße auch die auf Abschottung und Ostorientierung zielende Deutschlandpolitik der SED-Führung⁶⁸. Wichtiger Bestandteil dieser Strategie war eine sukzessive Einschränkung des deutsch-deutschen Reiseverkehrs einschließlich des kleinen Grenzverkehrs an der Demarkationslinie. Bereits im Jahre 1950 trat eine Verschärfung der Einreisebestimmungen in die DDR für Westdeutsche in Kraft⁶⁹, und am 28. Juli 1951 beschloß das ZK-Sekretariat die Unterbindung jeglicher grenzüberschreitender Arbeitsverhältnisse in Sachsen-Anhalt⁷⁰.

Naheliegenderweise gerieten das „Coburger Sonderabkommen“ und die in seinem Rahmen notwendigen engen Kontakte zwischen West- und Ostdeutschen in Widerspruch zu der Abschottungspolitik. Ein Handlungsansatz bot sich im Herbst 1951. Wegen widriger Witterungsbedingungen und schlechter Straßenverhältnisse hatte es sich seit Ende der vierziger Jahre eingebürgert, daß im Winter die bayerischen Schieferfacharbeiter unter der Woche vor Ort bei Arbeitskollegen übernachteten und nur an den Wochenenden über die Grenze zurück in die heimatlichen Dörfer Oberfrankens fuhren⁷¹. Im Winter 1950/51 übernahmen nach einer Pressekampagne sogar Parteidienststellen und Massenorganisationen entsprechende Patenschaften für die

⁶⁵ Ebenda, Aktennotiz vom 25. 11. 1950; vgl. ThHStA Weimar, Ministerium des Innern, Landesbehörde der Volkspolizei Thüringen, Bd. 175, Bl. 213f.

⁶⁶ ThHStA Weimar, Ministerpräsident, HA Innerdeutscher Handel, Außenhandel und Versorgung, Nr. 537.

⁶⁷ BA Berlin, DL 2, 1355, Bl. 306, Abschrift.

⁶⁸ Vgl. Kreuzberger, Abschirmungspolitik, in: Wettig (Hrsg.), Sowjetische Deutschlandpolitik, S. 12f.

⁶⁹ BA Berlin, DO-1/11/936, Bl. 66f., Zwischenberichte über das Interzonenreisewesen vom Generalinspekteur der Deutschen Volkspolizei (DVP), Seifert, an den stellvertretenden Vorsitzenden der Sowjetischen Kontrollkommission (SKK) für administrative Fragen, A. F. Kabanow am 20. 9. 1950; vgl. auch Kreuzberger, Abschirmungspolitik, in: Wettig (Hrsg.), Sowjetische Deutschlandpolitik, S. 14.

⁷⁰ SAPMO, DY/30/JIV 2/3 A – 182, Bl. 5f.; vgl. auch ebenda, DY/30/JIV 2/3 – 199.

⁷¹ ThHStA Weimar, Ministerium des Innern, Landesbehörde der Volkspolizei Thüringen, Bd. 175, Bl. 213–215, Besprechungsnotiz vom 7. 1. 1952.

Kumpel und sorgten für ihre Unterbringung⁷², was die Grenzpolizei stillschweigend tolerierte⁷³.

Entsprechend der bisherigen Praxis wandte sich am 17. Oktober 1951 die Betriebsleitung der Schiefergrube Schmiedebach an das Kreisamt der Volkspolizei in Saalfeld mit der Bitte um die Genehmigung, daß zehn bayerische Schieferspezialarbeiter aufgrund der zu erwartenden schlechten Witterungsbedingungen während der Wintermonate in Schmiedebach verbleiben dürften⁷⁴. In einer ersten Stellungnahme lehnte das Kreisamt am 20. Oktober 1951 dieses Ansinnen ab, da es gegen die neuen Bestimmungen des kleinen Grenzverkehrs vom Juli 1951 verstoßen würde⁷⁵. Allerdings erschien der Vorgang mit Blick auf die Gefährdung des betrieblichen Planerfüllungsolls als so gewichtig, daß die regionale Polizeibehörde sich der Rückendeckung ihrer übergeordneten Dienststelle in Weimar versichern wollte⁷⁶. Doch auch die dortige Landesbehörde sah sich nicht in der Lage, den Vorgang in eigener Verantwortung zu entscheiden und wandte sich am 25. Oktober 1951 an die Hauptverwaltung Deutsche Volkspolizei in Berlin mit der Bitte um Prüfung der Verbleibfrage⁷⁷. Ohne das Ende der polizeiinternen Entscheidungsfindung auf Berliner Ebene abzuwarten, erteilte das thüringische Innenministerium am 12. November 1951 die Genehmigung für die „Überwinterung“ der Bayern und wies am 15. November 1951 die Landesbehörde der Volkspolizei an, entsprechende Maßnahmen zu veranlassen⁷⁸. Noch am selben Tag leitete die Landesbehörde die Anordnung an das Kreisamt in Saalfeld mit der Vorgabe weiter, daß die Arbeiter in Schmiedebach formlos anzumelden seien und daß sie Schmiedebach nicht verlassen dürften⁷⁹.

Was in Schmiedebach im kleinen Maßstab genehmigt worden war, sollte auch für die anderen 200 bayerischen Facharbeiter in den Schiefergruben Lehesten, Röttersdorf und Probstzella ermöglicht werden. Dies aber konnte das zuständige Berliner Staatssekretariat Chemie, Steine und Erden mit Blick auf die deutschlandpolitische Generallinie nicht tolerieren und griff unverzüglich in die Vorgänge ein. Am 5. Dezember 1951 lehnte es den Antrag ab und zog auch die von der thüringischen Landesregierung bereits erteilte Genehmigung für die Schiefergrube Schmiedebach wieder zurück⁸⁰. Der Negativbescheid gelangte dann über die Polizeibehörden in Berlin, Weimar und Saalfeld⁸¹ am 17. Dezember 1951 an die Betriebsleitung, die Betriebsgewerkschaftsleitung und an die Werksangehörigen⁸². Ungeachtet des

⁷² Ebenda, Bl. 217.

⁷³ Ebenda, Bl. 213–215.

⁷⁴ Ebenda, Bl. 205.

⁷⁵ Ebenda, Bl. 205, 217.

⁷⁶ Ebenda, Bl. 205.

⁷⁷ Ebenda, Bl. 203.

⁷⁸ Ebenda, Bl. 210.

⁷⁹ Ebenda, Bl. 206.

⁸⁰ Ebenda, Bl. 201.

⁸¹ Ebenda, Bl. 211, 204, 201.

⁸² Ebenda, Bl. 211.

Verbots ließ der Werksleiter des VEB Schiefergruben Lehesten die bayerischen Kumpel in Betriebsräumen übernachten, was einen schwerwiegenden Affront gegen Polizeibehörden und Regierung darstellte. Als ihn am 4. Januar 1952 aufgrund dieser Eigenmächtigkeit die Grenzpolizei „vorlud“⁸³ – tatsächlich handelte es sich dabei um eine „Verhaftung“⁸⁴ –, legten die Kumpel spontan die Arbeit nieder und forderten seine unverzügliche Freilassung. Noch am selben Tag schaltete sich der thüringische Landesvorstand des FDGB (Freier Deutscher Gewerkschaftsbund) in die Affäre ein und setzte sich in einem Schreiben an den thüringischen Innenminister nachdrücklich für den Verbleib der bayerischen Kumpel in den Schieferbrüchen Lehesten einschließlich ihrer Übernachtung in betrieblichen Schlafräumen ein. Das Schreiben schließt mit dem drohenden Hinweis, daß der Vorgang bereits an den Bundesvorstand des FDGB nach Berlin gemeldet worden sei⁸⁵.

Die rasche Reaktion von Belegschaft und FDGB-Landesvorstand zeigte Wirkung. Bereits am nächsten Tag ließ die Grenzpolizei den Werksdirektor wieder frei, und der spontane Streik fand ein ebenso spontanes Ende⁸⁶. In einem für den 7. Januar 1952 vom thüringischen Innenminister anberaumten Gespräch einigten sich Landesregierung und FDGB-Landesleitung darauf, einstweilen dahingehend zu wirken, daß die Westarbeiter in den Schiefergruben verbleiben könnten. Mittlerweile ließ auch die Grenzpolizei verlautbaren, daß sie in den Westarbeitern kein politisches bzw. sicherheitspolitisches Risiko erkennen könne⁸⁷. Schließlich übernahm der thüringische Innenminister die politische Verantwortung und stellte ohne Rücksprache mit Berlin die Übernachtungsgenehmigungen aus⁸⁸. Damit war der Weiterbestand des „Coburger Sonderabkommens“ einstweilen gesichert.

Als jedoch Ende März 1952 absehbar wurde, daß die Westintegration der Bundesrepublik auch durch sowjetische Vereinigungsofferten nicht würde aufgehalten werden können, änderte Stalin seinen deutschlandpolitischen Kurs. In Gesprächen am 1. und 7. April 1952 wies er Ulbricht, Pieck und Grotewohl an, dafür Sorge zu tragen, daß die innerdeutsche Grenze für den kleinen Grenzverkehr geschlossen werde⁸⁹. Die Sowjetische Kontrollkommission (SKK) überprüfte vom 15. bis 25. April 1952 die Volkspolizeikreisämter hinsichtlich ihrer Grenzüberwachungspraxis. Bei dem für die VVB Schiefer, Steinach zuständigen Kreisamt Saalfeld beanstandete sie, daß nach wie vor 182 Westarbeiter täglich die Grenze passieren könnten, obwohl die „Vorfälle in Schmiedebach“⁹⁰ bekannt seien. Überdies existiere seit Januar 1952

⁸³ Ebenda.

⁸⁴ Ebenda, Bl. 212.

⁸⁵ Ebenda.

⁸⁶ Ebenda, Bl. 217.

⁸⁷ Ebenda, Bl. 216.

⁸⁸ Ebenda, Bl. 213 f., 208, 209

⁸⁹ Vgl. Creuzberger, Abschirmungspolitik, in: Wettig (Hrsg.), Sowjetische Deutschlandpolitik, S. 26–27.

⁹⁰ ThHStA Weimar, Ministerium des Innern, Landesbehörde der Volkspolizei Thüringen, Bd. 176,

eine Anweisung des Generalinspektors der deutschen Volkspolizei, Willi Seifert, derzufolge die kleinen Grenzpassierscheine nach und nach einzuziehen seien. Diese bislang mangelhaft befolgte Anweisung müsse umgehend eingehalten werden⁹¹.

Anfang Mai 1952 ordnete die SKK die Schließung der Thüringischen Westgrenze für Passierscheininhaber gemäß Kontrollratsdirektive 42 an. Unter den Sonderregelungen für industrielle Schwerpunkte war ausdrücklich der südthüringische Schieferbergbau erwähnt: „Für das Schieferwerk Lehesten sind Maßnahmen zu treffen, daß ab 25. 5. 42 (sic!) keine Arbeiter aus Westdeutschland mehr arbeiten.“⁹² Die Regierung der DDR erließ am 27. Mai 1952 die „Verordnung über Maßnahmen an der Demarkationslinie zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und den westlichen Besatzungszonen Deutschlands“⁹³, mit der ein „weiteres Eindringen von Diversanten, Spionen, Terroristen und Schädlingen“ verhindert werden sollte. Damit kam das „Coburger Sonderabkommen“ faktisch zum Erliegen, da aufgrund der „besonderen Sicherungsmaßnahmen an der D-Linie zum Schutze der Deutschen Demokratischen Republik auch für den kleinen Grenzverkehr zu den Schiefergruben keine Ausnahme“⁹⁴ zugelassen werden konnte. Die Schiefergruben um Lehesten, Schmiedebach und Röttersdorf lagen nunmehr innerhalb der 5-km-Sperrzone und waren besonders strenger Überwachung ausgesetzt.

Für die Schieferwerke ergaben sich aus der „einseitigen Kündigung“⁹⁵ des „Coburger Sonderabkommens“ zwei unmittelbare betriebswirtschaftliche Konsequenzen. Zum einen mußten sie erhebliche Westmarkbeträge, welche die Firma Paul Meyer für bereits gelieferte Schieferkontingente noch nicht bezahlt hatte und die angesichts der knappen Finanzdecke dringend benötigt wurden, als Verlust in den Bilanzen buchen. Allein die Betriebsabteilung Schiefergrube Schmiedebach beklagte den Ausfall von 67 000 DM-West⁹⁶. Zum anderen wurden die VVB Schiefer, Steinach kurzfristig mit einem nicht zu kompensierenden Arbeitskräfteausfall von rund 30 Prozent der Stammbesellschaft konfrontiert. Berücksichtigt man weiterhin den bereits bestehenden Produktionsrückstand, den veralteten Maschinenpark und die sich verschlechternde Gezeinslage⁹⁷, so zeichnete sich eine betriebswirtschaftlich katastrophale Perspektive ab.

Bl. 80–105, hier Bl. 99. Damit ist die bereits erwähnte Verhaftung des Werksleiters und der sich anschließende Streik der Belegschaft gemeint.

⁹¹ Ebenda.

⁹² Zit. nach Bennewitz/Potratz, Zwangsaussiedlungen, S. 221; vgl. Creuzberger, Abschirmungspolitik, in: Wettig (Hrsg.), Sowjetische Deutschlandpolitik, S. 29.

⁹³ Gesetzblatt der DDR, Nr. 65 (1952) vom 27. 5. 1952, S. 405 f.

⁹⁴ BA Berlin, DL 2, 1355, Bl. 311 f. Außer in den Lehestener Schiefergruben waren nur noch in dem Braunkohlekraftwerk Harpke Westarbeiter beschäftigt; deren Ersatz konnte bis Sommer 1952 geregelt werden. Vgl. hierzu SAPMO, DY 30/IV 2/13/10, Bl. 25, Bericht über den gegenwärtigen Stand der Durchführung der Maßnahmen an der D-Linie vom 7. 7. 1952.

⁹⁵ BA Berlin, DL 2, 1355, Bl. 308.

⁹⁶ ThHStA Weimar, Ministerpräsident, HA Innerdeutscher Handel, Außenhandel und Versorgung, Nr. 502.

⁹⁷ BA Berlin, DL 2, 1609, Bl. 80–82, Brief der Deutschen Außen- und Innenhandel (DIA) Bergbau an das MAI, HA Export, Abt. Bergbau, vom 30. 9. 1953.

Mit einer Reihe von Gegenmaßnahmen versuchten die Werksleitungen der einzelnen Gruben gemeinsam mit staatlichen und parteilichen Instanzen einen Ausweg aus der Krise zu finden. Hierzu zählte die vom Politbüro angeordnete gezielte Rekrutierung fachfremder Arbeitskräfte durch speziell eingesetzte Werbebrigaden⁹⁸, ebenso die Intensivierung der betriebsinternen Lehrlingsausbildung⁹⁹. Beiden Maßnahmen zur Behebung des Personalmangels war aber nur sehr geringer Erfolg beschieden, der Arbeitskräfteplan wurde im Jahre 1952 nur zu 80 Prozent erfüllt¹⁰⁰. Sowohl die angeworbenen Arbeitskräfte, die sich als nicht „bodenständig“ genug erwiesen, als auch die betriebsintern ausgebildeten Lehrlinge wanderten meist nach kurzer Beschäftigungsdauer in andere Industriezweige ab¹⁰¹. Als Begründung nannten sie harte Arbeitsbedingungen, Gesundheitsgefährdung, schlechte Unterkunft und mangelhafte Verpflegung, eine ganze Reihe widriger Lebensumstände, die den Verbleib in der abgelegenen Grenzregion äußerst unattraktiv machten. Speziell die Abwanderung der Lehrlinge, allein im Jahre 1953 verließen 27 Prozent der Auszubildenden (53 Personen) die Betriebsabteilung Lehesten¹⁰², bedeutete nicht nur einen Verlust an Arbeitskräften, sondern zugleich eine betriebswirtschaftliche Fehlinvestition in die Ausbildung.

Als weitere Maßnahme zur Steigerung der Produktion verpflichtete sich die Belegschaft, im Rahmen eines sozialistischen „Kampfprogrammes“ Sonderschichten zu fahren¹⁰³. Derart ideologisch verbrämte, von der Partei initiierte Aktionen, die tatsächlich auf eine Arbeitslohnsenkung hinausliefen, tolerierte die Belegschaft nur bis zu einer gewissen Schmerzgrenze. Insbesondere in der wirtschaftlichen und politischen Krisenzeit 1952/53 barg eine solche Strategie erheblichen gesellschaftlichen Sprengstoff. Schließlich suchte man mit einer Neuorganisation der Unternehmensstruktur die Eigenverantwortlichkeit der einzelnen Schiefergruben zu stärken und dadurch eine Effizienzsteigerung in der Produktion zu erzielen. Am 1. August 1952 wurde die VVB Schiefer, Steinach aufgelöst und statt dessen die VVB Thüringische Schieferwerke Schmiedebach ins Leben gerufen, welche die nahe beieinander liegenden Werke in Lehesten, Röttersdorf und Schmiedebach zusammenschloß¹⁰⁴.

Indes gelang es den Werksleitungen trotz dieses Maßnahmenkataloges nicht, die betriebswirtschaftlichen Rahmenbedingungen zu verbessern. Weder konnte das Pro-

⁹⁸ SAPMO, DY 30/IV 2/13/10, Bl. 43, Zwischenbericht über die Durchführung des Politbürobeschlusses vom 13. 5. 1952, Berichterstatter Zaisser, vertrauliche Verschlusssache.

⁹⁹ BA Berlin, DL 2, 1609, Bl. 80–82, Brief des Deutschen Innen- und Außenhandel Bergbau an das MAI, HA Export vom 30. 9. 1953.

¹⁰⁰ ThStA Rudolstadt, Bezirksparteiarchiv der SED, Kreisleitung Lobenstein, IV/4/07/34, Bl. 284, Protokoll über Sekretariatssitzung der SED-Kreisleitung Lobenstein vom 19. 12. 1952.

¹⁰¹ BA Berlin, DL 2, 1609, Bl. 80–82, Brief des Deutschen Innen- und Außenhandel Bergbau an das MAI, HA Export, Abt. Bergbau, vom 30. 9. 1953.

¹⁰² ThStA Rudolstadt, Bezirksparteiarchiv der SED, Kreisleitung Lobenstein, IV/4/07/50; BA Berlin, DG 2, 4674, Betriebsplan 1953.

¹⁰³ ThStA Rudolstadt, Bezirksparteiarchiv der SED, Kreisleitung Lobenstein, IV/4/07/34, Bl. 10.

¹⁰⁴ Ebenda, Bl. 208–211; BA Berlin, DG 2, 4567, Protokoll der Sitzung bei der VVB Schiefer, Steinach/Thüringen am 23. 7. 1952.

blem fehlender Arbeitskräfte gelöst werden, noch wurden Investitionen getätigt¹⁰⁵. Die Produktionsplanvorgaben blieben unerreicht, die absoluten Fördermengen an Schiefer sanken Jahr um Jahr. Die Binnenmarktnachfrage konnte im Jahre 1953 nur noch zu 50 Prozent befriedigt werden, statt der vorgesehenen 1400 t Dachschiefer wurden lediglich ca. 700 t gefördert. Angesichts steigender Wohnungsbauzahlen war abzusehen, daß die Versorgungslücke tendenziell anwachsen würde¹⁰⁶. Der daraus resultierende Unmut in der Bevölkerung dürfte zusätzlich durch den Umstand geschürt worden sein, daß Schiefer I. Qualität dem Export ins kapitalistische Ausland vorbehalten war und für die heimische Nachfrage nur minderwertiger Schiefer bereit stand¹⁰⁷.

Zudem drohte selbst auf den so wichtigen Westmärkten ein empfindlicher Einbruch an Marktanteilen. Denn auch die vorrangig bediente Kundschaft aus den kapitalistischen Ländern mußte längere Lieferzeiten in Kauf nehmen. Trotz der guten Qualität des thüringischen Schiefers waren die Abnehmer nicht bereit, unter diesen Umständen weiterhin die hohen Preise zu zahlen. Nach Auskunft der Firma Meyer, über die der Schieferverkauf in der Bundesrepublik abgewickelt wurde, drohe der Absatz nicht nur kurzfristig wegzubrechen, sondern die Thüringer Schieferproduzenten liefen Gefahr, von westlicher Konkurrenz dauerhaft aus dem Markt gedrängt zu werden¹⁰⁸. Beispielsweise sei im benachbarten bayerischen Grenzgebiet versucht worden, neue Schiefergruben mit dem Ziel aufzumachen, den beschäftigungslos gewordenen Schieferfacharbeitern Arbeit zu verschaffen und zugleich die ungeliebte ostdeutsche Konkurrenz vom Markt zu verdrängen. Eine solche Entwicklung schlage in der innerdeutschen Handelsbilanz für die DDR negativ zu Buche, da der „volkswirtschaftlich wichtige Devisenbringer Schiefer“¹⁰⁹ wegzufallen drohe.

Die Folgen der Kündigung des „Coburger Sonderabkommens“ lassen sich auf einen knappen Nenner bringen: Die Produktionsdefizite in der südthüringischen Schieferbranche trugen zur Erhöhung des gesellschaftlichen Unzufriedenheitspotenzials und des Handelsbilanzdefizits bei. Beide Faktoren wiederum wirkten prinzipiell in Richtung einer Systemdestabilisierung, die Krise der südthüringischen Schieferindustrie fügte sich also nahtlos in die Krise der DDR während der Jahre 1952 und 1953 ein.

Für die Werksleitung gab es angesichts dieser Situation nur zwei Auswege: die umfassende Modernisierung und Rationalisierung der Produktion oder die Wiedereinstellung der bayerischen Facharbeiter. Da abzusehen war, daß die für grundlegende Innovationen notwendigen Finanzmittel in absehbarer Zeit nicht aufgebracht werden

¹⁰⁵ BA Berlin, DG 2, 8805, Kurzanalyse zu den Generalreparaturen der VVB Schiefer, I. Quartal 1952.

¹⁰⁶ BA Berlin, DL 2, 1609, Bl. 80–82, Brief der Deutschen Außen- und Innenhandel Bergbau an das MAI, HA Export, Abt. Bergbau, vom 30. 9. 1953.

¹⁰⁷ Ebenda.

¹⁰⁸ BA Berlin, DG 2, 4567, Brief des Leiters der Instrukteursgruppe Schiefer an das Staatssekretariat Chemie, Steine und Erden vom 23. 9. 1952.

¹⁰⁹ Ebenda.

könnten, konzentrierten sich die Bemühungen der Werksleitungen auf eine erneute Anstellung der bayerischen Spezialarbeiter. Es ist sicher kein Zufall, daß die Initiative zur Wiederbelebung des „Coburger Sonderabkommens“ in die Zeit kurz nach dem Aufstand vom 17. Juni 1953 und der damit verbundenen wirtschaftspolitischen Kurskorrektur der SED fiel. Denn seither maßen Partei und Regierung versorgungsökonomischen Aspekten um des Machterhalts willen größere Bedeutung bei. Deutschland- und sicherheitspolitische Bedenken konnten in dieser Situation leichter überwunden werden.

Vermutlich in Absprache mit der VVB Thüringische Schieferwerke, Schmiedebach wandte sich die kooperierende Deutsche Außen- und Innenhandelsorganisation (DIA) Bergbau am 30. September 1953 an das für sie zuständige MAI und legte nochmals die Argumente dar, die für eine Wiedereinstellung der Westarbeiter in den Schiefergruben sprachen¹¹⁰. Dieser Weg wurde gewählt, da für Verhandlungen mit westdeutschen Vertretern das MAI mit den deutsch-deutschen Wirtschaftsgesprächen über den einzigen Kommunikationskanal verfügte, der in dieser Sache nutzbar war. Die Argumentationslinie der DIA zeigte beim Ministerium Wirkung, zumal dieses aufgrund von Fehlentwicklungen in der Außenhandelsbilanz und der Versorgungslage seit 1952 selbst in die Schußlinie der Parteikritik geraten war. Die hausinternen Überlegungen des MAI konzentrierten sich auf folgende Punkte:

1. Die Wiedereinstellung der bayerischen Schieferfacharbeiter würde einen Anstieg der Dach-, Wand-, Tafel- und Griffelschieferproduktion um 40 Prozent bewirken¹¹¹. Auf diese Weise könne den wegen mangelnder Lieferfähigkeit drohenden Marktanteilsverlusten in Westdeutschland entgegengewirkt und die deutsch-deutsche Handelsbilanz aus Sicht der DDR verbessert werden¹¹².

2. Mit dem zu erwartenden Produktionsanstieg lasse sich der Binnennachfrage an Schiefer in höherem Maße nachkommen und somit gesellschaftlicher Unzufriedenheit vorbeugen¹¹³.

3. Die zunehmende Auslastung der ursprünglich auf die Belieferung des Weltmarktes ausgelegten Produktionskapazitäten bewirke eine dringend erforderliche betriebswirtschaftliche Effizienzsteigerung¹¹⁴.

4. Durch das Abwerben bayerischer Facharbeiter könne die Einrichtung von konkurrierenden Schiefergruben in Oberfranken verzögert und auf lange Sicht die eigene Marktposition gestärkt werden. Neben diesem handelspolitischen sei auch der politische Aspekt bedeutsam. Die Einstellung von Westarbeitern aus dem Zonenrandgebiet stärke das Ansehen der DDR und sei propagandistisch bestens zu instrumentalisieren¹¹⁵.

¹¹⁰ BA Berlin, DL 2, 1609, Bl. 80–82.

¹¹¹ Ebenda, Bl. 81.

¹¹² Ebenda, Bl. 78.

¹¹³ Ebenda.

¹¹⁴ BA Berlin, DG 2, Exposé der Werksleitung Steinach vom 28. 5. 1954.

¹¹⁵ BA Berlin, DL 2, 1609, Bl. 78.

Gestützt auf diese Argumentationslinie bemühte sich das MAI 1954 verstärkt um eine Wiedereinstellung der bayerischen Schieferfacharbeiter¹¹⁶. Der regierungsinterne Entscheidungsprozess in der DDR nahm im Sommer 1954 Gestalt an. Das Innenministerium gab am 16. Juli seine Zustimmung¹¹⁷, und das Ministerium für Schwerindustrie trat offiziell am 28. Juli 1954 an das MAI mit der Bitte heran, den einzigen Gesprächskanal zur westdeutschen Regierung zu nutzen, um wegen einer Neuaufnahme des „Coburger Sonderabkommens“ vorzusprechen¹¹⁸. Im Juli 1954 einigte sich das MAI mit der Staatlichen Plankommission über die Grundlinien einer Verhandlungsführung gegenüber der Bundesrepublik Deutschland¹¹⁹.

4. Die „Lehestener Vereinbarung“ vom 27. Januar 1955

Am Rande einer Routinesitzung der innerdeutschen Handelsgespräche am 8. August 1954 brachte der Vertreter des MAI, Erich Freund, erstmals gegenüber dem Leiter der Treuhandstelle für den Interzonenhandel (TSI), Kurt Leopold, inoffiziell die Frage einer möglichen Wiederaufnahme des „Coburger Sonderabkommens“ zur Sprache¹²⁰. Dabei handelte es sich für die DDR um einen durchaus heiklen Punkt, denn sie mußte einen Gesichtsvorteil ins Kalkül ziehen. Schließlich hatte sie gerade zwei Jahre zuvor einseitig das Abkommen gekündigt und lief nunmehr Gefahr, daß ihre Anfrage vor dem Hintergrund des 17. Juni 1953 als Eingeständnis eigener wirtschaftlicher Schwäche ausgelegt würde. Dennoch ließ Freund den Versuchsballon starten, da das MAI handelspolitisch unter Zugzwang geraten war. In den Verhandlungen über den innerdeutschen Handel hatte es gegen westdeutschen Widerstand erhebliche Kontingente an Schieferlieferungen auf die Warenlisten setzen lassen. Wenn nun aufgrund zu geringer Fördermengen die DDR die selbst auferlegten Verpflichtungen nicht erfüllen könnte, würde sich dies auf ihre künftige Verhandlungsposition negativ auswirken¹²¹.

Immerhin wiesen einige Indikatoren auf eine zustimmende Reaktion der westdeutschen Verhandlungsdelegation hin:

Erstens entspreche dies den ökonomischen Interessen von Lokal-, Regional-, Landes- und Bundesbehörden, hatten die Auswirkungen der „Grenzsicherungsmaßnahmen“ der DDR doch erhebliche wirtschaftliche Schäden für das Zonenrandgebiet der Bundesrepublik zur Folge gehabt¹²². Oberfranken war von den Sperrmaßnahmen

¹¹⁶ Ebenda, Bl. 66, Schreiben Freund (MAI) an das ZK der SED, Abt. Handel, Versorgung und Leichtindustrie, Sektor Außenhandel am 19. 1. 1954.

¹¹⁷ Ebenda, Bl. 65.

¹¹⁸ Ebenda.

¹¹⁹ BA Berlin, DL 2, 1355, Bl. 311 f., Schreiben des MAI, HA IDH an die Staatliche Plankommission vom 6. und 15. 7. 1954.

¹²⁰ BA Berlin, DL 2, 1609, Bl. 65, Handschriftliche Notiz von Freund am 8. 8. 1954.

¹²¹ BA Berlin, DL 2, 1609, Bl. 61.

¹²² Vgl. Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen (Hrsg.), Die Sperrmaßnahmen der DDR vom Mai 1952: die Sperrmaßnahmen der Sowjetzonenregierung an der Zonengrenze und in Westberlin. Faksimile-Nachdruck des Weißbuches von 1953, Bonn 1987, S. 19.

besonders hart betroffen, die regionale Arbeitsmarktlage von einer strukturellen Beschäftigungskrise geprägt¹²³. In den Landkreisen Kronach und Coburg schien die „Gefahr der Verelendung“ zu drohen, was angesichts deren politisch erwünschter Funktion als „Schaufenster der Bundesrepublik“ zur DDR hin besonders schwer ins Gewicht falle¹²⁴. Im Rahmen eines von der Bundesregierung initiierten Zonenrandprogramms sollte auch die Wiedereingliederung der Schieferfachtarbeiter des Landkreises Kronach in den Arbeitsprozeß mit 500 000 DM gefördert werden. Die Bemühungen um die Gründung neuer Schieferbergwerke blieben aber letztlich erfolglos¹²⁵ und die Problematik der arbeitslosen Schieferfachtarbeiter ungelöst.

Zweitens war durch eine Anfrage der Firma Paul Meyer bei der Kammer für Außenhandel in Berlin am 3. Dezember 1953 dem MAI der Wunsch der bayerischen Schieferfachtarbeiter bekannt, lieber in den gut erschlossenen Thüringischen Schiefergruben zu arbeiten, als in den neuen, hinsichtlich Gesteins- und Ertragslage unsicheren bayerischen Gruben¹²⁶. Diese Information deckte sich – drittens – mit Briefen, die Thüringer Kumpel von ihren bayerischen Kollegen erhalten hatten¹²⁷. Viertens: Auch aus Gesprächen auf untergeordneter Ebene, die bereits im Mai 1954 in dieser Angelegenheit mit der bayerischen Seite geführt worden waren, wußte man von der allseitigen Befürwortung einer Neuauflage des „Coburger Sonderabkommens“ in der Bundesrepublik¹²⁸.

Daher konnte das MAI mit einer gewissen Sicherheit davon ausgehen, daß eine entsprechende Anfrage von der TSI nicht abschlägig beschieden werden würde. Überdies lehrte die bisherige Erfahrung, daß die bundesdeutsche Seite politisch wie publizistisch sehr behutsam mit dem Thema deutsch-deutsche Wirtschaftsbeziehungen umging. Das Risiko eines Gesichtverlustes in der Öffentlichkeit war somit als relativ gering einzuschätzen.

Nachdem Freund in dem vertraulichen Gespräch mit Leopold den Eindruck gewonnen hatte, daß die Bundesrepublik tatsächlich an einer Neuauflage des „Cobur-

¹²³ BA Koblenz, B 136/697, f. 2,3, Bl. 79–101, Bericht der IHK Oberfranken über „Die Situation der oberfränkischen Wirtschaft“ vom 12. 3. 1953, eingereicht beim Bundesministerium für Wirtschaft, weitergeleitet an das Bundeskanzleramt am 25. 4. 1953. Vgl. Kopper, Zonenrandförderung, in: Weisbrod (Hrsg.), Grenzland, S. 98.

¹²⁴ BA Koblenz, B 135/131, Denkschrift über das Ostgrenzgebiet der Bundesrepublik. Vorgelegt vom Arbeitskreis Ostgrenzgebiete der Bundesrepublik der Länder Bayern, Hessen, Niedersachsen und Schleswig-Holstein.

¹²⁵ BA Koblenz, B 136/697, f. 2, Bl. 47, Stellungnahme des Arbeitskreises Ostgrenzgebiete der Bundesrepublik der Länder Bayern, Hessen, Niedersachsen und Schleswig-Holstein, eingereicht beim Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen am 2. 2. 1953. Vgl. hierzu auch Kaufmann, Spaltung Deutschlands, S. 59.

¹²⁶ BA Berlin, DL 2, 1609, Bl. 66.

¹²⁷ ThStA Rudolstadt, Bezirksparteiarchiv der SED, Kreisleitung Lobenstein, IV/4/07/50, Bericht über die in der Zeit vom 27. 4.–14. 5. 1954 durchgeführte Überprüfung der politisch-ideologischen Arbeit der BPO (Betriebsparteiorganisation) des VEB Schiefergruben Lehesten.

¹²⁸ ThStA Rudolstadt, Bezirksparteiarchiv der SED, Kreisleitung Lobenstein, IV/4/07/59, Sitzungsprotokoll der Kreisleitung Lobenstein vom 30. 3. 1955.

ger Sonderabkommens“ interessiert war, setzte er den Punkt am 27. August 1954 offiziell auf die Tagesordnung und schlug den 1. September 1954 als ersten Verhandlungstermin vor¹²⁹. Rasch einigte man sich auf die Bildung einer speziellen Kommission¹³⁰. Die darauffolgenden Sitzungen waren von beiderseitigem konstruktiven Bemühen um eine Lösung des Problems geprägt. Als sich abzeichnete, daß zum geplanten Arbeitsbeginn am 3. Januar 1955 eine neue Vereinbarung noch nicht unterschriftsreif vorliegen würde, einigte man sich am 24. Dezember 1954 unbürokratisch auf eine Interimslösung. Die Bezahlung der Arbeiter wurde in den ersten Wochen durch die Firma Meyer/Coburg vorgestreckt bzw. von der TSI durch vorab erteilte Bezugsgenehmigungen gedeckt. Die ersten schon bereitstehenden Schieferwaggons durften ohne Bezugsgenehmigungen die Grenze passieren, was im streng reglementierten innerdeutschen Handel unüblich war¹³¹.

Am Ende führten die Verhandlungen am 27. Januar 1955 zur „Vereinbarung über die Beschäftigung von Facharbeitern in thüringischen Schiefergruben (Lehestener Vereinbarung)“¹³², die in den Grundbestimmungen an das Coburger Abkommen vom 24. Januar 1950 anknüpfte. Es bestand Einvernehmen darüber, daß 150 bayerische Schieferfacharbeiter ihre Arbeit in den Schiefergruben Lehesten und Probstzella wieder aufnehmen könnten. Der Leistungsgrundlohn wurde in Westmark gezahlt, alle weiteren Sonderzahlungen konnten als Gutscheine, ausgestellt auf DM-Ost, in HO-Läden eingelöst werden. Die Vereinbarung galt rückwirkend vom 1. Januar 1955 an, wurde auf den 30. Juni 1956 terminiert und konnte mit dreimonatiger Frist jeweils zum Quartalsende gekündigt werden¹³³.

Mit einer Reihe von Einschränkungen versuchte die DDR allerdings, den Westarbeitern in Thüringen möglichst wenig Freiräume zu gewähren. Sie waren verpflichtet, ganz bestimmte Fahrrouden einzuhalten, durften keine privaten PKWs in die DDR verbringen und auch keine Westmarkbeträge mit sich führen¹³⁴. Die DDR suchte auf diese Weise die Kontrolle über die Grenzgänger zu behalten und ihre Kontakte mit der einheimischen Bevölkerung auf ein Minimum zu reduzieren¹³⁵. Auf Anregung der VEB Schiefergruben Lehesten wurde ein Buslinienverkehr für die Grenzgänger eingerichtet, der ab November 1955 bis zum Schieferbruch Lehesten fuhr¹³⁶.

¹²⁹ BA Berlin, DL 2, 1355, Bl. 310.

¹³⁰ Teilnehmer der bundesdeutschen Delegation: Verhandlungsführer Dr. Kurt Leopold (TSI), Vertreter des Bayerischen Staatsministeriums für Wirtschaft, der IG Bergbau, der Sozialversicherungen; Teilnehmer der DDR: Verhandlungsführer Dr. Erich Freund (MAI), Vertreter des VEB Schieferwerke Schmiedebach, der DIA Absatz, Sozialversicherung, des Rats des Kreises Lobenstein, des FDGB.

¹³¹ BA Berlin, DL 2, 78, Bl. 168 f., hier Bl. 169.

¹³² BA Berlin, DL 2, 1647, Bl. 69–73; BA Koblenz, B 137/8211.

¹³³ Ebenda.

¹³⁴ BA Berlin, DL 2, 1647, Bl. 69–73, Schreiben Freund, HA Innerdeutscher Handel im MAI, an Leopold, Treuhandstelle für Interzonenhandel, vom 11. 1. 1955.

¹³⁵ ThStA Rudolstadt, Bezirksparteiarchiv der SED, Kreisleitung Lobenstein IV/4/07/59, Protokoll der Sondersitzung der SED-Kreisleitung Lobenstein vom 30. 3. 1955.

¹³⁶ Vgl. Kaufmann, Spaltung Deutschlands, S. 59.

In der politischen Propaganda ließ sich dieses Entgegenkommen trefflich als Beleg für die arbeiterfreundliche Situation in der DDR anführen. Zugleich konnte damit aber auch das frühere Problem des Verbleibs der Bayern während der Wintermonate in Thüringen vermieden werden.

Wie schon das „Coburger Sonderabkommen“ wurde auch die „Lehestener Vereinbarung“ im Briefverkehr geschlossen¹³⁷, wie es in der Praxis deutsch-deutscher Vereinbarungen technischer Art üblich war. Ausdrücklich zählte die „Lehestener Vereinbarung“ nicht zum Berliner Abkommen, auch wenn die Finanztransaktionen über die Konten bei der Deutschen Notenbank und der Bank Deutscher Länder geleitet wurden, die im Rahmen des Berliner Abkommens eingerichtet worden waren¹³⁸. In den Bekanntmachungen des Bundeswirtschaftsministeriums über die Warenlisten für den Interzonenhandel war beim Ausschreibungsposten für Schiefer stets vermerkt, daß diesbezügliche Bezugsgenehmigungen nur im Rahmen der „Lehestener Vereinbarung“ erteilt würden¹³⁹.

Als signifikanter Unterschied zum „Coburger Sonderabkommen“ des Jahres 1950 ist hervorzuheben, daß die jeweiligen Delegationsleitungen nicht mehr der Länderregierungsebene angehörten, sondern der übergeordneten zentralen Regierungsebene¹⁴⁰. Hierfür lassen sich zwei Gründe anführen, die ein bezeichnendes Licht auf die Zentralisierungsvorgänge innerhalb der DDR und auf die deutschlandpolitischen Rahmenbedingungen werfen:

1. Nach der Auflösung Thüringens im Jahre 1952 konnte die „Lehestener Vereinbarung“ seitens der DDR naheliegenderweise nicht mehr auf der Landesebene ausgehandelt werden. Die verwaltungsstrukturelle Nachfolgeinstanz, der Bezirk mit dem Rat an der Spitze, besaß keineswegs die Kompetenzen der früheren Landesregierungen und wurde bei der Aushandlung der „Lehestener Vereinbarung“ nur am Rande beteiligt.

2. Zweifellos entsprach es der deutschlandpolitischen Strategie der DDR, mit regierungsamtlichen Behörden der Bundesrepublik Übereinkünfte zu erzielen. Damit erhoffte man sich eine sukzessive Aufwertung der eigenen völkerrechtlichen Situation. Vermutlich hätte die DDR selbst im Falle eines Weiterbestehens der Länder auf den Gesprächskanal zwischen Treuhandstelle und Ministerium für Außenhandel und Innerdeutschen Handel gedrungen.

Wie schon das „Coburger Sonderabkommen“ sollte sich auch die „Lehestener Vereinbarung“ bewähren. In der Folgezeit nahmen anfangs 30, später 117 bayerische Schieferfacharbeiter in den Lehestener Schiefergruben ihre Tätigkeit auf. Die betriebliche Zusammenarbeit mit einheimischen Kollegen gestaltete sich unproblematisch,

¹³⁷ SAPMO, DY 30/IV 2/6.10/199.

¹³⁸ BA Berlin, DL 2, 1647, Bl. 69–73.

¹³⁹ BA Koblenz, B 102/20345, Bekanntmachung 1 (B) zur Erfüllung der Warenlisten für das Jahr 1956.

¹⁴⁰ Sicher läßt sich bei der Treuhandstelle für den Interzonenhandel formaljuristisch die Zugehörigkeit zur Bundesregierung negieren. Im politischen Alltagsgeschäft war man sich aber in Ost wie West klar darüber, daß dies letztlich Augenwischerei sei.

ebenso die Behandlung durch die Deutsche Grenzpolizei¹⁴¹. Seitens der Westarbeiter gab es jedoch Kritik an einigen mißlichen Arbeitsumständen, die sie gegenüber der Werksleitung und der Betriebsparteioorganisation vorbrachten. Nachdem von dieser Seite keine konstruktive Reaktion erfolgt war, wandten sie sich mittels einer Eingabe an den Präsidenten der DDR, Wilhelm Pieck¹⁴². Auf dessen Veranlassung kam es zu einer „Ost-West-Konferenz en miniature“¹⁴³ am 3. und 4. November 1955 in der oberfränkischen Kreisstadt Kronach, die Verbesserungen der sozialen Lage für die bundesdeutschen Arbeiter herbeiführen sollte¹⁴⁴.

Im Vordergrund der Verhandlungen standen sozialversicherungsrechtliche Probleme. Die Krankenkassen Thüringens erklärten sich bereit, ihre Leistungen auch auf Familienangehörige der Westarbeiter in der Bundesrepublik auszudehnen. Beim Kindergeld, bislang hatten Westarbeiter in der DDR kein Kindergeld erhalten, erzielte man ebenfalls eine Übereinkunft dahingehend, daß die Beträge mit den Schieferkontingenten verrechnet wurden. Eine Anfrage des Coburger Arbeitsamtes, ob nicht weitere 100 Westarbeiter eingestellt werden könnten, wurde seitens des VEB Schiefergruben Lehesten positiv beschieden. Das Angebot der Schieferwerke, auch 50 Ausbildungsplätze für Jugendliche aus Bayern bereitzustellen, nahmen die Behörden der Bundesrepublik jedoch nicht an. Dies könne allerdings nicht verwundern, so ein Kommentar im „Neuen Deutschland“, angesichts des Personalbedarfs für die „Blanksche NATO-Armee“¹⁴⁵. Es dürfte aber bei der Ablehnung eher der politische Wille im Vordergrund gestanden haben, junge Westdeutsche nicht den ideologischen Einflüssen des DDR-Sozialismus auszusetzen.

Trotz des Einsatzes der Westarbeiter besserte sich die betriebswirtschaftliche Situation des südthüringischen Schieferbergbaus nicht, speziell der VEB Schiefergruben Lehesten blieb über die Jahre ein „Sorgenkind“¹⁴⁶. Im Jahre 1958 stand die Schließung der Gruben ernsthaft zur Debatte. Aus dem Betriebsbericht vom 31. August 1958 geht hervor, daß die ökonomische Entwicklung „in keiner Weise befriedigend“ sei und eine „ernste wirtschaftliche Lage“ herrsche. Die Produktionsplanerfüllung bei Baumaterialien betrage insgesamt 83,4 Prozent, in den Gruben Lehesten würden gar nur 77 Prozent des Dach- und Wandschiefer-Produktionssolls gefördert. Der Produktionsrückstand belaufe sich auf derzeit 2870 t Dach- und Wandschiefer. Als Grund wurde Arbeitskräftemangel angegeben, der allein im Werk Lehesten rund 40 Personen betrage¹⁴⁷.

¹⁴¹ ThStA Rudolstadt, Bezirksbehörde der Deutschen Volkspolizei, Bestand 21, Nr. 36.

¹⁴² BA Berlin, DL 2, 1355, Bl. 255, Vermerk von Freund vom 13. 10. 1955.

¹⁴³ DIE ZEIT vom 17. 11. 1955. Der Titel spielt auf die zeitgleich in Genf stattfindende „Ost-West-Konferenz en gros“ der Außenminister der USA, Frankreichs, Großbritanniens und der Sowjetunion an.

¹⁴⁴ BA Koblenz, B 137/8211, Vermerk vom 29. 11. 1955.

¹⁴⁵ Neues Deutschland, Nr. 287 vom 8. 12. 1955, S. 2.

¹⁴⁶ ThStA Rudolstadt, Bezirksparteiarhiv der SED, Kreisleitung Lobenstein, IV/4/07/101, Protokoll Bürositzung Kreisleitung am 30. 9. 1958 in Lehesten.

¹⁴⁷ Ebenda.

Der ausbleibende betriebswirtschaftliche Erfolg diskreditierte die „Lehestener Vereinbarung“, die ja gerade zur Steigerung der dürftigen Produktionsleistungen getroffen worden war. Da diese nicht im erhofften Ausmaße eintraf, entwickelte sich in der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre innerhalb der SED eine heftige Auseinandersetzung um die „Westarbeiterfrage“. Dabei kristallisierte sich ein relativ stabiles Argumentationsmuster der beteiligten Parteiinstanzen heraus. Vertreter der übergeordneten Bezirks- und Kreisebene neigten dazu, ideologisch-politische Argumente in den Vordergrund zu schieben, die diesbezügliche Verlässlichkeit der Westarbeiter zu bezweifeln und die ökonomischen Schwierigkeiten auf mangelndes bzw. falsches politisches Bewußtsein der Werksleitung und der Belegschaft zurückzuführen. Vertreter der Betriebsparteiorganisation hingegen betonten die technischen bzw. volkswirtschaftlichen Sachzwänge und verwiesen auf die Zuverlässigkeit und Loyalität der Bayern gegenüber ihrem Arbeitgeber.

Die SED-Kreisleitung Lobenstein kritisierte frühzeitig eklatante Mängel bei der politischen Erziehungsarbeit der Belegschaft durch die Betriebsparteiorganisation¹⁴⁸. Flugblätter mit der Schlagzeile „Stoppt die Normschraube“ seien verteilt und betriebsintern diskutiert worden. Dabei habe ein westdeutscher Kollege öffentlich dazu aufgefordert, langsamer zu arbeiten. Ihm sei kein einziger Genosse entgegengetreten und habe widersprochen. Es sei zu untersuchen, ob nicht etwa „bezahlte Elemente eingeschleust werden, die den Betriebsablauf durch feindliche Argumente stören sollen“¹⁴⁹. Wie in solchen Fällen üblich, wurde auch der Vorwurf der Agententätigkeit und Sabotage gegen die westdeutschen Kumpel erhoben.

Anlässlich einer Krisensitzung am 30. September 1958, bei der die Zukunft der Schiefergrube Lehesten diskutiert wurde, hoben Vertreter der SED-Bezirksleitung Gera hervor, daß die Ursache für die betriebswirtschaftlich katastrophale Lage vor allem in der „mangelnden politischen Klarheit“ zu suchen sei. Besonders kritisiert wurde der Umstand, daß die 86 bayerischen Arbeiter „führend in der ideologischen Ausrichtung“ seien. Es fehlten an vielen Arbeitsplätzen Genossen, die den Westarbeitern politisch-ideologisch Paroli bieten könnten. Heftige Kritik richteten auch Vertreter der Betriebsparteiorganisation der SDAG (Sowjetisch-Deutsche Aktiengesellschaft) Wismut an die Genossen der Schiefergruben Lehesten, denen sie „Kapitulantenentum“ und „schädlichen Pessimismus“ vorwarfen. Sie ließen die Chance, mit den westdeutschen Kumpeln „drüben Politik zu machen, daß sie drüben eine Gefahr werden“, ungenutzt. Ihr sozialistisch geführter Betrieb unterscheide sich nicht von einem kapitalistischen westdeutschen Betrieb¹⁵⁰. Betriebsleitung und Wirtschaftsfunktionäre hätten nicht erkannt, daß der Betrieb direkten Einfluß auf den Westen

¹⁴⁸ ThStA Rudolstadt, Bezirksparteiarchiv der SED, KL Lobenstein, IV/4/07/85, Sitzungsprotokoll Bürositzung Kreisleitung Lobenstein vom 24. 5. 1957.

¹⁴⁹ ThStA Rudolstadt, Bezirksparteiarchiv der SED, Kreisleitung Lobenstein, IV/4/07/171, SED-KL Lobenstein an BL Gera, Wochenbericht vom 7. 7. 1955.

¹⁵⁰ ThStA Rudolstadt, Bezirksparteiarchiv der SED, Kreisleitung Lobenstein, IV/4/07/101, Sitzungsprotokoll Bürositzung Kreisleitung am 30. 9. 1958 in Lehesten.

habe. Primitivste Ausrüstung und mangelhafte Mechanisierung konterkarierten das politische Ziel, Lehesten zum „Leuchtturm des Sozialismus“¹⁵¹ zu machen, der weit ins bayerische Nachbarland strahle. Den Brigaden in den Schiefergruben fehle überhaupt der „richtige Kollektivgeist“, nicht zuletzt weil die Bayern Schwierigkeiten bereiteten und es an sozialistischer Gesinnung fehlen ließen¹⁵².

Demgegenüber nannten Genossen der Betriebsparteiorganisation Lehesten Unrentabilität, mangelhafte Planerfüllung, teure Produktion und Arbeitskräftemangel als Hauptursachen für die schlechte ökonomische Perspektive. Der Hinweis auf einen Schieferpreisanstieg von nur 50 Prozent gegenüber einer Produktionskostenerhöhung von 200 Prozent sei bilanztechnisch nicht auszugleichen. Für diese Eckdaten sei wiederum die Partei verantwortlich¹⁵³. Weiterhin betonten sie, daß die westdeutschen Arbeitskollegen erklärt hätten, Adenauer habe mit seiner Politik verspielt und die deutsche Einheit liege im Zuge der Genfer Konferenz in greifbarer Nähe¹⁵⁴.

Trotz der heftigen, vornehmlich ideologisch und deutschlandpolitisch motivierten Kritik an der Beschäftigung von Westarbeitern in den thüringischen Schiefergruben änderte sich bis zum Bau der Berliner Mauer nichts an den Verhältnissen. Allerdings nahm die Zahl der Grenzgänger im Jahre 1960 rapide ab, nachdem im oberfränkischen Teuschnitz eine elektrotechnische Fabrik neu errichtet worden war, die 600 bis 800 Personen gute Arbeitsmöglichkeiten bot¹⁵⁵. In diesem Falle wurde also der grenzüberschreitende Arbeitsmarkt, Ausdruck der inneren Wirtschaftseinheit Deutschlands, aufgrund der Ablösung einer „alten Industriebranche“ durch eine moderne sukzessive eingeschränkt.

Aber nicht die modernisierenden Entwicklungen in der Industrie beendeten die „Lehestener Vereinbarung“, vielmehr waren es – wie schon beim „Coburger Sonderabkommen“ – durch den Kalten Krieg bedingte deutschlandpolitische Maßnahmen, die das Ende einläuteten. Bis 1961 verblieben noch 72 westdeutsche Kumpel in den Schiefergruben. Im Rahmen der Aktion „Störfreimachung“ dachte man bereits im Sommer 1961 über die Möglichkeit eines Verzichts auf die bayerischen Facharbeiter nach. Allerdings war klar, daß quantitativ wie qualitativ adäquater Ersatz wegen des angespannten Arbeitsmarktes in der DDR nicht zu erreichen war¹⁵⁶.

¹⁵¹ Ebenda.

¹⁵² ThStA Rudolstadt, Bezirksparteiarchiv der SED, Kreisleitung Lobenstein, IV/4/07/115, Sitzungsprotokoll vom 6. 11. 1959, Vertrauliche Verschlussache.

¹⁵³ ThStA Rudolstadt, Bezirksparteiarchiv der SED, Kreisleitung Lobenstein, IV/4/07/101, Sitzungsprotokoll vom 30. 9. 1958 in Lehesten, Anlage: Gen Boller, Betriebsabteilung Lehesten.

¹⁵⁴ ThStA Rudolstadt, Bezirksparteiarchiv der SED, Kreisleitung Lobenstein, IV/4/07/171, Brief der Betriebsparteiorganisation VEB Schiefergruben Lehesten an SED-Kreisleitung Lobenstein vom 29. 7. 1955.

¹⁵⁵ ThStA Rudolstadt, Bezirksparteiarchiv der SED, Kreisleitung Lobenstein, IV/4/07/123, Sitzungsprotokoll 28/60 vom 29. 7. 1960, Vertrauliche Verschlussache.

¹⁵⁶ ThStA Rudolstadt, Bezirkstag, Rat des Bezirkes Gera, Nr. 1228, Brief des Kreisrats Lobenstein an Vorsitzenden des Bezirksrates Gera vom 5. 8. 1961.

Selbst als ab dem 13. August 1961 in Berlin der „antifaschistische Schutzwall“ errichtet wurde und der Ost-West-Konflikt auf deutscher Bühne seinen spektakulären Höhepunkt erlebte, versahen die noch verbliebenen bayerischen Kumpel getreulich ihren Dienst. Allerdings bahnte sich das Ende dieser ungewöhnlichen Episode deutsch-deutscher Beziehungen doch bereits wenige Wochen nach Errichtung der Berliner Mauer an. In einer Direktive des Zentralkomitees der SED vom 11. September 1961 forderte Willi Stoph die konsequente Unterbindung aller Kontakte, Verbindungen und Verzahnungen an der „Scheidelinie zwischen sozialistischem und imperialistischem Weltsystem“¹⁵⁷. Das Präsidium des Ministerrats sollte veranlassen, „die im Schieferbergbau Lehesten beschäftigten Arbeiter aus Westdeutschland aufzufordern, in die Deutsche Demokratische Republik umzuziehen. Soweit sie nicht dazu bereit sind, sind dieselben durch Werbung der entsprechenden Arbeitskräfte in den Bezirken Suhl, Erfurt und Gera zu ersetzen.“¹⁵⁸ Am 12. September 1961 wurde aufgrund des Ministerratsbeschlusses eine Aussprache mit den 72 verbliebenen bayerischen Kumpel auf einer Betriebsversammlung im Schieferwerk Lehesten durchgeführt. Vor die Alternative gestellt, entweder in die DDR überzusiedeln und ihren Arbeitsplatz zu behalten oder in der Bundesrepublik wohnen zu bleiben und den Arbeitsplatz zu verlieren, wollte keiner der anwesenden Westarbeiter mitsamt Familie in den Arbeiter- und Bauern-Staat ziehen. Ihnen wurde daher unter Wahrung einer 14-tägigen Frist gekündigt. Die Einhaltung dieser Frist war den Westarbeitern jedoch nicht wichtig, und sie legten ihre Arbeit umgehend nieder¹⁵⁹. Am 15. September 1961 erfolgte auch die Schließung des Grenzübergangs Ziegelhütte¹⁶⁰.

5. Resümee

Die Beschäftigung von bayerischen Facharbeitern in thüringischen Schiefergruben während der Jahre 1945 bis 1961 stellt einen ungewöhnlichen, ja einzigartigen Aspekt der deutsch-deutschen Beziehungen dar. Einzigartig deshalb, weil nach dem Jahre 1952 entlang der innerdeutschen Grenze Westarbeiter in der DDR nur noch hier anzutreffen waren¹⁶¹. Einzigartig waren auch die beiden außerhalb des Frankfurter bzw. Berliner Abkommens angesiedelten Vertragswerke, das „Coburger Sonderabkommen“ (1950) und die „Lehestener Vereinbarung“ (1955). Verfolgt man die historische Entwicklung vom „Coburger Sonderabkommen“ (1950) über die „Lehestener

¹⁵⁷ Zit. nach Werner Barm, Achtung Sperrgebiet! Insider-Report: Staatsterror an der „Staatsgrenze West, Aussiedlungen, Stasi-Überwachung, Schwarze Listen“, Birken-Honigessen 1990, S. 29.

¹⁵⁸ Zit. nach Rothe/Jödicke (Red.), „Aktion Ungeziefere“, S. 42f.

¹⁵⁹ BA Berlin, DC 20/4589, Brief des HA-Leiters Örtliche Industrie und Handwerk des Volkswirtschaftsrates an Willi Stoph am 25. 1. 1961. Übersendung eines Berichts zur Durchführung der Sicherungsmaßnahmen in Lehesten (VVB Steine und Erden Meißen, Min. f. Bauwesen); Bericht vom Rat des Bezirks Gera, Leiter des Bezirkswirtschaftsrates Thiele. Abweichende, von der Quellenlage nicht gestützte Version des Vorganges in: Kaufmann, Spaltung Deutschlands, S. 59.

¹⁶⁰ Vgl. Ebenda.

¹⁶¹ Dies bezieht sich nicht auf die bereits eingangs erwähnten Grenzgänger in Berlin.

Vereinbarung“ (1955) bis zur endgültigen Grenzschließung 1961, lassen sich folgende Punkte hervorheben:

1. Die Deutschlandpolitik dominierte das Geschehen und überlagerte volks- wie betriebswirtschaftliche Interessen. Bereits das Zustandekommen des „Coburger Sonderabkommens“ im Januar 1950 ist als notwendige Reaktion auf die Gründung zweier deutscher Staaten zu interpretieren. Seine Kündigung im Mai 1952 war eine unvermeidliche Konzession der Wirtschaftspolitik an den von der UdSSR bestimmten und von der SED-Führung mitgetragenen deutschlandpolitischen Abschottungskurs. Gleiches gilt für die Beendigung der „Lehestener Vereinbarung“ im Jahre 1961, als die innerdeutschen Kontaktmöglichkeiten auf ein Minimum reduziert wurden. Letztlich weist diese Entwicklung auf die abnehmende Bedeutung des nationalen Gedankens hin, demzufolge grenzüberschreitende Arbeitsverhältnisse ein Teil gelebter deutscher Einheit darstellten und daher zu bewahren seien.

2. Wirtschaftspolitische Argumente konnten sich in der Folge des 17. Juni 1953 gegen die deutschlandpolitische Grundlinie nur deshalb durchsetzen, weil die durch materielle Unzufriedenheit mit hervorgerufene Existenzkrise der DDR verantwortliche Kreise in der SED und in der Regierung verunsichert und bewegt hatte, der Stimmung in der Gesellschaft größere Bedeutung beizumessen. Da nach dem Tode Stalins eine deutschlandpolitische Tauwetterperiode einsetzte, deckte sich die ökonomische Argumentation partiell mit der deutschlandpolitischen.

3. Die Unternehmensleitungen blieben durchgehend an einer Beschäftigung der Westarbeiter interessiert. Hierbei fanden sie Unterstützung bei der Betriebsparteiorganisation der SED und – bis 1952 – bei der thüringischen Landesregierung. Im Vordergrund standen dabei Produktionszahlen und Absatzchancen im Westen. Deutschland- oder sicherheitspolitischen Einwänden wurden keine entscheidende Bedeutung eingeräumt. Das Verhalten der Vertreter der Betriebsparteiorganisation (BPO), Betriebsinteressen auch gegen übergeordnete Parteiinstanzen zu vertreten, deckt sich mit empirischen Befunden anderer BPO¹⁶².

4. Auf zentraler politischer Entscheidungsebene in Berlin orientierte sich die Regierung an den Vorgaben des Sekretariats bzw. des Politbüros des Zentralkomitees der SED. Diese wiederum spiegelten primär deutschlandpolitische Überlegungen wider, nur in der Krisenphase nach dem 17. Juni 1953 rückten ökonomische Argumente kurzzeitig in den Vordergrund. Innerhalb der Regierung übernahm das Ministerium für Außenhandel und Innerdeutschen Handel aus ressortspezifischen Interessen die Initiative, als eine Chance bestand, sich gegen den deutschlandpolitischen Abschottungskurs der Partei durchsetzen zu können.

5. Auf westdeutscher Seite spielten in den Überlegungen von Bundesregierung, bayerischer Landesregierung und regionaler wie lokaler Behörden sowohl ökonomische, soziale als auch politische Gründe für die Beschäftigung der Bayern in Thüringen eine Rolle. Die volkswirtschaftlichen Rahmenbedingungen waren akzeptabel –

¹⁶² So auch die These von Lepsius in Theo Pirker/M. Rainer Lepsius/Rainer Weinert/Hans-Hermann Hertle, *Der Plan als Befehl und Fiktion. Wirtschaftsführung in der DDR*, Opladen 1995, S. 230.

fielen mangels Masse ohnehin kaum ins Gewicht –, und die sozialen Vorteile der deutsch-deutschen Kooperation im krisengeschüttelten Zonenrandgebiet lagen ebenso auf der Hand wie die deutschlandpolitischen. Die betroffenen Arbeiter nahmen das Arbeitsangebot bis 1960 wegen fehlender interessanter Beschäftigungsalternativen gerne in Anspruch, wechselten jedoch rasch auf einen westdeutschen Arbeitsplatz, als sich die Gelegenheit bot. Die wirtschaftliche Modernisierung verfestigte in diesem Falle die bestehende politische Teilung Deutschlands.

6. Schließlich sei darauf hingewiesen, daß die DDR beide Vertragswerke im Sinne einer Anerkennungspolitik zu instrumentalisieren suchte. Dies drückte sich zum einen in der Terminologie aus, zum anderen darin, auf welcher Ebene die Verträge ausgehandelt und abgeschlossen wurden. Allerdings war ihr kein eindeutiger Erfolg beschieden. Bei der terminologischen Klassifizierung der beiden Vertragswerke mußte sie eine Herabstufung vom „Sonderabkommen“ zur „Vereinbarung“ hinnehmen, erreichte jedoch im Gegenzug die Anhebung der Verhandlungsebene von der Länder- auf die Zentralebene.

Sicherlich handelt es sich bei den Vorgängen um die Beschäftigung oberfränkischer Facharbeiter in thüringischen Schiefergruben um ein Kuriosum in der Geschichte deutsch-deutscher Zweistaatlichkeit, um einen kaum wahrnehmbaren Zwischenton im lauten Konzert des Kalten Krieges. Jedoch zeigen sie exemplarisch, daß trotz der voranschreitenden Teilung und Entfremdung beider deutscher Staaten unter bestimmten Umständen eine Revitalisierung traditionaler Strukturen und Bindungen möglich war.

Diskussion

HEINRICH AUGUST WINKLER

HANS ROTHFELS – EIN LOBREDNER HITLERS?

Quellenkritische Bemerkungen zu Ingo Haars Buch
„Historiker im Nationalsozialismus“

In ihrer Ausgabe Nr. 22/23, die das Datum vom 25. Mai/1. Juni 2001 trägt, veröffentlichte die Wochenzeitung „Das Parlament“ eine Besprechung des Buches „Historiker im Nationalsozialismus. Deutsche Geschichtswissenschaft und der ‚Volkstumskampf‘ im Osten“ von Ingo Haar¹. Der Rezensent, Dieter Schmidt-Sinns, beschreibt darin, gestützt auf Haars Darstellung, den Historiker Hans Rothfels, der von 1926 bis 1934 an der Universität Königsberg lehrte und nach seiner Rückkehr aus dem amerikanischen Exil einer der Gründerväter der bundesrepublikanischen Zeitgeschichtsforschung wurde, als „tragische Figur“. Rothfels, ein zum Protestantismus konvertierter Jude, dem die Nationalsozialisten im Jahr nach ihrer „Machtübernahme“ die Königsberger Professur entzogen, sei ein „Opfer der Ideologie“ geworden, „die er, wenn auch ohne deren Antisemitismus, vertrat“.

Hans Rothfels (1891–1976) war ein bekennender Konservativer. In seinen Königsberger Jahren entwickelte er Positionen, die ihn als Vertreter eines kämpferischen Grenzlandnationalismus erscheinen lassen. Das zeigt sich besonders an seinen noch zu erörternden Äußerungen zum „polnischen Korridor“, der Ostpreußen seit 1919 vom übrigen Reich trennte. Als Rothfels, verstärkt in den letzten Jahren der Weimarer Republik, die Beseitigung dieses Korridors forderte, begab er sich auf eine gefährliche revisionistische Bahn. Das taten freilich nicht nur Politiker, Publizisten und Wissenschaftler der nationalistischen Rechten, sondern auch solche der bürgerlichen Mitte.

Der revisionistische Konsens der Weimarer Republik reichte sogar noch sehr viel weiter: bis hin zu Sozialdemokraten und Kommunisten. So erklärte der langjährige sozialdemokratische Ministerpräsident des Landes Preußen, der gebürtige Königsberger Otto Braun, im November 1930 anlässlich der Grundsteinlegung zum Neubau der Handelshochschule Königsberg: „So wenig ich das an der polnischen Nation verübte Unrecht früherer Zeit gebilligt habe, ebensowenig kann ich es billigen, daß dieses Volk sein staatliches

¹ Ingo Haar, *Historiker im Nationalsozialismus. Deutsche Geschichtswissenschaft und der ‚Volkstumskampf‘ im Osten*, Göttingen 2000; Dieter Schmidt-Sinns, *Die „völkische Neuordnung“ im Osten. Geschichte als kämpfende Wissenschaft*, in: *Das Parlament*, Nr. 22/23, 25. 5./1. 6. 2001. – Ich danke dem Präsidenten des Bundesarchivs, Herrn Prof. Dr. Hartmut Weber, dem zuständigen Referenten des Bundesarchivs, Herrn Archivdirektor Dr. Jürgen Real, und Herrn Friedrich Dethlefs von der Stiftung Deutsches Rundfunkarchiv, Frankfurt a. M., für die Unterstützung meiner Recherchen.

VfZ 49 (2001)
© Oldenbourg 2001

Dasein auf ein Unrecht gegen ein anderes Volk, das deutsche Volk, aufbaut . . . Gegen dieses Unrecht werden wir immer protestieren, die gewaltsam durchgeführte, willkürliche, ungerechte neue Grenzziehung werden wir niemals als berechtigt anerkennen. Sie wird immer einen Stachel im deutschen Volkskörper bilden und einer wahren Befriedigung Europas hindernd im Wege stehen.“² Die Anti-Versailles-Agitation der äußersten Linken erreichte ihren Höhepunkt in einem von der Kommunistischen Internationale veranlaßten gemeinsamen Manifest der kommunistischen Parteien Deutschlands und Frankreichs vom 25. Oktober 1932. Einer der Kernsätze lautete: „Das räuberische Diktat unterdrückt zahllose Millionen in Elsaß-Lothringen, West- und Ostpreußen, Posen, Oberschlesien, Südtirol, ohne sie zu befragen, durch brutale Annexion.“³

Dem Historiker Hans Rothfels vorzuhalten, daß auch er einen markanten Beitrag zur nationalistischen Kampagne gegen das „Diktat von Versailles“ geleistet hat, ist eines. Ein anderes ist es, ihn zu einem Lobredner Hitlers zu machen. Der Rezensent des „Parlament“ tut das letztere: „In einer Rundfunkansprache zur Machtergreifung der Nationalsozialisten stellte er sich, wie Ingo Haar schreibt, rückhaltlos hinter das Regime, was auch hieß, daß er die Vertreibung der polnischen Bevölkerung aus den ehemaligen preußischen Ostgebieten guthieß.“

Die angebliche Rundfunkrede von Rothfels zur „Machtergreifung“ ist für den Autor des besprochenen Buches in der Tat ein Schlüsseldokument, auf das er sich bei seiner Bewertung der wissenschaftlichen und politischen Rolle des Königsberger Historikers stützt. Doch mit dieser Ansprache hat es eine besondere Bewandnis. Wäre der legendäre Rundfunksender „Radio Eriwan“ gefragt worden, ob es stimme, daß der jüdische Historiker Hans Rothfels 1933 in einer Rundfunkansprache sich rückhaltlos auf den Boden des neuen nationalsozialistischen Staates gestellt habe, hätte die Antwort wohl gelautet: „Im Prinzip ja. Aber die Rede wurde nicht nach der Machtübertragung an Hitler gehalten, sondern schon einige Zeit vorher. Außerdem stellte sich Rothfels in dieser Rede nicht rückhaltlos hinter das nationalsozialistische Regime. Er verteidigte vielmehr weitgehend das vorangegangene Regime, die Weimarer Republik.“

Haar hat das von ihm ausführlich kommentierte Manuskript aus dem Nachlaß von Hans Rothfels allzu flüchtig und voreingenommen gelesen. Im vorläufigen Findbuch des Bundesarchivs Koblenz wird der Beitrag unter der Überschrift „Der deutsche Staatsgedanke von Friedrich dem Großen bis zur Gegenwart“ auf 1933 datiert. Das ließe immer noch die Möglichkeit zu, daß die Ansprache vor dem Tag der Machtübertragung an Hitler, dem 30. Januar 1933, gehalten wurde. Aber Haar hat sich bereits 1997 in einer Vorstudie zu seinem Buch dafür entschieden, daß es sich um eine Rede „nach dem Machtantritt der Nationalsozialisten“ gehandelt habe⁴. In seinem im Jahr 2000 erschienenen Buch wiederholt er diese Datierung, und auch an der Interpretation des Textes hat sich gegenüber dem Aufsatz von 1997 nichts geändert: „Der Königsberger Histori-

² Hagen Schulze, *Otto Braun oder Preußens demokratische Sendung. Eine Biographie*, Frankfurt a. M. 1977, S. 675 f.

³ Gemeinsame Proklamation der Kommunisten Deutschlands und Frankreichs für die Nichtigerklärung des Versailler Vertrages, in: *Internationale Pressekorrespondenz* 12 (1932), Nr. 90 (20. 8.), S. 2869 f.

⁴ Ingo Haar, „Revisionistische“ Historiker und Jugendbewegung: Das Königsberger Beispiel, in: Peter Schöttler (Hrsg.), *Geschichtsschreibung als Legitimationswissenschaft 1918–1945*, Frankfurt a. M. 1997, S. 52–103 (Zitat S. 81).

ker verband mit der Errichtung der Diktatur die Hoffnung, daß der Primat des Staates, den er als ‚die Selbstgesetzlichkeit des Staates gegenüber den Interessenten‘ definierte, zu seiner ‚Quelle‘ zurückkehrte. Die Interessenten waren für ihn die Parteien, die den Staat eigennützig mißbrauchen würden. Dagegen plädierte er für eine autoritäre Führung, welche die durch den Parlamentarismus atomisierte Gesellschaft wieder integrativ zu einer ‚Volksgemeinschaft‘ verschmelzen müsse. Hindenburg ordnete Rothfels die ‚staatliche Aufgabe‘ zu, den ‚deutschen Staatsgedanken‘ ‚aus der Parteiluft‘ herauszuführen. Hernach reihte er Hitler in die Kontinuität Friedrichs des Großen und Bismarcks ein.“

Doch damit nicht genug. Rothfels, so heißt es bei Haar, habe sich von der Errichtung der Diktatur eine „Befreiung und Freihaltung des deutschen Bodens“ versprochen. „Rothfels forderte, daß sich der ‚deutsche Staatsgedanke‘ bei der Neuordnung des Reiches ‚gegenüber der Welt der nationalen Empfindungen‘ als ‚Ordnungsprinzip‘ durchzusetzen habe. Schließlich rücke der ‚mitteleuropäische Zug‘ des ‚deutschen Staatsgedankens‘ wieder nach vorn. Dieser sei mit der ‚Aufgabe des gesamten Raumes‘ verbunden, die Stellung des ‚seit 1919 aus der Weltpolitik‘ ausgeschiedenen Deutschen Reiches zu restaurieren. Obwohl Rothfels die völkischen Politikvorstellungen der radikalen Rechten durch Termini wie ‚Volkstum‘, ‚Volkstraum‘ und ‚Freihaltung des deutschen Bodens‘ unterstützte, erteilte er den antisemitischen Inhalten der nationalsozialistischen Rassenideologie eine Absage. Er offerierte in seiner Radioansprache die Kernpunkte eines revisionistischen Politikverständnisses: Vor dem Ziel der ‚Freihaltung‘ des deutschen Bodens und einer Restauration von Deutschlands Weltmachtstellung erschien ihm die Beseitigung der letzten Spuren des Parlamentarismus durchaus gerechtfertigt.“⁵

Eine genauere Prüfung des Textes führt zu anderen Ergebnissen. Das im Nachlaß von Hans Rothfels im Bundesarchiv Koblenz aufbewahrte siebenseitige Manuskript enthält die erste und die letzten sechs (von insgesamt 28) Seiten einer in vier Teile gegliederten Reihe von Rundfunkansprachen. Der Text hat, wie ein Stempel des Senders auf der ersten Seite der Durchschrift des maschinenschriftlichen Manuskripts zeigt, der „Deutschen Welle“ vorgelegen. Das handschriftlich eingetragene Datum „9. Oktober“ ist durchgestrichen. Darunter steht „23./I., 20⁰⁴“. Eine Rückfrage beim Deutschen Rundfunkarchiv in Frankfurt a. M. ergab, daß Hans Rothfels über das Thema „Der deutsche Staatsgedanke von Friedrich dem Großen bis zur Gegenwart“ im Rundfunk gesprochen hat – aber nicht bei der „Deutschen Welle“, sondern beim „Königsberger Rundfunk“, und nicht nach der „Machtübernahme“ Hitlers, sondern noch zur Zeit des letzten sozialdemokratischen Reichskanzlers Hermann Müller. Die Programmzeitschrift „Königsberger Rundfunk und Ostdeutsche Illustrierte“ kündigte für Donnerstag, den 23. Januar 1930, 20 Uhr, den ersten Vortrag von „Professor Rothfels von der Königsberger Universität“ zu besagtem Thema an. Diesem Vortrag würden „in den nächsten Wochen drei weitere über dasselbe Thema folgen“⁶.

Der Inhalt des Manuskripts weist Rothfels nicht, wie Haar meint, als einen der „radikalen Republikfeinde“ unter den deutschen Historikern, sondern eher als konservativen Vernunftrepublikaner aus⁷. Die Kernthese lautet, daß ein spezifisch deutscher, bis auf

⁵ Haar, *Historiker im Nationalsozialismus*, S. 129f.

⁶ *Königsberger Rundfunk und Ostdeutsche Illustrierte*, 7. Jg., Nr. 3, 19. 1. 1930, in: Stiftung Deutsches Rundfunkarchiv, Frankfurt a. M.

⁷ Haar, *Historiker im Nationalsozialismus*, S. 130.

Friedrich den Großen zurückzuverfolgender, mithin preußisch geprägter Staatsgedanke die Revolution von 1918/19 überlebt habe. Der „neue Staat“, also die Republik von Weimar, habe „seine Sicherung im Innern wie nach außen wesentlich durch Männer“ erhalten, „die nur unter stärkster Selbstüberwindung auf seinen Boden traten, durch das alte Beamtenum und die Freiwilligenkorps. Ebenso hat an denen, die aus dem Parteileben in verantwortlichen Dienst eintraten, die Staatsidee als solche ihre Kraft erwiesen. Ein bedeutendes Beispiel dafür ist der erste Präsident des Reiches gewesen. Man muß einmal seine Reden im Zusammenhang lesen, um zu sehen, in welchem Maße die staatliche Aufgabe ihn ergriffen und aus der Parteiluft herausgeführt hat.“

„Der erste Präsident des Reiches“: Das war bekanntlich der Sozialdemokrat Friedrich Ebert und nicht sein Nachfolger Paul von Hindenburg, von dem es bei Rothfels im folgenden Satz heißt, daß der „Staatsgedanke in niemand anderem so ergreifend verkörpert“ sei wie in ihm. Weiter sagt der Redner über den zweiten Reichspräsidenten: „Indem der letzte Führer des kaiserlichen Heeres, ein Mann vom Stil der Zeit Wilhelms I., an die Spitze des Staates trat, hat die Republik nicht nur eine Brücke zur Vergangenheit geschlagen, sondern auch für die Gegenwart und Zukunft das Geschenk einer erhebenden und verpflichtenden Ehrwürdigkeit erhalten. Der Staatsgedanke hat sich aufs neue wie zur Zeit Friedrichs des Großen und Bismarcks durch die Einschmelzung reichen Menschentums erhöhen dürfen.“ Haar verwechselt erst Ebert mit Hindenburg und dann Hindenburg mit Hitler. Folgerichtig verwechselt er auch die Weimarer Republik mit dem „Dritten Reich“.

Die erste deutsche Republik beschreibt Rothfels als „Notstaat, dessen Schwächen vielfach mit seiner Entstehungsgeschichte gegeben sind“, und der doch begonnen habe, „aus der Not heraus einen eigenen Inhalt zu entwickeln“, der gewollt oder ungewollt an ältere Entwicklungslinien anknüpfe. „Bei allen Lasten, die ihm auferlegt sind, hat der deutsche Staat den Vorteil eines sehr eindeutigen Zieles, der Befreiung und Freihaltung des deutschen Bodens. So hat die Not der Grenzgebiete im Osten und Westen zu einer Gemeinsamkeit geführt, die sehr viel bewußter als früher die Einheit von Rhein und Weichsel empfindet. In den Abstimmungskämpfen im Osten, in der Besatzungsfrage im Westen hat sich dieser erhaltende Charakter des Reiches stärker erwiesen, als man 1919 hoffen durfte. Die Doppelgefahr zielloser Verzweiflungstaten und einer müden Einpassung ist vermieden worden, man hat einen mühsamen Weg dazwischen eingeschlagen, und wir haben grade [sic!] in diesen Tagen allen Grund, daran zu erinnern, einen Weg geführt [sic!] mit den bescheidenen Mitteln, die uns geblieben sind, aber mit zähem schrittweisen Ringen um den Erfolg.“

„Gerade in diesen Tagen“: Am 20. Januar 1930, drei Tage vor dem ersten von Rothfels' Rundfunkvorträgen, war in Den Haag der von der nationalistischen Rechten heftig bekämpfte Young-Plan unterzeichnet worden. Er brachte Deutschland nicht nur eine leidenschaftlich umstrittene, vermeintlich abschließende Reparationsregelung, sondern auch ein wichtiges politisches Entgegenkommen der Siegermächte: Bis zum 30. Juni 1930, fünf Jahre vor dem im Vertrag von Versailles festgesetzten Termin, sollte die dritte und letzte Zone des besetzten Rheinlandes geräumt werden. Rothfels' Formel von der „Befreiung und Freihaltung des deutschen Bodens“ bezieht sich offenkundig *nicht*, wie Haar anzunehmen scheint, auf irgendwelche unerlösten Gebiete im Osten, sondern auf die für Deutschland erfolgreichen Gebietsabstimmungen von 1920/21, darunter die in den ost- beziehungsweise westpreußischen Regierungsbezirken Allenstein und Marienwerder, und auf die vorzeitige Räumung des besetzten Rheinlandes. Grenzkorrekturen

im Osten zugunsten Deutschlands wünschte Rothfels wie fast alle Deutschen der damaligen Zeit gewiß *auch*. Aber in seinem Rundfunkvortrag von 1930 hielt er sich in diesem Punkt auffallend zurück.

Die Regierung, die in mühsamen Verhandlungen die vorzeitige Räumung der zweiten und dritten Zone des Rheinlandes erreicht hatte, war ein Kabinett der Großen Koalition. Bis zu seinem frühen Tod am 3. Oktober 1929 war Gustav Stresemann der Außenminister dieser letzten parlamentarischen Mehrheitsregierung der Weimarer Republik gewesen. Rothfels würdigte ihn, im unmittelbaren Anschluß an die zuletzt zitierten Sätze, mit den Worten: „Aus solcher entsagungsvoller Arbeit, die den verantwortlichen Leiter frühzeitig verzehrt hat, kann der Staatsgedanke ein Kapital an Herbe und Strenge gewinnen. So ist es bezeichnend, daß grade [sic!] die auswärtige Politik den Mut zur Unpopularität gehabt hat, was immer für die Kraft der dahinter stehenden Idee spricht. Auch im Verzicht, in der bewußten Stilllegung bestimmter Fragen spricht sich der Staat als ein Ordnungsprinzip gegenüber der Welt der nationalen Empfindungen aus. Und zugleich steigt aus dem ‚Nichtüberalldabeiseinmüssen‘, wie es scheint, ein mitteleuropäischer Zug des deutschen Staatsgedankens wieder empor: Die Aufgabe des gesamten Raumes, der seit 1919 aus der Weltpolitik ausgeschieden ist und der das dringende Interesse daran hat, in seiner Art doch wieder eine selbständige Zone zwischen Osten und Westen zu bilden.“

Bei Haar verwandelt sich ein Lob für Stresemann in einen Appell an Hitler. Ähnlich abwegig ist die Interpretation eines anderen Zitats. Rothfels hebt im Zusammenhang mit der „Überwindung der Inflation“ besonders hervor, daß damals – 1923/24 – „zum ersten Mal wieder Härte und rücksichtslose Wahrheit durchbrachen. Auf einem Teilgebiet wurde die Selbstgesetzlichkeit des Staates gegenüber den Interessenten, die neben ihm und über ihn hinaus zu leben meinten, mit Energie durchgesetzt.“ Haar macht aus der Anerkennung einer der großen innenpolitischen Leistungen der Weimarer Republik eine Hoffnung, die der Redner in die Errichtung der Diktatur gesetzt habe, ja mehr noch: eine Rechtfertigung der „Beseitigung der letzten Spuren des Parlamentarismus“⁸.

Rothfels hat das Manuskript von 1930 in der Folgezeit noch mehrfach als Grundlage für öffentliche Vorträge benutzt. Aus solchen Anlässen nahm er zahlreiche handschriftliche Korrekturen, Streichungen und Ergänzungen vor. Das letzte Mal hielt er die Vorträge, verteilt auf zwei Abende, wohl im Januar 1933 in Königsberg; zumindest hat er sich zu jener Zeit auf solche Veranstaltungen vorbereitet. Auf diesen Verwendungszweck gehen offenbar die von dritter Hand angefertigte Außenaufschrift des einschlägigen Schubers im Nachlaß Hans Rothfels („Vorträge in Königsberg: 1. Der deutsche Staatsgedanke von Friedrich d. Gr. bis zur Gegenwart. 4 Vorträge. 1933 . . .“) und die Datierung „1933“ im vorläufigen Findbuch des Bundesarchivs zurück. Der ausführlichste Zusatz stammt eindeutig aus der Zeit der Präsidialkabinette, in einer punktuell aktualisierten Fassung wahrscheinlich vom Januar 1933. Es heißt dort, gegenüber dem „Illusionismus der wirtschaftlichen und politischen Inflation“ habe sich in der Politik der Stabilisierung und „ganz gewiß in den letzten 3 [gestrichen: 1½] Jahren . . . die wirtschaftliche Härte der Dinge“ überwältigend durchgesetzt. „Das Notverordnungsregiment ist in seiner Weise eine Wiederbelebung des alten Obrigkeitsstaates, der Ministerialbürokratie, die gewiß nur Über-

⁸ Ebenda; zum vorhergehenden Bundesarchiv Koblenz, Bestand N 1213: Nachlaß Hans Rothfels, Bd. 12.

gang sein kann, aber zunächst einmal den Staat vom Regiment der Interessenten löst und ihn fähig macht, die nationale Bewegung, die gegen ihn läuft, in sich aufzunehmen. Wir hoffen, daß das geschieht und daß die Opfer, die täglich gebracht werden, eine Bürgschaft dafür sind.“⁹

Rothfels' Position hatte sich in der Zeit der Präsidialkabinette gewandelt: Er war deutlich nach rechts gerückt, blieb aber *gouvernemental*. Er setzte auf die Einbindung und Zähmung der Nationalsozialisten. Er verfiel damit selbst dem von ihm angeprangerten „Illusionismus“. Zu einem Befürworter diktatorischer Krisenlösungen, wie sie Hugenburgs Deutschnationale propagierten, wurde er aber nicht. Seine Vorstellungen von einer Entradikalisierung und Integration der Nationalsozialisten lagen eher auf der Linie gemäßigter Konservativer wie Heinrich Brüning oder auch des letzten Weimarer Reichskanzlers Kurt von Schleicher, der sich bis in den Januar 1933 hinein vergeblich bemühte, die NSDAP oder mindestens einen Teil derselben in das Regierungslager zu ziehen.

Am 8. Januar 1933 hielt Rothfels anlässlich der Eröffnung der Ausstellung „Ostpreußen – was es leidet, was es leistet“ eine Rede in Berlin. Sein Vortrag folgte unmittelbar auf eine Ansprache des Reichsinnenministers Franz Bracht. Bei Haar lesen wir, Bracht habe an jenem Tag „zusammen mit Hans Rothfels die nationalpolitischen Prinzipien der Papen-Regierung“ dargelegt. Erneut unterliegt der Autor einer Verwechslung: Franz von Papen war als Reichskanzler bereits am 3. Dezember 1932 durch Kurt von Schleicher abgelöst worden¹⁰.

Was Rothfels in Berlin vortrug, war ein Revisionismus der besonderen Art. „So notwendig und selbstverständlich die Forderung auf Beseitigung des Korridors ist“, sagte er, „gerade von Ostpreußen aus wird in gleichem Atem zu vertreten sein, daß lokale Grenzrevisionen und rein provinzielle Lösungen die Aufgabe nicht erschöpfen. Ostpreußen wendet keineswegs nur den Blick nach Westen auf den Korridor, sondern es schaut und wirkt gleichzeitig nach Osten und Süden in das vor ihm gelegene Kraftfeld, es ist sich bewußt, daß dadurch auch das Korridorproblem ein positiveres Gesicht gewinnt. Im ganzen Ostraum ist ja eine reinliche Trennung der Nationen unmöglich, das westliche Prinzip des Nationalstaates mußte hier zur Farce werden. So wird alles darauf ankommen, ob das deutsche Volk, als Volk der Mitte, Kräfte bereit hält zur Ordnung zwischen den Völkern, ein Prinzip staatlicher Formung, das den Erfordernissen national gemischter Gebiete Rechnung trägt.“

Ostpreußen sei, so Rothfels weiter, das „gegebene Verbindungsglied zu den Deutschen der abgetretenen Gebiete und zu den wesentlichen Teilen des Auslandsdeutschtums“. Es werde zum „Vorkämpfer von Gedanken einer Neuordnung des Verhältnisses von Staat, Volk und Kultur, von Gedanken, die mit dem Dienst an der deutschen Volksgemeinschaft zugleich und eben deshalb imstande sind, der ganzen Ostzone Europas zu gesünderem Aufbau zu verhelfen, und zur Widerstandskraft nach außen. Wie vor 700 Jahren kann nur durch deutsche Kräfte eine Befriedung und eine Eindeichung gegen Asien geschehen. Wieder wie nur je in der Geschichte der Nordostmark ist mit seinem Dasein äußerster Not der Zwang verbunden, die Fahne vorwärts zu tragen. Das eigentümliche Auf und Ab, das die deutsche Gesamtentwicklung beherrscht, jenes Immerwiederzurückgewor-

⁹ Ebenda.

¹⁰ Haar, *Historiker im Nationalsozialismus*, S. 120ff.

fenwerden und Immerwiederaufnehmenmüssen vollzieht sich auf dem alten Kampfboden des Koloniallandes mit beispielhafter Deutlichkeit.“¹¹

Rothfels' Vortrag vom 8. Januar 1933 bezeugt seine Nähe zum Gedankengut von Autoren der „Konservativen Revolution“ wie Arthur Moeller van den Bruck, Max Hildebert Böhm und Giselher Wirsing. Seine These lief darauf hinaus, daß sich das westliche Ideal des demokratischen, ethnisch homogenen Nationalstaates nicht auf Gebiete nationaler Gemengelage übertragen ließ, wie sie in dem von Wirsing so genannten „Zwischeneuropa“, dem ostmittel- und südosteuropäischen Raum zwischen dem Deutschen Reich und der Sowjetunion, eher die Regel als die Ausnahme waren¹². Tatsächlich mußte das demokratische Mehrheitsprinzip, wenn es *uneingeschränkt* auch in ethnisch gemischten Gebieten angewandt wurde, zur Diskriminierung, wenn nicht zur Unterdrückung der jeweiligen nationalen Minderheiten führen. Aber den jungkonservativen Autoren und auch Rothfels ging es niemals *nur* um die Respektierung von ethnischem Pluralismus und um kulturelle Autonomie der Nationalitäten. Was liberal klang, war *zugleich* ein Ausdruck deutscher Hegemonialpolitik auf Kosten neuer Nationalstaaten wie Polen. Rothfels knüpfte dabei ganz bewußt an „Mitteleuropa“-Ideen des 19. Jahrhunderts, mit gewissen Einschränkungen auch an die Friedrich Naumanns von 1915 an. Zu keinem Zeitpunkt aber hat er gefordert, was ihm Haar und sein Rezensent Schmidt-Sinns unterstellen: die Vertreibung der polnischen Bevölkerung aus den ehemals preußischen Ostgebieten. Auch zwei entschieden revisionistische Arbeiten von Rothfels aus den Jahren 1933/34 – der Schlußbeitrag „Das Problem des Nationalismus im Osten“ zu dem von Albert Brackmann herausgegebenen Sammelband „Deutschland und Polen“ und der Aufsatz „Der Vertrag von Versailles und der deutsche Osten“ – stehen einer solchen Deutung entgegen¹³.

Hans Mommsen hat 1982 von Rothfels' nationalpolitischem Konzept aus der Zeit um 1930 gesagt, gemessen an den revisionistischen Zielen der deutschen Rechten sei es, „auch wenn sich Traditionslinien zum Imperialismus ergeben, gemäßigt und zum nationalen Ausgleich entschlossen“ gewesen. „Seine Kritik am Versailler Frieden lag jedoch nicht auf der Linie des landläufigen Revisionismus, der zur Lage vor 1914 zurückwollte. Rothfels verwarf das dem Pariser Friedenswerk zugrundeliegende Prinzip nationaler Abgrenzung; ihm schwebte eine unter deutscher Führung stehende föderativ-korporative Neustrukturierung des europäischen Ostens vor, die sich sowohl gegen das bolschewistische Rußland als auch gegen den westlichen parlamentarischen Zentralismus richtete. Gewiß betonte Rothfels die Notwendigkeit einer neuen ‚Gesinnung‘; aber das darf nicht darüber hinwegtäuschen, in welchem starkem Maße er an dem Machtstandpunkt festhielt.“¹⁴

¹¹ Hans Rothfels, Die historische und politische Bedeutung Ost- und Westpreußens in Vergangenheit und Gegenwart, in: Deutsche Gemeinde-Zeitung und Provinzial-Zeitung, 72. Jg., Nr. 4, 15. 2. 1933, S. 49–51.

¹² Vgl. Giselher Wirsing, *Zwischeneuropa und die deutsche Zukunft*, Jena 1932.

¹³ Hans Rothfels, Das Problem des Nationalismus im Osten, in: Albert Brackmann (Hrsg.), *Deutschland und Polen. Beiträge zu ihren geschichtlichen Beziehungen*, Berlin 1933, S. 259–270, wieder abgedruckt in: Hans Rothfels, *Ostraum, Preußentum und Reichsgedanke. Historische Abhandlungen, Vorträge und Reden*, Leipzig 1935, S. 183–194, und in: Ders., *Bismarck, der Osten und das Reich*, Darmstadt 1960, S. 255–267 (Nachbemerkung S. 294 f.); ders., *Der Vertrag von Versailles und der deutsche Osten*, in: *Berliner Monatshefte* 12 (1934), S. 3–24; Haar, *Historiker im Nationalsozialismus*, S. 116 ff., S. 200 f.

¹⁴ Hans Mommsen, Hans Rothfels, in: Hans-Ulrich Wehler (Hrsg.), *Deutsche Historiker*, Bd. IX, Göttingen 1982, S. 127–149, Zitate S. 136 f.; zu Rothfels' Verhältnis zur „Konservativen Revoluti-

Haar zufolge war Rothfels „der einzige Historiker, der die Osthilfe und die Siedlungskampagne der [sic!] deutschen Reichsregierung durch ein geschlossenes Geschichtsbild zu rechtfertigen wußte“¹⁵. Tatsächlich gibt es keinerlei Hinweis darauf, daß Rothfels auf die Politik der späten Weimarer Reichskabinette irgendeinen Einfluß gehabt hätte. Der Berliner Vortrag vom 8. Januar 1933 blieb ohne politischen und publizistischen Widerhall. Die deutschnationale „Kreuz-Zeitung“ erwähnte Rothfels' Vortrag in ihrem Bericht von der Eröffnung der Ostpreußen-Ausstellung mit keinem Wort. Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“, ein kaum weniger weit rechts stehendes Blatt, begnügte sich mit dem Satz: „Nach Dr. Bracht sprach noch Universitätsprofessor Dr. Rothfels (Königsberg) über ‚Die historische und politische Bedeutung Ost- und Westpreußens in Vergangenheit und Gegenwart‘“¹⁶.

Aus dem Königsberger Kreis um Rothfels sind zwei der später einflußreichsten Historiker der Bundesrepublik Deutschland, Werner Conze und Theodor Schieder, hervorgegangen. Beide haben sich 1939 und in den Jahren danach zu Anwälten einer Politik der völkischen Neuordnung in Ostmitteleuropa und einer „Entjudung“ Polens gemacht. Die Frage, wo die Juden bleiben würden, die zwecks „Herstellung einer gesunden Volksordnung“ aus den polnischen Städten „herausgelöst“ werden sollten (Schieder), haben beide nicht gestellt¹⁷. War Rothfels der intellektuelle Urheber dessen, was Conze und Schieder später zu Papier brachten? Haar scheint das zu glauben; zumindest suggeriert er diesen Eindruck. Rothfels hat in seiner Königsberger Zeit methodisch innovative Forschungen zur „Volksgeschichte“, darunter Conzes Dissertation über eine deutsche Sprachinsel in Livland, gefördert¹⁸. Er selbst blieb zu staatsbezogen im Bismarckschen Sinne, um sich der „Volksgeschichte“ oder später, nach 1945, der „Struktur“- oder „Sozialgeschichte“ im Sinne Conzes zu verschreiben. Rothfels hat nicht nur seine Schüler beeinflusst, er ist

on“ vgl. S. 123 ff. Zum Mitteleuropagedanken bei Rothfels vgl. seinen Rigaer Vortrag vom 15. 1. 1933: „Das Werden des Mitteleuropagedankens“ in: Rothfels, Ostrau, S. 228–248, sowie in: Ders., Bismarck, S. 267–289 (Nachbemerkung S. 295).

¹⁵ Haar, Historiker im Nationalsozialismus, S. 121.

¹⁶ Ostpreußen gehört zum Reich!, in: Kreuz-Zeitung, 9. 1. 1933; Ostpreußen, was es leidet, was es leistet, in: Deutsche Allgemeine Zeitung, 9. 1. 1933 (Hervorhebung im Original).

¹⁷ Angelika Ebbinghaus/Karl Heinz Roth, Vorläufer des „Generalplans Ost“. Theodor Schieders Polendenkschrift vom 7. Oktober 1939, in: 1999. Zeitschrift für Sozialgeschichte des 20. u. 21. Jahrhunderts 7 (1992), S. 61–94 (Zitate S. 85 ff.); vgl. auch Michael Fahlbusch, „Wissenschaft im Dienst der nationalsozialistischen Politik“? Die „Volksdeutschen Forschungsgemeinschaften“ von 1931–1945, Baden-Baden 1999; Götz Aly, „Endlösung“. Völkerverschiebung und der Mord an den europäischen Juden, Frankfurt a. M. 1995, S. 29 ff.; ders., Rückwärtsgewandte Propheten. Willige Historiker – Bemerkung in eigener Sache, in: Ders., Macht – Geist – Wahn. Kontinuitäten deutschen Denkens, Berlin 1997, S. 153–183 (zu Conze S. 161 ff.); ders./Susanne Heim, Vordenker der Vernichtung. Auschwitz und die deutschen Pläne für eine neue europäische Ordnung, Hamburg 1991, S. 102 ff.; Willi Oberkrome, Volksgeschichte. Methodische Innovationen und völkische Ideologisierung in der deutschen Geschichtswissenschaft 1918–1945, Göttingen 1993; Karen Schönwälder, Historiker ohne Politik. Geschichtswissenschaft im Nationalsozialismus, Frankfurt a. M. 1992; Michael Burleigh, Germany turns Eastward. A Study of Ostforschung in the Third Reich, Cambridge 1988; Winfried Schulze/Otto Gerhard Oexle (Hrsg.), Deutsche Historiker im Nationalsozialismus, Frankfurt a. M. 1999.

¹⁸ Vgl. Werner Conze, Hirschenhof. Die Geschichte einer deutschen Sprachinsel in Livland, Berlin 1934.

auch von ihnen beeinflusst worden. Der Rechtsruck, den er nach 1930 vollzog, hing auch mit der Radikalisierung seines jungkonservativen Schülerkreises und der Studentenschaft insgesamt zusammen.

Als im Sommersemester 1933 viele seiner Studenten „wegen des nachfolgenden SA-Dienstes“ (Conze) in braunen Uniformen an seinen Seminaren teilnahmen, hatte er dafür volles Verständnis¹⁹. Ein Jahr später, am 25. Juli 1934, mußte der Dreiundvierzigjährige, von den Nationalsozialisten aus dem Lehramt vertrieben, von seinen Schülern Abschied nehmen. In einer (im Wortlaut überlieferten) Ansprache versicherte er ihnen, sie hätten ihm das geschenkt, „was dem Manne um 40 mit das Wichtigste ist, das Gefühl, an der richtigen Stelle im Generationszusammenhang zu stehen“. Er wünsche sich nichts anderes, „als daß Sie von der großen Zeitbewegung aufs stärkste und innerlichste ergriffen sind und sie als Totalität nehmen. Wenn Ihre Entscheidung gleichwohl das menschliche Verhältnis unangetastet ließ, so haben Sie mich dadurch für vieles entschädigt, was ich in den letzten 1½ Jahren habe herunterschlucken müssen.“

Rothfels und seine Schüler hatten sich gegenseitig in ihrer „nationalen“ Gesinnung und ihrer Auffassung von „kämpfender Wissenschaft“ bestärkt. Auch das gehörte zu der „Gemeinschaft“ seines Kreises, von der der scheidende Königsberger Historiker sagte, daß sie so wohl nur „an wenigen Stellen des deutschen Universitätslebens Wirklichkeit gewesen“ sei²⁰. Rothfels hatte, als er Polen gegenüber die kulturelle Überlegenheit des Deutschtums betonte und daraus ein Recht des Reiches auf die politische Vorherrschaft in Ostmitteleuropa ableitete, eine chauvinistische Position bezogen. Zu Vorkämpfern ethnischer Säuberungen aber hat er seine Schüler *nicht* erzogen.

Haars Buch hat überwiegend positive Würdigungen gefunden – auf weiten Strecken zu Recht. Seine Darstellung deckt Zusammenhänge zwischen Geschichtswissenschaft und Nationalsozialismus auf, die von den deutschen Historikern nach 1945 ignoriert, ja was die neuere und neueste Geschichte angeht, fast schon systematisch „verdrängt“ worden sind²¹. Darin liegt das große Verdienst dieser von Heinz-Gerhard Haupt betreuten Hallenser Dissertation. Was Haar aber ganz und gar nicht gelingt, ist eine Einordnung seines engeren Untersuchungsgegenstandes in größere Zusammenhänge wie den Weimarer Anti-Versailles-Konsens, das Aufeinanderprallen von deutschen und nichtdeutschen Nationalismen im östlichen Mitteleuropa der Zwischenkriegszeit und

¹⁹ Ders., Hans Rothfels, in: Historische Zeitschrift 237 (1983), S. 311–360 (Zitat S. 328); vgl. auch Wolfgang Neugebauer, Hans Rothfels' Weg zur vergleichenden Geschichte Ostmitteleuropas, besonders im Übergang von früher Neuzeit zur Moderne, in: Berliner Jahrbuch für osteuropäische Geschichte 1996/1, S. 333–378; ders., Hans Rothfels als politischer Historiker der Zwischenkriegszeit, in: Peter Drewek u. a. (Hrsg.), Ambivalenzen der Pädagogik. Zur Bildungsgeschichte der Aufklärung und des 20. Jahrhunderts. Harald Scholtz zum 65. Geburtstag, Weinheim 1995, S. 169–183.

²⁰ Bundesarchiv Koblenz, Bestand N 1213: Nachlaß Hans Rothfels, Bd. 142.

²¹ Vgl. Manfred Hettling, Volk und Blut. Ingo Haars Pionierstudie über deutsche Historiker im Nationalsozialismus, in: DIE ZEIT, Nr. 40, 28. 7. 2000; Karl Heinz Roth, Die elitäre Variante der nationalen Erhebung. Das aufregende Buch von Ingo Haar enthüllt erstmals detailliert die NS-Vergangenheit der Galionsfiguren der bundesdeutschen Historiker, in: tageszeitung, 7. 11. 2000; Christoph Kleßmann, Zynische Gedankenlosigkeit und Planungseuphorie. „Volkstumskampf“ und „Lebensraum“: Namhafte Historiker als Politikberater im Nationalsozialismus, in: FAZ, 21. 12. 2000; Christoph Jahr, Forschung für den „Volkstumskampf“. Die deutsche Geschichtswissenschaft im Nationalsozialismus, in: Neue Zürcher Zeitung, 16. 5. 2001.

vor allem das konfliktbeladene Verhältnis zwischen Deutschland und Polen. Im Fall Rothfels hat der Autor darüber hinaus gegen die elementarsten Grundregeln eines kritischen Umgangs mit Quellen verstoßen. Haar hat allen Anlaß, sich öffentlich zu korrigieren – und das nicht erst, wenn es zu einer zweiten Auflage seines Buches kommen sollte²².

²² In diesem Zusammenhang werden die Unterschiede zwischen den Positionen von Hans Rothfels und Hans Herzfeld einerseits, Friedrich Meinecke und Hermann Oncken andererseits von Haar in dramatisierender Absicht verzeichnet. Abwegig ist es, Oncken den „kleindeutschen Historikern“ zuzurechnen. Vgl. Hermann Oncken, *Die Wiedergeburt der großdeutschen Idee* (1920), in: Ders., *Nation und Geschichte. Reden und Aufsätze (1919–1935)*, Berlin 1935, S. 45–70; Haar, *Historiker im Nationalsozialismus*, S. 97 ff. Zur verzerrten Darstellung des Falles Rothfels bei Haar gehört auch die Behauptung, Rothfels (der 1939, kurz vor Kriegsausbruch, nach England emigrieren konnte) habe dort „bis 1941“ [sic!] einen Teil seiner früheren Bezüge ausgezahlt bekommen. Ebenda, S. 203. Haar verweist als Beleg auf einen Brief des Kurators der Albertus-Universität Königsberg (Pr.), Friedrich Hoffmann, an Rothfels vom 10. 5. 1939 (Bundesarchiv Koblenz, N 1213: Nachlaß Hans Rothfels, Bd. 20). In diesem Schreiben an „Herrn Prof. Dr. Hans Israel Rothfels, Berlin-Nikolassee, Paul-Krause-Str. 6“, wird Rothfels ohne Anrede mitgeteilt, daß ihm der Reichsminister für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung durch Erlaß vom 4. 5. 1939 „unter dem Vorbehalt jederzeitigen Widerrufs und unter der Voraussetzung, daß Sie im Auslande eine wissenschaftliche Lehrtätigkeit nicht ausüben werden“, gestattet habe, „einstweilen bis Ende April 1941“ seinen dauernden Aufenthalt in England zu nehmen. Die Dienstbezüge des Emeritus sollten in voller Höhe auf ein „Sonderkonto Versorgungsbezüge“ bei einer Devisenbank in Berlin überwiesen werden. Es versteht sich von selbst, daß diese Regelung durch den Kriegsbeginn obsolet wurde.

CHRISTOPH BUCHHEIM

DIE WIRTSCHAFTSENTWICKLUNG IM DRITTEN REICH – MEHR DESASTER ALS WUNDER

Eine Erwiderung auf Werner Abelshäuser¹

Seit 1933 besserte sich die wirtschaftliche Lage in Deutschland rasch. Die Arbeitslosigkeit verminderte sich sprunghaft, und nach Mitte des Jahrzehnts wurde, zum ersten Mal seit dem Beginn der zwanziger Jahre, Vollbeschäftigung erzielt. Die Weltwirtschaftskrise, die in Deutschland von besonderer Schwere gekennzeichnet war, wurde, im internationalen Vergleich, sehr zügig und durchgreifend überwunden. Das Wachstum war ähnlich hoch wie in Westdeutschland nach der Währungsreform von 1948. Auf den ersten Blick grenzte diese Entwicklung in der Tat an ein Wunder. Sie spielte eine wichtige Rolle dabei, daß die Arbeiterschaft sich trotz zahlreicher Zumutungen dem NS-Regime gegenüber relativ loyal verhielt, da der offensichtliche wirtschaftliche Erfolg, vor allem die Wiedergewinnung einer gewissen existentiellen Sicherheit durch die massive Beschäftigungsausweitung, ihm zugeschrieben wurde. Auch in der Rückerinnerung an die NS-Zeit gilt dies bei vielen als ein, wenn nicht als ihr einziges Aktivum. Eine ähnliche Einschätzung findet sich ebenfalls in manchen wissenschaftlichen Abhandlungen bis hin zur neueren Handbuchliteratur².

In diese Kerbe hat nun auch der Wirtschaftshistoriker Werner Abelshäuser mit einem Artikel in dieser Zeitschrift gehauen³. Dabei argumentiert auch er, der Aufschwung aus der Krise sei der nationalsozialistischen Politik zu verdanken gewesen. Darüber hinaus thematisiert er aber, worauf der Untertitel seines Aufsatzes hinweist, bestimmte, und zwar positive, Konsequenzen, die die Rüstungswirtschaft für die Ermöglichung des Wachstumsbooms nach 1945 angeblich hatte. Insofern reiht Abelshäuser sich also mit seinem Beitrag zustimmend in die um die Wende zu den neunziger Jahren wieder aufflammende Debatte über den Beitrag der NS-Zeit zur Modernisierung in Deutschland ein⁴. Gerade in wirtschaftlicher Hinsicht erscheinen beide Thesen jedoch äußerst zweifelhaft.

¹ Werner Abelshäuser, Kriegswirtschaft und Wirtschaftswunder. Deutschlands wirtschaftliche Mobilisierung für den Zweiten Weltkrieg und die Folgen für die Nachkriegszeit, in: VfZ 47 (1999), S. 503–538.

² Vgl. Klaus Hildebrand, Das Dritte Reich, München ⁵1995, S. 8: „Nach der ‚Machtergreifung‘ entwickelte sich die deutsche Wirtschaft insgesamt positiv, und die Arbeitslosenzahlen gingen zurück.“

³ Vgl. Abelshäuser, Kriegswirtschaft und Wirtschaftswunder. Die Seitenangaben im Text beziehen sich auf diesen Aufsatz.

⁴ Für einen Überblick über diese Debatte siehe Norbert Frei, Wie modern war der Nationalsozialismus?, in: Geschichte und Gesellschaft 19 (1993), S. 367–387.

VfZ 49 (2001)

© Oldenbourg 2001

Darauf ist in der Literatur auch bereits wiederholt hingewiesen worden⁵. Demgemäß ist das Echo, das Abelshausers Artikel in einer prominenten Tageszeitung gefunden hat⁶, zwar angesichts der Brisanz der Thesen verständlich, ob seiner Kritiklosigkeit allerdings bedauerlich.

Der Wiederaufschwung

Abelshausers schreibt, in der Analyse der Konjunkturindikatoren finde sich kein Beleg für die These, daß der Aufschwung auch ohne die konjunkturpolitischen Maßnahmen des NS-Regimes gekommen wäre (S. 505). Kern der erfolgreichen Krisenpolitik nach der Machtergreifung sei ein keynesianischer Ansatz gewesen, der mit kreditfinanzierten Arbeitsbeschaffungsprogrammen begann (S. 537). Adolf Hitler sah dies ähnlich. So sagte er im Oktober 1933 zu einem Korrespondenten der „Daily Mail“: „Wir haben von etwas über 6 Millionen Arbeitslosen in acht Monaten über 2 1/4 Millionen in die Produktion zurückgeführt“⁷. In der Tat waren bei den Arbeitsämtern im Januar 1933 knapp über 6 Millionen Arbeitslose registriert, im Oktober jenen Jahres aber nur noch 3,7 Millionen⁸. Dieser Rückgang war, auch wenn man eine gewisse Verringerung der ausgewiesenen Arbeitslosenzahl durch Änderungen in der statistischen Erfassung berücksichtigt⁹, stärker, als daß man ihn als allein saisonbedingt einschätzen könnte. Vielmehr war hier auch eine konjunkturelle Komponente im Spiel. Trotzdem hatte Hitler nicht recht, wenn er seiner Regierung diesen Erfolg zuschrieb. Denn das von der neuen Regierung initiierte erste große Programm der direkten Arbeitsbeschaffung über eine Milliarde RM, das sogenannte Reinhardt-Programm (Gesetz zur Verminderung der Arbeitslosigkeit), datiert von Anfang Juni 1933. Auch bis Ende des Jahres waren hiervon erst 95 Millionen RM ausgezahlt worden. Das zeigt deutlich, wie lange die Wirkungsverzögerung solcher Maßnahmen ist. Daher verwundert es nicht, daß von den 850 Mill. RM an Reichsmitteln, die 1933 für direkte Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen wirklich verausgabt worden sind, 700 Mill. RM aus Programmen stammten, die vor der Machtergreifung verabschiedet worden waren. Dazu muß man dann noch eine größere Summe der 600 Mill. RM rechnen, die 1933 für Aufträge zur Arbeitsbeschaffung von Reichsbahn und Reichspost aufgewandt wurden¹⁰.

⁵ Vgl. z. B. Harold James, *Deutschland in der Weltwirtschaftskrise 1924–1936*, Stuttgart 1988, S. 391–396; Albrecht Ritschl, *Die NS-Wirtschaftsideologie – Modernisierungsprogramm oder reaktionäre Utopie?*, in: Michael Prinz/Rainer Zitelmann (Hrsg.), *Nationalsozialismus und Modernisierung*, Darmstadt 1991, S. 48–59; Christoph Buchheim, *Zur Natur des Wirtschaftsaufschwungs in der NS-Zeit*, in: Ders. u. a. (Hrsg.), *Zerrissene Zwischenkriegszeit. Wirtschaftshistorische Beiträge. Knut Borchardt zum 65. Geburtstag*, Baden-Baden 1994, S. 97–119.

⁶ Vgl. Thomas Speckmann, *Erst Kanonen, dann Butter*, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 9. 2. 2000, S. N6.

⁷ Zit. nach James, *Weltwirtschaftskrise*, S. 336.

⁸ Vgl. Institut für Konjunkturforschung (Hrsg.), *Konjunkturstatistisches Handbuch 1936*, Berlin 1935, S. 16.

⁹ Vgl. Dan Silverman, *Hitler's Economy. Nazi Work Creation Programs, 1933–1945*, Cambridge/Mass. 1998, S. 10–27.

¹⁰ Vgl. Leo Grebler, *Die deutsche Arbeitsbeschaffung 1932–1935*, in: *Internationale Rundschau der Arbeit* 15 (1937), S. 423. Vgl. auch Silverman, *Hitler's Economy*, S. 219f.: „Because the Hitler

Tatsächlich waren entgegen der Feststellung Abelshausers neben den Effekten der öffentlichen Arbeitsbeschaffung aber auch spontane Auftriebskräfte wirksam, und zwar schon seit Herbst 1932. Das renommierte Institut für Konjunkturforschung diagnostizierte für diese Zeit eine deutliche Besserung der Arbeitsmarktlage. Ende Dezember 1932 seien saisonbereinigt ca. 400 000 Arbeitskräfte mehr als im August beschäftigt gewesen¹¹. Wenn die Arbeitslosigkeit im Januar 1933 wieder auf 6 Millionen stieg, so kann man hieraus demnach nicht mit Abelshausen (S. 505) folgern, es habe noch keine Trendwende stattgefunden. Denn erstens ist, wie Abelshausen selbst an anderer Stelle schreibt (S. 514), die Arbeitslosigkeit eher ein „später“ Indikator, d. h. sie reagiert verzögert auf den Wechsel der konjunkturellen Lage. Und zweitens war der Abschwung Anfang 1932 ja noch nicht beendet. Das war erst im Sommer der Fall. Der Unterschied zwischen Januar 1932 und Januar 1933 war also, daß einmal die Schwelle von 6 Millionen Arbeitslosen auf dem Weg nach unten, das andere Mal aber auf dem Weg nach oben überschritten wurde.

Es gibt noch weitere Indikatoren dafür, daß 1932/33 ein Aufschwung in Gang gekommen war, bevor die Maßnahmen des Regimes greifen konnten. So war die Versorgung mit (Walz-)Eisen im Inland, laut Institut für Konjunkturforschung der zuverlässigste Maßstab für die laufende Beobachtung der Investitionstätigkeit¹², im ersten Quartal 1933 um 25 Prozent höher als im ersten Quartal des Vorjahres¹³. Der Handel stockte seine Vorräte schon 1933 erheblich auf¹⁴. Bereits Mitte 1933 hatten sich die Inlandsaufträge für Maschinen im Vergleich zu Mitte 1932 mehr als verdoppelt¹⁵.

Der Eindruck, den Abelshausen zu vermitteln sucht, daß nämlich die Konjunkturwende ursächlich mit der nationalsozialistischen Machtübernahme verknüpft war, ist also unrichtig. Zum einen waren nämlich spontane Auftriebskräfte am Werk¹⁶. Zum zweiten wurden 1933 im wesentlichen erst die Effekte der Arbeitsbeschaffungsprogramme der Vorgängerregierungen wirksam, aber noch nicht in großem Umfang die Maßnahmen des NS-Regimes. Und zum dritten kann man wohl zu Recht vermuten, daß auch andere Regierungen die Arbeitsbeschaffung fortgesetzt hätten, die ja schon seit der Konferenz von Lausanne im Sommer 1932, nach der die deutschen Reparationszahlungen definitiv geendet hatten, mit immer größeren Beträgen betrieben worden war.

Ein weiterer Punkt ist zu bedenken: Die Kostensituation in der Industrie hatte sich entschieden gebessert. Tatsächlich hatte auch die Weltwirtschaftskrise eine „Reinigungsfunktion“ gehabt, wie von der klassischen Konjunkturtheorie ja für konjunkturelle Depressionen generell postuliert. Durch die Wucht der Krise getroffen, hatten die Unternehmen ihre fixen Kosten radikal verringert. Dieser Erfolg konnte im Wiederaufschwung, wie ver-

government had no work creation policy until the enactment of the June 1 Reinhardt program, very little of the sharp decline in unemployment during the first three quarters of 1933 could have resulted from Nazi policies and programs.“

¹¹ Vgl. Wochenbericht des Instituts für Konjunkturforschung 5, 1932/33, S. 197.

¹² Vgl. ebenda 6 (1933), S. 119.

¹³ Vgl. Konjunkturstatistisches Handbuch 1936, S. 55.

¹⁴ Vgl. Statistisches Handbuch von Deutschland 1928–1944, München 1947, S. 604.

¹⁵ Vgl. Wochenbericht des Instituts für Konjunkturforschung 6 (1933), S. 119.

¹⁶ Siehe auch Harold James, *Innovation and Conservatism in Economic Recovery: The Alleged ‚Nazi Recovery‘ of the 1930 s*, in: W. R. Garside (Hrsg.), *Capitalism in Crisis. International Responses to the Great Depression*, London 1993, S. 81.

minderte Verwaltungskostensätze nach 1932/33 zeigen, weitgehend bewahrt werden. Zudem waren die Roh- und Halbwarenpreise in den einzelnen Branchen in der Krise stärker gefallen als die Fertigproduktpreise, was sich gleichfalls in einem höheren Gewinnpotential der Unternehmen niederschlug¹⁷. Es ist deshalb gut verständlich, wenn es z. B. im Geschäftsbericht der Humboldt-Deutzmotoren AG für das Jahr 1931/32 hieß: „Bei dem heutigen Stand der Fabrikation und der Selbstkosten-Faktoren wird eine auch nur geringe Belebung der Wirtschaft zu erfolgreichem Arbeiten führen“¹⁸.

Wie bereits gezeigt, kam diese Belebung, unterstützt durch staatliche Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, seit Herbst 1932 tatsächlich. Auch der private Konsum erhöhte sich, 1933 und 1934 zusammen immerhin real um neun Prozent pro Kopf der Bevölkerung¹⁹. Das gestiegene Gewinnpotential in der Industrie und die beginnende Erholung der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage zusammen müßten nach dem Gesagten sehr bald wieder zu zunehmenden Erträgen in der Industrie geführt haben. Das war auch wirklich der Fall. Gemäß der sorgfältigen, auf den durch die Unternehmen selbst nicht so leicht manipulierbaren Steuerbilanzen beruhenden Studie von Mark Spoerer belief sich die Eigenkapitalrendite deutscher Industrieaktiengesellschaften nach –5,52 Prozent 1932 bereits 1933 auf 0,28 und 1934 auf 4,65 Prozent. Damit hatte sie schon damals ein Niveau erreicht, wie in der gesamten zweiten Hälfte der (goldenen) zwanziger Jahre nicht²⁰.

Wachstumshemmungen

Kaum war jedoch die Konjunktur angesprungen, wurde die Entwicklung von den Nationalsozialisten in höchst ungesunde Bahnen gelenkt. Denn entgegen der Behauptung Abelshausers (S. 523) kam es schon vor dem Vierjahresplan zu weitgehenden Eingriffen des Regimes in die Märkte und damit in die Autonomie der Unternehmen. Davon war zunächst vor allem die Konsumgüterindustrie betroffen. So wurde der Rohstoffbezug der stark importabhängigen Textilindustrie seit dem Frühjahr 1934 reguliert und bald darauf massiv eingeschränkt²¹. Die Nachfrage nach Textilien konnte daher schon 1935 wegen Rohstoffmangels nicht mehr voll befriedigt werden²². Zeitgenössische Beobachter erkann-

¹⁷ Vgl. dazu ausführlicher Buchheim, *Wirtschaftsaufschwung in der NS-Zeit*, S. 111–116; ders., *The Upswing of German Industry in the Thirties*, in: Ders./Redvers Garside (Hrsg.), *After the Slump. Industry and Politics in 1930s Britain and Germany*, Frankfurt a. M. 2000, S. 36–44.

¹⁸ Klöckner & Co.-Archiv Duisburg, I 27/A, Geschäftsbericht 1931/32.

¹⁹ Vgl. Walther G. Hoffmann, *Das Wachstum der deutschen Wirtschaft seit der Mitte des 19. Jahrhunderts*, Berlin 1965, S. 174, 828.

²⁰ Vgl. Mark Spoerer, *Von Scheingewinnen zum Rüstungsboom. Die Eigenkapitalrentabilität der deutschen Industrieaktiengesellschaften 1925–1941*, Stuttgart 1996, S. 147, 155.

²¹ Für eine Übersicht über die entsprechenden gesetzlichen Regelungen siehe: *Wochenbericht des Instituts für Konjunkturforschung* 11 (1938), S. 6; vgl. auch das Projekt meines Mitarbeiters Gerd Höschle, *Die deutsche Textilindustrie zwischen 1933 und 1939. Staatsinterventionismus und ökonomische Rationalität* (Kurzbericht in: Fritz Thyssen Stiftung, *Jahresbericht 1999/2000*, S. 52 f.).

²² Vgl. Westfälisches Wirtschaftsarchiv Dortmund, Bestand 57: Geschäfts- bzw. Jahresberichte verschiedener Textilfirmen für 1935. Siehe auch *Konjunkturstatistisches Handbuch 1936*, S. 281, *Index der Textilproduktion*. Während dieser in den ersten neun Monaten des Jahres 1934 durchschnittlich bei 100 % des Niveaus von 1928 lag, belief er sich in derselben Zeit des Folgejahres nur noch auf durchschnittlich 91 %.

ten klar, daß die Verbrauchskonjunktur durch diese und andere Maßnahmen richtiggehend abgewürgt wurde²³. Der reale Konsum pro Kopf stagnierte denn auch 1935 und 1936 auf dem 1934 erreichten Niveau²⁴.

Aber nicht nur das Wachstum des Konsums, sondern auch das der Exporte wurde durch die staatliche Politik gedrosselt. Es stimmt nicht, daß, wie Abelshauser schreibt, die Welthandelsströme noch 1934 schrumpften (S. 518). Vielmehr erhöhte sich das Volumen der Weltexporte von 1932 bis 1934 um 7 Prozent und bis 1937 gar um ein Drittel²⁵. Dagegen sank dasjenige der deutschen Exporte zwischen 1932 und 1934 um 15 Prozent und lag 1937, verglichen mit 1932, nur um ebenfalls 15 Prozent höher²⁶. Deutschland verlor also Anteile am Weltmarkt, was die Devisenklemme, die nicht zuletzt zur Drosselung der Einfuhren von Rohstoffen für die Konsumgüterindustrie führte, verschärfte. Zwar versuchte das Regime, die Exporte zu fördern. Dies geschah jedoch auf höchst bürokratische und für die Unternehmen wenig attraktive Weise. Die Lösung wäre eine Abwertung der Währung gewesen, wie es u. a. Großbritannien und die USA vorgemacht hatten. Dies geschah jedoch nicht. Ein Grund dafür könnte gewesen sein, daß die überbewertete Währung es der Regierung ermöglichte, die Exporttätigkeit durch die Zuerkennung oder Verweigerung von Subventionen weitgehend zu kontrollieren. Auch die Furcht, Inflationserwartungen zu wecken, mag eine Rolle gespielt haben, wurde doch in Deutschland seit der Großen Inflation der frühen zwanziger Jahre ein enger Zusammenhang zwischen Abwertung und Inflation gesehen²⁷. Aber diese Furcht war nur bei einem übermäßigen Anstieg der Geldmenge berechtigt, eben wie er in den zwanziger Jahren stattgefunden hatte. Insofern bestand zunächst eigentlich keine Gefahr. Erst als die Aufrüstung tatsächlich zu einem Geldüberhang geführt hatte, wurde Inflation erneut möglich. Dies war jedoch allein der nationalsozialistischen Politik zuzuschreiben.

Dan Silverman diagnostizierte für das Jahr 1935 ein bedrohliches Nachlassen des Aufschwungs in Deutschland. Über die Arbeitsbeschaffungsprogramme, deren Wirkung 1935 auslief, schreibt er: „This stimulus does not appear to have set Germany's economy on a path of self-sustained natural growth“²⁸. Vor dem skizzierten Hintergrund ist das jedoch überhaupt nicht erstaunlich. Denn das Regime sorgte ja dafür, daß die Multiplikatorkräfte der konjunkturellen Belebung – sowohl in Deutschland wie international – nicht wirksam werden konnten. Deshalb ist es auch verfehlt, wie René Erbe bereits 1958 klar herausgearbeitet hat, von einem keynesianischen Ansatz der nationalsozialistischen Wirtschaftspolitik zu sprechen, denn bei einem solchen kommt es gerade darauf an, die Multiplikatoreffekte zu fördern²⁹. Statt dessen wurden, wie von Anfang an beabsichtigt, seit

²³ Der Ökonom und Deutschland-Kenner Costantino Turrone schrieb dazu 1938: „Germany took drastic measures to curtail imports [. . .], thus nipping in the bud the expansion of the consumption-goods industries.“ (The „Multiplier“ in Practice: Some Results of Recent German Experience, in: *Review of Economic Statistics* 20 (1938), S. 82). Vgl. auch Hans E. Priester, *Das deutsche Wirtschaftswunder*, Amsterdam 1936, S. 306–311.

²⁴ Vgl. Hoffmann, *Wachstum*, S. 174, 828.

²⁵ Vgl. Angus Maddison, *Monitoring the World Economy 1820–1992*, Paris 1995, S. 239.

²⁶ Vgl. Hoffmann, *Wachstum*, S. 530f.

²⁷ Siehe zum Vorhergehenden James, *Economic Recovery*, S. 82–88.

²⁸ Silverman, *Hitler's Economy*, S. 224f.

²⁹ Vgl. René Erbe, *Die nationalsozialistische Wirtschaftspolitik 1933–1939 im Lichte der modernen Theorie*, Zürich 1958.

1935/36 immer größere Rüstungsausgaben³⁰ produktionswirksam, die schließlich Vollbeschäftigung und Kapazitätsauslastung, zumindest in der Produktionsgüterindustrie, herbeiführten. Das jedoch kann man höchstens bei sehr oberflächlicher Betrachtung als ein „Wirtschaftswunder“ bezeichnen. Hans Priester, der Autor eines einschlägigen zeitgenössischen Buches zu diesem Thema, erkannte das schon früh in voller Schärfe. Er stellte fest³¹: „Die Unternehmen sind nicht blind. Sie sehen die zunehmenden Spannungen in der deutschen Wirtschaft. Sie blicken hinter die Kulissen des deutschen Wirtschaftswunders. Sie verfolgen ängstlich die Zuspitzung der außenpolitischen Verhältnisse. Unter solchen Verhältnissen kann die Lust zum Investieren nicht sonderlich groß sein.“

Mit dem Hinweis auf die geringe Investitionsneigung der Unternehmen in der Vorkriegszeit sprach Priester eine weitere Schwäche des NS-Wirtschaftsaufschwungs an, die von anderen Beobachtern ebenfalls registriert wurde³². In der Tat kann, trotz eines enormen Anstiegs der Eigenkapitalrendite auch nach 1934³³, was unter normalen Umständen die Investitionstätigkeit stark angeheizt hätte, von einem Investitionsboom überhaupt nicht die Rede sein. Selbst der Vierjahresplan änderte – entgegen Abelshausers Aussage (S. 524) – hieran nicht viel. Der Anteil der Anlageninvestitionen der Industrie am Sozialprodukt belief sich 1928, im Spitzenjahr der Weimarer Republik, auf 2,9 Prozent. Dieser Wert wurde erst 1937 übertroffen und betrug 1938, im letzten vollen Friedensjahr, lediglich 3,5 Prozent. Hingegen stieg er in der Bundesrepublik bis 1950 bereits auf 4,6 Prozent und bis 1955 auf 6,1 Prozent³⁴. Die Zahlen zeigen, daß die industrielle Investitionsdynamik während des NS-Booms gar nicht so viel größer war als in der Wei-

³⁰ Vgl. die Übersicht bei Werner Abelshausen, *Germany: Guns, Butter, and Economic Miracles*, in: Mark Harrison (Hrsg.), *The Economics of World War II. Six Great Powers in International Comparison*, Cambridge 1998, S. 134f. Der Aufsatz in den Vierteljahrsheften für Zeitgeschichte stellt eine gekürzte und übersetzte Version dieses Beitrags dar.

³¹ Priester, *Wirtschaftswunder*, S. 311.

³² Vgl. Bresciani Turrone, „Multiplier“ in Practice, S. 80f.; Charles Bettelheim, *Die deutsche Wirtschaft unter dem Nationalsozialismus*, München 1974, S. 248f. (französisches Original: Paris 1946).

³³ Wie Anm. 20.

³⁴ Für die Investitionszahlen vgl. Rolf Krengel, *Die langfristige Entwicklung der Brutto-Anlage-Investitionen der westdeutschen Industrie von 1924 bis 1955/56*, in: *Vierteljahrshefte zur Wirtschaftsforschung* 1957, S. 170 (für Bundesrepublik) und S. 181 (für Deutsches Reich). Allerdings sind die – relativ geringen – Investitionen der Bauindustrie in diesen Ziffern nicht enthalten. Ansonsten stimmen sie für die Vorkriegszeit mit den Angaben des Statistischen Reichsamts (*Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich* 1938, S. 566; 1940/41, S. 612) überein. Weder diese noch die Zahlen Krengels schließen jedoch die Investitionen der Luftfahrtindustrie ein. Aber selbst inklusive Bau- und Luftfahrtindustrie erreicht die Quote der Industrieinvestitionen am Bruttoinlandsprodukt 1938 nur einen Wert von 3,9 Prozent. Vgl. Lutz Budraß, *Flugzeugindustrie und Lufrüstung in Deutschland 1918–1945*, Düsseldorf 1998, S. 381. Für das nominale Bruttoinlandsprodukt der Nachkriegszeit: Deutsche Bundesbank (Hrsg.), *50 Jahre Deutsche Mark. Monetäre Statistiken 1948–1997* auf CD-ROM, München 1998; für das nominale Bruttoinlandsprodukt der Vorkriegszeit Albrecht Ritschl/Mark Spoerer, *Das Bruttosozialprodukt in Deutschland nach den amtlichen Volkseinkommens- und Sozialproduktsstatistiken 1901–1995*, in: *Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte* 1997/2, S. 51f. Die dort angeführte Zahl für 1938 bezieht wohl die annektierten Gebiete nicht mit ein, wie irrtümlich angegeben; vgl. die sogar etwas höhere Zahl, bei der extra darauf hingewiesen wird, daß sie für das alte Reichsgebiet gilt, in: *Statistisches Bundesamt, Bevölkerung und Wirtschaft 1872–1972*, Stuttgart 1972, S. 260.

marer Republik, die für ihre Investitionsschwäche bekannt ist, und keinesfalls an die Investitionskonjunktur in der Nach-Währungsreform-Zeit heranreichte. Letzteres gilt sogar für die Höhe der industriellen Investitionen in der Kriegszeit. Gemäß einer anderen sich auf das Gebiet der Bundesrepublik beziehenden Studie von Rolf Krengel, die auch von Abelshäuser zitiert wird, erreichten diese mit real 5,9 Mrd. Mark 1942 ihr Maximum. Bereits 1953 übertrafen sie aber diesen Stand mit 6,4 Mrd. wieder, und 1955 lagen sie bei 9,3 Mrd. Mark³⁵.

Die Industrie blieb skeptisch hinsichtlich der Dauerhaftigkeit der Staatskonjunktur in der NS-Zeit³⁶. Sie hielt sich mit Neuinvestitionen zurück, um nach einem für nicht unwahrscheinlich gehaltenen Zusammenbruch des allein vom Staat getragenen Aufschwungs nicht wieder, wie in der eben erlebten Weltwirtschaftskrise, mit gewaltigen Überkapazitäten dazustehen. Lieber lasteten die Unternehmen ihre bestehenden Kapazitäten bis zum letzten aus³⁷ und investierten einen erheblichen Teil der hohen verdienten Mittel in Beteiligungen oder hielten sie als Liquidität vor³⁸. Und wenn sie doch neu investierten, dann mußte der Staat meist einen großen Teil des Amortisationsrisikos übernehmen, was er in der Rüstungs- und Ersatzstoffindustrie im allgemeinen auch tat. Tatsächlich machten solche von der öffentlichen Hand vertraglich abgesicherten Investitionen nach 1936 den größten Teil aller industriellen Investitionen aus³⁹. Als durchaus charakteristisch für die Stimmung im Unternehmerlager erscheint folgende Äußerung von Karl Kimmich, Vorstandsmitglied der Deutschen Bank, auf einer internen Sitzung vor Industriellen 1936⁴⁰: „Nachdem wir nunmehr nach der Aufrüstung als militärischer Faktor in der Welt wieder gewertet werden müßten, dürfte es im Interesse einer gesunden Finanzwirtschaft an der Zeit sein, die Bestrebungen für eine allgemeine Abrüstung wieder aufzunehmen. Der Zustand, die schwebende Schuld des Reichs nur durch die Banken, Versicherungen usw. zu konsolidieren, sei auf die Dauer nicht haltbar. [...] Infolgedessen sei der Anschluß an den Weltmarkt unbedingt notwendig. *Vollkommen falsch sei es, die Vergrößerung der Inlandskapazität anzustreben.*“

Wenn die industriellen Investitionen, gemessen an den Gewinnen und den Wachstumsraten des Sozialprodukts, im Dritten Reich aber gar nicht besonders hoch waren und

³⁵ Vgl. Rolf Krengel, *Anlagevermögen, Produktion und Beschäftigung der Industrie im Gebiet der Bundesrepublik von 1924 bis 1956*, Berlin 1958, S. 98 f.

³⁶ Vgl. Samuel Lurie, *Private Investment in a Controlled Economy. Germany, 1933–1939*, New York 1947, S. 23–25; James, *Weltwirtschaftskrise*, S. 366 f.; Richard J. Overy, *The Nazi Economic Recovery 1932–1938*, Cambridge 1996, S. 55 f.

³⁷ Vgl. Krengel, *Anlagevermögen*, S. 36–38. Dort heißt es: „Die Ausnutzung des Anlagevermögens [...] mündete ab 1938 in eine langfristige nicht durchzuhaltende Über-Ausnutzung ein.“

³⁸ Z. B. hatte Krupp zwischen Herbst 1932 und Mitte 1938 einen Zufluß an Mitteln aus einbehaltenen Gewinnen und verdienten Abschreibungen in Höhe von 251 Mill. RM. Davon wurden nur 45 Mill. für Erweiterungsinvestitionen verwendet, aber 30 Mill. für den Erwerb von Beteiligungen, und 58 Mill. wurden liquide angelegt. Krupp-Archiv Essen, WA IV 2876, Finanzpolitik.

³⁹ Allein die Vierjahresplaninvestitionen, d. h. im wesentlichen die Investitionen in der Grund- und Ersatzstoffindustrie, umfaßten 1937 und 1938 mehr als die Hälfte aller industriellen Investitionen. Vgl. Dieter [Dietmar] Petzina, *Autarkiepolitik im Dritten Reich. Der nationalsozialistische Vierjahresplan*, Stuttgart 1968, S. 183; Overy, *Nazi Economic Recovery*, S. 33. Siehe auch das Projekt von Jonas Scherner, *Industrielle Investitionen unter den Bedingungen der NS-Diktatur 1933 bis 1939* (Kurzbericht in: Fritz Thyssen Stiftung, *Jahresbericht 1999/2000*, S. 48 f.)

⁴⁰ Zit. nach: Harold James, *Die Deutsche Bank und die Diktatur 1933–1945*, in: Lothar Gall u. a., *Die Deutsche Bank 1870–1995*, München 1995, S. 333 (Hervorhebung durch den Verfasser).

wenn das Risiko beim größten Teil der Investitionen ohnehin weitgehend vom Staat übernommen wurde, dann wäre es erstaunlich, wenn der Rationalisierungs- und Produktivitätsrückstand Deutschlands gegenüber anderen Ländern, besonders den USA, tatsächlich, wie Abelshäuser suggeriert, verkürzt und der Wachstumsstau aufgelöst worden wäre (S. 506, 537). Denn erstens hatte die Industrie angesichts schwacher Konkurrenz um die riesigen Staatsaufträge und im allgemeinen ziemlich komfortabler, von der öffentlichen Hand gezahlter Kostenpreise nur einen geringen Anreiz zu Rationalisierungsanstrengungen⁴¹. Zweitens sind Produktivitätssteigerungen als Folge des in neuen Anlagen normalerweise „inkorporierten“ technischen Fortschritts abhängig vom Umfang der Investitionen, der jedoch, wie beschrieben, nicht allzu bedeutend war. Und drittens war eine ganze Reihe von Investitionen, vor allem in der Ersatzstoffindustrie, ökonomisch gesehen unproduktiv in dem Sinne, daß damit keine weltmarktgängigen Produkte hergestellt werden konnten. Tatsächlich war das statistisch meßbare Produktivitätswachstum der Industrie in der NS-Zeit (d. h. einschließlich der gesamten Ersatzstoffproduktion) nicht übermäßig groß. Ausgehend von 1929 belief es sich bis 1938 im jährlichen Mittel auf etwa 2,5 Prozent. Im Krieg, von 1939 bis zu seinem Gipfelniveau 1943, betrug es nach Dietrich Eichholtz rund 3,7 Prozent. Diese Zahl ist aber zu hoch gegriffen. In den fünfziger Jahren dagegen lag es bei durchschnittlich 5,5 Prozent im Jahr⁴². Im Vergleich zu den USA ver-

⁴¹ Vgl. Wolfgang Bopp, *The Evolution of the Pricing Policy for Public Orders During the Third Reich*, in: Buchheim/Garside (Hrsg.), *After the Slump*, S. 149–160; Jochen Streb/Sabine Streb, *Optimale Beschaffungsverträge bei asymmetrischer Informationsverteilung. Zur Erklärung des nationalsozialistischen „Rüstungswunders“ während des Zweiten Weltkriegs*, in: *Zeitschrift für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften* 118 (1998), S. 275–294.

⁴² Für die Vorkriegszeit ist der Produktivitätsanstieg errechnet aus dem Index der Produktion von Industrie und Handwerk, neu gewichtet mit Hilfe der Struktur der Nettoproduktionswerte der Industrie des Jahres 1936, den Zahlen für die Beschäftigten in diesem Bereich und den Veränderungen der durchschnittlichen Arbeitszeit nach Hoffmann, *Wachstum*, S. 196–199, 213f., 392–395, bzw. für die Neugewichtung, Rolf Wagenführ, *Die deutsche Industrie im Kriege 1939–1945*, Berlin 1963, S. 14f. Die Zahl für die Kriegszeit bezieht sich im Unterschied zu den anderen auf die Beschäftigtenproduktivität und ist errechnet aus den Angaben bei: Dietrich Eichholtz, *Geschichte der deutschen Kriegswirtschaft 1939–1945*, Bd. 2, Berlin [Ost] 1985, S. 265f. Diese Angaben wurden teilweise von Richard J. Overy, *War and Economy in the Third Reich*, Oxford 1994, S. 366f. übernommen. Sie sind jedoch zu hoch, da der zugrundeliegende Index der Industrieproduktion von Wagenführ, *Industrie*, S. 191, sich nach dessen eigener Aussage (S. 136) auf Großdeutschland inklusive der Gebiete unter deutscher (Zivil-)Verwaltung bezieht, die Arbeitskräftezahlen aber im allgemeinen auf das Altreich einschließlich Österreich und Sudetenland (ebenda, S. 140–142). Dies wurde weder von Eichholtz noch von Overy beachtet. Die Bevölkerung des jeweiligen Gebiets, für das der Index der Industrieproduktion gilt, nahm von 84 Mill. 1939 (einschließlich Protektorat, aber noch ohne eingegliederte, ehemals polnische Ostgebiete und Generalgouvernement) auf etwa 115 Mill. 1943 zu (Wagenführ, *Industrie*, S. 135f.), ein Anstieg von mehr als einem Drittel. Dagegen erhöhte sich die Industrieproduktion insgesamt nach Wagenführ in dieser Zeit um 12 Prozent. Es erscheint nicht unwahrscheinlich, daß die Zahl der Arbeitskräfte in der Industrie des jeweils in Frage stehenden Gebiets stärker als nur um 12 % zunahm. In diesem Fall wäre die Produktivität aber sogar gesunken. Das schließt allerdings nicht aus, daß in der Kriegsgüterproduktion doch auch größere Produktivitätsfortschritte erzielt wurden. Im übrigen ergeben offenbar auch andere Quellen, daß das Produktivitätswachstum der deutschen Industrie im Krieg mit 2 bis 3 % nicht besonders hoch war. Vgl. Alan S. Milward, *Arbeitspolitik und Produktivität in der deutschen Kriegswirtschaft unter vergleichendem Aspekt*, in: Friedrich Forstmeier/Hans-Erich Volk-

schlechterte sich das Produktivitätsniveau der verarbeitenden Industrie in Deutschland zwischen dem Ende der zwanziger und dem Anfang der fünfziger Jahre, während es sich danach verbesserte⁴³.

Die Lebensstandardentwicklung

Die NS-Wirtschaftspolitik, die, wie angedeutet, den Konsum zugunsten der Rüstung drosselte, hatte natürlich auch Konsequenzen für den Lebensstandard der Bevölkerung. Dies zeigte sich etwa an den Löhnen, deren Entwicklung staatlich kontrolliert wurde. Von ihrem Tiefpunkt 1932 erhöhten sich die durchschnittlichen nominalen Bruttowochenlöhne der Industriearbeiter bis 1938 um 26 Prozent. Dieser Anstieg ging zum größten Teil auf die Verlängerung der Arbeitszeit zurück, da die Stundenlöhne im gleichen Zeitraum nur um 8 Prozent zunahmen⁴⁴. Die Nettoverdienste stiegen allerdings weniger an, weil die Abzüge vom Lohn ausgehend von dem während der Krise erreichten schon sehr hohen Niveau weiter zunahmen. Die Summe aus Lohnsteuer und Arbeitnehmerbeiträgen zur Sozialversicherung wuchs nach offiziellen Angaben im Mittel von 12,5 Prozent 1932 auf 13,5 Prozent 1937. Dazu kamen der Beitrag zur Deutschen Arbeitsfront in Höhe von etwa 1,5 Prozent und Spenden, z. B. für das Winterhilfswerk, denen man sich praktisch kaum entziehen konnte. Alles in allem dürften die durchschnittlichen Abzüge vom Lohn mindestens um rund drei Prozentpunkte gestiegen sein, die nominalen Nettowochenlöhne waren also 1938 um rund 22 Prozent höher als 1932⁴⁵. Bereinigt mit Hilfe des offiziellen Lebenshaltungskostenindex, der einen Anstieg des Preisniveaus von gut 4 Prozent ausweist⁴⁶, ergäbe sich eine Verbesserung der wöchentlichen Reallöhne um 18 Prozent – das Niveau der späten zwanziger Jahre wäre damit wieder erreicht gewesen. Dem war jedoch mit Sicherheit nicht so, denn der amtliche Lebenshaltungskostenindex spiegelte die wirkliche Preisentwicklung in der NS-Zeit nicht mehr richtig wider⁴⁷. Nach einem Bericht der Reichskreditgesellschaft erhöhten sich die Lebenshaltungskosten allein bis 1935 um etwa 20 Prozent⁴⁸. Tatsächlich stiegen zwischen 1932 und 1938 viele Großhandelspreise relativ schnell, so für Schlachtvieh um 35 Prozent und für industrielle Konsum-

mann (Hrsg.), *Kriegswirtschaft und Rüstung 1939–1945*, Düsseldorf 1977, S. 75 (nach United States Strategic Bombing Survey). Für die Stundenproduktivität der fünfziger Jahre siehe: Statistisches Bundesamt, *Bevölkerung und Wirtschaft*, S. 180. Wird das Produktivitätswachstum in den fünfziger Jahren mit Hilfe der Zahlen aus Hoffmann und Wagenführ berechnet, ergibt sich sogar ein Anstieg von durchschnittlich 6,3 % pro Jahr.

⁴³ 1929 war die Produktivität in den USA fast 2,4 mal so hoch wie in Deutschland, 1950 2,7 mal, aber 1959/60 nur noch 2,2 mal; errechnet aus: Stephen N. Broadberry, *The Productivity Race. British Manufacturing in International Perspective, 1850–1990*, Cambridge 1997, S. 48–50.

⁴⁴ Vgl. Statistisches Bundesamt, *Bevölkerung und Wirtschaft*, S. 254.

⁴⁵ Die Entwicklung der Arbeitsverdienste in den letzten 10 Jahren, in: *Wirtschaft und Statistik 1938*, S. 158–161. Rüdiger Hachtmann, *Lebenshaltungskosten und Reallöhne während des „Dritten Reiches“*, in: *Vierteljahrschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte* 75 (1988), S. 45, gibt den Anstieg der durchschnittlichen Lohnabzüge zwischen 1932 und 1938 sogar mit 4,3 Prozentpunkten an.

⁴⁶ Vgl. *Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1941/42*, S. 376.

⁴⁷ Vgl. Hachtmann, *Lebenshaltungskosten*, S. 47–72.

⁴⁸ Zahlen nach Grebler, *Arbeitsbeschaffung*, S. 828f.

güter um 15 Prozent⁴⁹. Jedoch legten nicht nur die Verbraucherpreise offenbar rascher als offiziell zugegeben zu, sondern die materielle Versorgungslage verschlechterte sich ebenfalls. Es gab nicht nur bei Textilien, sondern auch bei Lebensmitteln immer wieder Engpässe⁵⁰. Vielfach verringerte sich die Qualität der Produkte, etwa durch Beimischungszwänge. Bezeichnend ist, daß in Arbeiterfamilien 1937 zwar der Verbrauch von Roggenbrot, Kartoffeln und Käse höher war als 1927, aber derjenige von Fleisch und Fleischprodukten um 18 Prozent, von Südfrüchten um 37 Prozent und von Weißbrot gar um 44 Prozent niedriger lag⁵¹. Die Vermutung erscheint nicht abwegig, daß es dem Regime eben nicht gelang, aufzurüsten und „gleichzeitig den Lebensstandard der meisten deutschen Familien kontinuierlich zu verbessern“, wie Abelshauser schreibt (S. 525, 537).

Deformiertes Wachstum in der NS-Zeit

Die Wachstumsraten des Sozialprodukts waren nach der Machtergreifung in Deutschland zwar durchaus vergleichbar mit denen nach der Währungsreform in Westdeutschland. Dennoch ist es verfehlt, unkritisch von einem „Wirtschaftswunder“ in den dreißiger Jahren zu sprechen. Denn erstens erhöhte sich der Lebensstandard der breiten Bevölkerung nicht, vielmehr stagnierte er wohl bestenfalls – natürlich abgesehen von den Arbeitslosen, die wieder Beschäftigung gefunden hatten. Das ist aber höchst ungewöhnlich für Perioden rascher wirtschaftlicher Aufwärtsentwicklung. Zum zweiten war die private Investitionstätigkeit trotz mit dem Boom einhergehender großer Gewinne gering, was ebenfalls unüblich und sehr erstaunlich ist. Und zum dritten waren die Produktivitätssteigerungen insgesamt nur relativ mäßig, der Unterschied zur Weltspitze, repräsentiert durch die USA, vergrößerte sich in der NS-Zeit noch. Das Dritte Reich war also keinesfalls eine Periode normalen Wachstums, sondern es handelte sich um eine Zeit stark deformierten Wachstums ohne die typischen Folgen von wirtschaftlichem Fortschritt⁵². Daß durch die staatlich veranlaßten Investitionen während der NS-Zeit eine Voraussetzung für den wirtschaftlichen Erfolg der Nachkriegszeit gelegt worden ist (S. 538)⁵³, ist natürlich trotzdem

⁴⁹ Vgl. Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1941/42, S. 358.

⁵⁰ Vgl. z. B. Gerhard Kratzsch, *Der Gauwirtschaftsapparat der NSDAP. Menschenführung, „Arisierung“, Wehrwirtschaft im Gau Westfalen Süd*, Münster 1989, S. 64–70.

⁵¹ Vgl. Overy, *Nazi Economic Recovery*, S. 60.

⁵² Im Grunde genommen zeigt Priester, *Wirtschaftswunder*, dies ebenfalls auf. Vgl. auch Christoph Buchheim, *The Nazi Boom: An Economic Cul-de-Sac*, in: Hans Mommsen (Hrsg.), *The Third Reich. Between Vision and Reality. New Perspectives on German History 1918–1945*, Oxford 2001, S. 80–84.

⁵³ Werner Abelshauser schreibt, daß von Mitte der dreißiger Jahre bis 1945 „das vorhandene Bruttoanlagevermögen um nicht weniger als 75 Prozent vermehrt worden ist“ (S. 536). Dies ist falsch und widerspricht auch den Ausführungen in seinem Buch: *Wirtschaftsgeschichte der Bundesrepublik (1945–1980)*, Frankfurt a. M. 1983, S. 20, auf die er als Beleg hinweist. Dort wird der Anstieg des Bruttoanlagevermögens zwischen 1936 und 1945 mit 21 % beziffert, was mit Krenzel, *Anlagevermögen*, S. 94, übereinstimmt. Daraus ergibt sich eine durchschnittliche Wachstumsrate des Kapitalstocks der Industrie in dieser Zeit von 2,2 % pro Jahr. Das ist nicht viel mehr als in den Jahren 1925 bis 1929. Damals betrug die Wachstumsrate nach Krenzel im Mittel 1,8 %. Von 1948 bis 1955 dagegen belief sie sich auf 6 %. Der Anstieg des Anlagevermögens der Industrie im Dritten Reich war demnach gar nicht so eindrucksvoll, gemessen an der Steigerung nach der Währungsre-

richtig in dem Sinne, wie es richtig ist, daß die Entwicklung einer späteren Zeit immer auf der der vorangehenden Periode fußt. Das ist jedoch nicht mehr als eine Selbstverständlichkeit. Interessant ist dagegen die Frage, was die Alternative zum deformierten NS-Wachstum gewesen wäre. Die Antwort auf diese kontrafaktische Fragestellung ist allerdings bis zu einem gewissen Grade spekulativ und deshalb nicht unumstößlich durch den Hinweis auf Fakten belegbar. Aber es spricht doch einiges dafür, daß auch ohne Hitler die Krise überwunden worden und es zu einer durchgreifenden wirtschaftlichen Erholung gekommen wäre. Die Bedingungen unternehmerischen Handelns hatten sich nicht zuletzt durch die Krise selbst entscheidend verbessert. Die Gewinne wären in jedem Fall höher als in den zwanziger Jahren gewesen. Zudem lassen sich auf internationaler Ebene in den dreißiger Jahren wichtige Ansätze erneuter Kooperation zur Erleichterung des Handels ausmachen, wie der amerikanische „Trade Agreements Act“ von 1934, der nach dem Krieg als Modell für das „General Agreement on Tariffs and Trade“ (GATT) diente, sowie das „Tripartite Agreement“ von 1936, das die unilaterale Abwertung des Französischen Franc ermöglichte, zeigen. Ohne den nationalsozialistischen Rüstungswahn hätten sich Konsum und Export ungleich dynamischer entwickeln können, und auf dieser Basis sowie vor dem Hintergrund eines höheren Gewinnpotentials wäre die private Investitionstätigkeit angesprungen und hätte vermutlich zu einem sich selbst tragenden Aufschwung und echtem Wachstum geführt. Anstatt erst 1948 hätte wahrscheinlich bereits 1933 die langanhaltende Phase höheren Wachstums eingesetzt, die schließlich zu einer deutlichen Annäherung im Niveau des Lebensstandards und der Produktivität an die USA führte, wie das z. B. in Schweden und Kanada der Fall war⁵⁴. Zudem wäre der Bevölkerung Deutschlands das Elend der Kriegs- und Nachkriegszeit und die erneute Vernichtung ihrer Geldvermögen erspart geblieben. So gesehen, war das Dritte Reich auch unter wirtschaftlichem Aspekt eine Zeit verpaßter Chancen und verbesserer Wachstumsmöglichkeiten, und es brachte alles andere als ein Wirtschaftswunder.

Die „in der Ära Speer entstandene Kriegs-Ordnungspolitik hatte nicht zuletzt den Vorzug, mit dem reformliberalen Geist der ‚Sozialen Marktwirtschaft‘ kompatibel zu sein“ (S. 532). Diese geradezu abenteuerliche Behauptung Abelshausers, die fast wörtlich Eingang in den anfangs angeführten Artikel der FAZ gefunden hat, bedarf zum Schluß doch auch noch eines kurzen Kommentars. Zwar ist es richtig, wie Abelshausen an anderer Stelle schreibt, daß die Protagonisten der Sozialen Marktwirtschaft für einen starken Staat plädierten und dieser Aspekt manche von ihnen verleitet, gewisse Hoffnungen auf den NS-Staat zu setzen⁵⁵. Aber ein fundamentaler Unterschied zwischen dem Konzept der Sozialen Marktwirtschaft und der Wirtschaftsordnung im Dritten Reich liegt darin, daß erstere eines starken Staates bedarf, um den Wettbewerb der Unternehmen auf preisgesteuerten Märkten gegen seine spontane Ausbebung zu sichern, wohingegen letztere durch die weitgehende staatliche Aufhebung von Preissteuerung überhaupt und massenhafte Interventionen des Staates in einzelne Märkte gekennzeichnet war⁵⁶. Geldwertstabi-

form. Das heißt aber auch, daß die darin liegende Begünstigung der Wirtschaftsentwicklung nach der Währungsreform in der richtigen Perspektive gesehen und nicht übertrieben werden darf.

⁵⁴ Berechnet aus Zahlen für das Sozialprodukt pro Kopf in Maddison, *World Economy*, S. 194–197.

⁵⁵ Vgl. Werner Abelshausen, *Wirtschaftliche Wechsellen, Wirtschaftsordnung und Staat: Die deutschen Erfahrungen*, in: Dieter Grimm (Hrsg.), *Staatsaufgaben*, Baden-Baden 1994, S. 217–224.

⁵⁶ Vgl. für kurze Überblicke Gerold Ambrosius, *Staat und Wirtschaft im 20. Jahrhundert*, München 1990, S. 9–13; Dietmar Petzina, *Die aktuelle Transformationsdebatte und das nationalsozialistische*

lität und offene Märkte, auf denen der Leistungswettbewerb weder durch Kartelle noch durch Protektionismus eingeschränkt wird, sind nach Walter Eucken wesentliche Charakteristika einer Sozialen Marktwirtschaft⁵⁷, während gerade die Kriegszeit durch ein immer größeres Ausmaß an zurückgestauter Inflation und die totale Zwangskartellierung der Rüstungsindustrie im staatlichen Interesse durch das System der Ausschüsse und Ringe gekennzeichnet war⁵⁸. Daß dabei die Kräfte industrieller Selbstverwaltung in den Dienst der Steigerung der Kriegsproduktion gestellt wurden, widerspricht dieser Einschätzung keinesfalls, denn auch normale Kartelle sind ja gewissermaßen Selbstverwaltungsorgane – wenn auch im ausschließlichen Interesse der Industrie – und gerade deshalb der Gegenpol zur Konkurrenz unabhängig voneinander auf Märkten agierender Unternehmen, dem Idealbild der Sozialen Marktwirtschaft. In Wirklichkeit war also die Zerschlagung der Kriegswirtschaftsordnung durch Aufhebung von Preiskontrolle und Bewirtschaftung, Währungsreform, institutionelle Sicherung der Geldwertstabilität, Kartellverbot und außenwirtschaftliche Liberalisierung, was nach 1945 unter tatkräftiger Mitwirkung vor allem der amerikanischen Besatzungsmacht geschah⁵⁹, die Voraussetzung für die Etablierung der Sozialen Marktwirtschaft in Westdeutschland.

Wirtschaftssystem, in: Christian Jansen u. a. (Hrsg.), *Von der Aufgabe der Freiheit. Politische Verantwortung und bürgerliche Gesellschaft im 19. und 20. Jahrhundert*, Berlin 1995, S. 391–398. Siehe auch bereits während des Krieges, Walter Eucken, *Wettbewerb als Grundprinzip der Wirtschaftsverfassung*, in: Günter Schmolders (Hrsg.), *Der Wettbewerb als Mittel volkswirtschaftlicher Leistungssteigerung und Leistungsauslese*, Berlin 1942, S. 29–49, wo es über die damalige Wirtschaftsordnung heißt, daß in ihr „der Wirtschaftsprozess nicht in erster Linie durch Preise gelenkt wird, sondern unmittelbar durch Zentralstellen“.

⁵⁷ Vgl. Walter Eucken, *Grundsätze der Wirtschaftspolitik*, Tübingen 1975, S. 255–270.

⁵⁸ Vgl. Ingeborg Esenwein-Rothe, *Die Wirtschaftsverbände von 1933 bis 1945*, Berlin 1965, S. 126–130; Hans-Joachim Weyres-von Levetzow, *Die deutsche Rüstungswirtschaft von 1942 bis zum Ende des Krieges*, Diss. München 1975, S. 20–28, 209. Beide Autoren gebrauchen explizit den Begriff des Kartells für die Ausschüsse und Ringe.

⁵⁹ Siehe dazu Christoph Buchheim, *Die amerikanischen Grundlagen der Sozialen Marktwirtschaft*, in: Peter Hampe/Jürgen Weber (Hrsg.), *50 Jahre Soziale Mark(t)wirtschaft. Eine Erfolgsgeschichte vor dem Ende?*, München 1999, S. 34–45.

Dokumentation

MARK SPOERER

NS-ZWANGSARBEITER IM DEUTSCHEN REICH

Eine Statistik vom 30. September 1944 nach Arbeitsamtsbezirken

Die Entschädigung ehemaliger Zwangsarbeiter, die während des Zweiten Weltkrieges für die deutsche Kriegswirtschaft arbeiten mußten, hat viele neue Fragen für die historische Forschung aufgeworfen¹. Die qualitativen Aspekte der Zwangsarbeit im Dritten Reich sind seit der 1985 in erster Auflage erschienenen Pionierstudie von Ulrich Herbert und vielen anderen regional- und unternehmenshistorischen Studien gut erforscht, was nicht unerheblich dazu beitrug, die politische Diskussion in Gang zu halten und die Befürworter einer Entschädigung argumentativ zu unterstützen². Während der Entschädigungsverhandlungen wuchs jedoch der Bedarf an quantitativen Informationen weit über das hinaus, was die historische Forschung bislang leisten konnte. Noch nicht einmal für die Gesamtzahl der Zwangsarbeiter gibt es gesicherte Angaben. Neuere Schätzungen des Autors, die jedoch zum Teil mit erheblichen methodischen Problemen konfrontiert sind, kommen auf eine Gesamtzahl ausländischer Zivilarbeiter, Kriegsgefangener und Häftlinge, die zwischen 1939 und 1945 auf dem Gebiet des „Großdeutschen Reichs“ (in Grenzen von 1942) eingesetzt waren, in Höhe von 13,5 Millionen Menschen, davon etwa 20 Prozent Frauen. Noch viel problematischer ist die Schätzung der Überlebenden zum Stichtagszeitpunkt 16. Februar 1999, ab dem auch Erben von Zwangsarbeitern nach dem neuen Gesetz antragsberechtigt werden³. Sie beläuft sich auf etwa 2,7 Millionen

¹ Unter NS-Zwangsarbeitern werden in der historischen Forschung generell subsumiert: (a) ausländische Zivilarbeiter (ohne Freiwillige), (b) Kriegsgefangene einschließlich italienischer „Militärinternierter“ und (c) Häftlinge aus Konzentrations-, Arbeitserziehungs- und jüdischen Zwangsarbeiterlagern. Etwa 1–1,5 Millionen der ca. 8,5 Millionen ausländischen Zivilarbeiter waren Freiwillige. Eine deutlichere Eingrenzung dieser Gruppe ist schon wegen des problematischen Begriffs der Freiwilligkeit nicht möglich.

² Vgl. Ulrich Herbert, *Fremdarbeiter. Politik und Praxis des „Ausländer-Einsatzes“ in der Kriegswirtschaft des Dritten Reiches*, Bonn 1999, mit aktuellem Forschungsüberblick auf S. 416–433. Vgl. jetzt auch ders., *Geschichte der Ausländerpolitik in Deutschland: Saisonarbeiter, Zwangsarbeiter, Gastarbeiter, Flüchtlinge*, München 2001.

³ Um dem Vorwurf der Verschleppung vorzubeugen, ist im Stiftungsgesetz der 16. 2. 1999 als Stichtag festgelegt, ab dem auch Erben von danach verstorbenen Zwangsarbeitern antragsberechtigt werden (§ 13, Abs. 1). An diesem Tag hatten zwölf deutsche Großunternehmen die „Stiftungsinitiative ‚Erinnerung, Verantwortung und Zukunft‘“ ins Leben gerufen.

VfZ 49 (2001)
© Oldenbourg 2001

Menschen, von denen jedoch nur maximal die Hälfte anspruchsberechtigt sein wird⁴.

Die Entschädigungsberechtigten nach dem „Gesetz zur Errichtung einer Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft““ vom 2. August 2000 (im folgenden Stiftungsgesetz) lassen sich grob in zwei Kategorien unterteilen. Jeweils bis zu 15 000 DM Entschädigung erhalten sogenannte Sklavenarbeiter, zu denen in erster Linie Häftlinge aus Konzentrationslagern, Arbeitserziehungslagern, jüdischen Zwangsarbeiterlagern und Ghettos zählen. Bis zu 5000 DM erhalten Zwangsarbeiter im Sinne des Stiftungsgesetzes. Dabei handelt es sich um Zivilarbeiter aus dem ehemaligen „Reichsprotektorat Böhmen und Mähren“ sowie den besetzten Gebieten Polens und der Sowjetunion, unabhängig davon, wo sie heute leben. Für diese Zwangsarbeiter ist zwar laut Gesetzestext eine Entschädigung nur vorgesehen, falls der Antragsteller außerhalb der Haus-, Land- oder Forstwirtschaft eingesetzt war. Nach dem derzeitigen Stand wird jedoch davon ausgegangen, daß die Partnerorganisationen in den osteuropäischen Staaten, denen die Verteilung ihres Anteils der Stiftungsmittel in Höhe von insgesamt 8,1 Milliarden DM obliegen, von einer Regelung in § 11, Abs. 1, Satz 3, Gebrauch machen werden, nach der auch die in den genannten Branchen zur Arbeit herangezogenen Zivilarbeiter entschädigt werden können. Das ebenfalls Anfang Juli 2000 beschlossene Versöhnungsfondsgesetz in Österreich, das materiell im wesentlichen dem deutschen entspricht, sieht abweichend eine Entschädigung für Zwangsarbeiter aus den genannten Branchen in Höhe von umgerechnet ca. 2000 DM vor. Kriegsgefangene, die die ganze Zeit ihrer Internierung in diesem Status verblieben – also nicht etwa in den Zivilarbeiterstatus überführt oder in ein KZ eingewiesen wurden –, sind explizit von der Entschädigung ausgeschlossen⁵.

Um ungerechtfertigte Ansprüche abwehren zu können, müssen für die Antragsteller Nachweise über ihre Tätigkeit in Deutschland vorliegen. Da es insbesondere für sowjetische Zwangsarbeiter 1945 nicht immer ratsam war, der Roten Armee mit deutschen Papieren in die Hände zu fallen, besitzen viele keine Originalunterlagen mehr. Obwohl die Nachweise nicht individuell, sondern zentral über die jeweils zuständige Partnerorganisation ermittelt werden sollen, wenden sich viele Antragsteller zur Stärkung ihrer Position und auch aus Mißtrauen gegenüber der heimischen Bürokratie direkt an den Internationalen Suchdienst in Arolsen und – wenn sie sich an die

⁴ Vgl. zu den Zahlenangaben Mark Spoerer, Zwangsarbeit unter dem Hakenkreuz. Ausländische Zivilarbeiter, Kriegsgefangene und Häftlinge im Dritten Reich und im besetzten Europa 1939–1945, Stuttgart/München 2001, S. 220–226; ders./Jochen Fleischhacker, Counting Forced Labourers in Nazi Germany: how many were there in World War II and how many are still alive today?, Arbeitspapier Universität Hohenheim, Stuttgart 2001.

⁵ Für Details vgl. Gesetz zur Errichtung einer Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“, in: Bundesgesetzblatt 2000, Teil I, S. 1263–1269. Vgl. knapp zur Genese des Gesetzes Spoerer, Zwangsarbeit, S. 241–251, und ausführlicher die Darstellungen von zwei Journalisten: Matthias Arning, Späte Abrechnung. Über Zwangsarbeiter, Schlußstriche und Berliner Verständigungen, Frankfurt a. M. 2001, sowie Andreas Mink, Zwangsarbeiter. Der Streit um die Entschädigung von NS-Zwangsarbeitern 1950–1999, Hamburg 2001.

Orte erinnern können, in denen sie eingesetzt waren – an kommunale und staatliche Archive in Deutschland und Österreich. Für die öffentlichen Archive haben diese Anfragen zwei Seiten. Zum einen bedeuten sie ganz erhebliche Mehrarbeit, zumal die sehr alten, teilweise der lateinischen Schrift nicht mächtigen Antragsteller nach 55 Jahren oft nur sehr ungenaue Angaben machen können. Zum anderen ist die offensichtliche Dringlichkeit der Bearbeitung gut geeignet, mehr Ressourcen und historische Projekte zur Zwangsarbeit zu beantragen. Viele Kommunen haben in der Tat in den letzten Jahren ihre Archive beauftragt, Studien zur Zwangsarbeit zu erstellen.

Eine naheliegende Frage für die Forschung vor Ort ist, wieviele Zwangsarbeiter überhaupt in der Kommune eingesetzt waren. Die Quellenlage ist schlecht, da bekanntlich viele Akten kurz vor oder nach Kriegsende vernichtet wurden. In vielen Archiven werden in mühsamer Kleinarbeit Listen und Karteien unterschiedlicher Provenienz in umfangreiche Datenbanken eingegeben. Dabei ergeben sich vielfältige Probleme: Die Listen geben nur einen kleinen Ausschnitt wieder, Karteien enthalten Doppel- und Mehrfacheinträge, viele Personen sind in unterschiedlicher Schreibweise in diversen Listen enthalten usw.⁶

In den Archiven und der Forschung ist kaum bekannt, daß die nationalsozialistische Arbeitseinsatzverwaltung regelmäßig ausführliche statistische Erhebungen über den Ausländereinsatz publizierte. Seit 1938 veröffentlichte das Reichsarbeitsministerium die Zeitschrift „Der Arbeitseinsatz im Deutschen Reich“, in der, lediglich mit erklärenden Anmerkungen versehen, überwiegend und ab 1942 ausschließlich Arbeitseinsatzstatistiken abgedruckt wurden. 1942 übernahmen die Vierjahresplanbehörde und der Generalbevollmächtigte für den Arbeitseinsatz die Herausgeberschaft. Zeitgleich mit der Neugliederung der Landesarbeitsamtsbezirke und Umbenennung in Gauarbeitsamtsbezirke zum 1. Juli 1943 änderte die Zeitschrift ihren Namen in „Der Arbeitseinsatz im Großdeutschen Reich“⁷. Im „Arbeitseinsatz“ druckten die Herausgeber regelmäßig Statistiken über die ausländischen Zivilarbeiter und Kriegsgefangenen auf der Ebene der Landes- bzw. Gauarbeitsämter ab, über erstere sogar auf Arbeitsamtsebene. Die letzten derartigen Übersichten erschienen im Dezember 1944 für den Stichtag 30. September. Zum 1. Januar 1945 war eine Neufassung der Arbeitseinsatzstatistik vorgesehen, die jedoch nicht mehr zustande kam⁸.

Auch die Landes- bzw. Gauarbeitsämter veröffentlichten statistische Übersichten, die sie aus denselben Erhebungsunterlagen zusammenstellten und die daher optisch und konzeptionell dem reichsweiten „Arbeitseinsatz“ stark ähneln. Für mindestens die folgenden Gauarbeitsamtsbezirke sind entsprechende Publikationen für 1943 und/oder 1944 nachweisbar: Weser-Ems, Magdeburg-Anhalt, Halle-Merseburg,

⁶ Ich danke u. a. den Mitarbeitern in den Stadtarchiven Frankfurt a. M., Greven, Hagen und Reutlingen für die gewährten Informationen.

⁷ Vorgängerin des „Arbeitseinsatzes“ war die Zeitschrift „Arbeit und Arbeitslosigkeit“, die von 1934 bis 1938 erschien, ihrerseits Nachfolgerin des 1927 erstmals publizierten „Reichs-Arbeitsmarkt-Anzeigers“.

⁸ Vgl. Runderlasse für die Arbeitseinsatz-, Reichstreuhänder- und Gewerbeaufsichtsverwaltung, hrsg. vom Reichsarbeitsministerium, Berlin 1944, S. 587.

Thüringen, Niederschlesien, Wartheland, Schwaben, München-Oberbayern, Oberdonau, Niederdonau und Wien. Die sehr zufällig erscheinende Überlieferung läßt vermuten, daß auch für andere der restlichen 31 Gauarbeitsamtsbezirke entsprechende Publikationen existieren⁹.

Diese nur in wenigen Exemplaren erhaltenen Veröffentlichungen sind eine bedeutende quantitative Quelle für die Regionalforschung, da dort sehr detaillierte statistische Angaben stehen, die in der reichsweiten Publikation aus Platzgründen nicht berücksichtigt werden konnten. So enthalten etwa die Arbeitseinsatzstatistiken der Gaue Magdeburg-Anhalt, Halle-Merseburg, Oberdonau und Niederdonau zum Teil sehr ausführliche Aufstellungen der Nationalität ausländischer Zivilarbeiter und sogar Kriegsgefangener auf Arbeitsamtsebene¹⁰.

Die regionalen Arbeitseinsatzstatistiken sind von der Forschung mit Ausnahme Österreichs praktisch noch gar nicht entdeckt worden. Aber auch die reichsweite Arbeitseinsatzstatistik wurde bislang kaum rezipiert, sieht man von Ulrich Herbert und wenigen anderen Autoren, vorzugsweise aus der DDR und Österreich, ab. Dies muß zunächst erstaunen, handelt es sich doch um reguläre Zeitschriftenpublikationen. Sie waren zwar als geheim eingestuft, doch dies trifft auch für viele andere zahlreich überlieferte Publikationen aus dieser Zeit zu. Offenbar wurden sie aber nur in sehr wenigen Exemplaren gedruckt. In der elektronischen Ausgabe der Zeitschriftendatenbank ist keine einzige Bibliothek – einschließlich der des Bundesarchivs – nachgewiesen, die den reichsweiten „Arbeitseinsatz“ komplett im Bestand hat. Die entscheidenden Jahrgänge 1943 und 1944 sind lediglich in der Universitätsbibliothek der Humboldt-Universität in Berlin vollständig vorhanden. Die Fundstellen für die regionalen Publikationen fallen noch viel spärlicher aus¹¹.

Aus diesem Grunde ist nachfolgend die letztverfügbare statistische Übersicht abgedruckt, die die Aufteilung der 5976673 ausländischen Zivilarbeiter auf die 42 Gauarbeitsamts- und 405 Arbeitsamtsbezirke am 30. September 1944 wiedergibt¹². Die Ausländer sind nicht nach Nationalität unterschieden; lediglich die „Ostarbei-

⁹ Diese Vermutung ist erstmals geäußert worden (für Österreich) von Florian Freund/Bertrand Perz, *Die Zahlenentwicklung der ausländischen Zwangsarbeiter und Zwangsarbeiterinnen auf dem Gebiet der Republik Österreich 1939–1945. Gutachten im Auftrag der Historikerkommission der Republik Österreich*, Wien 2000, S. 10. Bis Januar 2001 konnten jedoch trotz gezielter Recherchen entsprechende Publikationen für die Gauarbeitsamtsbezirke Tirol-Vorarlberg, Salzburg, Kärnten und Steiermark nicht gefunden werden; Mitteilung von Florian Freund vom Januar 2001.

¹⁰ Vgl. *Der Arbeitseinsatz im Gau Halle-Merseburg*, o. O., Jg. 1 (1943/44), Nr. 4, Nr. 8, jeweils Übersichten 6 und 7, Jg. 2 (1944/45), Nr. 1, Übersicht 5; *Der Arbeitseinsatz im Gau Magdeburg-Anhalt, Magdeburg*, Jg. 1943, Nr. 1, Nr. 4, Jg. 1944, Nr. 3, Nr. 6, Nr. 9, jew. o. S.; *Der Arbeitseinsatz in Oberdonau, Linz*, Jg. 1943, Nr. 9, S. 10, 12f., Nr. 10, S. 10f., Nr. 12, S. 6, 8f., Jg. 1944, Nr. 1, S. 10f., Nr. 3, S. 6, 10f., Nr. 6, S. 6, 10f.; *Der Arbeitseinsatz im Gau Niederdonau, Wien*, Jg. 1943, Nr. 2, S. 3, Nr. 3, S. 2, Jg. 1944, Nr. 1, 2, 4, 5 und 7, jew. S. 3.

¹¹ Vgl. <http://www.dbilink.de> (Stand 15. August 2001).

¹² *Arbeitseinsatz im Großdeutschen Reich 1944*, Nr. 11/12 (30. Dezember 1944), S. 25–28. Die Verteilung der Nationalitäten auf Reichsebene ist wiedergegeben in: Herbert, *Fremdarbeiter*, S. 316, und, anders untergliedert, Spoerer, *Zwangsarbeit*, S. 220–226.

ter“ – leicht vereinfacht: Arbeitskräfte aus den besetzten Gebieten der Sowjetunion in Grenzen von 1938 – sind gesondert ausgewiesen. Eine detaillierte Aufteilung nach Nationalitäten ist nur auf der Ebene der Gauarbeitsamtsbezirke verfügbar, wird hier jedoch aus Platzgründen nicht abgedruckt¹³.

Auf den ersten Blick scheint die Arbeitseinsatzstatistik selbsterklärend zu sein. Bei der Interpretation sind jedoch einige Aspekte zu beachten. Es ist unbedingt zu berücksichtigen, daß es sich bei den Zahlen um Stichtagswerte handelt. Nicht enthalten sind diejenigen ausländischen Zivilarbeiter, die vor dem Stichtag 30. September 1944 den Arbeitsamtsbezirk verließen oder starben, und diejenigen, die später noch hinzukamen. Empirisch dürften die Todesfälle das geringere Problem sein. Zwar wurden insbesondere Polen und Ostarbeiter stark diskriminiert und wiesen eine deutlich höhere Mortalität auf als die Angehörigen der anderen Zivilarbeitergruppen und der Deutschen, doch dürfte sie selbst bei ihnen – auf die gesamte Kriegsdauer bezogen – 10 Prozent nicht überstiegen haben¹⁴. Viel wesentlicher ist rechnerisch gesehen die zeitliche Fluktuation. Die Arbeitsämter zogen immer wieder Arbeitskräfte aus weniger dringlichen Fertigungen ab, um sie als besonders wichtig eingestuften Projekten zur Verfügung zu stellen. Zwischen den Gauarbeitsamtsbezirken war der Austausch vermutlich sehr gering, nicht jedoch zwischen Arbeitsämtern desselben Gaus¹⁵. Neben der legalen nahm die illegale Fluktuation immer mehr an Bedeutung zu. Zehntausende von ausländischen Zivilarbeitern befanden sich seit 1943 auf der Flucht – selten in die Heimat, vor der häufig die Front lag, sondern in andere Lager. Die Motive waren vielfältig: Suche nach ebenfalls deportierten Familienangehörigen, Suche nach besseren Arbeitsbedingungen, Angst vor Luftangriffen usw. Außerdem kamen nach dem 30. September 1944 noch in größerem Umfang weitere Polen und Niederländer als Deportierte in das Reich. Zusammengenommen bedeutet dies, daß die nachfolgenden Stichtagsangaben in jedem einzelnen Fall die Untergrenze der tatsächlichen Anzahl aller im Verlaufe der Jahre 1939 bis 1945 in einem Arbeitsamtsbezirk befindlichen ausländischen Zivilarbeiter darstellt – Kriegsgefangene und Häftlinge sind ohnehin nicht miterfaßt.

Des weiteren sind die Anmerkungen in der Quelle zu beachten. Für eine Reihe von Arbeitsamtsbezirken waren zum Zeitpunkt, als die Statistik zusammengestellt wurde, keine aktuellen Informationen erhältlich. So fehlen auch in den früheren Übersichten (erstmalig zum 15. 2. 1943, dann zum 31. 3., 30. 6., 30. 9., 31. 12. 1943, 31. 3. und 30. 6. 1944) der zu Ostpreußen geschlagene Regierungsbezirk Zichenau (Ciechanów) und der Kreis Sudauen (Suwalki-Gebiet), ehemals polnische Territori-

¹³ Die letztverfügbare (Stand: 30. 9. 1944) ist abgedruckt in: Arbeitseinsatz im Großdeutschen Reich 1944, Nr. 11/12, S. 12–23.

¹⁴ Vgl. Spoerer, Zwangsarbeit, S. 227–229; Spoerer/Fleischhacker, Counting Forced Labourers. Die Mortalität der sowjetischen Kriegsgefangenen und KZ-Häftlinge war dagegen exorbitant hoch.

¹⁵ Vgl. Mark Spoerer, Schätzung der Zahl der im Jahr 2000 überlebenden Personen, die auf dem Gebiet der Republik Österreich zwischen 1939 und 1945 als Zwangsarbeiter und Zwangsarbeiterinnen eingesetzt waren. Gutachten für die Historikerkommission der Republik Österreich, Wien 2000, S. 20f.

en, in denen der Aufbau der deutschen Arbeitseinsatzverwaltung noch nicht abgeschlossen war¹⁶. Aufgrund des Frontverlaufs und wegen anderer Kriegseinwirkungen lagen den Statistikern Ende 1944 auch die Ergebnisse einzelner anderer Arbeitsamtsbezirke nicht vor, so daß sie frühere Angaben einsetzten.

Eine ganz wesentliche Unterschätzung der tatsächlich eingesetzten ausländischen Zivilarbeiter, insbesondere der Polen, ergibt sich aus der Nichtberücksichtigung der „Schutzangehörigen des Deutschen Reichs“ im Gauarbeitsamtsbezirk Wartheland, wo fast 85 Prozent der 4,2 Millionen Menschen umfassenden Bevölkerung ethnische Polen waren¹⁷. Wie die Anmerkung 10 ausführt, standen dort am 30. September 1944 über 1,4 Millionen Angehörige dieser Gruppe im Arbeitseinsatz, ohne in der Arbeitseinsatzstatistik der Ausländer erfaßt zu sein. Die in den anderen Gauarbeitsamtsbezirken eingesetzten 0,65 Millionen „Schutzangehörigen“ sind dagegen in den statistischen Übersichten enthalten. Bei den „Schutzangehörigen“ handelte es sich um Menschen, die auf dem Territorium des „Großdeutschen Reichs“ lebten und weder Deutsche waren noch für eindeutschungsfähig befunden wurden, jedoch gewillt waren oder sich genötigt sahen, einen Treueeid gegenüber dem Reich abzulegen. Faktisch setzte sich diese fast rechtlose und stark diskriminierte Gruppe in erster Linie aus ethnischen Polen zusammen, ferner aus Ukrainern, Weißrussen und Slowenen aus den annektierten polnischen und jugoslawischen Gebieten. „Schutzangehörige“ waren staatenlos, galten jedoch wie die nichtdeutschen Angehörigen des „Reichsprotectorats Böhmen und Mähren“ nicht als Ausländer¹⁸.

Auf der Ebene der Arbeitsamtsbezirke weist der „Arbeitseinsatz“ lediglich die Ostarbeiter gesondert aus. Für die Ermittlung oder Abschätzung der anderen Nationalitäten eines Arbeitsamtsbezirks bieten sich zwei Wege an. Der methodisch sauberste führt über die Arbeitseinsatzstatistiken der Gauarbeitsämter, die – wenn sie überhaupt als Publikation existieren – in den meisten Fällen vermutlich nur archivalisch, selten jedoch in öffentlichen Bibliotheken überliefert sind. Alternativ bietet sich die Aufgliederung der ausländischen Zivilarbeiter nach Gauarbeitsamtsbezirken im „Arbeitseinsatz“ an, die hier aus Platzgründen nicht mit abgedruckt ist. Diese Übersicht ist in nicht weniger als 33 Staatsangehörigkeiten und die 42 Gauarbeitsamtsbezirke aufgegliedert. So setzten sich beispielsweise die ausländischen Zivilarbeiter im Gauarbeitsamtsbezirk Magdeburg-Anhalt zusammen aus: 36 Prozent Ostarbeiter, 27 Pro-

¹⁶ Vgl. für Zichenau Czesław Madajczyk, *Die Okkupationspolitik Nazideutschlands in Polen 1939–1945*, Berlin 1987, S. 245. Das nördlich an den Bezirk Białystok angrenzende Suwalki-Gebiet war im Gegensatz zu jenem innerhalb der deutschen Zoll- und Verwaltungsgrenze.

¹⁷ Vgl. Martin Broszat, *Nationalsozialistische Polenpolitik 1939–1945*, Frankfurt a. M./Hamburg 1965, S. 38.

¹⁸ Vgl. Diemut Majer, „Fremdvölkische“ im Dritten Reich. Ein Beitrag zur nationalsozialistischen Rechtssetzung und Rechtspraxis in Verwaltung und Justiz unter besonderer Berücksichtigung der eingegliederten Ostgebiete und des Generalgouvernements, Boppard 1981, S. 215–221, 428–431. Zur Einordnung der Polen in der Arbeitseinsatzstatistik vgl. Runderlasse für die Arbeitseinsatz-, Reichstreuhänder- und Gewerbeaufsichtsverwaltung, hrsg. vom Reichsarbeitsministerium, Berlin 1942, S. 539; dies. 1944, S. 584.

zent ethnische Polen (aus dem Generalgouvernement, dem Bezirk Bialystok und „Schutzangehörige“), 9 Prozent Franzosen, 8 Prozent Belgier, 4 Prozent Ukrainer ehemals polnischer Nationalität, je 3 Prozent Italiener und Niederländer, je 2 Prozent „Protektoratsangehörige“ und Staatenlose usw. Von der Verteilung der Ausländer innerhalb eines Gauarbeitsamtsbezirks auf die eines seiner Arbeitsamtsbezirke zu schließen, dürfte für die größeren Ausländergruppen nicht allzu problematisch sein. Nicht empfehlenswert ist dagegen der Rückschluß von den einfacher zugänglichen reichsweiten Zahlen auf die Arbeitsamtsebene, da die regionale Verteilung bestimmter Ausländergruppen sehr uneinheitlich war. In Hamburg etwa stellten die Ostarbeiter nur 18 Prozent, in Westfalen-Süd dagegen 55 Prozent der ausländischen Zivilarbeiter. Arbeiter aus Südosteuropa, unter denen sich relativ viele Freiwillige befanden, bevorzugten verstärkt die südöstlichen Gauarbeitsamtsbezirke. So arbeitete etwa ein Drittel der 9000 im Reich beschäftigten Rumänen in den österreichischen Gauarbeitsamtsbezirken, die insgesamt nur ein Zehntel aller ausländischen Zivilarbeiter stellten¹⁹.

Eine Aufschlüsselung der ausländischen Zivilarbeiter innerhalb der Arbeitsamtsbezirke, etwa mit Blick auf Kommunen, findet sich weder im reichsweiten „Arbeitseinsatz“ noch in den entsprechenden Publikationen der Gauarbeitsämter. Um die Zahl der in bestimmten Kommunen eingesetzten Zivilarbeiter ermitteln zu können, empfiehlt es sich, andere Überlieferungen des in Frage kommenden Arbeitsamtsbezirkes heranzuziehen, etwa aus Übersichten aller Beschäftigten der Kommunen eines Arbeitsamtsbezirks. Weil sich jedoch Kommunen eines Arbeitsamtsbezirks im Kriegsverlauf sehr unterschiedlich entwickelt haben können, ist es ratsam, sich auf möglichst späte Dokumente, also etwa aus dem Jahre 1944, zu stützen²⁰.

Abschließend sollte noch einmal betont werden, daß die nachfolgend abgedruckten Zahlen nur die unteren Grenzen der tatsächlichen Anzahl aller im Verlaufe des Krieges innerhalb eines Arbeitsamtsbezirks befindlichen ausländischen Zivilarbeiter darstellen. Da über die zeitliche Fluktuation wenig bekannt ist, erscheint es beim gegenwärtigen Kenntnisstand vermessen, von dieser Zahl die Gesamtzahl eines Bezirks abzuleiten. Dieses Problem ist nicht unerheblich, wie ein Vergleich der Stichtagszahl für den Arbeitsamtsbezirk Hagen mit den vorläufigen Ergebnissen eines Projekts des Historischen Centrums Hagen zeigt: Während der „Arbeitseinsatz“ für den 30. September 1944 18557 ausländische Zivilarbeiter im Arbeitsamtsbezirk Hagen ausweist, gehen die Hagener Historiker mittlerweile von mindestens 25000 aus²¹.

¹⁹ Vgl. Sporer, Schätzung, S. 9. Vgl. für weitere Details der statistischen Erfassung von Ausländern, „Protektoratsangehörigen“ und „Schutzangehörigen“, in: Runderlasse 1942, S. 8 f., und besonders S. 272–276.

²⁰ Praktische Fragen dieser und anderer Art werden in der mailing-Liste „ns-zwangsarbeit“ (<http://www.list.kbx7.de/list?enter=NS-Zwangsarbeit>) diskutiert, die von Bernhard Bremberger moderiert wird (Landesverwaltungsamt Berlin, Koordinierungsstelle fuer Auskunftsersuchen von Zwangsarbeitern des NS-Staates und anderen Berechtigten).

²¹ Mitteilung von Ralf Blank, Historisches Centrum Hagen, vom Januar 2001. Vgl. auch <http://www.hco.hagen.de/zwangsarbeit/index1.html> (Stand: 15. August 2001).

Wünschenswert wäre, wenn weitere Archive, die aufgrund einer guten Überlieferung eine komplette Bestandsliste vorlegen könnten, diese mit den nachfolgenden Zahlen abgleichen könnten, so daß sich ein Multiplikationsfaktor abschätzen ließe, mit dem auch für Bezirke mit schlechterer Überlieferung von den Stichtagsangaben auf die Gesamtzahl hochgerechnet werden könnte.

Dokument

Die ausländischen und die protektoratsangehörigen Arbeiter und Angestellten¹ im Großdeutschen Reich² nach Arbeitsamtsbezirken am 30. September 1944

Arbeitsamtsbezirke	Ausländische Arbeiter und Angestellte einschl. Ostarbeiter ³			
	Männer	Frauen	insgesamt	davon (Sp. 4) Ostarbeiter
1	2	3	4	5
Großdeutsches Reich	3,986,306	1,990,367	5,976,673	2,174,644
Gauarbeitsamtsbezirk Ostpreußen ⁴	148,679	88,550	237,229	52,906
Allenstein	12,680	7,603	20,283	7,734
Goldap	8,143	5,264	13,407	3,515
Gumbinnen	6,861	4,792	11,653	1,335
Insterburg	9,558	6,428	15,986	3,065
Königsberg	47,446	21,471	68,917	11,588
Lyck	12,299	8,270	20,569	8,768
Memel	8,052	5,810	13,862	1,487
Ortelsburg	10,917	6,833	17,750	5,247
Pr. Holland	4,891	3,811	8,702	1,150
Rastenburg	10,155	6,081	16,236	3,945
Tilsit	12,297	7,400	19,697	1,663
Wormditt	5,380	4,787	10,167	3,409
Gauarbeitsamtsbezirk Oberschlesien	125,777	51,317	177,094	66,316
Beuthen	7,953	1,783	9,736	3,658
Bielitz	9,401	2,788	12,189	3,443
Gleiwitz	12,746	4,269	17,015	7,436
Hindenburg	4,585	496	5,081	1,262
Kattowitz	13,660	3,996	17,656	10,718
Königshütte	3,710	1,294	5,004	2,507
Krenau	875	221	1,096	255
Kreuzburg	8,524	5,816	14,340	1,167
Loben	2,023	1,591	3,614	788
Neiße	5,247	3,765	9,012	3,287
Neustadt	5,296	4,860	10,156	4,046
Oppeln	13,528	7,678	21,206	7,634

Arbeitsamtsbezirke	Ausländische Arbeiter und Angestellte einschl. Ostarbeiter ³			
	Männer	Frauen	insgesamt	davon (Sp. 4) Ostarbeiter
1	2	3	4	5
Pleß	2,637	1,905	4,542	3,120
Ratibor	22,372	6,876	29,248	8,874
Rybnik	3,227	1,531	4,758	3,799
Sosnowitz	3,911	402	4,313	607
Teschen	6,082	2,046	8,128	3,715
Gauarbeitsamtsbezirk				
Niederschlesien	164,463	105,371	269,834	80,610
Breslau	38,179	16,811	54,990	14,197
Brieg	5,095	3,990	9,085	2,135
Bunzlau	5,561	2,927	8,488	3,332
Glatz	6,951	5,072	12,023	3,953
Glogau	5,891	4,412	10,303	2,556
Görlitz	13,103	7,184	20,287	6,776
Grünberg	6,901	4,519	11,420	3,432
Hirschberg	5,018	3,973	8,991	3,043
Jauer	7,419	5,897	13,316	4,741
Lauban	6,494	6,471	12,965	5,057
Liegnitz	7,733	5,640	13,373	4,326
Oels	9,052	6,729	15,781	1,991
Reichenbach	4,875	3,953	8,828	1,934
Sagan	6,772	4,404	11,176	3,716
Schweidnitz	5,499	3,766	9,265	2,957
Steinau	6,818	5,545	12,363	2,661
Strehlen	6,561	5,255	11,816	3,393
Trebnitz	5,801	5,047	10,848	2,779
Waldenburg	10,740	3,776	14,516	7,631
Gauarbeitsamtsbezirk				
Mark Brandenburg	218,008	121,152	339,160	127,120
Brandenburg	21,147	12,512	33,659	14,116
Cottbus	7,820	4,796	12,616	5,489
Eberswalde	17,328	9,106	26,434	10,170
Forst	9,885	4,653	14,538	4,356
Frankfurt (Oder)	17,619	9,326	26,945	10,097
Guben	7,266	2,935	10,201	2,778
Küstrin	11,883	7,019	18,902	6,428
Landsberg (Warthe)	9,684	5,759	15,443	4,856
Luckenwalde	4,967	2,753	7,720	2,244
Meseritz	7,536	4,736	12,272	3,669
Neuruppin	8,051	5,178	13,229	5,635

Arbeitsamtsbezirke	Ausländische Arbeiter und Angestellte einschl. Ostarbeiter ³			
	Männer	Frauen	insgesamt	davon (Sp. 4) Ostarbeiter
1	2	3	4	5
Niederbarnim-Osthavelland	27,960	15,708	43,668	17,496
Potsdam	9,587	6,730	16,317	7,092
Prenzlau	10,582	7,230	17,812	5,657
Senftenberg	14,468	5,897	20,365	8,142
Teltow	18,150	8,836	26,986	11,046
Wittenberge	14,075	7,978	22,053	7,849
Gauarbeitsamtsbezirk Berlin				
Berlin	271,444	103,554	374,998	103,095
Gauarbeitsamtsbezirk Pommern				
Arnswalde	7,043	4,376	11,419	2,604
Greifswald	9,893	4,821	14,714	4,197
Kolberg	6,738	4,624	11,362	3,941
Köslin	6,975	4,492	11,467	3,885
Naugard	10,464	6,131	16,595	5,359
Neustettin	8,153	4,341	12,494	3,582
Schlochau	5,329	3,800	9,129	3,120
Schneidemühl	10,368	5,697	16,065	4,449
Stargard	10,685	6,395	17,080	4,773
Stettin	32,379	8,782	41,161	11,384
Stolp	10,888	6,594	17,482	7,726
Stralsund	19,332	13,931	33,263	10,574
Swinemünde	9,638	3,321	12,959	3,730
Gauarbeitsamtsbezirk Mecklenburg				
Güstrow	12,322	9,075	21,397	7,154
Neubrandenburg	10,382	6,949	17,331	6,724
Rostock	17,032	9,062	26,094	11,228
Schwerin	17,732	13,160	30,892	10,811
Waren	6,834	5,465	12,299	4,564
Wismar	9,273	5,804	15,077	5,175
Gauarbeitsamtsbezirk				
Schleswig-Holstein	84,856	49,311	134,167	56,773
Bad Oldesloe	11,479	8,159	19,638	9,705
Elmshorn	7,575	6,018	13,593	5,183
Flensburg	12,005	6,403	18,408	8,127
Heide	5,786	4,651	10,437	4,292
Kiel	22,264	7,110	29,374	10,592
Lübeck	14,862	10,928	25,790	11,482
Neumünster	10,885	6,042	16,927	7,392

Arbeitsamtsbezirke	Ausländische Arbeiter und Angestellte einschl. Ostarbeiter ³			
	Männer	Frauen	insgesamt	davon (Sp. 4) Ostarbeiter
1	2	3	4	5
Gauarbeitsamtsbezirk Hamburg				
Hamburg	50,656	12,822	63,478	11,128
Gauarbeitsamtsbezirk Weser-Ems	88,942	34,052	122,994	46,804
Brake	4,564	2,115	6,679	2,663
Bremen	29,914	8,653	38,567	14,486
Emden	5,845	2,140	7,985	3,211
Leer	4,813	2,129	6,942	2,549
Nordhorn	8,505	2,720	11,225	2,161
Oldenburg	7,859	4,781	12,640	5,461
Osnabrück	11,026	6,406	17,432	8,442
Vechta	4,881	2,095	6,976	3,389
Wilhelmshaven	11,535	3,013	14,548	4,442
Gauarbeitsamtsbezirk Osthannover⁴	70,739	37,429	108,168	40,912
Celle	12,962	7,404	20,366	7,425
Lüneburg	7,160	4,433	11,593	4,417
Stade	4,987	3,424	8,411	3,698
Stadt d. KdF.-Wagens	15,037	6,595	21,632	9,058
Uelzen	10,112	4,958	15,070	5,311
Verden	12,097	5,789	17,886	5,536
Wesermünde	8,384	4,826	13,210	5,467
Gauarbeitsamtsbezirk Südhannover-				
Braunschweig	167,027	84,864	251,891	96,061
Alfeld	8,852	6,118	14,970	6,107
Bassum	6,275	4,213	10,488	4,046
Braunschweig	27,124	15,485	42,609	16,590
Goslar	9,501	5,543	15,044	7,464
Göttingen	5,178	3,495	8,673	3,318
Hameln	6,399	4,406	10,805	4,436
Hannover	34,054	14,726	48,780	18,184
Helmstedt	6,826	3,837	10,663	3,865
Hildesheim	11,075	8,410	19,485	8,362
Nienburg	8,654	4,453	13,107	5,700
Northeim	10,922	8,136	19,058	7,630
Watenstedt-Salzgitter	32,167	6,042	38,209	10,359
Gauarbeitsamtsbezirk Magdeburg-				
Anhalt	130,555	73,468	204,023	73,437
Aschersleben	5,653	2,809	8,462	3,118
Bernburg	9,152	4,835	13,987	4,576

Arbeitsamtsbezirke	Ausländische Arbeiter und Angestellte einschl. Ostarbeiter ³			
	Männer	Frauen	insgesamt	davon (Sp. 4) Ostarbeiter
1	2	3	4	5
Burg	14,637	10,595	25,232	10,180
Dessau	24,644	11,343	35,987	13,989
Halberstadt	19,923	10,606	30,529	11,210
Magdeburg	38,531	20,290	58,821	21,776
Stendal	18,015	12,990	31,005	8,588
Gauarbeitsamtsbezirk Halle- Merseburg	96,322	43,013	139,335	55,514
Bitterfeld	20,041	8,388	28,429	9,936
Eisleben	8,471	4,693	13,164	5,884
Halle	30,242	10,147	40,389	15,882
Sangerhausen	12,294	6,908	19,202	7,108
Torgau	9,569	5,406	14,975	5,867
Weißenfels	9,213	3,727	12,940	5,411
Wittenberg	6,492	3,744	10,236	5,426
Gauarbeitsamtsbezirk Sachsen ⁵	180,146	89,316	269,462	102,113
Annaberg	2,480	1,946	4,426	1,992
Aue	4,934	3,055	7,989	4,218
Auerbach	2,572	954	3,526	920
Bautzen	3,741	2,775	6,516	3,028
Borna	10,155	2,513	12,668	4,465
Burgstädt	4,580	2,703	7,283	2,648
Chemnitz	14,751	5,852	20,603	9,857
Döbeln	4,292	2,654	6,946	2,817
Dresden	25,783	15,304	41,087	15,543
Flöha	2,631	1,044	3,675	1,193
Freiberg	2,576	1,965	4,541	2,315
Glauchau	3,092	1,353	4,445	1,581
Grimma	4,953	2,582	7,535	2,748
Kamenz	2,014	1,057	3,071	1,031
Leipzig	40,567	15,599	56,166	13,228
Löbau	2,736	2,537	5,273	2,174
Lugau	1,430	767	2,197	1,286
Meißen	6,352	4,723	11,075	4,036
Olbernhau	1,421	1,013	2,434	1,214
Pirna	5,623	3,144	8,767	3,941
Plauen	8,158	4,715	12,873	6,308
Riesa	10,312	4,757	15,069	6,259
Zittau	5,346	2,343	7,689	3,282
Zwickau	9,647	3,961	13,608	6,029

Arbeitsamtsbezirke	Ausländische Arbeiter und Angestellte einschl. Ostarbeiter ³			
	Männer	Frauen	insgesamt	davon (Sp. 4) Ostarbeiter
1	2	3	4	5
Gauarbeitsamtsbezirk Sudetenland	166,917	73,256	240,173	57,398
Aussig	11,804	4,667	16,471	4,350
Böhm. Leipa	6,611	3,631	10,242	3,378
Eger	4,246	1,525	5,771	1,703
Freiwaldau	1,759	739	2,498	585
Graslitz	4,582	761	5,343	1,981
Jägerndorf				
Karlsbad	6,535	3,295	9,830	3,887
Komotau	33,694	8,080	41,774	9,217
Mähr. Schönberg	4,720	2,714	7,434	1,869
Mähr. Trübau	5,571	3,284	8,855	1,543
Marienbad	4,317	2,474	6,791	2,141
Mies	5,914	2,888	8,802	1,854
Neutitschein	8,550	4,112	12,662	673
Reichenberg	15,544	9,307	24,851	5,667
Rumburg	3,484	2,199	5,683	2,873
Saaz	7,950	5,546	13,496	3,826
Sternberg	5,709	2,539	8,248	1,195
Teplitz-Schönau	15,881	4,744	20,625	2,763
Tetschen-Bodenbach	7,429	2,659	10,088	2,989
Trautenau	7,593	4,704	12,297	3,349
Troppau-Jägerndorf	5,024	3,388	8,412	1,555
Gauarbeitsamtsbezirk Thüringen	112,519	72,960	185,479	86,806
Altenburg	7,244	4,410	11,654	3,979
Arnstadt	5,187	3,805	8,992	4,403
Eisenach	9,094	5,678	14,772	7,527
Erfurt	13,360	7,014	20,374	8,955
Gera	9,646	7,419	17,065	8,948
Gotha	6,674	4,186	10,860	4,812
Heiligenstadt	2,567	1,493	4,060	1,578
Jena	13,592	6,622	20,214	9,621
Meiningen	3,078	1,963	5,041	2,390
Mühlhausen	3,681	3,513	7,194	3,475
Nordhausen	12,799	5,884	18,683	7,040
Saalfeld	6,838	4,280	11,118	6,462
Sonneberg	2,451	3,899	6,350	3,888
Suhl	7,399	7,772	15,171	8,795
Weimar	8,909	5,022	13,931	4,933

Arbeitsamtsbezirke	Ausländische Arbeiter und Angestellte einschl. Ostarbeiter ³			
	Männer	Frauen	insgesamt	davon (Sp. 4) Ostarbeiter
1	2	3	4	5
Gauarbeitsamtsbezirk Kurhessen	63,385	21,461	84,846	28,114
Fulda	4,996	2,377	7,373	2,958
Hersfeld	8,205	3,165	11,370	4,746
Kassel	41,838	11,742	53,580	15,610
Korbach	3,608	2,137	5,745	2,454
Marburg	4,738	2,040	6,778	2,346
Gauarbeitsamtsbezirk Westfalen-Nord⁴	95,792	42,025	137,817	63,512
Ahlen	8,072	3,157	11,229	5,595
Bielefeld	10,392	9,439	19,831	10,544
Bocholt	3,199	1,313	4,512	2,265
Detmold	4,725	3,756	8,481	3,621
Gelsenkirchen	23,422	4,394	27,816	11,663
Herford	2,232	1,930	4,162	1,881
Minden	4,950	3,195	8,145	3,966
Münster	7,070	3,050	10,120	3,728
Paderborn	7,169	3,636	10,805	4,884
Recklinghausen	18,174	3,751	21,925	10,510
Rheine	3,704	1,850	5,554	2,304
Stadthagen	2,683	2,554	5,237	2,551
Gauarbeitsamtsbezirk Westfalen-Süd⁶	128,527	56,394	184,921	100,789
Arnsberg	3,265	3,305	6,570	4,301
Bochum	11,589	2,592	14,181	8,735
Dortmund	21,038	4,653	25,691	11,213
Hagen	14,207	4,350	18,557	8,220
Hamm	13,301	3,527	16,828	9,406
Herne	7,993	1,632	9,625	5,223
Iserlohn	7,817	5,888	13,705	8,301
Lüdenscheid	7,917	7,782	15,699	11,375
Meschede	5,102	3,217	8,319	4,142
Olpe	4,339	1,887	6,226	4,325
Schwelm	9,068	3,675	12,743	5,167
Siegen	9,157	5,545	14,702	8,511
Soest	8,122	6,259	14,381	7,918
Witten	5,612	2,082	7,694	3,952
Gauarbeitsamtsbezirk Essen⁴	81,933	28,027	109,960	49,836
Duisburg	18,536	6,769	25,305	12,888
Essen	18,134	6,631	24,765	15,382
Geldern	-	-	-	-
Kleve	8,026	1,907	9,933	788

Arbeitsamtsbezirke	Ausländische Arbeiter und Angestellte einschl. Ostarbeiter ³			
	Männer	Frauen	insgesamt	davon (Sp. 4) Ostarbeiter
1	2	3	4	5
Moers-Geldern	12,879	5,013	17,892	5,700
Mühlheim (Ruhr)	–	–	–	–
Oberhausen-Mühlheim (Ruhr)	14,921	4,987	19,908	11,722
Wesel	9,437	2,720	12,157	3,356
Gauarbeitsamtsbezirk Düsseldorf	86,169	49,355	135,524	63,770
Düsseldorf	23,348	11,187	34,535	15,148
Gladbach-Rheydt	4,810	3,049	7,859	2,441
Kempen	5,367	2,528	7,895	2,448
Krefeld	7,502	3,889	11,391	4,821
Neuß	10,498	6,088	16,586	7,978
Opladen	6,939	4,562	11,501	5,161
Remscheid	4,556	2,969	7,525	4,728
Solingen	6,873	3,547	10,420	4,422
Velbert	6,910	4,434	11,344	6,710
Wuppertal	9,366	7,102	16,468	9,913
Gauarbeitsamtsbezirk Köln-Aachen ⁷	80,296	35,605	115,901	45,050
Aachen-Eschweiler	12,967	3,402	16,369	4,910
Bergisch-Gladbach	3,302	2,553	5,855	3,430
Bonn	4,570	2,550	7,120	2,833
Düren	6,876	2,475	9,351	3,849
Erkelenz	7,111	2,616	9,727	3,211
Eschweiler				
Eupen	3,362	1,583	4,945	634
Euskirchen	4,269	1,507	5,776	2,104
Gummersbach	2,383	2,034	4,417	2,079
Horrem	9,824	3,633	13,457	5,223
Köln	19,514	8,784	28,298	11,652
Siegburg	6,118	4,468	10,586	5,125
Gauarbeitsamtsbezirk Moselland ^{4, 8}	30,001	16,802	46,803	22,508
Ahrweiler	1,359	662	2,021	820
Gerolstein	954	895	1,849	1,155
Idar-Oberstein	1,440	864	2,304	1,114
Koblenz	3,198	2,008	5,206	2,353
Kochem	1,693	985	2,678	1,059
Kreuznach	4,179	2,379	6,558	3,224
Mayen	3,038	2,010	5,048	2,515
Neuwied	8,817	3,698	12,515	6,191
Trier	5,323	3,301	8,624	4,077
Luxemburg	–	–	–	–

Arbeitsamtsbezirke	Ausländische Arbeiter und Angestellte einschl. Ostarbeiter ³			
	Männer	Frauen	insgesamt	davon (Sp. 4) Ostarbeiter
1	2	3	4	5
Gauarbeitsamtsbezirk Westmark				
mit Lothringen ⁴	106,049	45,255	151,304	57,620
Kaiserslautern	5,520	3,069	8,589	2,876
Landau (Pfalz)	2,700	1,895	4,595	1,497
Ludwigshafen	19,857	8,869	28,726	11,933
Neunkirchen	5,069	1,475	6,544	4,063
Pirmasens	1,216	621	1,837	926
Saarbrücken	16,608	5,764	22,372	11,581
Saarlautern	3,212	2,113	5,325	2,738
St. Ingbert	3,898	1,505	5,403	2,974
Zweibrücken	2,454	1,284	3,738	1,358
AA.-Nebenst. Forbach	2,235	455	2,690	712
Diedenhofen	13,390	4,725	18,115	6,578
Metz	17,468	9,146	26,614	6,466
Saarburg	4,726	2,324	7,050	827
Saargemünd	7,696	2,010	9,706	3,091
Gauarbeitsamtsbezirk Rhein-Main⁹				
Darmstadt	8,131	4,750	12,881	5,864
Dillenburg	3,555	2,647	6,202	3,717
Frankfurt a. M.	33,226	15,064	48,290	17,638
Gießen	10,894	6,768	17,662	7,350
Hanau	4,644	2,327	6,971	3,270
Limburg	2,994	1,677	4,671	2,258
Mainz	13,488	6,381	19,869	9,043
Niederlahnstein	3,007	1,818	4,825	2,286
Offenbach	3,213	1,505	4,718	2,213
Wetzlar	4,331	2,703	7,034	4,063
Wiesbaden	4,614	3,176	7,790	3,114
Worms	3,823	1,700	5,523	2,397
Gauarbeitsamtsbezirk Baden				
mit Elsaß	81,495	42,175	123,670	43,032
Freiburg	6,923	3,532	10,455	3,118
Heidelberg	5,263	3,761	9,024	3,255
Karlsruhe	11,275	5,957	17,232	7,151
Konstanz	7,630	3,838	11,468	3,459
Lörrach	8,141	3,217	11,358	2,638
Mannheim	11,642	5,118	16,760	6,542
Mosbach	4,296	2,559	6,855	2,464
Offenburg	5,147	2,922	8,069	3,520

Arbeitsamtsbezirke	Ausländische Arbeiter und Angestellte einschl. Ostarbeiter ³			
	Männer	Frauen	insgesamt	davon (Sp. 4) Ostarbeiter
1	2	3	4	5
Pforzheim	1,802	1,224	3,026	1,111
Rastatt	3,726	1,842	5,568	2,040
Villingen	4,193	2,703	6,896	2,966
Kolmar	1,363	684	2,047	759
Mülhausen	6,579	2,752	9,331	1,791
Straßburg	3,515	2,066	5,581	2,218
Gauarbeitsamtsbezirk Württemberg ⁴	122,936	68,242	191,178	77,889
Aalen	7,900	4,410	12,310	5,475
Balingen	2,348	1,810	4,158	1,875
Eßlingen	14,066	7,745	21,811	10,715
Heilbronn	9,298	4,804	14,102	6,119
Ludwigsburg	8,879	5,170	14,049	5,744
Nagold	3,546	2,257	5,803	1,897
Ravensburg	8,931	4,654	13,585	5,278
Reutlingen	4,355	3,420	7,775	3,469
Rottweil	10,409	5,599	16,008	6,111
Schwäbisch Gmünd	5,137	3,408	8,545	3,062
Schwäbisch Hall	7,664	4,484	12,148	4,196
Sigmaringen	3,470	2,168	5,638	1,875
Stuttgart	26,630	12,377	39,007	15,444
Ulm	10,303	5,936	16,239	6,629
Gauarbeitsamtsbezirk Mainfranken	21,731	13,504	35,235	16,485
Aschaffenburg	5,085	2,958	8,043	3,597
Schweinfurt	7,869	5,203	13,072	6,966
Würzburg	8,777	5,343	14,120	5,922
Gauarbeitsamtsbezirk Franken	48,579	28,617	77,196	30,235
Ansbach	7,113	4,596	11,709	3,764
Nürnberg	37,239	21,429	58,668	23,816
Weißenburg	4,227	2,592	6,819	2,655
Gauarbeitsamtsbezirk Bayreuth	67,325	41,805	109,130	41,254
Amberg	2,508	1,101	3,609	1,085
Bamberg	4,886	4,576	9,462	5,420
Bayreuth	4,243	2,404	6,647	2,298
Cham	2,717	1,428	4,145	1,059
Coburg	4,307	3,184	7,491	3,421
Deggendorf	3,747	2,162	5,909	2,226
Hof	2,762	1,977	4,739	1,961
Landshut	5,019	4,552	9,571	3,177

Arbeitsamtsbezirke	Ausländische Arbeiter und Angestellte einschl. Ostarbeiter ³			
	Männer	Frauen	insgesamt	davon (Sp. 4) Ostarbeiter
1	2	3	4	5
Marktrechwitz	4,198	3,459	7,657	2,316
Neumarkt	3,734	2,234	5,968	2,670
Passau	5,022	2,742	7,764	2,356
Pfarrkirchen	2,938	2,928	5,866	2,272
Regensburg	12,788	5,601	18,389	6,372
Schwandorf	3,548	1,477	5,025	2,074
Weiden	4,908	1,980	6,888	2,547
Gauarbeitsamtsbezirk München- Oberbayern	79,796	41,623	121,419	44,966
Freising	4,060	2,888	6,948	2,624
Ingolstadt	4,873	4,109	8,982	4,183
Mühlendorf	5,947	3,411	9,358	3,791
München	47,301	18,665	65,966	23,075
Rosenheim	6,884	5,485	12,369	4,795
Traunstein	6,257	3,888	10,145	3,295
Weilheim	4,474	3,177	7,651	3,203
Gauarbeitsamtsbezirk Schwaben	32,674	23,603	56,277	24,470
Augsburg	12,160	7,407	19,567	8,685
Donauwörth	5,419	4,514	9,933	3,722
Kempten	7,785	5,809	13,594	5,864
Memmingen	2,817	2,072	4,889	1,997
Neu-Ulm	4,493	3,801	8,294	4,202
Gauarbeitsamtsbezirk Wien				
Wien	90,845	32,425	123,270	28,054
Gauarbeitsamtsbezirk Niederdonau	109,690	53,000	162,690	53,161
Amstetten	9,086	3,547	12,633	4,386
Eisenstadt	10,350	5,985	16,335	5,036
Gänserndorf	15,572	7,255	22,827	9,071
Gmünd	6,594	3,862	10,456	2,302
Krems	4,318	3,002	7,320	2,595
St. Pölten	10,221	4,625	14,846	5,053
Stockerau	11,724	5,036	16,760	6,222
Wiener Neustadt	32,664	13,647	46,311	15,037
Znaim	9,161	6,041	15,202	3,459
Gauarbeitsamtsbezirk Oberdonau	72,892	28,883	101,775	34,454
Braunau	6,324	3,727	10,051	3,297
Gmunden	6,614	2,739	9,353	3,253
Krummau	3,541	2,569	6,110	2,672

Arbeitsamtsbezirke	Ausländische Arbeiter und Angestellte einschl. Ostarbeiter ²			
	Männer	Frauen	insgesamt	davon (Sp. 4) Ostarbeiter
1	2	3	4	5
Linz	46,022	15,920	61,942	20,804
Steyr	10,391	3,928	14,319	4,428
Gauarbeitsamtsbezirk Tirol-Vorarlberg	21,340	10,532	31,872	11,222
Bregenz	6,030	3,675	9,705	3,437
Innsbruck	11,499	5,462	16,961	5,849
Landeck	3,811	1,395	5,206	1,936
Gauarbeitsamtsbezirk Salzburg				
Salzburg	12,984	6,471	19,455	6,173
Gauarbeitsamtsbezirk Kärnten	25,179	13,844	39,023	9,826
Klagenfurt	16,627	9,464	26,091	6,246
Villach	8,552	4,380	12,932	3,580
Gauarbeitsamtsbezirk Steiermark	71,167	31,388	102,555	35,701
Bruck a. d. M.	27,398	6,427	33,825	12,089
Gleisdorf	7,128	6,425	13,553	5,519
Graz	27,339	13,257	40,596	11,661
Judenburg	5,966	3,443	9,409	4,395
Liezen	3,336	1,836	5,172	2,037
Gauarbeitsamtsbezirk Danzig- Westpreußen	58,777	39,507	98,284	50,758
Bromberg	3,644	3,227	6,871	2,881
Danzig	17,442	8,223	25,665	12,734
Dirschau	2,133	1,931	4,064	2,868
Elbing	12,041	7,142	19,183	8,213
Gotenhafen	7,135	5,483	12,618	9,787
Graudenz	2,765	2,131	4,896	2,794
Konitz	682	1,082	1,764	1,341
Marienburg	10,106	8,284	18,390	7,913
Rippin	71	12	83	3
Strasburg	269	204	473	394
Thorn	2,489	1,788	4,277	1,830
Gauarbeitsamtsbezirk Wartheland ¹⁰	2,314	2,053	4,367	579
Freihaus	102	73	175	0
Gnesen	23	26	49	0
Hohensalza	71	81	152	6
Jarotschin	47	13	60	0
Kalisch	395	147	542	38
Kolmar	9	5	14	4

Arbeitsamtsbezirke	Ausländische Arbeiter und Angestellte einschl. Ostarbeiter ³			
	Männer	Frauen	insgesamt	davon (Sp. 4) Ostarbeiter
1	2	3	4	5
Kutno	0	5	5	0
Leslau	66	31	97	0
Lissa	131	55	186	66
Litzmannstadt	779	1,130	1,909	265
Ostrowo	60	19	79	4
Posen	527	400	927	192
Samter	14	8	22	0
Warthbrücken	64	50	114	4
Welun	26	10	36	0

[Anmerkungen]

- 1) Einschließlich der Nichtbeschäftigten und der Personen ungeklärten Verbleibs.
- 2) Ohne Regierungsbezirk Zichenau und Kreis Sudauen, aber einschließlich Elsaß, Lothringen und Wartheland.
- 3) Altsowjetrussisches Gebiet.
- 4) Für die Arbeitsamtsbezirke Gumbinnen und Memel (Gauarbeitsamt Ostpreußen), Wesermünde (Gauarbeitsamt Osthannover), Münster (Gauarbeitsamt Westfalen-Nord), Kleve (Gauarbeitsamt Essen), Gerolstein und Trier (Gauarbeitsamt Moselland), Kaiserslautern sowie für die lothringischen Arbeitsamtsbezirke (Gauarbeitsamt Westmark) und Stuttgart (Gauarbeitsamt Württemberg) sind die Ergebnisse vom 30. Juni 1944 eingesetzt worden.
- 5) Für den Arbeitsamtsbezirk Leipzig sind die Ergebnisse vom 30. September 1943 eingesetzt worden.
- 6) Für den Arbeitsamtsbezirk Dortmund sind für Männer die Ergebnisse vom 31. März 1943, für Frauen sowie für den Arbeitsamtsbezirk Hamm die Ergebnisse vom 30. Juni 1944 eingesetzt worden.
- 7) Es sind die Ergebnisse vom 30. Juni 1944 eingesetzt worden.
- 8) Ohne den Arbeitsamtsbezirk Luxemburg.
- 9) Für den Arbeitsamtsbezirk Frankfurt a. M. sind die Ergebnisse vom 31. Dezember 1943 eingesetzt worden.
- 10) Außerdem sind noch 750142 männliche und 666287 weibliche einheimische Schutzangehörige vorhanden, die aber nach den zur Zeit geltenden Bestimmungen nicht als Ausländer erfaßt werden.

Quelle: Der Beauftragte für den Vierjahresplan/Der Generalbevollmächtigte für den Arbeitseinsatz (Hrsg.), Der Arbeitseinsatz im Großdeutschen Reich, Jahrgang 1944, Nr. 11/12, Berlin 30. 12. 1944, S. 25–28.

Notizen

JAN FOITZIK

BERICHTIGUNG ZUM „INVENTAR DER BEFEHLE
DES OBERSTEN CHEFS DER SOWJETISCHEN
MILITÄRADMINISTRATION IN DEUTSCHLAND
(SMAD) 1945–1949. OFFENE SERIE. IM AUFTRAG
DES INSTITUTS FÜR ZEITGESCHICHTE
ZUSAMMENGESTELLT UND BEARBEITET VON
JAN FOITZIK, MÜNCHEN U. A. 1995.“

Die im August 1992 durch den russischen Staatspräsidenten Jelzin verfügte Sperrung des im Staatsarchiv der Russischen Föderation (Gossudarstwenny Archiw Rossijskoi Federazii – GARF) in Moskau deponierten Bestandes der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland (fonds r 7317) blieb auch für damals laufende Forschungsvorhaben nicht ohne Folgen. Im konkreten Fall war es nicht möglich, punktuell Einzeldaten auf Übertragungsfehler zu überprüfen, die bei der Auswertung der in Moskau angefertigten Exzerpte festgestellt wurden. Erst nach Durchsicht der inzwischen freigegebenen Befehlssammlung¹ konnte den Unstimmigkeiten auf den Grund gegangen werden. Sie sollen hier korrigiert werden.

Ohne auf Details einzugehen, die entweder bereits an anderer Stelle thematisiert worden sind² oder wegen des rechtsformalen bzw. archivtechnischen Gesamtkontextes schon aus Platzgründen grundsätzlich nicht thematisiert werden³, soll die Aufmerksamkeit vor allem auf das Datum der Befehlsaufbereitung gelenkt werden, mit dem auch die rechtliche Geltungskraft des jeweiligen Befehls einsetzte. Hierbei muß ebenfalls der Umstand außer acht gelassen werden, daß inhaltsidentische Befehle verschiedentlich in veröffentlichten oder internen amtlichen russischen bzw. übersetzten deutschen Textfassungen mit anderen Herausgabedaten versehen wurden als in der russischen Urschrift, denn solche Formfehler werden nach deutschem wie nach sowjetischem/russischem Rechtsverständnis stillschweigend korrigiert. Das eigentliche Problem wird vielmehr in dem Sachverhalt erblickt, daß die russischen Befehlsurschriften selbst vielfach mehrere handschriftlich im Befehlsskopf vermerkte Datumsangaben enthalten (in den meisten Fällen zwei). Sehr viele

¹ Durch Erlaß der russischen Archivverwaltung vom 16. 1. 2001 wurde ein Großteil des SMAD-Bestandes im GARF für die Benutzung freigegeben. Damit wurde ein Jahrzehnt unablässiger Bemühungen des Bundesarchivs gekrönt.

² Vgl. z. B. Jan Foitzik, *Sowjetische Militäradministration in Deutschland (SMAD) 1945–1949. Struktur und Funktion*, Berlin 1999, S. 19–29.

³ Als besonders ärgerlich gilt etwa die Rezensionsbelehrung sogar durch rechtskundige Slawisten über angeblich „falsche“ Transkription von in amtlichen Urkunden „falsch“ geschriebenen Familiennamen.

VfZ 49 (2001)

© Oldenbourg 2001

solche Doppeldaten befinden sich in den im Jahr 1946 herausgegebenen Befehlen, sie liegen bis zu zehn Tagen auseinander.

Dieser Umstand ist zunächst nur aus formalen Ordnungsgründen ärgerlich: Nach damaliger sowjetischer Rechtsauffassung war die Form einer Willensäußerung nämlich nebensächlich, den rechtlichen Ausschlag gab allein der Befehlswille. Für die Geschichtsschreibung können Formalia aber vor allem dann zu einem echten Problem werden, wenn auf Schwarz-Weiß-Kopien nicht mehr sichtbar wird, daß im Original die Datumskorrekturen auf mit unterschiedlichen Farbstiften angefertigte Vermerke der einzelnen Befehlsunterzeichner zurückgehen und also individuell zugeordnet werden können: Dem Obersten Chef der SMAD, dem Mitglied des Kriegsrates oder dem Stabschef – hinzu kamen noch Bearbeitungsvermerke der für die Ausfertigung zuständigen Kanzlei des Stabes der SMAD. Das scheinbare Chaos stellt sich insoweit als ordentliches Resultat strenger Verfahrensordnung heraus, denn tatsächlich fixierte der jeweilige Unterzeichner lediglich korrekt das Datum der eigenen Unterschriftsleistung. Damit korrigierte er automatisch die Zeitangabe der vorherigen Unterzeichner.

Bei der Feststellung des eigentlichen Befehlsausstellungsdatums bleibt außer dem sogenannten einfachen Recht⁴ zu beachten, daß in rechtlicher Hinsicht ein Befehl erst dann Geltungskraft erlangte, wenn er von allen Zeichnungsbefugten bestätigt worden war. Insofern könnte man sich auf den Standpunkt stellen, daß er zum Zeitpunkt der letzten Unterschriftsleistung Gesetzeskraft erlangte. Tatsächlich konnte ein schriftlicher Befehl jedoch nicht vor dessen technischer Ausfertigung wirksam werden, folglich ist auch die Datumsangabe der Kanzlei des Stabes als ein rechtlich verbindlicher Akt zu betrachten. Außerdem war schließlich die Stabskanzlei an Formvorschriften betreffend die chronologische Numerierung der herausgegebenen Befehle gebunden, und die auf diese Weise bestimmte Ordnungsnummer war unmittelbarer Bestandteil des Befehls. Bei der Zuordnung wurden deshalb in Zweifelsfällen vorrangig die Bearbeitungsvermerke des Stabschefs, der die Befehle in der Regel als Letzter gegenzeichnete, und die Ausgangsvermerke der Kanzlei des Stabes beachtet. Hilfsweise mußten in strittigen Fällen interne Befehlsveröffentlichungen usw. hinzugezogen werden. In einigen Fällen konnte das eigentliche Ausstellungsdatum nicht eruiert werden.

Vorsorglich sei darauf hingewiesen, daß selbstverständlich grundsätzlich auch sogenannte Mängel in der Sache selbst zu beachten sind. Die Fehlerquellen sind insgesamt sehr mannigfaltig⁵. So sind etwa im genannten Bestand der sogenannten offenen Serie Befehle aus anderen Befehlsserien der SMAD enthalten: Damit kann die russische Seite belastet werden. Allerdings nicht das GARF, das den Quellenbestand nur verwahrt, ihn aber

⁴ Dem sogenannten einfachen Recht entsprach im sowjetischen Rechtsverständnis die logische Prüfung einer Bestimmung. Danach kann unter Zugrundelegung der Numerierungsvorschriften beispielsweise der Befehl Nr. 1 (betr. Ordnung der Organisation der Erfassung und des Verbrauchs technischer Fette und Fettsäuren) nicht – wie in der Urkunde ursprünglich vermerkt – am 31. Dezember 1947 erlassen worden sein, sondern erst am 2. Januar 1948, wie auf der Vorlage handschriftlich korrigiert wurde, ohne allerdings die alte Jahresangabe 1947 auf 1948 zu berichtigen.

⁵ So sind beispielsweise an einer Stelle für geheime und streng geheime Befehle (sogenannte O- und OO-Befehle) separate Aktenbestände gebildet worden, obwohl diese Befehle der Formvorschrift nach in einem einheitlichen Register geführt wurden. Dadurch entstanden erhebliche „Überlieferungslücken“, die allerdings rein virtuell sind.

nicht zusammengestellt hat und ihn entsprechend der russischen Archivrechtslage auch nicht neu ordnen darf. Als Fehlerquelle muß aber auch nicht die Stabskanzlei der SMAD betrachtet werden, sondern möglicherweise nur das bestandsbildende Archiv des früheren sowjetischen Verteidigungsministeriums, das mit der schwierigen Aufgabe belastet war, aus Teilbeständen geheimer Verschlusssachen-Sammlungen ohne genaue Kenntnis der internen Verfahrensvorschriften einen Archivbestand zu bilden. Welchen Beitrag die deutsche Verwaltung zum „russischen Chaos“ geleistet hat⁶, ist noch nicht abzuschätzen. Er dürfte jedoch erheblich zu Buche schlagen. Angesichts der Überlieferungsstruktur stellen aber sicherlich Historiker mit wirklichkeitsungetrübtem Ordnungssinn die größte Gefahrenquelle dar.

Nachstehend werden Abweichungen in den im „Inventar“ enthaltenen Eintragungen von den im GARF, Opis (d. i. Bestand) 8, Delo (d. i. Band/Mappe) 1–20, befindlichen Originalbefehlen vermerkt. Die am Beginn des Vermerks kursiv gesetzte Zahl nennt die laufende Ordnungsnummer des „Inventars“; die Befehlsnummer und das Ausstellungsdatum wurden in den Einträgen wie dort fett gesetzt. Korrekturen gegenüber dem „Inventar“ wurden kursiv hervorgehoben.

0018: Nr. 13 vom 19450725 betr. Errichtung von Verwaltungsbezirken in der Provinz Brandenburg.

GARF: 19450728.

0029: Nr. 20 vom 19450803 betr. Wiedereinführung der deutschen Zeitungen durch die deutsche Post.

GARF: Nr. 20 vom 19450803 betr. *[Ausstattung der deutschen Zentralverwaltungen mit Automobilen]*.

0071: Nr. 53 vom 19450907 betr. *[Demontagen]*.

GARF: auch 19450908.

0123: Nr. 86 vom 19451002 betr. Bereitstellung von handwerklichen Erzeugnissen zur Sicherung der Zwangsablieferung.

GARF: Nr. 86 vom 19451002 betr. Bereitstellung von *landwirtschaftlichen* Erzeugnissen in der SBZ.

0130: Nr. 89 vom 19451012 betr. Spirituosenherstellung und Spirituosenbewirtschaftung.

GARF: auch 19450929.

0134: Nr. 92 vom 19451013 betr. Einführung und Kennzeichnung des Besatzungsgeldes.

GARF: versehentlich 19450913.

0198: Nr. 141 vom 19451116 betr. Wiederherstellung der Elbbrücke bei Magdeburg (Nordbrücke).

GARF: auch 19451112.

0212: Nr. 152 vom 19451129 betr. Erhöhung der Verpflegungsnormen für Bergarbeiter.

GARF: 19451130.

⁶ 0261: Nr. 2 vom 19460102 betr. Produktionsaufgabe für die Förderung von Rohbraunkohle und Steinkohle ist beispielsweise im Bundesarchiv im Wortlaut vorhanden, obwohl im GARF: Nr. 2 vom 19460102 betr. *Ernennung eines Kontrolloffiziers in Übereinstimmung mit dem Kontrollrats-Gesetz Nr. 9 vom 30. November 1945 über Konfiskation und Kontrolle des Eigentums der IG Farben* nachgewiesen ist.

- 0220: Nr. 158 vom 19451203 betr. Herstellung von *Flugbenzin*.
0250: Nr. 181 vom 19451229 betr. Kontrolle der Nutzung des Bodeneigentums des Magistrats von Berlin.
GARF: auch 19451125.
- 0251: Nr. 182 vom 19451229 betr. Verkauf von Saatgut aller Gemüsekulturen und Gräser.
GARF: auch 19451125.
- 0261: Nr. 2 vom 19460102 betr. Produktionsaufgabe für die Förderung von Rohbraunkohle und Steinkohle.
GARF: Nr. 2 vom 19460102 betr. *Ernennung eines Kontrolloffiziers in Übereinstimmung mit dem Kontrollrats-Gesetz Nr. 9 vom 30. November 1945 über Konfiskation und Kontrolle des Eigentums der IG Farben*.
- 0287: Nr. 22 vom 19460122 betr. Über die Arbeit der Volkshochschulen und die Regelung ihrer Eröffnung auf dem Territorium der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands.
GARF: 19460123.
- 0337: Nr. 62 vom 19460222 betr. Kredithilfe für Neubauern.
GARF: 19460225.
- 0346: Nr. 66 vom 19460301 betr. Einziehung der Darlehens- und Hypothekenschulden der geschlossenen deutschen Banken und Sparkassen.
GARF: 19460309.
- 0351: Nr. 70 vom 19460308 über die Fertigung von Eisenbahngüterwagen in den Jahren 1946/1947.
GARF: 19460306.
- 0365: Nr. 84 vom 19460313 Über die Organisierung einer Autoreifenproduktion in der SBZ.
GARF: 19460318.
- 0375: Nr. 94 vom 19460324 betr. Prüfungsergebnisse über Firmenlieferungen von Einrichtungen und Apparaturen für die Lebensmittelindustrie und Maßnahmen zur Sicherstellung dieser Lieferungen.
GARF: Nr. 94 vom 19460329 über die *Eröffnung eines Erholungshauses für das Personal der SMAD-Verwaltung*.
- 0385: Nr. 102 vom 19460510 betr. Wiederaufnahme der Tätigkeit des Weimarer Konservatoriums.
GARF: nicht vorhanden.
- 0398: Nr. 113 vom 19460415 betr. Prämiiierung der Arbeiter des Verwaltungsapparates und der Kommandanturen.
GARF: Nr. 113 vom 19460413 über *Reparatur der beweglichen Teile der Eisenbahnen in der SBZ im 3. Quartal 1946*.
- 0451: Nr. 160 vom 19460525 betr. Zulassung von Handwerksgenossenschaften.
GARF: 19460527.
- 0453: Nr. 162 vom 19460527 betr. Beschlagnahme von Hornvieh infolge Nichtanmeldung in Brandenburg, Thüringen und Mecklenburg.
GARF: Nr. 162 vom 19460527 Über den Gang der Aushändigung der Anzeigen über die Ablieferung tierischer Produkte im Jahre 1946. Bemerkung: Im „Inventar“ unter *0455

ausgewiesen; der dort unter 0453 ausgewiesene Befehl ist ein Auszug aus dem vorgenannten Befehl.

0461: Nr. 167 vom 19460604 betr. Ernennung von G. Brack zum Präsidenten und J. Marten zum Vizepräsidenten der Deutschen Verwaltung für Arbeit und Sozialfürsorge in der SBZ.

GARF: identisch mit Nr. 167 *po litschnomu sostawu* vom 19460604, im Unterschied zu Nr. 167 vom 19460605 betr. Überführung von Unternehmungen in Deutschland in den Besitz der Sowjetunion als teilweise Befriedigung der Reparationsansprüche der UdSSR (vgl. „Inventar“ 0463)⁷.

0476: Nr. 179 vom 19460615 Über den Versorgungsplan mit Nahrungsgütern im 3. Quartal 1946.

GARF: 19460619.

0514: Nr. 212 vom 19460717 betr. Ausbildung für Mangelberufe durch Anlern- und Umschulkurse.

GARF: Nr. 212 vom 19460717 betr. Maßnahmen zur Erhöhung der Produktion der Textilindustrie, vgl. „Inventar“ *0515.

0632: Nr. 312 vom 19461012 betr. Winterunterhaltung der Autostraßen 1946/47.

GARF: 19461021.

0706: Nr. 15 vom 19470113 betr. Einführung ergänzender Maßnahmen betr. Postaustausch zwischen der Sowjetischen und der Britischen Besatzungszone.

GARF: 19470114.

0758: Nr. 62 vom 19470314 betr. [Ausstattung von SMAD-Mitarbeitern, die ins Ausland reisen, mit Valuta].

GARF: 19470319.

0786: Nr. 84 vom 19470416 Über die Maßnahmen zur Bekämpfung des Kolorado-Kartoffelkäfers und über die Produktion von Giftstoffen und Apparaten zur Bekämpfung der Schädlinge und Krankheiten der landwirtschaftlichen Kulturen.

GARF: 19470410.

0969: Nr. 250 vom 19471103 betr. Errichtung von Kinderkrippen für Kinder von SMAD-Mitarbeitern.

GARF: 19471105.

0976: Nr. 255 vom 19471119 betr. Erhöhung der Zahl der Quarantäne-Lager für deutsche Umsiedler.

GARF: Nr. 255 vom 19471119 betr. *Verringerung* der Zahl der Quarantäne-Lager für deutsche Umsiedler.

0982: Nr. 261 vom 19471128 betr. Abhaltung der Leipziger Frühjahrsmesse 1948.

GARF: 19471126.

1000: Nr. 278 vom 19471219 über den Plan der Versorgung im 1. Quartal 1948 mit Nahrungsgütern, Seife, Waschpulver, Streichhölzern und Tabakerzeugnissen.

GARF: 19471222.

⁷ Formal ist damit in die Serie der sogenannten offenen Befehle des Obersten Chefs ein Personalbefehl des Obersten Chefs geraten, tatsächlich sind andere Fehler denkbar.

1103: Nr. 85 vom 19480504 betr. Sanitäre Maßnahmen im Sommer 1948.

GARF: 19480507.

1110: Nr. 92 vom 19480522 betr. Herstellung von Stahl für Dynamos und Transformatoren.

GARF: 19480518.

1127: Nr. 109 vom 19480611 betr. Organisation eines Hauses der sowjetischen Kultur für Kinder in Berlin als Filiale des Hauses der Kultur der UdSSR.

GARF: 19480614.

1165: Nr. 145 vom 19480817 betr. Übergabe des Werkes „Elektrobau“ in Sonderhausen in Volkseigentum.

GARF: 19480818.

1189: Nr. 168 vom 19481020 betr. Erhöhung der Verpflegungsnormen der Berliner Bevölkerung.

GARF: 19481027.

1228: Nr. 203 vom 19481224 betr. Prämiiierung von SMAD-Mitarbeitern.

GARF: Nr. 203 vom 19481224 *Über die Ergebnisse der Arbeit der Kohleindustrie im Jahr 1948 [Prämien für sowjetische und deutsche Mitarbeiter].*

1236: Nr. 4 vom 19490112 betr. Durchführung eines Schachturniers.

GARF: 19490113.

1270: Nr. 37 vom 19490425 betr. Bestätigung der Beschlüsse der DWK zu der neuen Steuergesetzgebung.

GARF: auch 19490325 und 19490401.

1313: Nr. 79 vom 19490624 betr. Prämien.

GARF: 19490630.

1344: Nr. 110 vom 19490830 betr. Danksagung.

GARF: 19490906.

FORSCHUNGSPROJEKT „WEHRMACHT IN DER NATIONALSOZIALISTISCHEN DIKTATUR“

Unterstützt durch das Bayerische Staatsministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur arbeitet das Institut für Zeitgeschichte an einem größeren Projekt zum Thema „Wehrmacht in der nationalsozialistischen Diktatur“. Im Rahmen dieses Projekts entsteht auch eine vergleichende Studie über fünf deutsche Verbände, die während der Jahre 1941 bis 1944 an der Ostfront eingesetzt waren. Die dienstliche Überlieferung dieser Verbände ist gut, doch fehlen private Zeugnisse. Um die offiziellen Kriegstagebücher und Tätigkeitsberichte zu ergänzen, suchen wir Zeugnisse von ehemaligen Angehörigen der folgenden Verbände und Einheiten:

4. Panzer-Division:

Schützen- bzw. Panzergrenadier-Regiment 12, 33, Kradschützen-Bataillon 34, Panzer-Regiment III/15, 35, Panzer-Aufklärungs-Abteilung (mot.) 7, (Panzer)Artillerie-Regiment 103, Heeres-Flakartillerie-Abteilung (mot.) 290, Panzerjäger-Abteilung 49, Panzer-Pionier-Bataillon 79, Nachrichten-Abteilung 79, Panzer-Divisions-Nachschubführer (mot.) 84

45. Infanterie-Division:

Infanterie- bzw. Grenadier-Regiment 130, 133, 135, Aufklärungs-Abteilung bzw. Divisions-Füsilier-Bataillon 45, Artillerie-Regiment 98, Panzerjäger-Abteilung 45, Pionier-Bataillon 81, Nachrichten-Abteilung 65, Infanterie-Divisions-Nachschubführer 45

296. Infanterie-Division:

Infanterie- bzw. Grenadier-Regiment 519, 520, 521, Aufklärungs-Abteilung bzw. Füsilier-Bataillon 296, Artillerie-Regiment 296, Panzerjäger-Abteilung 296, Pionier-Bataillon 296, Nachrichten-Abteilung 296, Infanterie-Divisions-Nachschubführer 296

221. Sicherungs-Division:

Landeschützen-Regiment 27, 34, 44, 75, Sicherungs-Regiment 36, 45, Artillerie-Regiment 221, Landeschützen- bzw. Sicherungs-Bataillon 230, 302, 325, 352, 446, 468, 546, 598, 701, 791, 862, 939, Reiter-Hundertschaft 221, Divisions-Nachrichten-Abteilung 824, Divisions-Nachschubführer 350

Kortück 580: (Stand Juli 1941)

Ortskommandanturen I/906, I/929, II/646, Wach-Bataillon 552, 582, Feldgendarmerie-Abteilung 581, Radfahr-Abteilung Bastian, Nachschub-Bataillon 582 und 583, Bau-Bataillon 133, Landeschützen-Bataillon 974, Armeegefangenensammelstelle 4, Feldpostamt 757

VfZ 49 (2001)

© Oldenbourg 2001

Sollten Sie Feldpostbriefe, Tagebücher, Fotos oder sonstige Unterlagen aus der Zeit des Zweiten Weltkriegs besitzen, so würden uns schon Auszüge aus diesen Dokumenten sehr weiterhelfen.

Ansprechpartner:
Dr. Christian Hartmann
Institut für Zeitgeschichte
Leonrodstr. 46 B
80636 München
Tel.: 089/12688-174
E-Mail: hartmann@ifz-muenchen.de

Abstracts

Hans Woller, Churchill and Mussolini. Openly Opposed yet Secretly Cooperative?

Since 1945 there have been recurring reports in Italy stating that Mussolini and Churchill were bound by close fellowship. Letters written secretly during the time of Italy's entry into the war in the spring of 1940 are the basis for this controversial allegation. Although proof has never been given confirming the existence of these letters, new rumours continue to crop up. Those responsible are neo-fascist writers who wish to reinstate Mussolini by placing him close to Churchill. Hans Woller raises the question whether these rumours are historically valid and traces the various stages of the relationship between Churchill and Mussolini from 1922 to 1945. The outcome of this study is without doubt: there were no secret contacts and there were no secret plans. Although the Italian dictator and the British aristocrat had gotten along well in the 1920's, their relationship deteriorated during the Abyssinian crisis and by 1940 they were firmly encamped enemies where any kind of understanding was out of the question.

Holger Afflerbach, „To sink with Flag Unfurled“. The German Navy's Refusals to Capitulate.

In European wars, at what point the decision was made to capitulate is a question difficult to answer. Referring to the definition given by Clausewitz, capitulation is called for when continued fighting can no longer seriously impair the opponent. However, there existed in the German Navy during both World Wars a tradition to resist against all odds and to refuse to capitulate. Several battles (battle of the Falklands in 1914, the last battle of the *Bismarck* in 1941 and the sinking of the *Scharnhorst* in 1943) present the same picture. „To sink with flag unfurled“ meant to do battle in face of a hopeless situation, the loss of the crew, and no further impairment to the enemy.

After the *Graf Spee* sunk itself in 1939, capitulation was prohibited by direct order in the German Navy. It comes as no surprise, that Hitler in his testament, praised the refusals to capitulate by German Navy officers as exemplary. This study cites several examples to illustrate these occurrences as reminiscent of Japanese „Kamikaze“ pilots. The author briefly outlines the role tradition played in the German Navy after 1945.

Peter E. Fäßler, „Diversanten“ or „Aktivisten“? Westarbeiter in the GDR (1949–1961).

When the GDR sealed off its border to West Germany end of May 1952, regular border traffic not only came to a halt, but regulations concerning crossover work were affected as well. Surprisingly GDR authorities, in what was called the „*Lebestener Vereinbarung*“, allowed approximately 200 Bavarian skilled labourers to resume their traditional occupation of slate mining in the southern region of Thuringia. They mined at the *VEB Schiefergrube Lebesten* until September 1961 before shutting down, resulting from the construction of the Berlin Wall and ending the last of labour relations between the GDR and West Germany. The text studies the political reasoning leading to this unique action which preoccupied state and party officials at the highest levels, and places this in context with the daily decision making process concerning *Deutschlandpolitik*. The classic con-

VfZ 49 (2001)

© Oldenbourg 2001

flict between party ideologists and economic pragmatists so characteristic of the GDR's socialist system of rule is reflected here. At the same time implementation of goals set by both groups was hampered by the GDR's fluctuating economic situation.

Heinrich August Winkler, „Hans Rothfels – Hitler's Eulogist?“ A Critical Assessment of Sources Used in Ingo Haar's Book *Historiker im Nationalsozialismus*.

Hans Rothfels, who lectured history in Königsberg from 1926 to 1934, played a prominent role in efforts to block the Versailles Treaty and, in particular, in trying to defeat the „*polnische Korridor*“. However, he was not, as portrayed in Ingo Haar's book *Historiker im Nationalsozialismus*, unreservedly grounded in National Socialism. Nor did Rothfels demand the elimination of the last remnants of parliamentary government. A radio broadcast of a lecture given by Rothfels, which Haar uses as evidence, was aired in January 1930 and not after Hitler's seizure of power. In it Rothfels honours Ebert, Stresemann and Hindenburg. Hitler is never mentioned.

Christoph Buchheim, The Economic Upswing in the Third Reich – an Exercise in Futility.

This is a critique of an article by Werner Abelshausen published in issue No. 4 of the *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* in 1999. Abelshausen maintains that the rather high economic growth exacted by the economic policy of the NS regime was ultimately futile. Its intervention hampered an already improving economy which would have been beneficial in the long term. Abelshausen's argument to the contrary notwithstanding, there was indeed movement toward autonomous recovery in 1932/33. This movement, however, was soon stopped by the regime so that it could make use of the idle industrial capacity and work force created by the Great Depression to manufacture arms. With growth becoming dependent on ever increasing state demand, entrepreneurs had to wonder how long it could go on. Firms restricted investment in spite of the large profits they were making. Consequently, the state had to provide much of the investment capital needed to create the industry it required. Furthermore, the NS economic policy led to a drop in German exports and to a relatively low standard of living. The economy was ever more regulated and controlled by cartels. Given these facts, one can scarcely agree with Abelshausen maintaining that there is a certain similarity between the social market economy of the Federal Republic and the controlled economy of the Third Reich.

Mark Spoerer, Forced Labour During the NS-Regime. Statistics Data Gathered by the District Employment Department on 30 September 1944.

In line with compensation payments to former forced workers during the NS-regime, many local and city archives in Germany, as well as historical societies are presently engaged in the critical assessment of the National Socialist policy of forced foreign labour. A central question is how many foreign workers were actually enlisted during the Second World War. Barely known is that the National Socialist Deployment Administration (*Arbeitseinsatzverwaltung*) gathered extensive statistics on set dates during the year. A few copies of this data were published and provide valuable information which this article addresses. The results of the last survey conducted on 30 September 1944 by the District Employment Department (*Arbeitsamtsbezirk*) are presented here.

MITARBEITER DIESES HEFTES

Dr. *Hans Woller*, wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Zeitgeschichte (Leonrodstr. 46 b, 80636 München); veröffentlichte u. a.: „Gesellschaft und Politik in der amerikanischen Besatzungszone. Die Region Ansbach und Fürth“ (München 1986), „Die Abrechnung mit dem Faschismus in Italien 1943–1948“ (München 1996), „28. Oktober 1922. Die faschistische Herausforderung“ (München 1999).

Dr. *Holger Afflerbach*, Privatdozent an der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf, Historisches Seminar II (Universitätsstr. 1, 40225 Düsseldorf); veröffentlichte u. a.: „Falkenhayn. Politisches Denken und Handeln im Kaiserreich“ (München 1994), „Der Dreibund. Europäische Allianz- und Großmachtspolitik vor dem Ersten Weltkrieg“ (Wien u. a. 2001); arbeitet derzeit an einer Edition zu Wilhelm II. als Obersten Kriegsherrn 1914–1918.

Dr. *Peter E. Fäßler*, wissenschaftlicher Assistent am Institut für Geschichte der TU Dresden (Mommensenstr. 13, 01062 Dresden); veröffentlichte u. a.: „Hans Spemann (1896–1941). Experimentelle Forschung im Spannungsfeld von Empirie und Theorie“ (Heidelberg u. a. 1997), „Kontinuität und Wandel. Von der Spar- und Leihcasse Grimma zur Sparkasse Muldental 1826–2001“ (Stuttgart 2001); arbeitet derzeit an einer Studie über die deutsch-deutschen Wirtschaftsbeziehungen im Kontext der Deutschlandpolitik.

Dr. *Heinrich August Winkler*, Professor am Institut für Geschichtswissenschaften der Humboldt-Universität zu Berlin (Unter den Linden 6, 10099 Berlin); veröffentlichte u. a.: „Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik 1918–1933“, 3 Bde. (Berlin/Bonn 1984–1987), „Weimar 1918–1933. Die Geschichte der ersten deutschen Demokratie“ (München 1993), „Der lange Weg nach Westen. Bd. 1: Deutsche Geschichte vom Ende des Alten Reiches bis zum Untergang der Weimarer Republik, Bd. 2: Vom ‚Dritten Reich‘ bis zur Wiedervereinigung“ (beide München 2000).

Dr. *Christoph Buchheim*, Inhaber des Lehrstuhls für Wirtschafts- und Sozialgeschichte an der Fakultät für Volkswirtschaftslehre der Universität Mannheim (A 5, 68131 Mannheim); veröffentlichte u. a.: „Die Wiedereingliederung Westdeutschlands in die Weltwirtschaft 1945–1958“ (München 1990), zusammen mit Michael Hutter und Harold James (Hrsg.) „Zerrissene Zwischenkriegszeit. Wirtschaftshistorische Beiträge“ (Baden-Baden 1994), „Einführung in die Wirtschaftsgeschichte“ (München 1997); arbeitet zur Zeit an einem Buch über die Wirtschaftsgeschichte des Dritten Reichs.

Dr. *Mark Spoerer*, Wirtschaftshistoriker an der Universität Hohenheim, Institut 570A (Schloß Hohenheim, 70593 Stuttgart); veröffentlichte u. a.: zusammen mit Barbara Hopmann, Birgit Weitz und Beate Brüninghaus „Zwangsarbeit bei Daimler-Benz“ (Stuttgart 1994); „Von Scheingewinnen zum Rüstungsboom. Die Eigenkapitalrentabilität der deutschen Industrieaktiengesellschaften 1925–1941“ (Stuttgart 1996), „Zwangsarbeit unter dem Hakenkreuz. Ausländische Zivilarbeiter, Kriegsgefangene und Häftlinge im Deutschen Reich und im besetzten Europa 1939–1945“ (Stuttgart/München 2001).